

Leitfaden für Flüchtlinge in Niedersachsen

Vorwort

Hier ist er endlich – der neue Leitfaden für Flüchtlinge in Niedersachsen.

Dieser Leitfaden stellt den Versuch dar, das Asylverfahren sowie die aufenthalts- und sozialrechtliche Situation von Flüchtlingen je nach Status zusammenhängend darzustellen. Ergänzungen, Korrekturen und Anregungen sind erwünscht, sollten jedoch deutlich zwischen niedersächsischen Regelungen und allgemeinem (Bundes-)Recht unterscheiden.

Wir danken Professor Dr. Holger Hoffmann (Universität Bielefeld) und Georg Classen (Flüchtlingsrat Berlin), denen wir einiges zugemutet haben, sowie Volker Maria Hügel (GGUA Münster) und Eckhard Lang (Diakonisches Werk Rotenburg/Wümme) für ihre fachkundige Beratung, wertvolle Hinweise und Korrekturen.

Andrea Kothen, Kai Weber



FLÜCHTLINGSRAT
Niedersachsen e. V.

Postadresse:
Langer Garten 23 B
31137 Hildesheim
Tel. 05121 – 15605
Fax 05121 – 31609
www.nds-fluerat.org

Inhaltsverzeichnis

<i>Teil I: DAS ASYLVERFAHREN</i>	5
1 Der Beginn des Asylverfahrens.....	5
1.1 Wer kann einen Asylantrag stellen?.....	5
1.2 Wie und wo stellt man einen Asylantrag?.....	6
2 Die Anhörung	9
2.1 Vor der Anhörung.....	9
2.2 Während der Anhörung.....	10
2.3 Nach der Anhörung.....	11
3 Wer bekommt Asyl?.....	13
3.1 Voraussetzungen für die Flüchtlingsanerkennung.....	13
3.2 Voraussetzungen für den Abschiebungsschutz	17
3.3 Folgeantrag.....	18
4 Der Bescheid des Bundesamtes.....	20
4.1 Unzulässiger Asylantrag – Die Dublin-II-Verordnung	20
4.2 Kein (neues) Asylverfahren – Folgeantrag.....	22
4.3 Anerkennung als Flüchtling.....	22
4.4 Abschiebungsschutz nach § 60 Abs. II, III, V oder VII AufenthG.....	23
4.5 Ablehnung.....	23
4.6 Ablehnung als „offensichtlich unbegründet“	24
5. Das Gerichtsverfahren.....	25
6. Die gesetzliche Bleiberechtsregelung (§ 104a AufenthG, § 23 Abs. 1 AufenthG)Die gesetzliche Bleiberechtsregelung (§ 104a AufenthG, § 23 Abs. 1 AufenthG).....	26
7. Aufenthaltserlaubnis nach § 18a AufenthG.....	37
8. Perspektiven nach negativem Abschluss eines Asylverfahrens.....	40
8.1 Ausreisepflicht und vollziehbare Ausreisepflicht.....	46
8.2 Droht die Abschiebung?.....	47
8.3 Wenn es keine Chance mehr gibt.....	48
<i>TEIL II: DIE RECHTE VON FLÜCHTLINGEN</i>	53
9. Flüchtlinge mit „Aufenthaltsgestattung“ (im Asylverfahren).....	54
9.1 Aufenthaltsrechtliche Situation	54
9.2 Wohnen, Umziehen und Residenzpflicht.....	55
9.3 Arbeit und Ausbildung.....	58
9.4 Soziale Sicherung.....	61
9.5 Medizinische Versorgung.....	65
9.6 Familienleistungen, Kinder- und Jugendhilfe.....	69
9.7 Deutschkurs, Kindergarten, Schule, Studium.....	70
10. Flüchtlinge mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 I oder II AufenthG (Asylberechtigte und GFK- Flüchtlinge).....	74
10.1 Aufenthaltsrechtliche Situation	74
10.2 Wohnen, Umziehen und Reisen.....	80
10.3 Arbeit und Ausbildung.....	81
10.4 Soziale Sicherung.....	83
10.5 Medizinische Versorgung.....	86
10.6 Familienleistungen, Kinder- und Jugendhilfe.....	87
10.7 Deutschkurs, Kindergarten, Schule, Studium.....	89
11. Flüchtlinge mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 III AufenthG (subsidiärer Schutz).....	94

11.1 Aufenthaltsrechtliche Situation.....	94
11.2 Wohnen, Umziehen und Reisen.....	100
11.3 Arbeit und Ausbildung.....	102
11.4 Soziale Sicherung.....	107
11.5 Medizinische Versorgung.....	110
11.6 Familienleistungen, Kinder- und Jugendhilfe.....	111
11.7 Deutschkurs, Kindergarten, Schule, Studium.....	114
12. Flüchtlinge mit Aufenthaltserlaubnis nach §§ 25 IV Satz 1 oder V AufenthG	118
12.1 Aufenthaltsrechtliche Situation.....	118
12.2 Wohnen, Umziehen und Reisen.....	122
12.3 Arbeit und Ausbildung.....	124
12.4 Soziale Sicherung.....	127
12.5 Medizinische Versorgung.....	132
12.6 Familienleistungen, Kinder- und Jugendhilfe.....	136
12.7 Deutschkurs, Kindergarten, Schule, Studium.....	139
13. Flüchtlinge mit Aufenthaltserlaubnis nach § 23 I und § 23a AufenthG (Härtefälle, Bleiberechtsregelung).....	143
13.1 Aufenthaltsrechtliche Situation	143
13.2 Wohnen, Umziehen und Reisen.....	148
13.3 Arbeit und Ausbildung.....	149
13.4 Soziale Sicherung.....	151
13.5 Medizinische Versorgung.....	155
13.6 Familienleistungen, Kinder- und Jugendhilfe.....	156
13.7 Deutschkurs, Kindergarten, Schule, Studium.....	159
14. Flüchtlinge mit „Duldung“	163
14.1 Aufenthaltsrechtliche Situation.....	163
14.2 Wohnen, Umziehen und Residenzpflicht.....	165
14.3 Arbeit und Ausbildung.....	169
14.4 Soziale Sicherung.....	173
14.5 Medizinische Versorgung.....	179
14.6 Familienleistungen, Kinder- und Jugendhilfe.....	183
14.7 Deutschkurs, Kindergarten, Schule, Ausbildung, Studium.....	184
15. Hinweise für andere Flüchtlingsgruppen.....	189
15.1 Flüchtlinge mit Fiktionsbescheinigung.....	189
15.2 Flüchtlinge im „Dublin-Verfahren“.....	189
15.3 Flüchtlinge in Abschiebungshaft.....	190
15.4 Illegalisierte.....	192
15.5 Aufenthaltsgewährung nach § 23 II AufenthG.....	194
15.6 Flüchtlinge mit Aufenthaltserlaubnis nach § 23 I AufenthG in anderen Fällen.....	195
15.7 Flüchtlinge mit vorübergehendem Schutz (§ 24 AufenthG).....	197
15.8 Flüchtlinge mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 IV Satz 2 AufenthG	198

Teil I: DAS ASYLVERFAHREN

1 Der Beginn des Asylverfahrens

1.1 Wer kann einen Asylantrag stellen?

Theoretisch kann jeder Mensch, der in seiner Heimat verfolgt wird oder politische Verfolgung bei seiner Rückkehr befürchten muss, in Deutschland einen Antrag auf Asyl stellen. In der Praxis werden aber viele Flüchtlinge schon vorher abgewiesen. Zuerst muss ein Flüchtling die Grenzkontrollen überwinden. An der Grenze werden Flüchtlinge meist festgenommen und sofort ins Nachbarland zurückgebracht. Das liegt daran, dass die Staaten der Europäischen Union (EU) und einige weitere europäische Staaten (Norwegen, Island, Lichtenstein und die Schweiz) verabredet haben, dass ein Flüchtling nur in einem EU-Staat ein Asylverfahren erhalten soll. Das ist in der Regel der Staat, den ein Flüchtling zuerst betreten hat oder für den er ein Visum erhalten hat. Dann ist nicht Deutschland für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig, sondern der Staat, zu dem der erste persönliche Kontakt bestand. Bis 30 Kilometer hinter der Grenze wird einem Flüchtling unterstellt, aus dem Nachbarland gekommen zu sein. Deshalb finden in einer 30-Kilometer-Zone ab der deutschen Grenze besonders viele Polizeikontrollen statt. Aber auch wenn ein Flüchtling die Grenze weit hinter sich gelassen hat, prüfen die deutschen Behörden nach Abgabe eines Asylantrages immer, ob ein anderer Staat für die Durchführung des Verfahrens zuständig ist. Wenn Deutschland beweisen kann, dass eigentlich ein anderer Staat zuständig wäre, zum Beispiel durch Fingerabdrücke im europäischen Computersystem AFIS oder andere Anhaltspunkte (z.B. Währung eines anderen EU-Staates mitgeführt, Fahrkarten oder andere schriftliche Hinweise auf einen früheren Aufenthalt in einem anderen EU-Staat), wird der Asylantrag nicht bearbeitet, sondern ein „Überstellungsverfahren“ in den zuständigen EU-Staat eingeleitet (lesen Sie dazu genauer Kapitel 4.1).

Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass ein Flüchtling in einen so genannten „sicheren Drittstaat“ außerhalb der EU abgeschoben wird. Dann soll gar kein Asylverfahren in der EU durchgeführt werden. Derzeit verhandeln die EU-Staaten noch darüber, welche Staaten als sichere Drittstaaten gelten sollen. Bald soll es eine gemeinsame Liste geben. Nach deutschem Recht gelten bisher außer allen EU-Mitgliedstaaten nur die Schweiz und Norwegen als sichere Drittstaaten.

Um ein Asylverfahren in Deutschland durchführen zu können, muss man hohe Hürden überwinden.

Einen Asylantrag können Erwachsene, aber auch Kinder stellen. Für Kinder unter 16 Jahren wird automatisch ein Asylverfahren eingeleitet, wenn die Eltern einen Asylantrag stellen und sie mit ihren Eltern gemeinsam einreisen oder sich bereits ohne Aufenthaltserlaubnis in Deutschland aufhalten. Auch für Kinder unter 16 Jahren, die später nachkommen, oder Kinder, die in Deutschland geboren werden, wird automatisch ein Asylverfahren eingeleitet (§ 14 a AsylVfG). Dies geschieht auch dann, wenn die Eltern im Asylverfahren bereits abgelehnt wurden und entweder keine Aufenthaltserlaubnis besitzen oder aber eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG.

Wird ein Asylverfahren für ein später eingereistes Kind unter 16 Jahren oder für ein in Deutschland geborenes Kind eingeleitet, werden die Eltern schriftlich gefragt, ob sie auf die Durchführung des Asylverfahrens für ihr Kind verzichten (§ 14 a Abs. 3 AsylVfG). Es kann sinnvoll sein, dies zu tun.

Die Eltern sollten daher zusammen mit einer Beratungsstelle oder einer Rechtsanwältin oder einem Rechtsanwalt gut überlegen, ob sie auf die Durchführung des Asylverfahrens für ihr Kind verzichten. Denn meistens haben die Kinder kaum eine Chance, als Asylberechtigte oder Flüchtling anerkannt zu werden. Es besteht aber die große Gefahr, dass das Bundesamt den Asylantrag als offensichtlich unbegründet ablehnt (vgl. Kapitel 4.6).

1.2 Wie und wo stellt man einen Asylantrag?

Grundsätzlich kann ein Asylwunsch bei jeder Behörde, auch bei der Polizei, geäußert werden. Diese Behörden schicken einen Flüchtling dann weiter. Zuständig für die Bearbeitung eines Asylantrags ist das „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“ (BAMF). Dort muss man in der Regel persönlich erscheinen, um einen Asylantrag zu stellen. Das BAMF befindet sich auf dem Gelände einer zentralen Erstaufnahmeeinrichtung. Das ist ein großes, oft eingezäuntes Gelände mit Polizei, Arzt, Kantine und Schlafsälen für viele Personen. In ganz Deutschland gibt es rund 20 solcher Einrichtungen, in denen Asylsuchende nach ihrer Ankunft erst einmal wohnen müssen. In welche jemand kommt, bestimmt ein bundesweites Quotensystem. In Niedersachsen gibt es zwei Erstaufnahmeeinrichtungen, die so genannten „Zentralen Aufnahme- und Ausländerbehörden (ZAAB)“:

ZAAB Braunschweig
Boeselagerstr. 4
38 108 Braunschweig

ZAAB Oldenburg
Klostermark 70
26 135 Oldenburg

Tel.: 05 31 / 3547-0

Tel.: 04 41 / 92 02-0

Fax: 05 31 / 3547-200

Fax: 04 41 / 92 02-1 29

→ Sind Sie bei der Polizei nach der Einreise behördlich registriert und zur ZAAB geschickt worden, müssen Sie sich dort „unverzüglich“ melden (das heißt nicht sofort, aber ohne die Meldung in der ZAAB aus eigener Schuld zu verzögern). Möglicherweise erhalten Sie von der ZAAB einen genauen Termin, wann Sie sich beim BAMF melden sollen. Halten Sie den Termin ein oder geben Sie Bescheid, wenn und warum Sie dies nicht können. Wenn Sie ohne wichtige Entschuldigung nicht erscheinen, riskieren Sie, dass Ihr Asylverfahren ohne Prüfung beendet wird (vgl. *Kapitel 3.3*). Dann haben Sie fast alle Chancen auf Asyl vertan.

→ Sind Sie ohne Visum eingereist und noch nicht registriert worden, sollten Sie sich ebenfalls so bald wie möglich bei einer ZAAB und beim BAMF melden. Wenn Sie zu lange warten, kann dies negative Folgen für ihren Asylantrag haben. Ihr Asylantrag wird dann behandelt, als wäre er ein „Folgeantrag“. Das bedeutet, dass Ihre Fluchtgründe, die vor der Einreise entstanden sind, nicht mehr geprüft werden (vgl. zum Folgeantrag *Kapitel 3.3*). Sie haben dann praktisch keine Chance mehr auf eine Anerkennung.

→ Lassen Sie sich so früh wie möglich bei einer unabhängigen Stelle beraten. Adressen erhalten Sie beim Flüchtlingsrat Niedersachsen: Telefon 05121-15605; E-Mail nds@nds-fluerat.org; www.nds-fluerat.org. Falls Sie einen Rechtsanwalt oder eine Rechtsanwältin einschalten wollen, sollten Sie das ebenfalls so früh wie möglich machen.

In der ZAAB werden die persönlichen Daten aufgenommen und in einem zentralen Computer gespeichert. Außerdem müssen alle Asylsuchenden die älter als 14 Jahre sind, ihre Fingerabdrücke abgeben und werden fotografiert. Über den Fingerabdruckvergleich finden die Behörden heraus, ob

jemand bereits zu einem früheren Zeitpunkt einen Asylantrag in Deutschland oder einem anderen EU-Staat gestellt oder sich in einem anderen europäischen Land aufgehalten hat. Unter Umständen ist damit bereits die Chance auf ein Asylverfahren in Deutschland beendet (lesen Sie dazu genauer *Kapitel 6*).

Asylsuchende müssen alle persönlichen Dokumente (Pass, Geburtsurkunde...) und Unterlagen, die Informationen über ihren Reiseweg enthalten, abgeben. Fahrscheine, Kaufquittungen und Ähnliches dienen dem BAMF ebenfalls dazu, festzustellen, in welchen Ländern sich jemand aufgehalten hat. Dann wird möglicherweise die Abschiebung in einen anderen EU-Staat oder ein sicheres Drittland eingeleitet.

→ Verlangen Sie von allen Dokumenten, die Sie in Ihrem Besitz hatten und nun bei dem Bundesamt abgeben mussten, auf jeden Fall eine Kopie! Sie haben ein Recht auf diese Kopien (§ 21 Abs. 4 *AsylVfG*).

Allein eingereiste Kinder unter 16 Jahren können ihren Asylantrag durch einen gesetzlichen Vertreter (ein Elternteil oder Vormund, am besten mit Hilfe eines Rechtsanwalts) auch schriftlich stellen. Der Antrag wird dann zur Zentrale des Bundesamtes geschickt. Die Adresse lautet:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Frankenstraße 210
90461 Nürnberg
Telefon: 0911 943-0
Telefax: 0911 943-1000

Die Postanschrift lautet:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
90 343 Nürnberg

Auch in den folgenden Fällen ist die Zentrale in Nürnberg zuständig und der Antrag kann schriftlich gestellt werden,

- wenn Sie einen Aufenthaltstitel für mehr als sechs Monate besitzen oder
- wenn Sie sich in Haft, in einem Krankenhaus, in einer Heil- oder Pflegeanstalt oder Jugendhilfeeinrichtung befinden.

Wenn Sie bereits früher einmal einen Asylantrag in Deutschland gestellt haben, ist jeder weitere Asylantrag ein so genannter „**Folgeantrag**“. Ein Folgeantrag muss persönlich bei der Außenstelle des BAMF gestellt werden, in der man beim ersten Asylverfahren wohnen musste (§ 71 Abs. 2 *AsylVfG*). Wer nachweislich nicht in der Außenstelle persönlich erscheinen kann (etwa wegen einer durch ärztliches Attest belegten Krankheit), kann den Folgeantrag schriftlich stellen. Das gilt auch, wenn er einen Aufenthaltstitel für mehr als sechs Monate besitzt oder sich in Haft, in einem Krankenhaus, in einer Heil- oder Pflegeanstalt oder Jugendhilfeeinrichtung befindet. Wurde die zuständige Außenstelle inzwischen geschlossen, muss man den Folgeantrag schriftlich bei der Zentrale des BAMF in Nürnberg stellen.

Auf Verlangen des Bundesamtes ist ein Folgeantrag schriftlich zu stellen (§ 71 Abs. 3 *AsylVfG*).

Das Bundesamt soll alle Informationen über einen Asylantrag zusammentragen und entscheidet dann in erster Instanz. Dazu wird der Flüchtling von einem Mitarbeiter persönlich befragt, in der Regel innerhalb weniger Tage nach der Antragstellung. Den Termin dazu bekommt man schriftlich.

→ Den Anhörungstermin sollten Sie auf keinen Fall verpassen! Die Beurteilung dieser Befragung entscheidet über die Frage, ob Sie in Deutschland Asyl erhalten oder nicht. Sind Sie zum Anhörungstermin nicht da, kann das die Ablehnung Ihres Asylanspruchs zur Folge haben.

Wenn man einen schriftlichen Asylantrag gestellt hat, erhält man unter Umständen eine schriftliche Einladung zur Anhörung. Möglicherweise wird aber auch ohne Anhörung, allein auf der Grundlage der schriftlichen Begründung über den Asylantrag entschieden.

Bei Folgeanträgen entscheidet das Bundesamt meistens ohne Anhörung. Es trifft dann die Entscheidung auf Grundlage der schriftlichen Angaben (§ 71 Abs. 3 AsylVfG).

→ Wenn Sie einen Folgeantrag stellen, achten Sie darauf, dass alle Ihre Gründe im schriftlichen Antrag aufgeführt sind. Am besten verfassen Sie den Folgeantrag mit Hilfe einer Rechtsanwältin, eines Rechtsanwalts oder mit einer Beratungsstelle für Flüchtlinge.

2 Die Anhörung

Die Anhörung ist für Sie das wichtigste Ereignis während Ihres Asylverfahrens. Was Sie in Ihrem „Interview“ sagen, ist entscheidend und kann später kaum noch korrigiert werden.

2.1 Vor der Anhörung

Schon vor der Anhörung können Sie Einiges tun, um zu einem guten Verlauf beizutragen und Ihre Chancen auf eine Anerkennung als Flüchtling zu erhöhen:

- Wenn Sie die Möglichkeit haben, besuchen Sie vor der Anhörung eine Verfahrensberatung. Hier können Sie schon im Vorfeld Unsicherheiten klären, Fragen stellen und erhalten hilfreiche Hinweise für ihre individuelle Situation. Die Adresse einer Beratungsstelle in Ihrer Nähe finden sie *hier* oder können Sie beim Flüchtlingsrat Niedersachsen erfahren (Telefon 05121-15605; E-Mail nds@nds-fluerat.org; www.nds-fluerat.org)
- Beauftragen Sie möglichst schon vor der Anhörung einen Rechtsanwalt oder eine Rechtsanwältin mit der Wahrnehmung ihrer Interessen. Der Anwalt oder die Anwältin kann Sie vorher beraten, darf bei der Anhörung dabei sein und sogar eingreifen. Das ist auch eine gute Kontrolle für eine korrekte Durchführung der Anhörung. Ein guter Rechtsbeistand kostet Sie zwar viel Geld, das Sie möglicherweise viele Jahre abbezahlen müssen. Es kann für Sie aber dennoch entscheidend sein, ein Anwaltsbüro möglichst früh einzuschalten. Wenn der Asylantrag vom Bundesamt abgelehnt wurde, ist es für manche Korrekturen schon zu spät.
- Sie dürfen auch eine andere Person Ihres Vertrauens zur Anhörung mitbringen. Die müssen Sie aber vorher beim BAMF anmelden.
- Sie haben ein Recht darauf, dass die Anhörung in einer Sprache durchgeführt wird, in der Sie sich gut verständigen können. Das ist normalerweise Ihre Muttersprache. Teilen Sie dem Bundesamt mit, in welcher Sprache Sie bei der Anhörung sprechen wollen. Der Dolmetscher oder die Dolmetscherin wird vom Bundesamt gestellt. Sie haben auch das Recht, eine/n Dolmetscher/in Ihres Vertrauens zur Anhörung mitzubringen.
- Wenn Ihre Geschichte geschlechtsbezogene Probleme oder intime Details enthält, können Sie darauf bestehen, von einer Frau angehört zu werden. Auch dies sollten Sie vorher sagen.
- Zur Vorbereitung auf die Anhörung schreiben Sie Ihre Fluchtgründe vorher auf. Am besten erstellen Sie eine genaue Zeittafel Ihrer Verfolgungsgeschichte, in der alle wichtigen Gründe und Daten für den Asylantrag aufgelistet sind, so dass Sie in der Anhörung alles sicher und in der richtigen Reihenfolge berichten können. Diese Darstellung kann auch bei der Anhörung abgegeben werden und so die Grundlage des Gesprächs bilden.
- Sie sollten die Aufstellung aber nicht auswendig lernen, sondern während der Anhörung frei sprechen. Denn wenn Sie eine auswendig gelernte Geschichte vortragen, wird man Ihnen wahrscheinlich nicht glauben.
- Falls Sie gesundheitliche Probleme haben, versuchen Sie, möglichst schnell einen Arzt oder eine Ärztin auszusuchen. Eine Beratungsstelle für Flüchtlinge oder die Sozialarbeiter in der Erstaufnahmeeinrichtung können Sie dabei unterstützen. Wenn Sie ernsthaft erkrankt sind, bitten

Sie die Ärztin oder den Arzt um eine Attest, dass Sie dem Bundesamt vorlegen können. Denn es kann sein, dass Sie nicht in Ihr Herkunftsland abgeschoben werden dürfen, wenn sich dadurch Ihre Gesundheit wesentliche verschlechtern würde.

→ Falls Sie Folter erlitten haben oder andere schlimme Erlebnisse hatten, versuchen Sie, möglichst bald professionelle Hilfe zu erhalten. Auch dabei können Ihnen eine Beratungsstelle für Flüchtlinge oder die Sozialarbeiter in der Erstaufnahmeeinrichtung helfen.

2.2 Während der Anhörung

Während der Anhörung werden Ihre Aussagen auf Deutsch protokolliert. Das Protokoll ist die Grundlage für die Entscheidung im Asylverfahren. Am Ende muss das Protokoll Ihnen noch einmal zurückübersetzt werden. Danach müssen Sie unterschreiben, dass alles richtig und vollständig ist. Diese Unterschrift bedeutet, dass Sie die Darstellung, die sich im Protokoll findet, als richtig anerkennen und sich damit einverstanden erklären. Dies sollten Sie nur tun, wenn es wirklich stimmt. Wenn Sie der Dolmetscher zur Eile gedrängt hat, obwohl Sie noch etwas sagen wollten oder Sie Fragen nicht verstanden haben, sollten Sie das Protokoll nicht unterschreiben oder in Ihrer Sprache handschriftlich Ergänzungen hinzufügen. Wenn das Protokoll Fehler enthält oder nicht vollständig ist, verlangen Sie, dass es korrigiert wird. Achten Sie aber darauf, dass nicht Ihre Aussage korrigiert wird, sondern das Protokoll (Nicht: „Herr X. ergänzt seine Angaben dahingehend, dass ...“). Wenn Sie etwas Wichtiges vergessen haben, können Sie es noch ergänzen. Im Übrigen sollten Sie Folgendes beachten:

→ Die Anhörung beginnt oft mit ausführlichen Fragen über den Reiseweg. Lassen Sie sich davon nicht irritieren. Diese Fragen dienen dazu zu klären, ob ein anderer Staat gefunden werden kann, der für Ihr Asylverfahren zuständig ist oder der Sie aufnehmen kann. Sie müssen alle entsprechenden Unterlagen (Flug- und Fahrscheine) vorlegen.

→ Antworten Sie auf Fragen erst, wenn Sie diese genau verstanden haben. Fragen Sie besser noch einmal nach.

→ Falls Sie Vorbehalte gegen den Dolmetscher oder etwas nicht verstanden haben, geben Sie das zu Protokoll und verlangen Sie einen anderen Übersetzer. Nicht alle Dolmetscher, die vom Bundesamt eingesetzt werden, sind genügend qualifiziert. Auch wenn Sie kein Deutsch verstehen, können Sie feststellen, dass ein Dolmetscher nicht richtig übersetzt. Wenn er beispielsweise lange Erklärungen oder Fragen des Mitarbeiters des Bundesamtes nur kurz übersetzt, ist das ein Hinweis für einen schlechten Übersetzer. Verlangen Sie dann unbedingt einen anderen Dolmetscher! Zur Not muss die Anhörung vertagt werden.

→ Nicht immer kann der Dolmetscher die Sprache, in der Sie sich am besten ausdrücken können. Manchmal sprechen Dolmetscher auch einen anderen Dialekt als Sie. Lassen Sie sich hier auf keine Kompromisse ein und verlangen Sie einen anderen Dolmetscher!

→ Wenn es auf die Übersetzung bestimmter Fachbegriffe ankommt und Sie den Eindruck haben, dass dem Dolmetscher diese Begriffe nicht geläufig sind, geben Sie das zu Protokoll! Wenn möglich, schreiben Sie die Begriffe in Ihrer Sprache auf. Sonst kann es vorkommen, dass man Ihnen wegen schlechten Übersetzungen des Dolmetschers nicht glaubt.

- Antworten Sie auf alle Fragen möglichst ausführlich. Sie haben das Recht, so lange zu sprechen, wie es notwendig ist. Je mehr Details Sie einbringen, desto glaubwürdiger erscheinen Sie.
- Berichten Sie auch Ereignisse, persönliche Erlebnisse oder Vorfälle, nach denen nicht gefragt wurde. Dies ist Ihre einzige Gelegenheit dazu. Was Sie später noch berichten, zum Beispiel vor Gericht, kann als „gesteigertes Vorbringen“ gewertet und deshalb für unglaubwürdig befunden werden.
- Zeigen sie alle Beweise (Dokumente, Zeitungsartikel, Fotos ...) vor. Verlangen Sie von allen Dingen eine Kopie.
- Erzählen Sie auch von Dingen, die schmerzlich und peinlich sind. Das ist manchmal schwer für Sie, kann aber trotzdem für Ihr Asylverfahren sehr wichtig sein. Falls Sie es nicht können, so sagen Sie wenigstens, dass Sie an dieser Stelle nicht weitersprechen können, weil die Erinnerung zu schlimm für Sie ist.
- Grundsätzlich sollten Sie auf Richtigkeit und Genauigkeit, vor allem auf die richtige Reihenfolge der Ereignisse achten. Wenn Sie aber bei bestimmten Dingen Schwierigkeiten haben, sich genau zu erinnern, oder bestimmte Daten einfach nicht mehr wissen, dann sagen Sie das so. Es ist besser, auf Erinnerungsschwierigkeiten hinzuweisen, als falsche Vermutungen als Tatsache hinzustellen. Denn wenn sich Widersprüche in Ihren Aussagen finden, wird man Ihnen wahrscheinlich nicht glauben.
- Zum Schluss werden sie nach dem Vorlesen und Übersetzen des Protokolls noch einmal gefragt, ob Sie noch etwas zu sagen haben. Hier sollten Sie auf keinen Fall sofort „nein“ sagen. Überlegen Sie gut, ob Sie alles vollständig und ausführlich geschildert haben. Wenn Sie noch etwas ergänzen möchten, dann tun Sie das jetzt. Lassen Sie sich nicht unter Zeitdruck setzen.
- Unterschreiben Sie das Protokoll der Anhörung erst, wenn es Ihnen Wort für Wort in Ihre Sprache zurückübersetzt wurde und Sie es auf seine Richtigkeit und Vollständigkeit geprüft haben. Verlangen Sie eine Kopie dieses Protokolls, die Sie zusammen mit den anderen Unterlagen gut aufheben. Falls Sie einen Rechtsanwalt oder eine Rechtsanwältin haben, schicken Sie ihm/ihr eine Kopie des Protokolls.

2.3 Nach der Anhörung

Nach der Anhörung entscheidet das Bundesamt über Ihren Asylantrag. Diese Entscheidung erhalten Sie einige Wochen nach Ihrer Anhörung mit der Post. Üblich ist, dass Sie Ihre Post in der Postausgabestelle der Erstaufnahmeeinrichtung (ZAAB) abholen müssen. In manchen Fällen nimmt auch der Verwalter in einer Gemeinschaftsunterkunft die Post an.

- Fragen Sie nach der Anhörung täglich bei der Postausgabestelle in der Aufnahmeeinrichtung, ob der Bescheid des Bundesamtes schon eingetroffen ist. Dies ist wichtig, denn Sie haben nicht viel Zeit, um gegen einen negativen Bescheid etwas zu tun. Wenn der Bescheid da ist, gehen sie damit schnellstmöglich zum Rechtsanwalt oder zu einer Beratungsstelle.

→ Bewahren Sie den Brief zusammen mit dem Briefumschlag (!) auf, denn mit dem Datum auf dem Briefumschlag beginnt die Frist, innerhalb derer Sie gegen eine Ablehnung gerichtlich vorgehen können.

→ Wenn Sie umziehen, sind Sie verpflichtet, ihre neue Adresse dem Bundesamt mitzuteilen. Tun Sie das nicht, riskieren Sie, dass Ihr Asylantrag abgelehnt wird, ohne dass Sie davon erfahren und gegen die Ablehnung gerichtlich vorgehen können. Sie müssen Ihre neue Adresse auch dann dem Bundesamt mitteilen, wenn Sie von der Erstaufnahmeeinrichtung oder einer anderen Behörde zum Umzug aufgefordert werden.

3 Wer bekommt Asyl?

Um als Flüchtling ein Aufenthaltsrecht zu erhalten, gibt es zwei Möglichkeiten:

1. Die Anerkennung als „Asylberechtigter“ nach *Artikel 16 a des Grundgesetzes* oder als „Flüchtling“ nach *§ 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes*. Unter bestimmten Bedingungen kann ein Flüchtling nicht nach *Art. 16 a GG*, sondern nur nach *§ 60 Abs. 1 AufenthG* anerkannt werden. Die Anerkennung als Asylberechtigter ist ausgeschlossen, wenn der Asylsuchende über den einen sicheren Drittstaat - dazu zählen alle Nachbarstaaten von Deutschland - eingereist ist. Die Asylanerkennung ist auch ausgeschlossen, wenn er bereits Schutz vor Verfolgung in einem anderen Staat gefunden hat oder sich ausschließlich auf Gründe beruft, die er nach Verlassen des Herkunftsstaats selbst geschaffen hat.

In der Praxis ist es aber fast egal, welche der beiden Schutzformen - *Art. 16 a GG* oder *§ 60 Abs. 1 AufenthG* - man erhält. Die Folgen für die Dauer der Aufenthaltserlaubnis (sie wird für drei Jahre erteilt - dann erneute Überprüfung) und die Möglichkeit, Unterstützung vom Staat zu erhalten (Sozialhilfe, Wohngeld, Kindergeld und anderes) sind dieselben.

2. Die Gewährung von Abschiebungsschutz nach *§ 60 Abs. 2, 3, 5 oder 7 des Aufenthaltsgesetzes*. In diesem Fall sind Sie vor einer Abschiebung vorläufig sicher. Sie erhalten eine Aufenthaltserlaubnis in der Regel für zunächst ein Jahr, die aber verlängert werden kann.

Jemand, der wegen eines Verbrechens zu mindestens drei Jahren Haft verurteilt wurde und deshalb als „Gefahr für die Sicherheit Deutschlands“ oder „Gefahr für die Allgemeinheit“ eingestuft wird, kann keine Asyl- oder Flüchtlingsanerkennung erhalten. Das gleiche gilt für jemanden, der im begründeten Verdacht steht, ein Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder ein schweres nichtpolitisches Verbrechen begangen zu haben. Auch dann gibt es keine Asylanerkennung. Unter Umständen darf der betreffende Flüchtling aber trotzdem nicht abgeschoben werden und erhält deshalb Abschiebungsschutz nach *§ 60 Abs. 2, 3, 5 oder 7 AufenthG*. Das ist etwa der Fall, wenn ihm im Herkunftsland Todesstrafe, Folter oder andere Menschenrechtsverletzungen drohen.

3.1 Voraussetzungen für die Flüchtlingsanerkennung

Grundlage für die Anerkennung nach *§ 60 Abs. 1 AufenthG* und *Art. 16 a GG* ist die Flüchtlingsdefinition der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK). Danach ist ein Flüchtling eine Person,

„... die aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung“ aus dem Heimatland geflohen ist und keinen Schutz vor dieser Verfolgung durch den Staat erhalten hat.

Diese Formulierung klingt so, als ob viele Flüchtlinge Asyl erhalten könnten. Die Unterscheidung zwischen denjenigen, die als Flüchtlinge anerkannt werden, und denjenigen, denen dieser Status verweigert wird, ist in der Praxis jedoch komplizierter als man denkt: Ist jede

Menschenrechtsverletzung zugleich ein Asylgrund? Wann ist die Furcht eines Flüchtlings vor Verfolgung nach Auffassung der Behörden begründet? Welche Gewalt muss ein Mensch sich von seinem Staat „üblicherweise“ gefallen lassen? Muss die Verfolgung überall im Herkunftsland bestehen? Wie weit darf ein Staat die Religionsausübung einschränken? Ist auch die Bedrohung durch eine kriminelle Mafia ein Akt der Verfolgung? Diese und andere Fragen entscheiden darüber, ob ein Flüchtling Asyl erhält oder nicht. Wir können hier nur einige Hinweise auf die Probleme in diesem Zusammenhang geben. Besprechen Sie daher Ihren Fall möglichst mit einer Rechtsanwältin, einem Rechtsanwalt oder einer Beratungsstelle für Flüchtlinge.

In der Praxis wird vielen Flüchtlingen, die sich persönlich verfolgt fühlen und schweren Bedrohungen und Gewalterfahrungen ausgesetzt waren, eine Anerkennung als Flüchtling dennoch verweigert:

- Nur wenn eine Verfolgung aufgrund der persönlichen Merkmale erfolgt, die in der Flüchtlingsdefinition genannt sind, kann eine Anerkennung erfolgen. **Zielgerichtet** ist eine politische Verfolgung, wenn eine Person aufgrund ihrer Rasse, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe verfolgt wird. Häufig werden Flüchtlinge abgelehnt, weil nach Auffassung des Bundesamtes eine Verfolgung zwar stattfand, aber nicht „zielgerichtet“ war.
- Zwischen den Gründen, auf die sich ein Asylsuchender beruft, und der Flucht muss ein **innerer Zusammenhang** bestehen: Drohende oder erlittene Verfolgung muss die Flucht ausgelöst haben. Ist zwischen der Verfolgung und der Flucht zu viel Zeit vergangen, wird die Verfolgung nicht mehr als Begründung für die Flucht akzeptiert.
- Eine Flüchtlingsanerkennung kommt nur dann in Frage, wenn es auch in keinem anderen Teil des Herkunftslandes Schutz vor Verfolgung gibt. Besteht in einem anderen Landesteil keine Verfolgungsgefahr, so nennt man dies „**inländische Fluchtalternative**“. Dies führt dazu, dass ein Asylantrag abgelehnt wird. Allerdings dürfen in diesem Gebiet keine anderen Gefahren drohen (zum Beispiel fehlende Existenzmöglichkeiten). Außerdem muss es im Falle einer freiwilligen Ausreise oder Abschiebung möglich sein, das Gebiet von Deutschland aus gefahrlos zu erreichen.
- Bis 2005 war eine Verfolgung nur dann relevant, wenn sie vom Staat mit seinen Institutionen und Kräften (Polizei, Justiz, Militär) ausging. Inzwischen kann auch die Verfolgung durch andere (zum Beispiel militante Gruppen) als Verfolgung gelten, wenn die Herrscher keinen Schutz davor bieten oder zu einem Schutz nicht bereit sind (so genannte **nichtstaatliche Verfolgung**). In der Praxis wird aber oft angenommen, dass der Staat (oder Staatsteilherrscher) prinzipiell schutzwilling und schutzfähig sind, so dass eine Anerkennung trotz Bedrohung doch nicht erfolgt. Oder es wird behauptet, die Verfolgungssituation bestehe nicht überall im Lande und sei zu vermeiden, wenn man seinen Wohnsitz in einer anderen Region des Landes nähme. Das gilt insbesondere für Länder, in denen internationale Organisationen die Staatskontrolle haben.

Im Folgenden wollen wir einige Fluchtursachen näher erläutern, die Flüchtlinge häufig als Asylbegründung angeben:

Asylgrund: drohende Verfolgung?

Eine Verfolgung muss konkret, nachvollziehbar und wahrscheinlich sein. Oft wird Flüchtlingen, denen noch nichts passiert ist, die aber große Angst vor einer Verfolgung haben, vorgehalten, sie seien (noch) nicht wirklich bedroht gewesen oder hätten den Schutz der Behörden ihres Staates in Anspruch nehmen können. Dies wird oft Flüchtlingen entgegengehalten, die sich auf eine

Verfolgung durch Dritte - z.B. eine andere ethnische Gruppe oder eine Mafiaorganisation - berufen. Aber auch Flüchtlinge, die eine drohende Verfolgung durch staatliche Kräfte geltend machen, müssen unter Umständen mit einer Ablehnung rechnen: Der Asylantrag wird dann zum Beispiel mit der Begründung abgelehnt, dass die Regierung sich um die Einhaltung der Menschenrechte bemühe und dazu grundsätzlich auch in der Lage sei.

Asylgrund: erlittene Verfolgung?

Wer vor der Flucht bereits verfolgt wurde, hat größere Chancen, als Flüchtling anerkannt zu werden. Hier geht das BAMF normalerweise davon aus, dass der Flüchtling bei Rückkehr in seinen Herkunftsstaat erneut verfolgt würde und er deshalb Schutz benötigt. Nur wenn besondere Umstände dafür sprechen, dass der Flüchtling vor erneuter Verfolgung sicher ist, verliert eine bereits erlittene Verfolgung diese Indizwirkung.

Ähnlich wie bereits erlittene Verfolgung wirkt sich eine drohende Verfolgung aus, wenn Sie zum Zeitpunkt der Flucht unmittelbar bevor stand. Auch eine unmittelbar drohende Verfolgung deutet in der Regel darauf hin, dass der Flüchtling bei Rückkehr verfolgt würde.

Nicht jede frühere Verfolgung wird jedoch als Asylgrund anerkannt: Wenn jemand zum Beispiel wegen eines unberechtigten Vorwurfs eine Gefängnisstrafe abgesessen hat, jetzt aber entlassen ist, wird unter Umständen argumentiert, dass die Verfolgung ja vorbei sei und eine erneute Verfolgung nicht akut drohe.

Ein weiteres wichtiges Kriterium ist, ob die Verfolgung oder Bedrohung schwerwiegend genug ist. Vorladungen, Verhöre, mehrtägige Inhaftierungen und Schläge gelten oft als nicht gravierend genug und damit nicht als „asylrelevant“.

Asylgrund: Gefahr für Leben und Freiheit?

Eine drohende Gefahr für Leben und Freiheit kann eine Begründung für die Flüchtlingsanerkennung sein. Diese besteht aber nur dann, wenn das Leben der Betroffenen aus politischen Gründen regelmäßig oder sehr stark beeinträchtigt ist und ihr Leben und Freiheit bedroht sind. Aber auch das führt nicht in jedem Fall zur Anerkennung. Eine drohende Gefängnisstrafe kann beispielsweise mit der Begründung abgelehnt werden, dass der Herkunftsstaat ein legitimes Staatsschutzinteresse verfolgt, wenn er den Flüchtling einsperrt.

Asylgrund: (Bürger-) Krieg?

Grundsätzlich sind Kriege und Bürgerkriege kein ausreichender Grund, um Asyl oder einen anderen Flüchtlingsschutz in Deutschland zu erhalten. Im Gesetz steht, dass ein Asylantrag abgelehnt wird, wenn jemand nur deshalb Asyl beantragt hat, um einer kriegerischen Auseinandersetzung zu entgehen. Eine Chance auf Anerkennung besteht nur, wenn über die allgemeine Gefahr für das Leben in einem Krieg hinaus eine konkrete persönliche Verfolgung oder Gefährdung belegt werden kann.

Asylgrund: Kriegsdienstverweigerung?

Bisher haben alle deutschen Gerichte entschieden, dass Kriegsdienstverweigerung und Desertion allein nicht als Asylgrund gelten. Nur dann, wenn jemand, der sich dem Kriegsdienst entzieht, eine besonders hohe Bestrafung zu erwarten hat, weil er einer diskriminierten Gruppe angehört, konnte dies auch als Asylgrund anerkannt werden. Aufgrund einer europäischen Richtlinie können zukünftig Kriegsdienstverweigerer und Deserteure unter bestimmten Umständen eine Chance auf

eine Anerkennung haben. Voraussetzung dafür ist, dass sie im Kriegsdienst zur Teilnahme an Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit verpflichtet gewesen wäre. Wenn also beispielsweise der Flüchtling während seines Kriegsdienstes an einem Krieg hätte teilnehmen müssen, in dem die Streitkräfte seines Landes Kriegsverbrechen begehen (z.B. Angriffe gegen die Zivilbevölkerung), kann er unter Umständen als Flüchtling anerkannt werden.

Asylgrund: materielle Not?

So genannte „allgemeine“ Notsituationen wie zum Beispiel eine Hungersnot oder eine Umweltkatastrophe werden nicht als Asylgründe anerkannt. Wer sich ausschließlich auf fehlende Existenzgrundlagen in seinem Herkunftsland beruft, läuft Gefahr, dass sein Asylantrag im Schnellverfahren als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt wird.

Asylgrund: Verfolgung von Frauen?

Nach dem Gesetz kann auch eine Verfolgung aufgrund des Geschlechts zu einer Anerkennung als Flüchtling führen. Die allgemeine Benachteiligung und Unterdrückung von Frauen im Herkunftsland reicht jedoch nicht aus, um Asyl zu erhalten. Den betroffenen Flüchtlingen wird in der Regel zugemutet, die untergeordnete Stellung der Frau im Rechtssystem des Herkunftslandes hinzunehmen und sich zum Beispiel den Kleidervorschriften oder sonstigen Normen der Gesellschaft zu unterwerfen.

Frauen und Mädchen, die sexuelle Gewalt erlitten haben oder befürchten müssen, können als Flüchtlinge anerkannt werden. Das gilt zum Beispiel für drohende Genitalverstümmelung (Beschneidung). Es kommt jedoch auch vor, dass entsprechende Asylanträge mit der Begründung abgelehnt werden, dass nicht jede Frau im Herkunftsland davon betroffen sei und es Möglichkeiten gäbe, sich dieser Gefahr zu entziehen. Auch Vergewaltigung wird nur in Ausnahmefällen als Asylgrund akzeptiert.

Asylgrund: religiöse Unterdrückung?

Bislang wurden Flüchtlinge, die eine Verfolgung ihrer Religionsgemeinschaft im Herkunftsland als Asylgrund angeben, oft mit der Begründung abgelehnt, sie könnten ihre religiösen Überzeugungen in ihrem privaten Bereich unbemerkt von der Öffentlichkeit ausleben. Eine europäische Richtlinie legt nun aber fest, dass Menschen auch das Recht haben müssen, ihre Religion öffentlich zu praktizieren. Es wird dem Asylsuchenden also nicht zugemutet, seine Religion im Herkunftsland zu verheimlichen oder zu leugnen. Droht wegen der öffentlichen Religionsausübung oder wegen des öffentlichen Bekenntnisses zur Religion Verfolgung, kann dies zur Anerkennung führen.

Asylgrund: Homosexualität?

Die Verfolgung homosexueller Männer oder Frauen kann einen Asylgrund darstellen. Allein die Diskriminierung oder gesellschaftliche Ächtung von Homosexualität reicht aber nicht aus. Die Verweigerung von Asyl kann zum Beispiel damit begründet werden, dass die sexuelle Orientierung im Herkunftsland keine Verfolgung nach sich zöge, solange die Öffentlichkeit davon nichts mitbekäme.

3.2 Voraussetzungen für den Abschiebungsschutz

In § 60 *AufenthG* sind eine Reihe von Gefahren aufgezählt, die dazu führen können, dass Sie ein vorläufiges Aufenthaltsrecht erhalten, auch wenn Ihr Antrag auf Anerkennung als Flüchtling abgelehnt wurde:

- § 60 Abs. 2: *Gefahr der Folter oder einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Bestrafung*
- § 60 Abs. 3: *Gefahr der Verhängung oder Vollstreckung Todesstrafe*
- § 60 Abs. 5: *Verbot der Abschiebung aufgrund der Europäischen Menschenrechtskonvention, vor allem Gefahr der unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Bestrafung aber beispielsweise auch die Verletzung der Religionsfreiheit*
- § 60 Abs. 7: *Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit*

In jedem Asylverfahren wird automatisch auch geprüft, ob eine dieser Gefahren vorliegt. Wenn bei Ihnen nur Abschiebungshindernisse nach § 60 Abs. 2, 3, 5 oder 7 *AufenthG* in Frage kommen, können Sie den Antrag darauf beschränken, also kein Asyl oder keine Flüchtlingsanerkennung beantragen.

Die Anerkennung von Abschiebungshindernissen nach § 60 Abs. 7 *AufenthG* wegen „Gefahr für Leib, Leben und Freiheit“ ist nur möglich, wenn ein konkreter Bezug zum „Zielstaat“ besteht: Von einem „zielstaatsbezogenen“ Abschiebungshindernis spricht man, wenn die Asylbehörde feststellt, dass einem Flüchtling bei Rückkehr im Herkunftsland schwerwiegende Gefahren drohen. Dies ist zum Beispiel bei Krankheiten der Fall, die im Herkunftsland nicht behandelbar sind. Abschiebungsschutz ist auch möglich, wenn die Behandlung für den Betroffenen nicht erreichbar ist, etwa weil das einzige Krankenhaus, in dem die Krankheit behandelbar ist, zu weit vom Wohnort entfernt ist. Abschiebungsschutz wird auch gewährt, wenn die Behandlung für den Betroffenen nicht zu finanzieren ist. Voraussetzung für Abschiebungsschutz wegen einer Krankheit ist aber in jedem Fall, dass der Stopp der Behandlung zu schwerwiegenden Gesundheitsschäden oder gar zum Tod führt.

Auch fehlende Existenzmöglichkeiten im Herkunftsland können unter Umständen zu einer Schutzgewährung führen. Kann eine Abschiebung jedoch aus anderen Gründen nicht stattfinden, zum Beispiel weil Reiseunfähigkeit vorliegt oder weil kein Pass vorhanden ist, wird kein Schutz nach § 60 Abs. 7 *AufenthG* gewährt.

Abschiebungsschutz nach § 60 Abs. 7 *AufenthG* können Sie leider in der Regel nicht erhalten, wenn es um Gefahren geht, die der gesamten Bevölkerung des Herkunftsstaats oder einer Bevölkerungsgruppe drohen. Unter einer Bevölkerungsgruppe kann beispielsweise die Bevölkerung einer bestimmten Region zu verstehen sein. Das Gleiche gilt, wenn im Herkunftsland etwa alle Frauen von einer bestimmten Gefahr bedroht sind. Ist eine Krankheit in dem betreffenden Land weit verbreitet (beispielsweise HIV/Aids), gelten auch alle Menschen, die unter dieser Krankheit leiden, als Bevölkerungsgruppe.

Droht eine Gefahr einer Bevölkerungsgruppe, stellt das Bundesamt nur dann ein Abschiebungshindernis nach § 60 Abs. 7 *AufenthG* fest, wenn die konkret drohende Gefahr besonders groß ist und sich bald nach der Einreise realisieren würde.

§ 60 Abs. 7 *AufenthG* gewährt auch Schutz vor Gefahren für Zivilisten durch willkürliche Gewalt im Rahmen eines bewaffneten Konflikts. Diese Regelung wurde auf Grund einer europäischen Richtlinie geschaffen und ist noch ziemlich neu. Es ist daher noch unklar, welche Gefahren

darunter fallen. In der Rechtsprechung ist vor allem umstritten, ob auch allgemeine Gefahren, die allen Bewohner des Landes oder einer Region drohen, darunter fallen können.

3.3 Folgeantrag

Besonderheiten gelten, wenn Sie bereits früher einen Asylantrag in Deutschland gestellt haben. Jeder weitere Asylantrag ist ein so genannter Folgeantrag. In diesem Fall prüft das BAMF zunächst, ob es Gründe gibt, die ein Wiederaufgreifen des Verfahrens rechtfertigen. Solche Gründe sind in erster Linie:

- eine Änderung der Sachlage (z.B. eine Änderung der politischen Situation in Ihrem Herkunftsland, die zu einer neuen oder höheren Gefährdung für Sie führt, oder eine Änderung Ihrer persönlichen Situation, etwa ein neues exilpolitisches Engagement)
- eine Änderung der Rechtslage zu Ihren Gunsten (z.B. Änderung eines Gesetzes in Deutschland, das kommt aber nur selten vor)
- neue Beweismittel (z.B. Papiere, die Ihre Verfolgung belegen, ein neues ärztliches Gutachten oder ein inzwischen eingereister Zeuge aus dem Heimatland); neue Beweismittel sind aber nur dann ein Grund für das Wiederaufgreifen des Verfahrens, wenn Sie sie nicht beim ersten Verfahren vorlegen konnten.

Ein weiterer Asylantrag ist auch dann ein Folgeantrag, wenn Sie sich zwischenzeitlich in Ihrem Herkunftsland aufgehalten haben. Dann können Sie sich aber auf Fluchtgründe, die während dessen entstanden sind, berufen, denn das ist eine Änderung der Sachlage.

Der Folgeantrag muss innerhalb von drei Monaten gestellt werden, nachdem Sie von dem Grund für das Wiederaufgreifen des Verfahrens erfahren haben.

- Wenn Sie glauben, dass ein neuer Grund für ein Asylantrag vorliegt, wenden Sie sich möglichst schnell an einen Rechtsanwalt, eine Rechtsanwältin oder eine Beratungsstelle für Flüchtlinge. So stellen Sie sicher, dass sie den Antrag rechtzeitig stellen können.

Die Drei-Monats-Frist gilt nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts nicht, wenn es um Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 2, 3, 5 oder 7 *AufenthG* geht. In diesem Fall können Sie den Folgeantrag - man spricht dann von einem Antrag auf „Wiederaufgreifen des Verfahrens“ - auch später stellen (BVerwG, Urteil vom 20.10.2004 - 1 C 15.03 - abgedruckt im ASYLMAGAZIN 1-2/2005, S. 35). Darauf sollten Sie sich aber nicht verlassen. Besser ist in jeden Fall, Sie stellen den Antrag rechtzeitig.

Das Bundesamt prüft einen Folgeantrag in zwei Prüfungsschritten. Zuerst prüft es, ob Gründe für das Wiederaufgreifen des Verfahrens vorliegen. Nur dann wird - rechtlich gesehen - ein weiteres Asylverfahren durchgeführt. Im zweiten Schritt prüft das Bundesamt dann, ob die Voraussetzungen für die Anerkennung als Asylberechtigter (*Art. 16 a GG*), die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft (§ 60 Abs. 1 *AufenthG*) oder der Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 2, 3, 5 oder 7 *AufenthG* vorliegen. Daraus folgt, dass es nicht genügt, wenn gute Gründe für das Wiederaufgreifen des Asylverfahrens vorliegen. Erfolgsaussichten hat ein Folgeantrag nur, wenn auch die Voraussetzungen für eine Asyl- oder Flüchtlingsanerkennung oder von Abschiebungsverböten vorliegen.

- Wenn Sie von Abschiebung bedroht sind, wenden Sie sich an einen Rechtsanwalt oder eine Rechtsanwältin, der/die dann einen Eilantrag bei dem Verwaltungsgericht stellen kann (lesen Sie dazu auch *Kapitel 4.2*).

Achtung: Wenn Sie einen Folgeantrag gestellt haben, heißt das nicht, dass Sie während des Verfahrens in Deutschland bleiben dürfen. Denn ein vorläufiges Aufenthaltsrecht entsteht erst, wenn ein Folgeverfahren durchgeführt wird. Das BAMF teilt Ihnen in der Regel auch nicht vorher mit, ob es ein Folgeantrag durchführt, sondern schickt direkt die Ablehnung der Durchführung des Folgeverfahrens.

Folgeverfahren dauern meist nicht sehr lange. Wenn keine guten Gründe für einen neuen Antrag vorliegen, lehnt das BAMF den Antrag innerhalb weniger Wochen ab.

4 Der Bescheid des Bundesamtes

Das BAMF hat mehrere Möglichkeiten, über einen Asylantrag zu entscheiden:

4.1 Unzulässiger Asylantrag – Die Dublin-II-Verordnung

Das BAMF bezeichnet einen Asylantrag als „unzulässig“, wenn es gar keine inhaltliche Prüfung durchführt. Fast alle europäische Staaten haben miteinander verabredet, dass ein Flüchtling nur in einem Staat ein Asylverfahren erhalten soll. Welcher Staat das ist, haben sie in der Dublin II-Verordnung geregelt. Ein in Deutschland gestellter Asylantrag wird hier (erst einmal) nicht geprüft, wenn

- jemand über einen anderen europäischen „Dublin-Staat“ (Mehrzahl der EU-Mitgliedstaaten) eingereist ist, das BAMF dies auch nachweisen kann und davon ausgeht, dass innerhalb von drei Monaten eine Abschiebung dorthin möglich ist,
- jemand bereits in einem anderen europäischen Staat einen Asylantrag gestellt hat,
- jemand in einem anderen europäischen Staat als „Illegaler“ seine Fingerabdrücke abgegeben hat,
- ein minderjähriger Flüchtling Eltern oder Vormund in einem anderen europäischen Staat hat. Die Eltern müssen dort rechtmäßig leben und es muss für den Minderjährigen gut sein, dorthin zu gelangen,
- jemand zu seinen Familienangehörigen (Ehegatten, Kinder) in einen anderen Staat möchte, sofern diese Familienangehörigen dort als Flüchtlinge anerkannt sind,
- jemand zu seinen Familienangehörigen (Ehegatten, Kinder, bei Minderjährigen die Eltern) in einen anderen Staat möchte, sofern diese Familienangehörigen dort noch nie einen Bescheid über ihren Asylantrag erhalten haben.

Wenn ein anderer Staat sich bereit erklärt hat, den Flüchtling aufzunehmen, beschließt das Bundesamt gleich definitiv die Abschiebung:

„1. Der Asylantrag ist unzulässig.

2. Die Abschiebung nach ... (z.B. Polen) wird angeordnet.“

Das bedeutet, ein Flüchtling wird sofort in den zuständigen „Dublin-Staat“ zurückgebracht wird. Wichtig ist: Diese bedeutet nicht, dass zugleich der Asylantrag abgelehnt wäre. Er muss weiter geprüft werden - nur nicht in Deutschland, sondern in jenem Staat, in den „überstellt“ wird.

Es ist zwar möglich, gegen die Ablehnung des Asylantrags als unzulässig Klage zu erheben. Diese Klage hat aber keine aufschiebende Wirkung. Das heißt, der Flüchtling wird trotz der Klage in den zuständigen „Dublin-Staat“ gebracht. Nach dem Wortlaut des Gesetzes ist es auch nicht möglich, vorläufigen Rechtsschutz zu beantragen (§ 34 a Abs. 2 AsylVfG). Diese Regelung bedarf aber aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BverfG, Urteil vom 14.5.1996 – 2 BvR 1938, 2315/03, BverfGE 94, 49) der Korrektur. In Ausnahmefällen ist es trotzdem möglich, vorläufigen Rechtsschutz in Anspruch zu nehmen. Ausnahmefälle können beispielsweise vorliegen, wenn der Flüchtling reiseunfähig ist oder mit Familienangehörigen in Deutschland in familiärer Lebensgemeinschaft lebt. Theoretisch ist es auch möglich, Gefährdungen im „Dublin-Staat“ oder die Gefahr der Kettenabschiebung geltend zu machen. Praktisch sind die Erfolgsaussichten eines

solchen Antrags aber sehr gering, da die meisten Gerichte davon ausgehen, dass die Verhältnisse in den „Dublin-Staaten“ in Ordnung sind.

In jedem Fall sollte mit einem Eilantrag ein guter Rechtsanwalt oder eine gute Rechtsanwältin betraut werden. Da meist die Abschiebung in den zuständigen „Dublin-Staat“ sehr schnell durchgeführt wird, ist es zudem notwendig, bereits vor der Ablehnung Vorbereitungen zu treffen. Sonst kommt der Eilrechtsschutz zu spät.

Wenn es noch keine Übernahmezusage des anderen Staates gibt, lehnt das Bundesamt den Asylantrag als unbeachtlich ab und droht das Bundesamt die Abschiebung an:

1. *Der Asylantrag wird als unbeachtlich abgelehnt.*
2. *Der Antragsteller wird aufgefordert, die Bundesrepublik Deutschland innerhalb einer Woche ... zu verlassen. Sollte der Antragsteller diese Frist nicht einhalten, wird er nach ... (z.B. Polen) abgeschoben.*

In diesem Fall kann man mit Hilfe eines Rechtsanwaltes versuchen, die Abschiebung noch zu verhindern.

- Sie haben nur **eine Woche** ab der Zustellung des Ablehnungsbescheids Zeit, gegen die Entscheidung des BAMF zu klagen. Zusätzlich muss innerhalb derselben Frist ein Eilantrag gestellt werden. Stellen Sie diesen Eilantrag nicht oder lehnt das Gericht ihn ab, können Sie abgeschoben werden, obwohl über die Klage noch nicht entschieden ist.

Wenn das BAMF nicht herausfinden oder beweisen kann, in welchem Land ein Flüchtling vorher gewesen ist, führt es das Asylverfahren selbst durch. Dies gilt auch für den Fall, dass die Abschiebung in den anderen „Dublin-Staat“ nicht innerhalb von sechs Monaten klappt. Dann erlässt es einen neuen Bescheid. Für die Abschiebung von inhaftierten Menschen gilt eine Frist von einem Jahr. Ist ein Flüchtling untergetaucht, ist der andere Staat noch 1½ Jahre zuständig und erst danach wieder das Bundesamt. (In diesem Fall sind allerdings auch die Chancen auf eine positive Entscheidung äußerst gering.)

Das BAMF kann ein Asylverfahren durchführen, auch wenn es eigentlich nicht zuständig ist („Selbsteintrittsrecht“), zum Beispiel, um zu ermöglichen, dass ein in Deutschland angekommener Flüchtling von seiner hier schon lebenden Familie nicht wieder getrennt wird. Das gilt insbesondere für Schwangere, Alte und Kranke. Leider kann man das BAMF nur in Ausnahmefällen dazu verpflichten und freiwillig macht das Bundesamt von sich aus von dieser Möglichkeit nur außerordentlich selten Gebrauch.

- Wenn Sie in einen anderen Staat abgeschoben werden sollen, aber aus einem wichtigen Grund Ihr Asylverfahren in Deutschland durchführen wollen, kann es helfen, schon in der Anhörung die Gründe zu erklären und darum zu bitten, dass das BAMF die Asylprüfung durchführt.
- Es ist umstritten, welche rechtlichen Möglichkeiten Sie gegen die Überstellung in einen Dublin-Staat haben (Klagemöglichkeit auf Übernahme des Verfahrens nach Deutschland oder einstweilige Anordnung auf vorläufigen Verbleib in Deutschland). Falls Sie meinen, dass bei Ihnen ein wichtiger Grund vorliegt, müssen Sie versuchen, sofort Kontakt zu einem Rechtsanwalt herzustellen.

Für diejenigen, die sich länger als drei Monate außerhalb der Dublin-Staaten aufhalten und dann erneut nach Europa einreisen, ist der „alte“ Staat nicht mehr zuständig und das Ganze beginnt von vorn.

Die „Dublin-Staaten“ sind: *Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Lettland, Lichtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern*. Die Dublin-II-Verordnung wird auch in der *Schweiz* angewendet.

4.2 Kein (neues) Asylverfahren – Folgeantrag

Grundsätzlich kann man nach Ablehnung des ersten Asylantrags einen zweiten („Folgeantrag“) stellen. In den meisten Fällen setzt sich das BAMF jedoch mit der Begründung des Antrags nicht auseinander, sondern entscheidet, dass sich die „Sach- und Rechtslage“ im Vergleich zum ersten Verfahren nicht geändert hat und deshalb auch keine neue Prüfung stattfinden muss. (Zu den Möglichkeiten eines Asylfolgeantrags siehe genauer *Kapitel 3.3*). In diesem Fall schreibt das Bundesamt:

„Die Durchführung eines weiteren Asylverfahrens wird abgelehnt.“

Wenn Sie ausreisepflichtig sind, ändert sich daran durch diese Entscheidung nichts. Sie bleiben vollziehbar ausreisepflichtig.

→ Gegen die Ablehnung, ein Asylfolgeverfahren durchzuführen, können Sie vor Gericht klagen. Dafür haben Sie zwei Wochen ab Zustellung des Ablehnungsbescheids Zeit. Um eine akut drohende Abschiebung zu verhindern, müssen Sie aber zusätzlich *sofort*, am besten über einen Rechtsanwalt oder eine Rechtsanwältin, einen „Eilantrag“ beim Gericht stellen. Ziel des Antrags ist, dass das Gericht anordnet, dass mit der Abschiebung gewartet wird, bis es über die Klage entschieden hat. Stellen Sie keinen Eilantrag oder lehnt das Gericht den Eilantrag ab, können Sie abgeschoben werden, obwohl über die Klage noch nicht entschieden ist.

4.3 Anerkennung als Flüchtling

Erkennt das Bundesamt einen Asylsuchenden als Flüchtling an, heißt es im Bescheid entweder *„1. Der Antragsteller wird als Asylberechtigter anerkannt.“*

oder

„1. Der Antrag auf Anerkennung als Asylberechtigter wird abgelehnt.

2. Dem Antragsteller wird die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt.“

In älteren Entscheidungen schrieb das Bundesamt meist:

„2. Die Voraussetzungen des § 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes liegen hinsichtlich ... (z.B. des Iraks) vor.“

Das ist das Beste, was einem Flüchtling im Asylverfahren passieren kann. In beiden Fällen erhalten die Betroffenen den Status eines Flüchtlings nach der Genfer Flüchtlingskonvention, einen Flüchtlingspass und eine Aufenthaltserlaubnis, die zunächst auf drei Jahre befristet ist. Eine Abschiebung ist verboten. Zu einem späteren Zeitpunkt, regelmäßig nach drei Jahren, überprüft das BAMF die Entscheidung allerdings und kann sie auch wieder zurücknehmen, im Amtsdeutsch: „widerrufen“.

→ Wenn Sie als „Asylberechtigte/r“ nach dem Grundgesetz abgelehnt, aber die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt wurde, ist eine Klage zwar möglich, in der Regel aber nicht nötig. Die Flüchtlingsanerkennung hat für Sie dieselben aufenthalts-, arbeits- und sozialrechtlichen Folgen wie eine Anerkennung als Asylberechtigte/r.

4.4 Abschiebungsschutz nach § 60 Abs. II, III, V oder VII AufenthG

Neben dem eigentlichen Recht auf Flüchtlingsschutz gibt es eine andere Möglichkeit, vor der Abschiebung vorläufig rechtlich geschützt zu werden. In diesem Fall schreibt das Bundesamt:

- 1. Der Antrag auf Anerkennung als Asylberechtigter wird abgelehnt.*
- 2. Der Antrag auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft wird abgelehnt.*
- 3. Das Abschiebungsverbot des § 60 Abs. ... (z.B. 2, 3 5 oder 7) des Aufenthaltsgesetzes liegt hinsichtlich ... (z.B. Afghanistan) vor. Im Übrigen liegen Abschiebungsverbote nach § 60 des Aufenthaltsgesetzes nicht vor.*

Mit der Zuerkennung von Abschiebungsschutz erhalten die Betroffenen in der Regel ebenfalls eine Aufenthaltserlaubnis (die meistens auf ein Jahr befristet ist), haben aber weniger Rechte als anerkannte Flüchtlinge. Das BAMF entscheidet, dass eine Abschiebung nicht stattfinden darf. Diese Entscheidung müssen die Ausländerbehörden akzeptieren, sie kann allerdings später vom BAMF selbst wieder aufgehoben werden, wenn ihre Voraussetzungen nicht oder nicht mehr vorliegen.

→ Sie haben zwei Wochen Zeit, gegen die Ablehnung als Flüchtling vor einem Gericht zu klagen. Weitere zwei Wochen bleiben Ihnen für die Begründung Ihrer Klage. Mit Ihrem Rechtsanwalt oder mit einer Beratungsstelle sollten Sie möglichst bald besprechen, ob eine Klage sinnvoll und Erfolg versprechend ist.

4.5 Ablehnung

Wenn der Asylantrag abgelehnt wird, schreibt das Bundesamt:

- 1. Der Antrag auf Anerkennung als Asylberechtigter wird abgelehnt.*
- 2. Der Antrag auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft wird abgelehnt.*
- 3. Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 2 bis 7 des Aufenthaltsgesetzes liegen nicht vor.*
- 4. Der Antragsteller wird aufgefordert, die Bundesrepublik Deutschland innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe dieser Entscheidung zu verlassen; im Falle einer Klageerhebung endet die Ausreisefrist einen Monat nach dem unanfechtbaren Abschluss des Asylverfahrens. Sollte der Antragsteller die Ausreisefrist nicht einhalten, wird er nach ... (z.B. Liberia) abgeschoben. Der Antragsteller kann auch in einen anderen Staat abgeschoben werden, in den er einreisen darf oder der zu seiner Rückübernahme verpflichtet ist.*

Dies ist die vollständige Ablehnung allen Schutzes. Es besteht die Gefahr der Abschiebung, wenn ein Flüchtling nicht rechtzeitig Klage erhebt.

→ Für eine Klage vor Gericht haben Sie zwei Wochen Zeit, weitere zwei Wochen bleiben für die Begründung. Ein auf Asylrecht spezialisierter Rechtsanwalt kann die Klage besser begründen als Sie, weil er die deutsche Rechtslage genau kennt. Gut ist es, wenn der Rechtsanwalt sich auf Ihr Herkunftsland spezialisiert hat. Beachten Sie die Hinweise für das Gerichtsverfahren im folgenden Kapitel 5.

4.6 Ablehnung als „offensichtlich unbegründet“

Eine für Sie besonders schlechte Entscheidung ist die Ablehnung als „offensichtlich unbegründet“. In diesem Fall droht Ihnen unmittelbar die Abschiebung. Bei einer Ablehnung als „offensichtlich unbegründet“ steht im Bescheid:

1. *Der Antrag auf Anerkennung als Asylberechtigter wird als offensichtlich unbegründet abgelehnt.*
2. *Der Antrag auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft wird als offensichtlich unbegründet abgelehnt.*
3. *Abschiebungshindernisse nach § 60 Abs. 2 bis 7 des Aufenthaltsgesetzes liegen nicht vor.*
4. *Der Antragsteller wird aufgefordert, die Bundesrepublik Deutschland innerhalb einer Woche nach Bekanntgabe dieser Entscheidung zu verlassen; im Falle einer Klageerhebung endet die Ausreisefrist einen Monat nach dem unanfechtbaren Abschluss des Asylverfahrens. Sollte der Antragsteller die Ausreisefrist nicht einhalten, wird er nach ... (z.B. Liberia) abgeschoben. Der Antragsteller kann auch in einen anderen Staat abgeschoben werden, in den er einreisen darf oder der zu seiner Rückübernahme verpflichtet ist.*

Das BAMF lehnt einen Asylantrag unter anderem dann als „offensichtlich unbegründet“ ab,

- wenn das Bundesamt dem Flüchtling nicht glaubt, zum Beispiel wegen großer Widersprüche oder falscher Angaben;
- wenn das Bundesamt die Dokumente des Flüchtlings für falsch hält;
- wenn ein Flüchtling seinen Asylantrag erst lange nach der Einreise stellt;
- wenn das BAMF es für offensichtlich hält, dass wirtschaftliche Verbesserung oder eine allgemeine Kriegs- oder Notsituation der einzige Grund für den Asylantrag ist;
- bei Kindern, deren Eltern im Asylverfahren bereits abgelehnt wurden.

→ Es besteht die Gefahr der Abschiebung. Sie haben **nur eine Woche** Zeit, gegen die Entscheidung des BAMF zu klagen. Zusätzlich muss innerhalb derselben Frist ein Eilantrag gestellt werden. Stellen Sie diesen Eilantrag nicht oder lehnt das Gericht ihn ab, können Sie abgeschoben werden, obwohl über die Klage noch nicht entschieden ist. Wenn der Eilantrag auf aufschiebende Wirkung erfolgreich ist, können Sie zumindest für die Dauer des Gerichtsverfahrens in Deutschland bleiben.

5. Das Gerichtsverfahren

Wenn man gegen einen negativen Asylbescheid Klage erhebt, überprüft ein Verwaltungsgericht die Entscheidung des BAMF noch einmal. Grundlage für die neue Entscheidung ist das Protokoll der Anhörung beim BAMF. Zu der Gerichtsverhandlung werden Sie eingeladen, möglicherweise noch einmal befragt. Vor Gericht kann Ihr Anwalt und können auch Sie das Wort ergreifen. Bis es zum Gerichtstermin kommt, vergeht einige Zeit, in der Regel sind es einige Monate. Zur Vorbereitung auf das Gerichtsverfahren können Sie Folgendes tun:

Lassen Sie sich von Ihrem Anwalt oder einer Beratungsstelle den negativen Bescheid des Bundesamtes genau erklären und versuchen Sie die Gründe für die Ablehnung zu verstehen. In vielen Fällen handelt es sich allerdings um juristische Bewertungen und Einschätzungen, auf die Sie keinen Einfluss haben. Dann kann nur der Rechtsanwalt eine gute Klagebegründung verfassen.

→ Falls das BAMF Ihre Glaubwürdigkeit in Frage stellt oder Widersprüche und falsche Angaben in Ihrem Vortrag bemängelt, versuchen Sie zu verstehen, wie es dazu gekommen ist: Ist etwas falsch übersetzt worden? Hat der Bundesamtsmitarbeiter eine Aussage anders verstanden, als Sie sie gemeint haben? Versuchen Sie, Widersprüche aufzuklären, damit der Richter oder die Richterin sie nicht noch einmal zu Ihrem Nachteil auslegt.

→ Versuchen Sie, neue Beweise für Ihre Fluchtgründe zu bekommen, zum Beispiel durch Angehörige aus dem Herkunftsland. Oder beschaffen Sie neue Informationen dazu, was Sie voraussichtlich erwarten wird, falls Sie in Ihre Heimat abgeschoben würden (Steht Ihr Haus/Ihre Wohnung noch zur Verfügung? Hat Polizei nach Ihnen gesucht und kann man das belegen? Falls Sie krank sein sollten und Medikamente benötigen: Können Sie diese in der Heimat erhalten und bezahlen? Gibt es ausreichende Krankenbehandlung und -versicherung?).

→ Achten Sie darauf, dass Sie dem Gericht nicht etwas anderes erzählen als dem BAMF. Der Richter oder die Richterin hat das BAMF-Protokoll gelesen. Wenn Sie Aussagen, die Sie vor dem BAMF gemacht haben, korrigieren möchten, dann tun Sie das. Dann sollten Sie aber auch erklären, wie es zu den falschen Aussagen gekommen ist. Zum Beispiel: Hat der Übersetzer Sie nicht ausreden lassen? Waren Sie besonders müde oder verwirrt in der Anhörung? Wenn ja: Warum konnten Sie das nicht früher schon sagen?

6. Die gesetzliche Bleiberechtsregelung (§ 104a AufenthG, § 23 Abs. 1 AufenthG) Die gesetzliche Bleiberechtsregelung (§ 104a AufenthG, § 23 Abs. 1 AufenthG)

Nachfolgend eine Darstellung zur gesetzlichen Bleiberechtsregelung und ihrer Umsetzung in Niedersachsen durch die GGUA Münster

Die gesetzliche Altfallregelung nach § 104a AufenthG in Verbindung mit § 23 Abs. 1 AufenthG

Mit dem Richtlinienumsetzungsgesetz zum Zuwanderungsgesetz ist am 28. August 2007 eine gesetzliche Alt- oder Bleiberechtsregelung in § 104a AufenthG in Kraft getreten. Grundsätzlich wird die Sicherung des Lebensunterhaltes vorausgesetzt. Eine Übergangsfrist zur Arbeitsaufnahme wird eingeräumt und einige Ausnahmen gibt es.

Wer fällt unter die gesetzliche Altfallregelung?

Der § 104a AufenthG enthält einen so genannten Stichtag, an dem bestimmte Aufenthaltszeiten vorliegen müssen. Dies ist der 1. Juli 2007. Zu diesem Stichtag muss entweder ein 6- oder 8-jähriger Inlandsaufenthalt gegeben sein. Das heißt auch, wer den Stichtag auch nur um einen Tag verpasst hat, kann von dieser Regelung nicht profitieren.

Unter bestimmten Umständen erhalten Flüchtlinge und Migranten/innen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG. Diese Aufenthaltserlaubnis setzt aber die Lebensunterhaltssicherung voraus, es sei denn, die Betroffenen fallen unter die unten aufgeführten Ausnahmen. Fällt man also weder unter die Ausnahmeregelungen noch ist der Lebensunterhalt gesichert, kann nur eine Aufenthaltserlaubnis nach § 104a Abs. 1 Satz 1 AufenthG erteilt werden. Diese wird auch Aufenthaltserlaubnis auf Probe genannt, weil sie schlechter ausgestattet ist als die nach § 23 Abs. 1 AufenthG. Wer fällt unter diese gesetzliche Altfallregelung?

- Flüchtlinge und Migranten und Migrantinnen mit mindestens einem minderjährigen (unter 18 Jahre alten) Kind, wenn mindestens ein Elternteil vor dem 1.7.2001 (6-Jahresfrist) nach Deutschland eingereist ist und sich seit dem ununterbrochen hier aufhält. Bei Kindern im schulpflichtigen Alter muss der regelmäßige Schulbesuch nachgewiesen werden. Die jeweiligen Ehegatten oder Partner sind im Gesetzestext nicht benannt und müssen daher entweder selbst auch die Aufenthaltsbedingungen erfüllen oder erhalten eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG. Im schlimmsten Fall würden sie weiterhin geduldet.
- Flüchtlinge und Migranten und Migrantinnen ohne Kinder oder mit bereits volljährigen Kindern, wenn sie vor dem 1.7.1999 (8-Jahresfrist) nach Deutschland eingereist sind und sich seit dem ununterbrochen hier aufhalten. Nach dem Gesetzestext werden die ledigen volljährigen Kinder von Bleibeberechtigten auch dann begünstigt, wenn sie nicht selbst die Aufenthaltszeiten erfüllen, aber ihre Eltern. Das niedersächsische Innenministerium behauptet, dies sei eine "missglückte" Gesetzesformulierung, und will dies nicht akzeptieren, aber der Gesetzestext ist insoweit eindeutig. In jedem Fall muss eine so genannte positive Integrationsprognose vorliegen. Das heißt, es wird geschaut, in wie weit Sprachkenntnisse vorliegen und zumindest in der Zukunft der Lebensunterhalt eigenständig gesichert sein wird. Die jeweiligen Ehegatten oder Partner sind im Gesetzestext nicht benannt und müssen daher entweder selbst auch die Aufenthaltsbedingungen erfüllen oder

erhalten eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG. Im schlimmsten Fall würden sie weiterhin geduldet.

- Flüchtlinge, die unbegleitet und minderjährig eingereist sind. Für sie gilt der Einreisestichtag 1.7.2001. Weder aus dem Wortlaut des Paragraphen, noch aus der Gesetzesbegründung lässt sich entnehmen, ob zum Stichtag 1.7.2007 der unbegleitet eingereiste Minderjährige noch minderjährig sein muss oder ob er auch zwischenzeitlich volljährig geworden sein darf. Nach Auffassung des niedersächsischen Innenministeriums fallen aber auch die mittlerweile volljährig gewordenen unbegleiteten Minderjährigen unter die Regelung.

Welcher Status ist Voraussetzung für die Erteilung eines Bleiberechts?

Eine Aufenthaltserlaubnis nach der gesetzlichen Altfallregelung können alle Flüchtlinge und Migranten und Migrantinnen beantragen, die ausreisepflichtig sind oder eine andere Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen besitzen und sich von einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG einen sichereren Aufenthalt versprechen. Dazu gehören:

- Flüchtlinge und Migranten und Migrantinnen mit einer Duldung,
- aus sonstigen Gründen ausreisepflichtige Ausländer (zum Beispiel mit einer „Grenzübertrittsbescheinigung“),
- Asylsuchende mit einer Aufenthaltsgestattung,
- Flüchtlinge und Migranten und Migrantinnen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach den §§ 22, 24 oder 25 AufenthG,

Bei den Aufenthaltszeiten zählen nur Zeiten mit, in denen der Flüchtling oder der/die Migrant/in eines dieser Aufenthaltspapiere besaß. Wurden in der Vergangenheit Aufenthaltserlaubnisse aus familiären Gründen (§§ 27 bis 36 AufenthG) oder wegen Studium und Ausbildung (§§ 16 und 17 AufenthG) oder wegen Erwerbstätigkeit (§§ 18 bis 21 AufenthG) besessen, werden diese Zeiten nicht mitgerechnet.

Was erhalten Flüchtlinge, die nicht unter die Regelung fallen, aber nicht abgeschoben werden können?

Flüchtlinge und Migranten/innen, die nicht unter die Regelung fallen, und deren Aufenthalt nur wegen tatsächlicher (technischer) Abschiebungshindernisse weiter geduldet wird, erhalten wie bisher nur eine Duldung nach § 60 a Abs. 2 AufenthG.

Rücknahme von Rechtsmitteln erst nach Zusicherung eines Bleiberechts!

Flüchtlinge oder Migranten/innen, die ein Verfahren auf Gewährung einer Aufenthaltserlaubnis (aus welchen Gründen auch immer) betreiben, sollten bei der Ausländerbehörde zunächst eine verbindliche Zusicherung für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach der Altfallregelung beantragen. Erst wenn diese Zusicherung vorliegt, können sie ihren Antrag oder ihre Klage (zum Beispiel gegen den Widerruf der Flüchtlingsanerkennung) zurückziehen. Wir empfehlen wegen der Chancen und Risiken dieser Vorgehensweise dringend die Beratung durch eine ausländer- und asylrechtlich kompetente Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt!

Passbeschaffung als Voraussetzung für ein Bleiberecht

Eine wichtige Voraussetzung für das Bleiberecht ist die Vorlage eines Passes. Bevor Sie eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, müssen Sie sich daher um Ihren Pass kümmern. Vorher sollten Sie sich jedoch von der Ausländerbehörde bestätigen lassen, dass Sie bei Vorlage des Passes auch unter die Bleiberechtsregelung fallen und bei Ihnen keine sonstigen Ausschlussgründe vorliegen. Es besteht sonst die Gefahr, dass die Ausländerbehörde ein Bleiberecht mit der Begründung verweigert, Sie hätten in den Jahren zuvor Ihre Abschiebung verhindert (siehe nachfolgend: Ausschlussgründe). Dies könnte zum Beispiel der Fall sein, wenn Sie sich in der Vergangenheit geweigert haben, einen Pass für die Abschiebung bei der Botschaft Ihres Herkunftslandes zu beantragen. Auch die Vorlage eines einige Jahre alten Passes könnte Ihnen den Vorwurf eintragen, dass Sie diesen der Ausländerbehörde in der Vergangenheit vorenthalten haben. Wenn die Ausländerbehörde Ihnen bestätigt, dass Sie ein Bleiberecht erhalten können, sollten Sie sich um die Ausstellung eines neuen Passes bemühen!

Welches Arbeitseinkommen muss für eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG nachgewiesen werden?

Wenn Sie die Bedingungen der Bleiberechtsregelung erfüllen, aber noch keine ausreichende Erwerbstätigkeit nachweisen können, erhalten Sie eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe nach § 104a Abs. 1 Satz 1 AufenthG. Bedingung für Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG ist unter anderem der Nachweis einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, durch die der Lebensunterhalt ohne Inanspruchnahme von Sozialleistungen (das heißt ohne Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe oder der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung oder Wohngeld) gesichert ist.

Lebensunterhaltssicherung bedeutet, dass das erzielte eigene Einkommen (netto) die Summe des Geldbetrages erreichen sollte, auf den ein Grundanspruch nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II) besteht (Miete inklusive Heizung sowie die Regelsätze und die sogenannten Freibeträge). Zudem muss eine Krankenversicherung bestehen, die in der Regel über ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis nachgewiesen werden kann (§ 2 Abs. 3 AufenthG). Auch Kindergeld zählt als eigenes Einkommen, nicht jedoch Wohngeld, Erziehungs- und Elterngeld, Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung oder Arbeitslosengeld

Einige Ausländerbehörden sind dazu übergegangen, für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 den Nachweis nicht nur von Regelsatz und Miete, sondern zusätzlich auch der Freibeträge einzufordern. Sie berufen sich dabei auf ein Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichts, das am 26.08.2008 (Az 1 C 32.07) entschieden hat, wie hoch der Lebensunterhalt sein muss, damit ein Visum zum Zweck des Familiennachzugs erteilt werden kann. Nach dieser Entscheidung müssen nicht nur "Regelsatz plus Miete" nachgewiesen werden, sondern zusätzlich auch fiktiv die Freibeträge, die Personen mit geringem Einkommen zusätzlich eingeräumt werden: Solche Freibeträge erhalten Personen, die wenig verdienen, als Anreiz dafür, dass sie ihre Tätigkeit beibehalten. Die gesetzlichen Regelungen finden sich in den §§ 11, Abs. 2 und 30 SGB II.

Eine Einbeziehung der Freibeträge erscheint uns jedoch rechtlich fragwürdig: Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts regelt die Bedingungen für den Aufenthalt von Menschen, die aus dem Ausland nach Deutschland einwandern. Beim Bleiberecht nach § 23 Abs. 1 AufenthG geht es nicht um eine Zuwanderung aus dem Ausland, sondern um den Aufenthalt ohnehin bereits hier lebender Ausländer. Anders als beim Familiennachzug kann eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG auch bei ergänzendem Bezug öffentlicher Mittel erteilt werden.

Das niedersächsische Innenministerium will einen ergänzenden Bezug von öffentlichen Mitteln grundsätzlich nicht zulassen, sieht aber auch das Problem, wenn die betroffenen Flüchtlinge bei zusätzlicher Anrechnung der Freibeträge ein Einkommen nachweisen müssen, das 20% bis 30% über dem staatlich definierten Existenzminimum (Regelsatz plus Miete plus Heizkosten) liegt. Den Ausländerbehörden wird deshalb in Niedersachsen frei gestellt, wie sie verfahren: Sie können die Freibeträge in die Berechnung des fiktiven Einkommens einbeziehen, müssen dies aber nicht tun. Damit wird den Ausländerbehörden ein weiter Ermessensspielraum eingeräumt. Es gibt keine Möglichkeiten, sich etwa beim Innenministerium zu beschweren, wenn die Ausländerbehörde vor Ort die Freibeträge in Abzug bringt. In der Praxis werden viele Anträge daran scheitern. Bei nur geringfügig fehlendem Einkommen könnte man das Problem aber u.U. auch durch den aufenthaltsrechtlich unschädlichen Kinderzuschlag (max 140 € Monat) reparieren.

Die Regelsätze für das Arbeitslosengeld II betragen:

Alleinstehende: 351,- € im Monat

Ehepartner: 2 x 316,- € im Monat = zusammen 632,- € im Monat

Kinder 0 bis 13 Jahre: 211,- € im Monat

Kinder 14 - 17 Jahre: 281,- € im Monat

Kinder 18 - 24 Jahre, die im Haushalt der Eltern leben: 281,- € im Monat

Wenn im Haushalt lebende volljährige Kinder auf Sozialleistungen angewiesen sind, spielt dies für das Bleiberecht der übrigen Familienangehörigen keine Rolle, da für volljährige Kinder eine eigenständige Prüfung des Bleiberechts vorgenommen wird.

Die Beschäftigung kann auch in mehreren Arbeitsverhältnissen (z.B. Mini-Jobs) oder von mehreren Familienangehörigen ausgeübt werden. Auch eine Beschäftigung bei einer Leiharbeitsfirma wird akzeptiert.

Ist auch eine selbständige Tätigkeit zulässig?

Nach den allgemeinen Verwaltungsvorschriften ist die Erlaubnis zur Ausübung selbständiger Tätigkeiten für Bleibeberechtigte nur schwer zu bekommen. Für die gesetzliche Bleiberechtsregelung, die am 22.8.2007 in Kraft getreten ist, gelten jedoch Sonderbedingungen: In § 104a Abs. 4 ist ausdrücklich geregelt: "Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit." Die erteilten Aufenthaltserlaubnisse nach der Altfallregelung enthalten daher den Vermerk "Erwerbstätigkeit gestattet".

Das bedeutet zum Einen, dass Sie eine unbeschränkte Erlaubnis für Beschäftigungen jeder Art als Arbeitnehmer bei jedem Arbeitgeber in jedem Betrieb an jedem Ort in Deutschland ausüben können. Eine Erlaubnis der Ausländerbehörde oder der Agentur für Arbeit müssen Sie also nicht mehr beantragen.

Zum Anderen bedeutet das, dass auch selbständige Tätigkeiten jeder Art ohne Beschränkung erlaubt sind. Allerdings müssen Sie die jeweils geltenden berufs- und steuerrechtlichen und sonstigen rechtlichen Bestimmungen beachten (Steuernummer beim Finanzamt beantragen, ggf. Gewerbeschein beim Bezirksamt beantragen, für manche selbständige Tätigkeiten sind besondere Bestimmungen der Berufsordnungen zu beachten, usw.).

Ausnahmen für Sondergruppen

Für folgende Gruppen ist der vorübergehende Bezug von Sozialleistungen kein Ausschlussgrund, wenn es um die Verlängerung Ihrer Aufenthaltserlaubnis nach § 104a AufenthG (siehe unten) in Form einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG geht:

- Volljährige Auszubildenden in anerkannten Lehrberufen oder staatlich geförderten Berufsvorbereitungsmaßnahmen, die sich wahrscheinlich wirtschaftlich und sozial dauerhaft integrieren werden. Minderjährige Auszubildende bleiben bei der Berechnung des Gesamtbedarfs einer Familie außen vor, d. h. es ist nicht schädlich, wenn diese Sozialleistungen erhalten. Studierende dürfen keine Sozialleistungen, gegebenenfalls aber eine Unterstützung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz BAföG beziehen.
 - Die Ausländerbehörde wird Sie unter Umständen auf die Möglichkeit verweisen, eine Aufenthaltserlaubnis nach § 16 AufenthG zu Studienzwecken zu erhalten. Dies hätte allerdings für Sie den gravierenden Nachteil, dass Ihre Aufenthaltserlaubnis (zunächst) nur für die Dauer des Studiums gilt. Außerdem haben Sie dann nur unter sehr engen Voraussetzungen einen Anspruch auf BAföG. Eine Aufenthaltserlaubnis nach der Altfallregelung (§ 23 Abs. 1 AufenthG) bietet bessere Chancen für eine spätere Aufenthaltssicherung. Außerdem haben Sie mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG Anspruch auf BAföG.
- Familien mit mehreren Kindern: Wenn Sie noch kein Kindergeld erhalten, dürfen Sie ergänzend zum Einkommen aus einer Beschäftigung Sozialleistungsbezug bis zur Höhe des mit Erteilung der Aufenthaltserlaubnis bestehenden, voraussichtlichen Kindergeldes bekommen. Zusätzlich dürfen Familien mit mehr als zwei Kindern laut den Niedersächsischen Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz vom 31. Juli 2008 für einen begrenzten Zeitraum (normalerweise bis zu sechs Monate) ergänzende Sozialleistungen in Höhe von je 100 Euro ab dem zweiten Kind beziehen. Dieser Freibetrag beträgt höchstens 300 Euro pro Familie. Eine Familie mit vier Kindern darf also neben dem unschädlichen Kindergeld vorübergehend ergänzende Sozialleistungen in Höhe von bis zu 300 Euro beziehen. In der Praxis wird in diesen Fällen allerdings in der Regel der Kinderzuschlag in Betracht kommen, der ohnehin nicht als schädliche Sozialleistung gewertet wird und daher zusätzlich zu den 300 Euro bezogen werden darf. Da es neben dem Kinderzuschlag keine ergänzenden Leistungen nach dem SGB II (Hartz 4) geben kann, kann die Ausnahme von 100,- Euro pro Kind in der Regel nur für einen ergänzenden Wohngeldbezug relevant sein.
- Alleinerziehende mit Kindern unter drei Jahren. Sie müssen normalerweise erst ab dem dritten Geburtstag des jüngsten Kindes eine ihren Lebensunterhalt sichernde Beschäftigung nachweisen und dürfen bis dahin ergänzende Sozialleistungen (SGB II oder XII) in Höhe von 100,- Euro pro Kind bis zu einem Gesamtbetrag von 300,- Euro für die Familie erhalten. Allerdings ist der Bezug von Unterhaltsvorschuss nach den Niedersächsischen Verwaltungsvorschriften wiederum schädlich und soll nicht unter diese Ausnahme fallen.

Anmerkung hierzu: Niedersachsen setzt die Bleiberechtsregelung bei der Umsetzung der Ausnahmeregelungen erheblich restriktiver um als andere Bundesländer. Gerade für Alleinerziehende deckt sich zudem die Vorgabe in Niedersachsen, nur ergänzende Sozialleistungen beziehen zu dürfen (wie bei Familien mit mehreren Kindern) nicht mit dem Wortlaut des Gesetzes: Im Gesetz ist die Ausnahme nämlich nicht beschränkt auf „ergänzende“ Sozialleistungen. Auch die Ansicht des Niedersächsischen Innenministeriums, Unterhaltsvorschuss solle für Alleinerziehende nicht unter die Ausnahmeregelung fallen, sondern schädlich sein, ist nicht nur durch das Gesetz gedeckt, sondern auch in sich unlogisch, da Unterhaltsvorschuss bezogen werden müsste, bevor überhaupt Leistungen nach dem SGB II oder XII bezahlt werden können.

Die Benachteiligung von Familien mit Kindern und von Alleinerziehenden wird durch die Einräumung eines Freibetrags für eine begrenzte Zeit von nur sechs Monaten bestenfalls entschärft, aber keinesfalls beseitigt. Andere Bundesländer ermöglichen Familien mit Kindern und

Alleinerziehenden den Bezug ergänzender öffentlicher Leistungen in erheblich größerem Umfang und für einen längeren Zeitraum. Nach wie vor müssen Familien mit Kindern ein höheres Einkommen nachweisen als Familien ohne Kinder, um eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten (siehe nachfolgende Berechnungsbeispiele). Auf Kinder- und Erziehungsgeld bzw. Elterngeld haben Flüchtlinge und Migranten/innen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG einen Anspruch. Der Bezug dieser Leistungen ist nach § 2 Abs. 3 AufenthG ausländerrechtlich unschädlich. Unter Umständen kommt auch die Gewährung eines Kinderzuschlags in Frage. Der Kinderzuschlag ist eine Familienleistung, sein Bezug ist gemäß § 6a BKGG nach Erteilung der Aufenthaltserlaubnis grundsätzlich möglich.

Beispielhafte Berechnungen (ohne Freibeträge!)

Beispiel 1: Ehepaar ohne Kinder, Miete 370 €, Heizkosten 70 €
Bedarf Arbeitslosengeld II = Regelsätze 316 € + 316 € + Miete warm 440 € = 1.072 €
Nettoeinkommen, das beide Partner zusammen mindestens erzielen sollten: 1.072 €

Beispiel 2: Ehepaar mit 3 Kindern: 8, 14, 16 Jahre, Miete 550 €, Heizkosten 100 €
Bedarf Arbeitslosengeld II = Regelsätze 316 € + 316 € + 211 € (Kind 1) + 281 € (Kind 2) + 281 € (Kind 3) + 650 € Miete warm = 2.055 €
Das Nettoeinkommen, das beide Partner zusammen mindestens erzielen sollten, beträgt 2.055 € abzüglich Kindergeld (2 x 164 € + 1 x 170 € = 498 €) und Kinderfreibetrag (200 €), also: 1.357 €.

Beispiel 3: Ehepaar mit 5 Kindern: 8, 11, 15, 16, 17 Jahre, Miete 640 €, Heizkosten 116 €
Bedarf Arbeitslosengeld II = Regelsätze 316 € + 316 € + 211 € (Kind 1) + 211 € (Kind 2) + 281 € (Kind 3) + 281 € (Kind 4) + 281 € (Kind 5) + 756 € Miete warm = 2.653 €
Das Nettoeinkommen, das beide Partner zusammen mindestens erzielen sollten, beträgt 2.653 € abzüglich Kindergeld (2 x 164 €, 1 x 170 €, 2 x 195 € = 888 €) und Kinderfreibetrag (300 €), also: 1.465 €.

Falls Ihre Ausländerbehörde bei der Anrechnung des Einkommens die oben genannten Freibeträge nach dem SGB II berücksichtigen sollte, wäre das Einkommen, das Sie erreichen müssten, noch höher: Nach dem SGB II wird nämlich nicht alles als Einkommen gewertet, obwohl es auf Ihrem Konto eingeht. Im Höchstfall können pro Verdiener 310 € nicht als Einkommen angerechnet werden, so dass dieser Betrag zusätzlich verdient werden müsste, um ein ausreichendes Nettoeinkommen zu erreichen.

Verpflichtungserklärung für alte, kranke und behinderte Flüchtlinge

Für folgende Gruppen können Dritte eine Bürgschaft, das heißt, eine Verpflichtungserklärung für alle entstehenden Kosten einer Person, übernehmen:

- Erwerbsunfähige, also arbeitsunfähige kranke und behinderte Menschen. Sie erhalten die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG nur, wenn ihr Lebensunterhalt einschließlich einer erforderlichen Betreuung und Pflege ohne staatliche Leistungen dauerhaft gesichert ist, z.B. durch Familienangehörige. Leistungen aus Beitragszahlungen, z.B. Renten, stehen einem Bleiberecht nicht entgegen.
- Ältere Menschen, die am 1.7.2007 das 65. Lebensjahr vollendet haben. Sie erhalten ein Bleiberecht nur, wenn sie im Herkunftsland keine Familie haben, aber in Deutschland Kinder oder Enkel mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht oder deutscher Staatsangehörigkeit leben und sichergestellt ist, dass sie keine Sozialleistungen in Anspruch nehmen.

Anmerkung: Auch hier halten sich die Niedersächsischen Verwaltungsvorschriften nicht an den Gesetzestext: Im Gesetz ist nämlich klar die Rede von Personen, die am 31.12.2009 das 65. Lebensjahr vollendet haben und nicht bereits am 1.7.2007! Falls Sie aus diesem Grund von einer Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis ausgeschlossen werden sollten, wenden Sie sich auf jeden Fall an eine Beratungsstelle oder einen Rechtsanwalt!

In beiden Fällen wird eine „Verpflichtungserklärung“ gefordert (§ 68 AufenthG). Der Unterzeichner der Erklärung (Kirchengemeinde, über Einkommen verfügende Familienangehörige usw.) verpflichtet sich, für alle Kosten des Unterhaltes des alten, kranken oder behinderten Menschen aufzukommen. Durch die Regelung werden alte, kranke und erwerbsunfähige Menschen weitgehend von der Bleiberechtsregelung ausgeschlossen, da nach den in Deutschland geltenden rechtlichen Bestimmungen der Abschluss einer Kranken- und Pflegeversicherung für diesen Personenkreis fast unmöglich ist.

Weitere Voraussetzungen für ein Bleiberecht:

- Die Familie verfügt über ausreichenden Wohnraum. Die Vorl. Nds. VV-AufenthG Nummer 2.4. besagt: Dies ist in jedem Fall erfüllt, wenn die Gesamtfläche der Wohnung pro Person 12 m² beträgt, pro Kind unter sechs Jahren 10 m². Kinder unter zwei Jahren werden nicht gezählt. Eine Unterschreitung der geforderten Quadratmeterzahl um 10% ist möglich. Eine Unterbringung im Flüchtlingswohnheim reicht nicht als Nachweis aus.
- Der tatsächliche Schulbesuch aller schulpflichtigen Kinder wird durch Vorlage der Zeugnisse oder einer Schulbescheinigung nachgewiesen.
- Es liegt ein gültiger Pass vor. Ausnahmen sind nach den gesetzlichen Bestimmungen nur möglich, wenn ein Pass auf zumutbare Weise nicht erlangt werden kann (§ 3 AufenthG, § 5 Aufenthaltsverordnung). Um die Passbeschaffung zu erleichtern, können Sie die Ausländerbehörde darum bitten, eine Bescheinigung auszustellen, dass bei der Vorlage eines Reisepasses die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis möglich ist. Das Fehlen eines Passes bei einem Familienmitglied steht der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis an andere Familienmitglieder nicht entgegen.
- Alle in das Bleiberecht einbezogenen Personen mussten bis zum 1.7.2008 den Nachweis erbringen, dass sie sich auf einfache Weise mündlich in deutscher Sprache verständigen können (Stufe A 2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen - GERR). Davon wurde und wird nur abgesehen, wenn eine Person diese Deutschkenntnisse wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit, Behinderung oder aus Altersgründen nicht erlernen kann. Die jeweilige Aufenthaltserlaubnis wurde in diesem Fall nur bis zum 1.7.2008 befristet. Konnten die Deutschkenntnisse bis zu diesem Tag nicht nachgewiesen werden, wurde die Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert und wieder eine Duldung erteilt. Dadurch wird eine Abschiebung wieder möglich. Bitte wenden Sie sich umgehend in diesem Fall an einen Rechtsanwalt oder eine Rechtsanwältin.

Teilnahme an Integrationskursen möglich!

Nach der veränderten Integrationskursverordnung können insbesondere Personen zum Integrationskurs zugelassen werden, die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 104a Abs. 1 Satz AufenthG oder nach § 23 Abs. 1 in Verbindung mit § 104a AufenthG besitzen (§ 5 Abs. 3 IntV). Wenn Sie eine der beiden Aufenthaltserlaubnisse besitzen und noch nicht das Sprachniveau A2 GERR vorweisen können, beantragen Sie sofort beim Bundesamt die Zulassung zum Integrationskurs (Sprachkursus). Sie können diesen Antrag auch über einen zugelassenen Kursanbieter geschehen.

Besonderheit der Aufenthaltserlaubnisse nach § 104a Abs. 1 Satz 1 und § 23 Abs. 1 AufenthG

Wenn Sie Ihren Lebensunterhalt nicht sichern können, aber im übrigen die Voraussetzungen der Altfallregelung erfüllen, bekommen Sie eine Aufenthaltserlaubnis nach § 104 a Abs. 1 Satz 1 AufenthG. Diese Aufenthaltserlaubnis „auf Probe“ soll Ihnen die Möglichkeit geben, sich eine Erwerbstätigkeit zu suchen, um dadurch Ihren Lebensunterhalt zu sichern. Der Vorteil gegenüber der alten Bleiberechtsregelung besteht darin, dass Sie mit der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis frei auf dem Arbeitsmarkt sind und keine „Arbeitslaubnis“ mehr benötigen, also ohne „Vorrangprüfung“ oder „Arbeitsmarktprüfung“ und ohne Prüfung der „Arbeitsbedingungen“ und der Lohnhöhe durch die Agentur für Arbeit jede legale selbstständige oder unselbstständige Arbeit aufnehmen dürfen. Das erleichtert die Arbeitsplatzsuche erheblich.

Wenn Sie die erforderlichen Aufenthaltszeiten haben, beantragen Sie die Aufenthaltserlaubnis nach § 104a Abs. 1 Satz 1 AufenthG. Gerade wenn Sie noch keine Arbeit gefunden haben, sollten Sie bei der Ausländerbehörde einen schriftlichen Antrag auf die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis stellen. Sie können diese Aufenthaltserlaubnis sofort beantragen, auch wenn die Geltungszeit Ihrer derzeitigen Duldung noch nicht abgelaufen ist! Machen Sie sich eine Fotokopie des Antrags für Ihre Unterlagen! Lassen Sie sich vom Sachbearbeiter der Ausländerbehörde auf der Kopie die Abgabe Ihres Antrags quittieren!

Die Aufenthaltserlaubnis „auf Probe“ nach § 104a AufenthG ist aber mit einer Reihe von Einschränkungen verbunden:

- Sie haben kein Recht auf Familiennachzug.
- Sie können keine Niederlassungserlaubnis erhalten.
- Sie können nicht eingebürgert werden.
- Sie erhalten kein Elterngeld.
- Diese Aufenthaltserlaubnis darf nicht über den 31.12.2009 hinaus verlängert werden.
- Wenn Sie vor dem 31.12.2009 die Bedingungen für die Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG nicht erfüllen, fallen Sie zurück in die Duldung und Ihnen droht die Abschiebung.

Achtung: Wenn Sie eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe besitzen, und nunmehr der Lebensunterhalt gesichert ist, beantragen Sie unbedingt die bessere Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG rechtzeitig. Über den 31.12.2009 hinaus gibt es keine Möglichkeit, die begehrte Aufenthaltserlaubnis zu erhalten. Auch die rechtzeitige Antragsstellung garantiert kein vorläufiges Aufenthaltsrecht für die Zeit, in der die Ausländerbehörde Ihren Antrag bearbeitet (§ 104a Abs. 5 Satz 5 AufenthG). Notfalls muss ein Eilantrag beim Verwaltungsgericht gestellt werden. Wenden Sie sich bitte an einen Rechtsanwalt oder eine Rechtsanwältin.

Auf Ihren Antrag muss die Ausländerbehörde prüfen, ob Sie die Aufenthaltszeiten erfüllen und ob es Ausschlussgründe gibt. Die Aufenthaltserlaubnis § 104a Abs. 1 Satz 1 AufenthG wird längstens ausgestellt bis zum 31.12. 2009. Fehlten die Deutschkenntnisse, wurde die Aufenthaltserlaubnis bis zum 1.7.2008 befristet. Eine Erteilung muss auch dann erfolgen, wenn eine oder auch mehrere der Voraussetzungen (z.B. die den Lebensunterhalt sichernde Arbeit) noch fehlen, die noch nachgeholt werden können. Eine Abschiebung vorher ist nur in den Fällen möglich, in denen bereits jetzt feststeht, dass die Voraussetzungen für ein Bleiberecht nicht erfüllt werden können.

Wenn Sie bereits die Aufenthaltserlaubnis nach § 104a Abs. 1 Satz 1 AufenthG besitzen und alle übrigen Bedingungen (Deutschkenntnisse, Pass und Lebensunterhaltssicherung) der Altfallregelung

vorweisen können, erhalten Sie auf Antrag die Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG. Auch befristete Arbeitsangebote können akzeptiert werden, wenn die Möglichkeit einer Verlängerung besteht. Zulässig sind auch Leih- und Zeitarbeitsverträge. Allerdings kann die Aufenthaltserlaubnis dann zunächst auch nur für die Dauer des Arbeitsvertrages erteilt werden.

Welche Möglichkeiten habe ich mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG?

Mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG gilt:

- Die Aufenthaltserlaubnis ist räumlich nicht auf das Gebiet von Niedersachsen beschränkt. Das gibt Ihnen vor allem die Möglichkeit, eine Arbeitsstelle außerhalb Niedersachsens anzutreten.
- Sie können bei Erfüllung der übrigen Voraussetzungen eine Niederlassungserlaubnis nach § 26 Abs. 4 oder § 35 AufenthG erwerben.
- Sie können nach den Vorschriften des Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) auf dem Ermessenswege eingebürgert werden.
- Sie haben ein Recht auf Familiennachzug aus humanitären, völkerrechtlichen Gründen oder wegen deutscher Interessen (§ 29 Abs. 3 AufenthG).

Wichtig: Sobald Sie die Aufenthaltserlaubnis haben, müssen Sie dafür sorgen, dass Sie Ihren Lebensunterhalt dauerhaft durch Arbeit sichern, Sie bekommen sonst Probleme mit der Verlängerung Ihres Aufenthaltes.

Ausschlussgründe

Auch wenn alle Bedingungen für ein Bleiberecht erfüllt sind, können Flüchtlinge von der gesetzlichen Altfallregelung ausgeschlossen werden. Folgende Faktoren können zu einem Ausschluss führen:

- Täuschung über aufenthaltsrechtliche relevante Umstände (z.B. Identität, Herkunft).
- Verzögerung oder Behinderung einer Abschiebung (z.B. Untertauchen, Nichtbeschaffung eines Passes, körperliche Gegenwehr bei einem früheren Abschiebungsversuch).
- Vorliegen von Ausweisungsgründen wegen Straftaten.
- Verurteilung wegen einer Straftat. Geldstrafen bis 50 Tagessätze bleiben unberücksichtigt, Geldstrafen bis 90 Tagessätze wegen Verstößen gegen das Aufenthaltsgesetz oder das Asylverfahrensgesetz bleiben ebenfalls unberücksichtigt. Hat ein Familienmitglied Straftaten begangen, ist grundsätzlich die ganze Familie (Eltern und minderjährige Kinder) vom Bleiberecht ausgeschlossen. Ausnahme siehe unten.
- Verbindungen zu extremistischen oder terroristischen Gruppen.
- Illegale Wiedereinreise nach früherer Ausweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung (§ 11 Abs. 1 AufenthG).

Wird Ihr Antrag aufgrund von angeblich vorliegenden Ausschlussgründen abgelehnt, sollten Sie mit Hilfe eines Rechtsanwalts oder einer Rechtsanwältin sofort die erforderlichen rechtlichen Schritte (Widerspruch und Klage, Eilantrag) einleiten, auch um eine mögliche Abschiebung zu verhindern.

Unterläuft Niedersachsen die gesetzliche Bleiberechtsregelung?

Am 11.9.2007 gab es in Hannover eine Dienstbesprechung des Referats 42 (Ausländer- und Asylrecht) im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport zur Auslegung der gesetzlichen Altfallregelung. Ein auf der Grundlage dieser Dienstbesprechung vom niedersächsischen Innenministerium erstelltes *Protokoll* verdeutlicht, dass die Landesregierung die gesetzliche Bleiberechtsregelung in mehreren Punkten erheblich restriktiver auslegen will als andere Bundesländer:

- Mit dem Hinweis auf die Gesetzesbegründung wird wiederholt, dass eine Zuwanderung in die Sozialsysteme zu vermeiden ist. Damit ist gemeint, dass neben der Prüfung der allgemeinen Erteilungsbedingungen (s.o.) auch eine Prognose erstellt wird, ob Personen, die auf Grund ihres Alters die Pflichtbeiträge für eine Mindestrente nicht mehr erreichen werden, wenn sie auch in der Vergangenheit keinerlei Rentenbeiträge gezahlt hätten. Bei diesen Personen sei es gerechtfertigt, die Aufenthaltserlaubnis nicht zu erteilen. Wenn bereits Rentenansprüche bestehen, ist zu prüfen, ob später die Voraussetzungen für eine „auskömmliche“ Rente bestehen könnten. Die auskömmliche Rente muss hier so verstanden werden, dass keine zusätzlichen Sozialleistungen gewährt werden dürfen.
- Der Grundsatz der Familieneinheit wird besonders betont. Es wird empfohlen, eine unterschiedliche ausländerrechtliche Behandlung der Familienmitglieder grundsätzlich zu vermeiden. Das bedeutet allerdings nicht, dass keine Ausnahmen z.B. bei Straftaten zulässig wären. Bei der Frage des Lebensunterhaltes soll bei Familien mit herkömmlicher Rollenverteilung: Mann arbeitet, Frau kümmert sich um Kinder und Haus von der Frau nicht verlangt werden, dass auch sie ihren Lebensunterhalt sichern kann.
- Ein anerkannter, gültiger Nationalpass muss in jedem Fall vorliegen und die Identität muss geklärt sein.
- Wenn das Einreise- und Aufenthaltsverbot des § 11 Abs. 1 AufenthG vorliegt, darf weder eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG noch nach § 104a Abs. 1 Satz 1 AufenthG erteilt werden. Diese Verbote bestehen nach einer Ausweisung oder Abschiebung aber auch bereits bei einer Zurückschiebung.
- Zum Ausschlussgrund des § 10 Abs. 3 Satz 2 AufenthG: Der Paragraph sieht vor, dass eine Aufenthaltserlaubnis nicht erteilt wird, wenn der Asylantrag als offensichtlich unbegründet gemäß § 30 Abs. 3 AsylVfG abgelehnt worden ist. Dieses Verbot gilt aber dann nicht, wenn Sie einen Anspruch auf die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis haben. Bei der Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG ist das der Fall. Eine Erteilung nach § 104a Abs. 1 Satz 1 AufenthG dagegen nicht möglich.
- Beim Schulbesuch der Kinder finden wir eine weitere einschränkende Interpretation. „Hat ein Kind mehr als ein Drittel der Schultage im Schulhalbjahr unentschuldig gefehlt, kann nicht mehr von einem nachgewiesenen tatsächlichen Schulbesuch ausgegangen werden.“ Da die Zeugnisse, die Angaben über die Fehltage enthalten, vorgelegt werden müssen, wird hier eventuell ein Problem entstehen.
- Bei der Interpretation der Ausschlussgründe gibt es ein weiteres Kriterium zur Frage der Täuschungen oder der Behinderung der Abschiebung. Wenn es um den Besitz eines erforderlichen Passes geht, müssen Sie sich auch ohne Aufforderung durch die Ausländerbehörde um die Ausstellung eines Passes gekümmert haben. Sie haben eine Initiativpflicht. Ob es bei dieser harte Auslegung bleiben wird müssen wohl die Verwaltungsgerichte klären.
- Zum Thema Vorstrafen wird auch eine restriktive Haltung eingenommen: „Liegen erhebliche Verurteilungen wegen fahrlässiger und vorsätzlicher Straftaten vor, bei denen der Ausschlussgrund des § 104a Abs. 1 Nr. 5 AufenthG nicht erreicht wird, ist im Rahmen der eingeschränkten Ermessensausübung zu prüfen, ob im konkreten Fall das öffentliche Interesse an einer Nichterteilung der Aufenthaltserlaubnis Vorrang vor dem privaten

Interesse an einem Bleiberecht hat.” Hiermit ist gemeint, dass auch bei Verurteilungen unter den oben beschriebenen 50 und 90 Tagessätzen zu einem Ausschluss von der Bleiberechtsregelung führen kann. Die Tagessätze werden nur dann als bindend angesehen, wenn sie überschritten werden. Sind es weniger Tagessätze muss aber abgewogen werden.

- Die Aufenthaltserlaubnis nach § 104a Abs. 1 Satz 1 AufenthG wird immer mit einer Wohnsitzbeschränkung ausgestellt, die Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG nur dann, wenn der Lebensunterhalt nicht gesichert ist (siehe Ausnahmeregelungen).
- Zu den deutschen Sprachkenntnisse gibt es ebenfalls weitergehende Interpretationen:
„Erfüllt innerhalb der Familie nur ein Ehegatte diese sprachlichen Voraussetzungen nicht, kann bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen allen Familienmitgliedern eine Aufenthaltserlaubnis bis zum 1.7.2008 erteilt werden. Es ist eine Integrationsvereinbarung darüber zu schließen, dass die Sprachkenntnisse bis zum 1.7.2008 erworben werden. Der Ausländer ist zusätzlich darüber zu informieren, dass das Vorliegen der Sprachkenntnisse bis zum 1.7.2008 nachgewiesen werden muss und dass bei fehlendem Nachweis die Aufenthaltserlaubnis für ihn und die übrigen Familienmitglieder nicht verlängert wird. Über diese Information ist ein Vermerk in die Akten aufzunehmen.

Achtung: Wenn Sie fehlende Sprachkenntnisse haben, kümmern Sie sich sofort darum, dass Sie den Nachweis der Sprachkenntnisse erwerben. Ohne diesen Nachweis verlieren Sie und Ihre Familie Ihre Aufenthaltserlaubnis und können nicht wieder in diese Altfallregelung hineinkommen. Auch hier gilt: Suchen Sie unbedingt einen Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt auf. Wenn Sie noch nicht das Sprachniveau A2 GERR vorweisen können, beantragen Sie sofort beim Bundesamt die Zulassung zum Integrationskurs (Sprachkurs). Sie können diesen Antrag kann auch über einen zugelassenen Kursanbieter geschehen (s.o.).

7. Aufenthaltserlaubnis nach § 18a AufenthG

Die Aufenthaltserlaubnis nach § 18a AufenthG ist seit dem 1. Januar 2009 durch das Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz Bestandteil des Aufenthaltsgesetzes. Sie eröffnet die Chance für sogenannte Bildungsinländer mit einer Duldung eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten. Der Besitz einer Duldung ist eine der Bedingungen zum Erhalt der Aufenthaltserlaubnis. Wenn Sie bereits eine Aufenthaltserlaubnis besitzen (z.B. nach § 25 Abs. 5 AufenthG) können Sie die Aufenthaltserlaubnis nach § 18a AufenthG nicht erhalten.

Eine weitere Bedingung für die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis zur qualifizierten Erwerbstätigkeit ist, dass die Agentur für Arbeit gemäß § 39 AufenthG der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis zugestimmt hat. Die Regelung des § 18 a enthält drei verschiedene Möglichkeiten. Die Aufenthaltserlaubnis ist vorgesehen für Menschen, die:

1. im Bundesgebiet eine qualifizierte Berufsausbildung in einem staatlich anerkannten oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberuf oder ein Hochschulstudium abgeschlossen haben
2. im Bundesgebiet mit einem anerkannten oder einem deutschen Hochschulabschluss vergleichbaren ausländischen Hochschulabschluss seit zwei Jahren ununterbrochen eine dem Abschluss angemessene Beschäftigung ausgeübt haben, oder
3. im Bundesgebiet als Fachkraft seit 3 Jahren ununterbrochen eine Beschäftigung ausgeübt haben, die eine qualifizierte Berufsausbildung voraussetzt, und innerhalb des letzten Jahres vor Beantragung der AE für den eigenen Lebensunterhalt und den ihrer Familienangehörigen oder anderen Haushaltsangehörigen nicht auf öffentliche Mittel mit Ausnahme von Leistungen zur Deckung der notwendigen Kosten für Unterkunft und Heizung angewiesen waren.

Diese drei Regelungen sind wahlweise anzuwenden und enthalten jeweils unterschiedliche Erteilungsvoraussetzungen.

Für alle drei Varianten gelten aber noch diese weiteren Voraussetzungen für die Aufenthaltserlaubnis:

- ausreichender Wohnraum muss vorhanden sein,
- ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache müssen vorliegen (Niveau B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen - GER, genau wie bei der Niederlassungserlaubnis),
- die ABH darf nicht vorsätzlich über aufenthaltsrechtlich relevante Umstände getäuscht worden sein,
- behördliche Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung dürfen nicht vorsätzlich hinausgezögert oder behindert worden sein
- es dürfen keine Bezüge zu extremistischen oder terroristischen Organisationen bestehen und diese Organisationen auch nicht unterstützt worden sein
- es darf keine Verurteilung wegen einer im Bundesgebiet begangenen vorsätzlichen Straftat geben, wobei Geldstrafen von insgesamt bis zu 50 Tagessätzen oder bis zu 90 Tagessätzen wegen Straftaten, die nach dem AufenthG oder dem AsylVfG nur von Ausländern begangen werden können, grundsätzlich außer Betracht bleiben.

Diese weiteren Anforderungen und Ausschlussgründe entsprechen unverkennbar denjenigen der gesetzlichen Altfallregelung des § 104a AufenthG nur dass das geforderte Sprachniveau deutlich angehoben wurde.

Zu 1.:

Hier geht es um den „Bildungsinländer“. Diejenigen, die eine qualifizierte Berufsausbildung in Deutschland absolviert haben, können diese AE erhalten. Eine „qualifizierte Berufsausbildung“ bedeutet, dass es sich um eine Berufsausbildung mit einer mindestens dreijährigen Ausbildungsdauer handelt. Eine Aufenthaltserlaubnis kann aber auch erteilt werden, wenn eine entsprechende Qualifikation vorliegt, die Ausbildung aber in verkürzter Zeit erfolgreich absolviert wurde.

Merksatz: Ist der geforderte Abschluss in Deutschland erworben worden, reicht das konkrete Arbeitsplatzangebot für die Erteilung einer AE nach § 18a AufenthG aus.

Zu 2.:

Hier geht es um Geduldete, die erfolgreich eine ausländische Hochschulausbildung absolviert haben. Dieser muss entweder anerkannt worden sein oder einem deutschen Abschluss vergleichbar sein. Hierzu wird in der Gesetzesbegründung ausgeführt: „Soweit für einen im Ausland erworbenen Studienabschluss eine formale Anerkennung nicht vorgesehen oder nicht erforderlich ist, ist für die Frage, ob es sich um einen (faktisch) anerkannten Studienabschluss handelt, auf die Bewertungsvorschläge der Zentralstelle für Ausländisches Bildungswesen bei der Kultusministerkonferenz abzustellen, die im Internet unter www.anabin.de öffentlich zugänglich sind.“

Zusätzlich wird gefordert, dass bereits seit 2 Jahren in einem dieser Qualifikation entsprechenden Beruf gearbeitet worden sein muss.

Merksatz: Wurde der geforderte Abschluss im Herkunftsland/Heimatland erworben, müssen bereits 2 Jahre Erwerbstätigkeit in Deutschland gerade in einer dieser Qualifikation entsprechenden Stelle vorliegen, um die AE nach § 18a AufenthG zu erhalten.

Zu 3.:

Hier geht es um im Ausland erworbene berufliche Qualifikationen im Sinne von Variante 1, die erst dann zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis führt, wenn zusätzlich eine ununterbrochene Beschäftigung in den letzten drei Jahren vorgewiesen werden kann. Diese Beschäftigung muss diese berufliche Qualifikation voraussetzen und zumindest im letzten Jahr dürfen keine Sozialleistungen (mehr) beansprucht worden sein. Lediglich das Wohngeld ist unschädlich.

Merksatz: Qualifizierte Fachkräfte, mit Ausbildung im Ausland, müssen 3 Jahre ununterbrochen in Deutschland in einer Stelle, die dieser Qualifikation entspricht, gearbeitet haben. Im letzten Jahr musste der Lebensunterhalt für Familien- und Haushaltsangehörige gesichert sein ohne die vollständigen Kosten für Unterkunft und Heizung.

Da die Anforderungen an diese Aufenthaltserlaubnis sehr hoch sind und die Ausschlusskriterien denen der Altfallregelung ähneln und damit sehr restriktiv sind, wird nur eine sehr kleine Anzahl Flüchtlinge hiervon profitieren können. Flüchtlinge, die die Stichtagsregelung der gesetzlichen Altfallregelung verpasst haben, dürften hierin eine Möglichkeit finden, eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten.

Probleme in der Praxis ergeben sich für die Varianten 2 und 3 des § 18a AufenthG. Vielen Flüchtlingen dürfte es schwer fallen, ihre im Ausland erworbene Qualifikation in Deutschland

anerkennen zu lassen. Oftmals fehlen auch die entsprechenden Belege. Daneben dürfte es auch schwer sein, eine Erwerbstätigkeit in dieser, im Ausland erworbenen Qualifikation zu bekommen. Was ist aber mit denen, die diese Qualifikation besitzen und nach langem Suchen eine dementsprechende Anstellung gefunden haben? Der Gesetzgeber hat es unterlassen, dafür einen Duldungsgrund in § 60a Abs. 2 AufenthG zu bestimmen, damit die geforderten 2 oder 3 Jahre Beschäftigung überhaupt erfüllt werden können. Allenfalls käme die Ermessensduldung aus humanitären oder persönlichen Gründen des § 60a Abs. 2 Satz 3 AufenthG als Erteilungsgrundlage in Frage.

Falls Sie über eine qualifizierte Berufsausbildung verfügen, egal, ob sie in Deutschland oder im Ausland erworben wurde, wenden Sie sich an eine Rechtsanwältin, einen Rechtsanwalt oder an eine Beratungsstelle, um zu prüfen, ob Sie die Aufenthaltserlaubnis nach § 18a AufenthG erhalten können.

8. Perspektiven nach negativem Abschluss eines Asylverfahrens

Wenn das Asylverfahren definitiv beendet ist, also das Verfahren unanfechtbar geworden ist, werden Flüchtlinge aufgefordert, die Bundesrepublik Deutschland innerhalb kurzer Zeit (in der Regel ein bis drei Monate) zu verlassen. Unanfechtbar bedeutet, dass kein Widerspruchsverfahren und keine Klage mehr möglich sind. Verlassen Sie dann Deutschland aber nicht, droht grundsätzlich die Abschiebung. In dieser Situation müssen Sie überlegen:

1. Ist eine Abschiebung überhaupt möglich?
2. Habe ich eine Chance auf ein Aufenthaltsrecht aus anderen Gründen als Asyl?
3. Habe ich die Chance auf einen weiteren, zumindest befristeten Aufenthalt?
4. Welche Perspektiven für mein Leben bleiben mir noch?

Unter bestimmten Bedingungen kann ein im Asylverfahren abgelehnter Flüchtling ein Aufenthaltsrecht aus anderen Gründen erhalten. Die Chancen darauf sind eher gering, sollten aber dennoch mit einem Rechtsanwalt, einer Rechtsanwältin oder einer Beratungsstelle besprochen werden.

Heirat, Kinder - Schutz von Ehe und Familie

Eine Ehe mit einem/einer Deutschen oder einer bleibeberechtigten Person kann unter bestimmten Voraussetzungen zu einem Aufenthaltsrecht in Deutschland führen. Um heiraten zu können, müssen verschiedene Papiere vorgelegt werden: In der Regel ein Pass, Geburtsurkunde oder sonstige Abstammungsnachweise, ein „Ehefähigkeitszeugnis“ (Bescheinigung darüber, dass Sie nach dem Recht Ihres Heimatlandes ehefähig sind, vor allem dass Sie nicht oder nicht mehr verheiratet sind) und weitere Papiere, die sich nach dem Recht des Herkunftslandes richten. Die Papiere aus einer Reihe von Herkunftsstaaten müssen außerdem durch die Deutsche Botschaft auf ihre Echtheit geprüft werden. Auch wenn Sie ganz ohne Aufenthaltstitel und ohne Duldung sind („illegal“), ist eine Legalisierung des Aufenthalts über eine Heirat möglich. Allerdings erfährt die Polizei von Ihren Heiratsabsichten, weil zu den notwendigen Unterlagen auch eine Aufenthaltsbescheinigung der Meldebehörde gehört. Die Abschiebung wird in der Regel erst dann ausgesetzt, wenn die Heirat unmittelbar bevorsteht, sofern - abgesehen von einem illegalen Aufenthalt - keine Ausweisungsgründe vorliegen. Dies ist nur dann der Fall, wenn Sie alle Papiere beschafft haben. Außerdem wird geprüft, ob es sich um eine „Schein-Ehe“ handeln könnte, also eine Ehe, die nur deshalb geschlossen wird, weil Sie ein Aufenthaltsrecht erlangen wollen. Unter Umständen müssen Sie Wohnungsbesichtigungen und Befragungen über sich ergehen lassen. Wenn der Verdacht auf „Schein-Ehe“ besteht, wird keine Duldung erteilt und die Heirat unter Umständen verweigert.

Auch ohne Heirat kann der Schutz der Familie unter Umständen zu einem Aufenthaltsrecht führen. Dies gilt vor allem für Väter von nichtehelichen, aufenthaltsberechtigten Kindern, die ihre Vaterschaft anerkannt haben und sich um ihr Kind auch tatsächlich kümmern. Auch Mütter können ein Aufenthaltsrecht erhalten, zum Beispiel wenn ihr Kind einen deutschen Vater hat oder wenn der Vater einen Aufenthaltstitel besitzt. Nicht in allen Fällen wird allerdings ein Aufenthaltsrecht aufgrund einer Ehe oder eines Kindes erteilt: Oft argumentieren die Behörden, der Schutz von Ehe und Familie sei auch im Herkunftsland der Eheleute gewährleistet.

→ Um zu klären, ob Sie sich mit Aussicht auf Erfolg ein Aufenthaltsrecht durch eine Heirat oder Kinder erhalten können, wenden Sie sich bitte an einen Rechtsanwalt, eine Rechtsanwältin oder eine Beratungsstelle.

Die humanitäre Duldung nach § 60a Abs. 2 AufenthG

Menschen ohne Aufenthaltsrecht können leider keine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 Satz 1 *AufenthG* mehr erhalten, wenn „dringende humanitäre oder persönliche Gründe“ vorliegen. Stattdessen sind zwei neue Duldungsgründe in das Gesetz geschrieben worden:

1. Die so genannte Zeugenduldung des § 60a Abs. 3 Satz 2 *AufenthG*. Hier besteht die Möglichkeit, den Aufenthalt weiter zu dulden, wenn eine Aussage in einem Strafverfahren von der Staatsanwaltschaft oder vom Gericht als notwendig angesehen wird.

2. Die Ermessensduldung des § 60a Abs. 2 Satz 3 *AufenthG*. Eine Ermessensduldung kann erteilt werden, wenn - vorübergehend - dringende humanitäre oder persönliche Gründe oder ein öffentliches Interesse den weiteren Aufenthalt erfordern. Gründe hierfür könnten unter anderem sein:

- Durchführung einer Operation, die im Herkunftsland nicht möglich ist
- Beendigung einer Therapie oder sonstigen Behandlung ohne dass Reiseunfähigkeit besteht, da ansonsten bereits ein Anspruch auf eine Duldung da wäre
- die Beendigung einer Ausbildung
- bevorstehender Schulabschluss
- Beendigung des laufenden Schuljahres
- vorübergehende Betreuung eines schwer kranken Familienangehörigen
- eine unmittelbar bevorstehende Heirat mit einem Deutschen oder einem Bleibeberechtigten bis zum Hochzeitstermin

Diese Liste ist nicht abgeschlossen, weitere gute Gründe sind denkbar, müssen aber der Ausländerbehörde gegenüber vorgetragen werden. Lassen Sie sich gut beraten.

Die Behörden machen oft unter anderem zur Bedingung, dass keine Sozialleistungen bezogen werden und dass die „freiwillige Rückkehr“ zugesichert wird. Diese Duldungen werden in der Regel nur für einige Wochen oder Monate erteilt. Wenn der Erteilungsgrund wegfällt, also zum Beispiel der pflegebedürftige Angehörige stirbt oder der Schulabschluss gemacht ist, wird die Duldung in der Regel nicht verlängert und es droht erneut die Abschiebung. Nur bei Vorliegen eines Abschiebungshindernisses oder eines Anspruchs auf einen Aufenthalt (z.B. durch Heirat), wird dann eine aus humanitären Gründen befristet erteilte Duldung noch verlängert oder eine Aufenthaltserlaubnis erteilt.

Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG

Menschen, die eigentlich abgeschoben werden sollen, können nach § 25 Abs. 5 *AufenthG* eine befristete Aufenthaltserlaubnis erhalten, wenn eine „Ausreise aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich“ ist. Diese Regelung wird in Niedersachsen leider sehr streng ausgelegt: Wenn eine Abschiebung nicht stattfinden kann, sagen die Behörden oft, dass zwar keine Abschiebung, aber eine „freiwillige Ausreise“ möglich sei. Dabei interessiert sie nur, ob es irgendeinen Reiseweg ins Herkunftsland gibt. Die Frage nach der „Zumutbarkeit“, also danach, welche Ängste und Schwierigkeiten bei einer „freiwilligen“ Ausreise entstehen, zum Beispiel, ob das alte Haus noch steht oder welche Chancen es im Herkunftsland für die Kinder gibt, berücksichtigt die Behörde dabei nicht.

Auch wenn die Ausländerbehörde meint, dass eine Ausreise zwar nicht möglich ist, der Betreffende aber nicht genug dabei mitwirkt habe, die Ausreisehindernisse zu beseitigen (zum Beispiel durch Passantragstellung bei der Botschaft), wird eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG nicht erteilt. Ebenfalls keine Aufenthaltserlaubnis erhalten Menschen, denen die Ausländerbehörde unterstellt, sie würden über ihre Identität und Staatsangehörigkeit täuschen.

- Unter eng begrenzten Umständen ist es denkbar, dass ein Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis vor den Verwaltungsgerichten unter Berufung auf *Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention* (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens) durchgesetzt werden kann: Dies ist trotz bestehender Ausreisemöglichkeit dann möglich, wenn eine vollständige Integration in die deutsche Gesellschaft stattgefunden hat und Bindungen an das Herkunftsland nicht mehr bestehen. Das betrifft in erster Linie Menschen, die in Deutschland geboren oder die als Kinder eingereist sind. Fragen Sie einen Rechtsanwalt oder eine Rechtsanwältin, ob diese Möglichkeit für Sie besteht.
- In seltenen Fällen kann eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG auch in Frage kommen, wenn Krankheiten bestehen, die eine Rückkehr in das Herkunftsland unmöglich machen (z.B. Suizidgefahr, schwere psychische Erkrankungen, AIDS im fortgeschrittenen Stadium). Bevor eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird, wird oft über einen langen Zeitraum die Frage einer „Reisefähigkeit“ geprüft. Wenn für Sie über längere Zeit durch amtsärztliche oder fachärztliche Bescheinigungen eine „Reiseunfähigkeit“ dokumentiert wurde, sollten Sie einen Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG stellen.

Der Bezug von Sozialleistungen oder das Vorliegen eines Ausweisungsgrundes (insbesondere Straffälligkeit, aber z.B. auch Drogenkonsum) schließen die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG nicht unbedingt aus. Die niedersächsischen Behörden verlangen aber in der Regel die Vorlage eines Heimatpasses.

Wenn eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG erteilt wird, dann nur für eine befristete Zeit, in der Regel zunächst für sechs Monate. Ob die Aufenthaltserlaubnis danach verlängert wird, entscheidet die Ausländerbehörde. Sie prüft dann erneut, ob eine „freiwillige Rückkehr“ oder eine Abschiebung möglich ist. Ist die Ausreise inzwischen möglich, wird die Aufenthaltserlaubnis in der Regel nicht verlängert. Nur bei Vorliegen einer „außergewöhnlichen Härte“, also in seltenen Ausnahmefällen, kann eine aus humanitären Gründen befristet erteilte Aufenthaltserlaubnis doch noch verlängert werden, und zwar nach § 25 Abs. 4 Satz 2 AufenthG.

Recht auf Wiederkehr nach § 37 AufenthG

Personen, die als Kinder schon einmal mit einem Aufenthaltsrecht in Deutschland gelebt haben, können unter bestimmten Bedingungen ein Aufenthaltsrecht nach § 37 AufenthG erhalten. Sie haben einen Anspruch darauf, wenn

- seit der Ausreise noch keine fünf Jahre vergangen sind und Sie jetzt zwischen 15 und 20 Jahren alt sind; zur Vermeidung einer „besonderen Härte“ darf die Ausländerbehörde hiervon auch Ausnahmen machen,
- sie sich mindestens acht Jahre erlaubt in Deutschland aufgehalten und sechs Jahre lang eine Schule besucht haben; auch hiervon darf die Ausländerbehörde bei „besonderer Härte“ Ausnahmen machen, unter Umständen genügt ein deutscher Schulabschluss,
- der Lebensunterhalt gesichert ist, also keine Sozialleistungen bezogen werden.

Die Erlaubnis nach § 37 *AufenthG* kann allerdings verweigert werden, wenn früher eine Ausweisung erfolgte oder jetzt ein Ausweisungsgrund vorliegt (Straffälligkeit, illegale Einreise und anderes) oder wenn es sich um eine/n Minderjährige/n handelt, deren/dessen Betreuung nicht sichergestellt ist.

Auch Erwachsene haben ein Recht auf Wiederkehr, wenn sie sich acht Jahre rechtmäßig in Deutschland aufgehalten haben und von einem deutschen Versicherungsträger Rente beziehen.

Anerkennung als Härtefall nach § 23a *AufenthG*

Unter Umständen können ausreisepflichtige Flüchtlinge als „Härtefall“ nach § 23 a *AufenthG* anerkannt werden und darüber ein Aufenthaltsrecht in Deutschland erhalten. Die Umsetzung der Härtefallregelung ist in Niedersachsen aber leider sehr streng und restriktiver als in den meisten anderen Bundesländern.

Einen Antrag auf Anerkennung als Härtefall können Sie nicht selbst stellen. Nur die *neun Mitglieder der niedersächsischen Härtefallkommission* sowie ihre neun Stellvertreter/innen haben das Recht, einen Antrag einzubringen. Damit Sie überhaupt ins Antragsverfahren kommen, müssen Sie also ein Mitglied oder sein/e Stellvertreter/in der Härtefallkommission anschreiben und überzeugen, dass in Ihrem persönlichen Fall ein Härtefall vorliegt.

Wenn Sie es geschafft haben, dass ein Mitglied der Härtefallkommission einen Antrag stellt, wird geprüft, ob ein Ausschlussgrund vorliegt. Die Durchführung eines Härtefallverfahrens wird aus folgenden Gründen abgelehnt:

- Der Abschiebungstermin steht bereits fest oder Abschiebungshaft ist angeordnet.
- Ein Asylantrag wurde nach § 30 Abs. 3 *AsylVfG* als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt (Ausnahme: Kinder, für die nach §14 a *AsylVfG* von den Behörden automatisch ein Asylverfahren eingeleitet wurde).
- Ein Familienmitglied wurde bereits einmal ausgewiesen, zurückgeschoben oder abgeschoben und unterliegen deshalb noch einem Wiedereinreiseverbot.
- Für ein Familienmitglied liegt eine rechtskräftige Ausweisungsentscheidung vor.
- Ein Familienmitglied wurde zu einer oder mehreren Geldstrafen von insgesamt mindestens 90 Tagessätzen oder zu Freiheitsstrafen von insgesamt mindestens drei Monaten verurteilt.
- Sie haben eine Petition gestellt, über die der niedersächsische Landtag noch nicht entschieden hat.
- Eine Petition oder ein Härtefallantrag wurde nach dem 1. Januar 2005 abgelehnt und die Sachlage hat sich seitdem nicht geändert.
- Der Härtefallantrag wird ausschließlich mit der Gefährdung Ihrer Familie im Herkunftsland begründet (dafür ist nach Auffassung des BAMF zuständig, die Härtefallkommission befasst sich mit den (Integrations-)Aspekten, die sich auf das Leben in Deutschland beziehen).
- Sie halten sich nicht in Deutschland auf, sind in einem anderen Bundesland gemeldet oder untergetaucht.

Wenn einer dieser Ausschlussgründe auch nur für ein Familienmitglied vorliegt, macht der Versuch, über ein Mitglied der Härtefallkommission ein Härtefallverfahren einzuleiten, keinen Sinn. Nach der niedersächsischen Verordnung ist dann die gesamte Familie vom Härtefallverfahren ausgeschlossen. Zur Familie zählen Ehegatten und Eltern mit ihren minderjährigen Kindern. Wenn sich also der Familienvater vor den Behörden versteckt, um die Familie vor der Abschiebung zu schützen, können Frau und Kinder nicht ins Härtefallverfahren kommen. Bei einer Trennung oder

Scheidung werden die beiden Familienteile getrennt behandelt. Ist ein volljähriges Kind untergetaucht, kann dieses Kind keinen Härtefallverfahren erhalten, wohl aber Eltern und minderjährige Geschwister.

Wenn keine Ausschlussgründe vorliegen, ordnet das Innenministerium an, dass bis zur Entscheidung über den Härtefallantrag keine Abschiebung stattfinden darf. Auch für die Entscheidung über den Härtefallantrag hat die Landesregierung sich Vorgaben ausgedacht: Ein Härtefallantrag soll „in der Regel“ abgelehnt werden, wenn

- soziale Leistungen in Anspruch genommen werden müssen (Kindergeld, Erziehungsgeld, Elterneld oder Arbeitslosengeld I und andere Versicherungsleistungen zählen nicht dazu), es sei denn, die Kommune oder ein sonstiger Bürge ist bereit, für den Lebensunterhalt zu zahlen,
- der Flüchtling die Behörden täuscht oder getäuscht hat,
- der Flüchtling bei seiner Abschiebung nicht mitgewirkt hat (zum Beispiel im Rahmen der Passbeschaffung) oder
- Gründe für eine Ausweisung aufgrund von schwerwiegenden Straftaten oder wegen sonstiger „Gefährlichkeit“ vorliegen.

Dies bedeutet nicht, dass in diesen Fällen immer eine Ablehnung des Antrags erfolgen muss. Es ist aber eine besondere Begründung erforderlich, warum ausnahmsweise trotzdem eine positive Entscheidung getroffen werden soll.

Um ins Härtefallverfahren zu kommen, gehen Sie wie folgt vor:

- Informieren Sie die Ausländerbehörde frühzeitig, dass ein Härtefallantrag gestellt wird, damit die Ausländerbehörde nicht durch die Festlegung eines Abschiebungstermins ein Härtefallverfahren unmöglich macht.
- Schreiben Sie direkt an ein Mitglied der Härtefallkommission oder eine/n Stellvertreter/in und schildern Sie Ihre Geschichte und ihre Lebensumstände in Deutschland. Begründen Sie ausführlich, wie Sie Ihren Lebensunterhalt zur Zeit und zukünftig sicherstellen wollen. Wenn möglich, legen Sie entsprechende Bescheinigungen (eines Bürgen oder Arbeitgebers) vor. Äußern Sie sich auch zu anderen Regelausschlussgründen. Lassen Sie sich bei der Abfassung Ihres Schreibens an ein Mitglied der Härtefallkommission durch eine kompetente Beratungsstelle oder einen Rechtsanwalt oder eine Rechtsanwältin helfen,
- Fragen Sie nach und lassen Sie sich versichern, dass das angeschriebene Mitglied einen Härtefallantrag für Sie stellt; ein persönlicher Kontakt zu diesem Mitglied (zum Beispiel telefonisch) kann dafür hilfreich sein; gegebenenfalls kann auch eine Beratungsstelle für Sie den persönlichen Kontakt halten,
- Im laufenden Verfahren ist es manchmal sinnvoll, die Härtefallkommission über Veränderungen und neue Erkenntnisse zu informieren. Schreiben Sie dazu an die Geschäftsstelle der Härtefallkommission:

Geschäftsstelle der Härtefallkommission
beim Niedersächsischen Ministerium
für Inneres und Sport
Postfach 221
30002 Hannover

Telefon derzeit: Stefanie Seeck (Tel.: 0511/ 120 47 86) und Ursel Reichel (Tel.: 0511/ 120 48 13 vormittags)

- Für weitere, detaillierte Hinweise zum Verfahren und zur Antragstellung wenden Sie sich an das Büro des Flüchtlingsrats Niedersachsen. Einen ausführlichen, empfehlenswerten Reader der LAG der Freien Wohlfahrtspflege finden Sie *hier*.

Eine positive Empfehlung der Härtefallkommission kommt nur zustande, wenn sechs der acht stimmberechtigten Mitgliedern der Kommission dafür stimmen. Der vorsitzende Vertreter des Innenministeriums darf nicht mit abstimmen. Das letzte Wort über den Härtefallantrag hat der niedersächsische Innenminister. Er muss sich nicht an die Empfehlung der Härtefallkommission halten, wird dies aber im Regelfall tun.

Petition

Eine Petition ist kein Rechtsmittel, sondern ein Bittbrief, der sich an das Parlament, also den Niedersächsischen Landtag, richtet. Darin können Sie Ihre persönliche Situation schildern und um das bitten, was Ihnen am Herzen liegt: Ein Bleiberecht, den Schulabschluss noch zu Ende machen zu dürfen oder anderes. Im Unterschied zur Härtefallkommission muss sich der Petitionsausschuss des Landtags mit jeder Petition beschäftigen und kann Ihren Brief nicht einfach deshalb ignorieren, weil Sie zum Beispiel Sozialleistungen beziehen. Aber Vorsicht: Mit dem Stellen einer Petition verhindern Sie, dass Sie zum Härtefallverfahren zugelassen werden.

Der Petitionsausschuss kann nicht selbst ein Aufenthaltsrecht für Sie beschließen. Er kann aber bestimmte Empfehlungen vorbereiten, mit denen der Landtag zum Beispiel den Innenminister auffordert, Ihre Petition zu berücksichtigen. Wenn der Petitionsausschuss so etwas macht, steigen Ihre Chancen auf ein Aufenthaltsrecht. Dafür müssen Sie Ihre Petition besonders gut begründen und etwas Schwerwiegendes vortragen können, das Sie von anderen abgelehnten Flüchtlingen unterscheidet. In der Regel müssen Sie allerdings damit rechnen, dass der Petitionsausschuss Ihnen antwortet, dass er leider nichts für Sie tun kann, weil Ihr Fall schon von einem Gericht und den Behörden ausführlich geprüft worden ist.

Das Schreiben einer Petition bietet also nur eine kleine Chance auf ein Aufenthaltsrecht. Da ein Petitionsantrag nach Auffassung des Innenministeriums eine Abschiebung nicht verhindert, macht eine Petition auch nur dann einen Sinn, wenn die Ausländerbehörde bis zum Ausgang des Petitionsverfahrens mit der Abschiebung wartet oder ein vorübergehender Verbleib in Deutschland auf andere Weise gesichert werden kann. Eine Petition sollte auch erwogen werden, wenn ein Härtefall vorliegt, ein Härtefallantrag aber nicht möglich ist, da formale Ausschlussgründe vorliegen.

Die neue Ermessensduldung nach § 60a Abs. 2 Satz 3 *AufenthG* gibt auch dem Petitionsausschuss ein Instrument in die Hand um der Ausländerbehörde eine vom Gesetz getragene Lösung vorzuschlagen bzw. das Verfahren abzuwarten (s.o.).

Die Petition kann ohne Formular geschrieben und an folgende Adresse geschickt werden:

*Präsident des Niedersächsischen Landtags
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30 159 Hannover*

Wenn in Ihrem Asylverfahren etwas gravierend schief gelaufen ist, kann es sinnvoll sein, sich mit einer Petition an den Petitionsausschuss des Bundestages zu wenden. Während der

Petitionsausschuss des niedersächsischen Landtags für Fragen eines humanitären Aufenthaltsrechts zuständig ist, prüft der Petitionsausschuss des Bundestages, ob das Asylverfahren korrekt durchgeführt wurde. Wenn die Anhörung durch das Bundesamt zum Beispiel unfair durchgeführt wurde oder wenn ein Flüchtling zum Zeitpunkt der Anhörung körperlich oder seelisch gar nicht in der Verfassung war, angehört zu werden, kann der Petitionsausschuss eine neue Prüfung (ein freiwilliges „Wiederaufnahmeverfahren“) anregen. Als Bundesbehörde untersteht das BAMF dem Bundesinnenministerium und unterliegt damit auch der Kontrolle durch das Parlament, den Deutschen Bundestag. Die Adresse des Petitionsausschusses des Bundestages lautet:

*An den
Deutschen Bundestag
Petitionsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

- Suchen Sie sich für Ihre Petition kompetente Unterstützer/innen (Flüchtlingsberatungsstellen, soziale Organisationen, Pfarrer/innen, Lehrer/innen, Ärzte/innen...).
- Schicken Sie eine Kopie der Petition in jedem Fall auch an die Ausländerbehörde, damit diese darüber rechtzeitig informiert ist.
- Um die Erfolgschancen einer Petition zu erhöhen, ist es immer ratsam, sich an einzelne Mitglieder des Ausschusses zu wenden und sie, wenn möglich, persönlich zu kontaktieren und mit Ihrer Geschichte zu konfrontieren.

Asylfolgeantrag

Gibt es neue Gründe, die im Asylverfahren bislang nicht geprüft wurden bzw. erst nach Abschluss des Asylverfahrens bekannt wurden? Dann ist unter Umständen ein zweiter Asylantrag (so genannter „Folgeantrag“) sinnvoll. Für die Durchführung eines Asylfolgeverfahrens gelten allerdings strenge Bedingungen: Die Sach- oder Rechtslage muss sich gegenüber dem ersten Verfahren gravierend geändert haben. Eine Änderung der Sachlage liegt zum Beispiel vor bei einem Regierungswechsel im Herkunftsland, der Festnahme von nahen Familienangehörigen oder wenn es neue Beweise für eine Verfolgung gibt, die im ersten Asylverfahren nicht berücksichtigt oder geglaubt wurde. Auch das Ausbrechen einer schweren Krankheit, die im Herkunftsland nicht behandelbar ist oder der Nachweis über eine bislang nicht erkannte, schwere Kriegstraumatisierung können einen Asylfolgeantrag begründen. In solchen Fällen besteht zumindest eine realistische Chance auf Abschiebungsschutz nach § 60 Abs. 7 AufenthG. Darüber weiß ein/e auf Asylrecht spezialisierte/r Rechtsanwalt / Rechtsanwältin oder eine gute Beratungsstelle Bescheid. Ein Asylfolgeantrag kann beim Bundesamt schriftlich gestellt werden. Die erneute Abgabe von Fingerabdrücken und der Umzug in die ZAAB sind also nicht notwendig. Näheres zum Folgeantrag in *Kapitel 3.3*.

8.1 Ausreisepflicht und vollziehbare Ausreisepflicht

Zusammen mit der negativen Asylentscheidung des Bundesamtes haben Sie eine so genannte Ordnungsverfügung erhalten. Dieses war die Aufforderung, Deutschland zu verlassen, verbunden mit einer Androhung, Sie abzuschicken, falls Sie Deutschland nicht „freiwillig“ verlassen. Das deutsche Ausländerrecht unterscheidet zwischen der Ausreisepflicht und der Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht.

Die Ausreisepflicht ist in § 50 AufenthG geregelt und besagt: Wer keinen Aufenthaltstitel (Visum, Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis oder Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG) besitzt, muss Deutschland verlassen und ist damit zur Ausreise verpflichtet.

Die Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht ist dagegen in § 58 Abs. 2 AufenthG geregelt. Das ist der Paragraph, der die Abschiebung regelt. Voraussetzung für diese Ermächtigung zur Abschiebung ist entweder eine unerlaubte Einreise oder eine unanfechtbare negative Entscheidung im Asylverfahren oder die unanfechtbare Ablehnung eines Aufenthaltstitels.

8.2 Droht die Abschiebung?

Nach negativem Asylverfahren sollten Sie sich so schnell wie möglich eine Rechtsberatung in Anspruch nehmen und klären, ob und wann Ihnen eine Abschiebung droht. Dabei spielen folgende Fragen eine Rolle:

Ist eine Abschiebung überhaupt durchführbar?

Manche Flüchtlinge können nicht abgeschoben werden, weil keine Flugverbindungen ins Herkunftsland bestehen. Sie erhalten dann eine Duldung von der Ausländerbehörde. Ihre Aufenthaltsgestattung, die für das Asylverfahren galt, müssen Sie nach dem Ende des Asylverfahrens abgeben. Eine Aufenthaltserlaubnis bekommen Sie deswegen aber im Regelfall nicht.

Auch wenn kein gültiger Pass vorhanden ist, kann die Abschiebung oft nicht stattfinden. Sie wird deshalb aufgeschoben. Die Ausländerbehörde kann jahrelang darauf warten, dass eine Abschiebung wieder möglich ist. Während dieser Zeit muss die Behörde Ihre Duldung immer wieder verlängern. Dies kann für jeden Zeitraum zwischen einem Tag und einem Jahr geschehen. Üblicherweise erfolgen Verlängerungen aber um einen, drei oder sechs Monate.

→ Wenn Sie eine Duldung besitzen, die jeweils nur für wenige Tage verlängert wird, sollten Sie mit einer Beratungsstelle sprechen. Nicht immer ist die Ausländerbehörde berechtigt, die Duldung nur für so kurze Zeit zu verlängern. Wenn abzusehen ist, dass die Abschiebung für längere Zeit nicht möglich ist, muss die Duldung mindestens für einen bis drei Monate verlängert werden.

Wenn Abschiebungspapiere fehlen, wird die Ausländerbehörde versuchen, Passersatzpapiere bei der Botschaft zu besorgen. Sie sind dabei zur Mitwirkung verpflichtet. Tun Sie dies nicht, haben Sie unter Umständen gravierende Nachteile zu befürchten, zum Beispiel Arbeitsverbot, Bargeldentzug oder Umzug in ein Ausreisezentrum.

→ Informieren Sie sich, welche Schritte Sie unternehmen müssen, um Ihren Mitwirkungspflichten nachzukommen. Ein guter Rechtsanwalt, eine gute Rechtsanwältin oder eine gute Beratungsstelle kann Ihnen genau Auskunft geben.

Reiseunfähigkeit

Wenn Sie aus gesundheitlichen Gründen nicht reisefähig sind, darf die Ausländerbehörde Sie noch nicht abschieben. Dies gilt nicht nur bei Krankheiten, sondern auch für die Zeiten des Mutterschutzes (sechs Wochen vor dem Geburtstermin bis acht Wochen nach der Geburt). Bei Risikoschwangerschaften, Mehrlingsgeburten oder Komplikationen kann diese Frist auch länger

andauern. Dauert eine Erkrankung länger oder ist sie besonders schwerwiegend, kann es sinnvoll sein, deshalb eine Aufenthaltserlaubnis zu beantragen oder einen Asylfolgeantrag zu stellen (lesen Sie dazu genauer das folgende *Kapitel 6.2.*).

Ist bei der Geburt eines Kindes in Deutschland die Mutter geduldet oder sogar ohne ein Aufenthaltspapier (also „illegal“), ist das Kind mit der Geburt auch ausreisepflichtig. Das bedeutet, dass das Kind und natürlich die Mutter ausreisen müssen. Da das Kind aber noch nicht vollziehbar ausreisepflichtig ist, also nicht direkt abgeschoben werden darf, haben Mutter und Kind entweder Zeit bis zum Erlass einer Ordnungsverfügung (siehe *Kapitel 6.0*), wodurch die vollziehbare Ausreisepflicht entstände oder die vom Gesetzgeber in § 81 Abs. 2 AufenthG eingeräumte Frist von sechs Monaten. Während dieser Zeiten haben Mutter und Kind einen Anspruch auf eine Duldung. Geburt ist nämlich keine unerlaubte Einreise, nur der Aufenthalt ist unerlaubt (*Vorläufige niedersächsische VV 33.6*).

→ Wenn Sie krank sind, lassen Sie sich Ihre Reiseunfähigkeit möglichst frühzeitig ärztlich bestätigen und reichen Sie dieses Attest bei der Ausländerbehörde ein. Sind Sie zum Beispiel aufgrund von Kriegserfahrungen psychisch krank, ist unter Umständen ein aufwändiges und teures medizinisches Gutachten erforderlich. Lassen Sie sich beraten.

„Abschiebungsstopp“

Das Innenministerium darf anordnen, dass Abschiebungen einer bestimmten Gruppe von Flüchtlingen für einige Wochen oder Monate nicht erfolgen dürfen. In der Praxis wird ein solcher Abschiebungsstopp gemäß § 60 a Abs. 1 AufenthG allerdings sehr selten verhängt. Dies geschieht allenfalls, wenn akute Katastrophen in bestimmten Ländern ausbrechen, die durch das Fernsehen oder Zeitungen sehr stark im Bewusstsein der Öffentlichkeit sind.

→ Auf einen Abschiebungsstopp gibt es keinen Anspruch. Wenn in ihrer Herkunftsregion eine akute Krise herrscht, können Sie versuchen, Politik und Öffentlichkeit zu überzeugen und aufzufordern, einen Abschiebungsstopp zu verhängen. Tun Sie sich dazu mit anderen Flüchtlingen und Flüchtlingsorganisationen zusammen. Gerne erhalten Sie dabei Unterstützung vom Niedersächsischen Flüchtlingsrat.

8.3 Wenn es keine Chance mehr gibt...

Treffen die hier geschilderten Konstellationen nicht auf Sie zu, haben Sie leider nicht mehr viele Möglichkeiten. Sie können freiwillig ausreisen, in ein anderes Land auswandern oder Schutz in einem Kirchenasyl suchen. Wenn Sie ohne Aufenthaltsrecht in Deutschland bleiben, machen Sie sich damit allerdings strafbar. Bedenken sollten Sie dabei auch die Risiken von Abschiebungshaft und die Folgen einer Abschiebung.

Abschiebungshaft

Nach dem Gesetz (§ 62 *AufenthG*) darf jemand in Abschiebungshaft (Sicherungshaft) genommen werden,

- wenn ein Flüchtling aufgrund einer unerlaubten Einreise nach Deutschland ausreisepflichtig ist. Wenn man zum Beispiel als Illegale/r von der Polizei am Arbeitsplatz erwischt wird, auch ein erster Asylantrag führt dann nicht automatisch zur Haftentlassung (§ 14 Abs. 3 *AsylVerfG*),

- ein Flüchtling nach Ablauf der Frist zur freiwilligen Ausreise untergetaucht ist,
- ein Flüchtling bei einem festgesetzten Termin zur Abschiebung nicht angetroffen wird und keine Entschuldigung dafür hat,
- sich ein Flüchtling auf andere Weise der Abschiebung entzieht oder
- wenn ein begründeter Verdacht besteht, dass sich ein Flüchtling der Abschiebung entziehen will.

Eine besondere Form der Abschiebungshaft ist die „Vorbereitungshaft“. Sie wird verhängt, wenn eine *Ausweisung* (z.B. wegen Straffälligkeit) in Vorbereitung ist, die endgültige Entscheidung darüber aber noch aussteht und die Abschiebung ohne Haft wesentlich erschwert oder unmöglich würde.

Wenn Flüchtlinge im Abschiebungsgefängnis sind, sind sie aber in der Regel nicht in Vorbereitungshaft, sondern in „Sicherungshaft“, das heißt, allein zu dem Zweck, die Abschiebung zu sichern. Die oben aufgezählten Haftgründe zeigen: Wenn die Behörden vermuten, dass Sie sich einer Abschiebung entziehen oder mit Tricks eine Abschiebung verhindern wollen, steigt das Risiko einer Inhaftierung. Abschiebungshaftgefahr entsteht zum Beispiel, wenn Sie zu Behördenterminen nicht erscheinen oder Ihren Aufenthaltsort dauerhaft ohne Erlaubnis wechseln.

→ Bleiben Sie deshalb möglichst mit der Ausländerbehörde im Kontakt und sichern Sie zu, dass Sie sich einer eventuellen Abschiebung nicht entziehen werden.

Durch den seit dem 28.8.2007 eingefügten § 62 Abs. 4 *AufenthG* hat die Ausländerbehörde jetzt das Recht, ohne richterliche Anordnung, Betroffenen festzuhalten und in Gewahrsam zu nehmen. Wenn die Ausländerbehörde jemanden festhält, um ihn/sie in Abschiebungshaft zu nehmen, muss die Inhaftierung zum frühestmöglichen Zeitpunkt durch das Amtsgericht angeordnet werden. Das geschieht oft, ohne dass der Richter oder die Richterin gewissenhaft überprüfen, ob wirklich einer der oben genannten gesetzlichen Haftgründe vorliegt und die Haft nach dem Gesetz auch wirklich erlaubt ist. Das Gericht ist grundsätzlich verpflichtet, einen Menschen vor der Entscheidung für die Inhaftierung mündlich anzuhören.

→ Wenn Sie festgenommen und dann dem Amtsgericht zur Haftentscheidung vorgeführt werden, versuchen Sie zu begründen, warum keiner der oben genannten gesetzlichen Haftgründe vorliegt oder welche Gründe gegen die Inhaftierung sprechen. Sie dürfen einen Rechtsanwalt oder eine Rechtsanwältin hinzuziehen und eine/n Dolmetscher/in verlangen. Auch die Unterstützung durch eine nicht-anwaltliche Vertrauensperson ist erlaubt, dann müssen Sie aber alle Ausführungen und Anträge vor dem Gericht selbst machen. Auf den Rechtsanwalt oder die Vertrauensperson muss das Gericht warten, gleichzeitig muss es aber auch schnell entscheiden. Wenn der Rechtsanwalt nicht sofort kommen kann, ist es deshalb unter Umständen sinnvoll, darum zu bitten, dass nur eine vorläufige Entscheidung für die Inhaftierung ergeht und das Hauptsacheverfahren um ein oder zwei Tage verschoben wird. Hat das Gericht die Haft erst einmal angeordnet, ist es schwieriger, die Haftentlassung zu erreichen. Wenn Sie verheiratet sind, muss das Gericht auch Ihren in Deutschland anwesenden Ehegatten anhören.

→ Gegen den Haftbeschluss des Amtsgericht können Sie innerhalb von zwei Wochen Beschwerde beim Landgericht einlegen. Da die Amtsgerichte häufig nicht sorgfältig prüfen, ob die Voraussetzungen der Abschiebungshaft vorliegen, ist es in der Regel sinnvoll, das zu tun. Haben Sie keine Unterstützung durch eine Anwältin oder einen Anwalt, können auch Sie selbst, Ehepartner/in, Eltern, Vormund oder eine Vertrauensperson (Gefängnispfarrer/in, Besucher/in, Verwandte/r) eine Haftbeschwerde einreichen. Stimmt das Landgericht dem Amtsgericht zu, können Sie dagegen innerhalb von zwei Wochen Beschwerde beim Oberlandesgericht einlegen.

Am besten lassen Sie sich von einem Rechtsanwalt oder einer Rechtsanwältin vertreten. Darüber hinaus können Sie zu jeder Zeit einen Haftprüfungsantrag beim Amtsgericht stellen.

Abschiebung und die Folgen

Oft erfahren Flüchtlinge vorher, an welchem Tag sie abgeschoben werden sollen. Allerdings sind die niedersächsischen Behörden nicht verpflichtet, Ihnen den Abschiebungstermin vorher mitzuteilen. Zwar sieht § 60a Abs. 5 AufenthG vor, dass die Abschiebung vorher angekündigt werden muss. Das gilt aber nur für Personen, die einen Aufenthaltstitel durch Widerruf verloren haben, nicht aber bei Ablauf und Erneuerung einer Duldung nach erfolglosem Asylverfahren. Es wird in Zukunft verstärkt vorkommen, dass die Behörde auch bei Flüchtlingen, die schon viele Jahre hier leben, plötzlich und überraschend vor der Tür steht. Dann bleiben den Flüchtlingen meist nur wenige Stunden, um ihre Sachen zu packen. Und es bleibt keine Zeit mehr, die persönlichen Dinge zu regeln und sich zu verabschieden. Die Gefahr einer unangekündigten Abschiebung ist besonders groß, wenn Sie sich schon einmal einem Abschiebungstermin entzogen haben oder die Ausländerbehörde glaubt, dass Sie sich vor der Abschiebung verstecken werden.

Bei einer Abschiebung wird in Ihren Pass oder in Ihr Passersatzpapier (laissez passer) der Begriff „abgeschoben“ gestempelt, so dass Sie auch gegenüber den Behörden Ihres Landes als Flüchtling kenntlich sind. Dies hat möglicherweise unangenehme Folgen für Sie.

Darüber hinaus hat jede Abschiebung eine so genannte „Wiedereinreiseperrre“ zur Folge. Das heißt, Sie dürfen nie wieder nach Deutschland zurückkehren, auch wenn Sie zum Beispiel durch Heirat ein Aufenthaltsrecht in Deutschland erworben haben. Zwar kann das Verbot der Wiedereinreise auf Antrag befristet werden, es ist jedoch in aller Regel für mindestens 1-2 Jahre in Kraft und kann auch länger gelten. Um eine Wiedereinreise „ordnungsgemäß“ zu erreichen, sollte man Kontakt zu einem Anwalt oder einer Anwältin in Deutschland aufnehmen, der/die die erforderlichen Anträge stellen kann.

Auch müssen Sie vor einer Aufhebung der Sperre fast immer die Abschiebungskosten bezahlen. Das können mehrere tausend Euro sein.

Sich bei einer Abschiebung zu wehren, kann dazu führen, dass eine Abschiebung abgebrochen wird. An Bord eines Flugzeugs entscheidet immer der Kapitän und nicht die Polizei, ob ein Flüchtling mitgenommen wird oder nicht. Wenn zum Beispiel andere Passagiere sich weigern, sich hinzusetzen oder ihr Mobiltelefon auszumachen, dann genügt das unter Umständen schon, damit der Kapitän den Flüchtling wieder aus dem Flugzeug bringen lässt. Auch ein psychischer Zusammenbruch eines Flüchtlings oder heftige körperliche Gegenwehr führt immer wieder dazu, dass die Polizeibeamten sich entscheiden, die Abschiebung abubrechen und die/den Betroffene/n gegebenenfalls in ein Krankenhaus zu bringen. Scheitert ein Abschiebungsversuch, müssen Sie allerdings damit rechnen, dass in Kürze ein neuer Abschiebungstermin feststeht. Haben Sie sich beim ersten Mal gewehrt, ist es wahrscheinlich, dass mehrere Beamte kommen und Sie unter Umständen auch mit Medikamenten oder Fesseln versuchen, ruhig zu stellen. Auch besteht nach einem gescheiterten Abschiebungsversuch ein erhöhtes Risiko der Inhaftierung. Um kranke Menschen abzuschieben, wird manchmal ein Arzt beauftragt, mit zu fliegen.

Rückkehr oder Weiterwanderung

Wenn Ihnen konkret die Abschiebung droht, sollten Sie über die Möglichkeit einer Ausreise in Ihr Herkunftsland, gegebenenfalls auch die Weiterwanderung in einen dritten Staat nachdenken. Dann

können Sie zumindest Ihre persönlichen Dinge in Ruhe regeln und eine eigenständige Ausreise hat keine Wiedereinreisesperre zur Folge. Außerdem können Sie das Geld für den Rückflug sowie einen zusätzlichen Bargelddbetrag erhalten. Dafür werden von IOM (International Organisation for Migration) Gelder bereitgestellt. Für manche Herkunftsländer von Flüchtlingen gibt es von Zeit zu Zeit so genannte „REAG-“, „GARP-“ oder andere Programme, über die ebenfalls Geld für eine Rückkehr beantragt werden kann. Sie werden zunehmend als finanzielle Starthilfen erst nach der Ankunft im Herkunftsland ausgezahlt.

→ Ausführliche Informationen zur Rückkehrförderung finden Sie auf der Homepage des niedersächsischen Innenministeriums unter http://www.mi.niedersachsen.de/master/C24448088_N13699_L20_D0_I522.html.

→ Beratungsstellen, aber auch die Ausländerbehörde und das Sozialamt können Sie über die Möglichkeiten einer finanziellen Hilfe bei einer Rückkehr informieren und die entsprechenden Anträge für Sie stellen. Auch das Raphaelswerk in Hannover bietet eine kompetente Rückkehrberatung an. Dort können Sie auch konkrete Fragen zur Situation in ihrem Zielstaat klären. Die Adresse lautet:

Raphaels-Werk in Hannover
Vordere Schöneporth 10
30 167 Hannover
Tel. (05 11) 71 32 37 oder 713238
Telefax: (05 11) 71 32 39
Email: Hannover@raphaelswerk.de

→ Wenn Sie ohne Visum in ein anderes (europäisches) Land flüchten, können Sie nach Deutschland zurückgeschoben werden und bis zur Abschiebung in Haft kommen. Eine legale Weiterwanderung zum Beispiel in die USA oder nach Kanada ist nur unter sehr engen Voraussetzungen möglich. Die wichtigsten Informationen und Unterlagen über die Möglichkeiten, in einen Drittstaat auszuwandern, erhalten Sie ebenfalls beim Raphaelswerk in Hannover.

→ Zu einer Rückkehr müssen Sie sich rechtzeitig entschließen. Wenn der Termin für die Abschiebung schon fest steht, akzeptieren viele Ausländerbehörden die Möglichkeit einer eigenständigen Ausreise nicht mehr und schieben Sie ab.

Leben in der Illegalität

Um der Abschiebung zu entgehen, tauchen vermehrt Flüchtlinge unter und halten sich vor den Behörden versteckt. Wenn sie darüber nachdenken, sollten Sie bedenken, dass ein Überleben in der Illegalität in Deutschland sehr schwierig zu organisieren ist und nur wenig Aussicht auf Legalisierung besteht. Im Unterschied zu anderen europäischen Staaten hat es in Deutschland bislang noch nie eine Amnestieregelung für Illegalisierte gegeben.

→ Welche Rechte Sie als Illegalisierte/r haben und welche Schwierigkeiten Sie befürchten müssen, sind in *Kapitel 13.4* beschrieben.

Kirchenasyl

Die Unterbringung in einer religiösen Gemeinde, das Kirchenasyl, ist für einige Flüchtlinge der letzte Ausweg vor der akut drohenden Abschiebung. In der Regel wird der Flüchtlingen gewährte

Schutz in Kirchen von den Behörden respektiert, das heißt auf die gewaltsame Durchsetzung einer Abschiebung wird verzichtet, solange sich die Betroffenen in den kirchlichen Räumen aufhalten. Allerdings ist ein Kirchenasyl keine dauerhafte Lösung für ein Leben in Deutschland. In der Regel muss die Kirchengemeinde für den Lebensunterhalt der Kirchenasylflüchtlinge aufkommen und kann und will dies nur für eine begrenzte Zeit. Auch die Organisation eines Alltags und das Verlassen der Gemeinderäume (zu Arbeit, Schulbesuch, Einkaufen etc.) ist aus dem Kirchenasyl heraus generell schwierig oder unmöglich. Ein Kirchenasyl ist also nur dann sinnvoll, wenn es darum geht, Zeit zu gewinnen, und wenn konkrete Hoffnung auf ein Aufenthaltsrecht besteht. Die Zeit im Kirchenasyl ermöglicht es dann, eine bestehende Bedrohung oder Verfolgung nachzuweisen oder den Ausgang eines anderen Verfahrens abzuwarten. Um Kirchenasyl zu erhalten, sollten Sie sich an die Gemeinden in Ihrer Stadt oder Ihrem Landkreis sowie an die ökumenische Arbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche“ wenden. Die Adresse lautet:

*Ökumenische Arbeitsgemeinschaft
„Asyl in der Kirche“
c/o Hildegard Grosse
Schwalbenweg 10
30 966 Hemmingen
Tel./Fax: 0 51 01 / 47 58*

TEIL II: DIE RECHTE VON FLÜCHTLINGEN

Die Rechte von Flüchtlingen in Deutschland sind zum Teil stark eingeschränkt. Dies gilt für das Asylverfahren, aber auch für Flüchtlinge ohne Asylverfahren oder nach einem negativen Abschluss. Abhängig davon, wie das Asylverfahren endet, bekommen Flüchtlinge unterschiedliche Aufenthaltstitel und haben mehr oder weniger Rechte. Am besten ist die Rechtsposition von anerkannten Flüchtlingen. Weniger Rechte haben Flüchtlinge, für die nach § 60 II-VII AufenthG Abschiebungshindernisse vom BAMF festgestellt wurden. Auch Flüchtlinge, die trotz negativen Abschlusses ihres Asylverfahrens zu späterer Zeit ein humanitäres Aufenthaltsrecht erhalten haben (zum Beispiel wegen einer Altfall-, Härtefall oder Bleiberechtsregelung oder gemäß § 25 V AufenthG), oder sich ohne Asylverfahren kurzfristig in Deutschland aufhalten dürfen, sind im Alltag Beschränkungen unterworfen – welchen genau, ist abhängig davon, nach welchem Paragraphen die Erlaubnis erteilt wurde. Geduldete und alle anderen Flüchtlinge ohne Aufenthaltserlaubnis haben noch weniger Rechte. Die geringsten Rechte haben Ausländer, die sich als „Illegale“ vor den Behörden verstecken, .

→ Sehen Sie in ihrem Ausweis nach, mit welchem Status genau Sie in Deutschland leben. Wichtig ist die Bezeichnung (z.B. „*Aufenthaltsgestattung*“, „*Duldung*“ oder „*Aufenthaltserlaubnis*“). Falls Sie eine Aufenthaltserlaubnis besitzen, ist die gesetzliche Grundlage von Bedeutung, nach der die Erlaubnis erteilt wurde (z.B. § 25 I AufenthG oder § 25 V AufenthG). Im Folgenden können Sie nachlesen, welche Rechte Sie mit ihrem Status haben, und was Sie (nicht) dürfen oder (nicht) tun sollten.

→ Die beschriebenen Rechte und Pflichten gelten oft, aber nicht immer auch für Ihre **Familienangehörigen**. Möglicherweise hat die Ausländerbehörde für Ihr/e Partner/in oder Kinder einen anderen Aufenthaltsweg festgelegt. Dann wird es kompliziert. Leider können wir Ihnen in diesem Leitfaden nicht auf alle diesbezüglichen Fragen eine Antwort geben. Wenden Sie sich im Zweifelsfall an eine Beratungsstelle oder einen Rechtsanwalt / eine Rechtsanwältin.

9. Flüchtlinge mit „Aufenthaltsgestattung“ (im Asylverfahren)

9.1 Aufenthaltsrechtliche Situation

Nachdem der Asylantrag gestellt ist, erhalten Flüchtlinge eine „Aufenthaltsgestattung“. Diesen Titel behalten Sie für die gesamte Dauer des Asylverfahrens. Solange eine Entscheidung des BAMF noch nicht vorliegt, sind Sie vor einer Abschiebung sicher. Wenn Sie sich vor Gericht gegen einen negativen Bescheid des BAMF wehren, gilt Ihre Aufenthaltsgestattung weiter, solange das Verfahren noch andauert und nicht rechtskräftig beendet ist. Sie können während dieser Zeit in der Regel nicht abgeschoben werden

→ **Achtung Ausnahme:** Wenn Ihr Asylantrag als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt wird, müssen Sie innerhalb einer Woche einen Eilantrag schicken, der innerhalb dieser Frist beim Verwaltungsgericht angekommen sein muss, um eine Abschiebung vor der Asylentscheidung zu verhindern (Lesen Sie dazu im ersten Teil dieses Leitfadens *Kapitel 4.6*). Wenn das Verwaltungsgericht den Eilantrag ablehnt, können Sie abgeschoben werden, noch bevor das Gericht eine endgültige Entscheidung über Ihre Klage trifft.

Im Regelfall werden auch ihr/e Partner/in und die minderjährigen Kinder nicht abgeschoben, solange Ihre Aufenthaltsgestattung gilt. Die niedersächsischen Behörden sind angewiesen, Ehegatten oder Eltern und ihre minderjährigen Kinder grundsätzlich nicht durch Abschiebung auseinander zu reißen, wenn noch ein Asylverfahren läuft und der Asylantrag gleich nach der Einreise gestellt wurde (§ 43 Abs. 3 *AsylVfG*, 58.0.8.1 *Vorl. Nds. VV-AufenthG*). Unverheiratete Paare können sich darauf allerdings nur berufen, wenn sie gemeinsame Kinder haben. Manchmal kommt es vor, dass Ausländerbehörden argumentieren, es handele sich ja nur um eine Trennung auf Zeit, und Familienmitglieder abschieben, obwohl ein Mitglied eine Aufenthaltsgestattung hat. Schwierigkeiten könnte es geben, wenn die Familienangehörigen (zum Beispiel erwachsene Kinder) nicht zusammen mit Ihnen eingereist sind und keine eigene Aufenthaltsgestattung, sondern nur eine Duldung besitzen. Nicht geschützt sind entferntere Verwandte (z.B. erwachsene Geschwister, Großeltern).

→ Wenn Sie sich nicht sicher sind, ob alle Familienmitglieder bis zum Abschluss eines noch laufenden Asylverfahrens eines oder mehrerer Familienmitglieder in Deutschland bleiben können, setzen Sie sich frühzeitig mit der Ausländerbehörde in Verbindung. Klären Sie, gegebenenfalls mit Hilfe einer Beratungsstelle oder eines Rechtsanwaltes, ob bis zum Ende des Asylverfahrens aller Familienangehörigen keine Abschiebung stattfinden wird.

Was Flüchtlinge mit Aufenthaltsgestattung dürfen oder nicht dürfen, steht zu großen Teilen im *Asylverfahrensgesetz (AsylVfG)*. Die Aufenthaltsgestattung genügt, um sich bei Behörden oder der Polizei auszuweisen. Wenn Flüchtlinge einen Heimatpass besitzen, müssen Sie ihn beim Bundesamt abgeben. Er wird an die Ausländerbehörde übergeben, die den Pass bis auf Weiteres behält.

Die Aufenthaltsgestattung wird ungültig, sobald das Asylverfahren zu Ende ist. Dann ist der Asylbescheid die Grundlage für den weiteren Aufenthalt oder die Abschiebung. Aus dem Besitz der Aufenthaltsgestattung leitet sich kein Aufenthaltsrecht ab, auch wenn das Asylverfahren viele Jahre dauert. Die Dauer der Aufenthaltsgestattung kann aber später bei bestimmten

aufenthaltsrechtlichen Regelungen eine Rolle spielen (zum Beispiel bei Inanspruchnahme einer Bleiberechtsregelung oder beim Erwerb der Niederlassungserlaubnis).

9.2 Wohnen, Umziehen und Residenzpflicht

Zuweisung

Wenn Sie einen Asylantrag in Niedersachsen gestellt haben, heißt das noch nicht, dass Sie auch in Niedersachsen bleiben dürfen: Über ein computergesteuertes Quotensystem (EASY) stellt das BAMF fest, welches Bundesland Sie aufnehmen muss. Da Niedersachsen nicht zu den Bundesländern zählt, in denen überdurchschnittlich viele Asylanträge gestellt werden, ist jedoch eine Aufnahme in Niedersachsen wahrscheinlich.

Ist Niedersachsen zuständig, müssen Sie zunächst für einige Wochen, längstens drei Monate, in einem der beiden niedersächsischen „Erstaufnahmeeinrichtungen“ in Braunschweig oder Oldenburg wohnen. Von diesen Aufnahmelagern werden Flüchtlinge dann in eine Anlusseinrichtung (zum Beispiel die landeseigene Aufnahmeeinrichtung in Bramsche) eingewiesen oder auf Städte oder Landkreise verteilt, die eine Unterkunft für die zugewiesenen Flüchtlinge bereitstellen müssen.

Vor der Verteilung können Sie einen Zuweisungswunsch äußern. Ein Anspruch, in einer bestimmten Kommune untergebracht zu werden, besteht nur, wenn dort bereits der Ehegatte lebt oder wenn minderjährige Kinder zu ihren Eltern (oder umgekehrt) gelangen sollen (§ 50 Abs. 4 AsylVfG). Die Familienzusammenführung zwischen Ehepaaren sowie zwischen Eltern und minderjährigen Kindern muss also in jedem Fall ermöglicht werden. Darüber hinaus können auch so genannte „Härtefälle“ berücksichtigt werden, zum Beispiel, wenn ein älterer, kranker Flüchtling den Wunsch hat, in die Kommune zugewiesen zu werden, in der seine erwachsenen Kinder leben. Auch andere Wünsche können geäußert werden, werden aber nur sehr selten erfüllt. Die Chancen, in eine große Stadt (zum Beispiel Hannover) zu gelangen, sind eher gering, weil deren Quote oft erfüllt ist. Das heißt, wenn eine Stadt oder ein Landkreis bereits seine Anzahl von Flüchtlingen aufgenommen hat, werden keine weiteren Flüchtlinge dorthin geschickt.

In Niedersachsen wird die Verteilung von Flüchtlingen auf die Kommunen zunehmend vermieden: Auf dem Gelände der **ZAAB Oldenburg** und der **ZAAB Braunschweig** sowie in **Bramsche** (bei Osnabrück) gibt es Wohnhäuser, die nicht von der örtlichen Kommune, sondern vom Land Niedersachsen betrieben werden. Diese Lager haben zum Ziel, die Integration von Flüchtlingen in die Gesellschaft von vornherein zu verhindern und sie schnellstmöglich wieder abzuschieben. Da die Zahl der Flüchtlinge in den letzten Jahren stark zurückgegangen ist, werden kaum noch Flüchtlinge aus den o.g. Lagern auf dezentrale Unterkünfte in den Kommunen verteilt.

- Eine Verteilung aus dem Lager können Sie in der Regel nicht erzwingen, solange Sie sich im Asylverfahren befinden. Nur wenn bereits enge Familienangehörige (Eltern oder minderjährige Kinder) in Deutschland leben, haben Sie ein Anrecht darauf, mit diesen zusammenzuleben.
- Wenn Sie einen konkreten Zuweisungswunsch haben, wenden Sie sich an das Büro des Sozialdienstes in der ZAAB und geben Sie dabei möglichst gute Gründe an (z.B. enge Verwandte, die Pflege alter oder kranker Angehöriger, das Vorhandensein der Religionsgemeinde an einem bestimmten Wohnort). Die Mitarbeiter/innen geben Ihren Wunsch an die Verwaltung der ZAAB

Braunschweig weiter. Diese entscheidet auf der Grundlage der rechtlichen Voraussetzungen, des Gewichts der Gründe und des Verteilungssystems.

→ Über Ihre Zuweisung erhalten Sie einen schriftlichen Bescheid. Dagegen können Sie vor dem Verwaltungsgericht klagen. Die Erfolgsaussichten sind jedoch gering. Eine Klage verhindert auch nicht, dass Sie sich erst einmal dort hinbegeben und dort wohnen müssen, wo Sie zugewiesen sind.

Umziehen

Wenn Sie bereits eine Zuweisung in eine bestimmte Kommune haben, ist der Umzug in eine andere Stadt nur unter sehr engen Voraussetzungen gesetzlich zulässig. Hierfür müssen Sie einen schriftlichen „Umverteilungsantrag“ stellen. Diesen richten Sie an die für Sie zuständige Ausländerbehörde.

Die Chancen auf „Umverteilung“ sind gering: Ein Recht darauf besteht - wie bei der Erstzuweisung - nur bei einer **Familienzusammenführung** zum/zur Ehepartner/in oder Kindern unter 18 Jahren (§ 51 AsylVfG). **Härtefälle** sollen beachtet und auch andere Wünsche können berücksichtigt werden. Das Umverteilungsverfahren, insbesondere, wenn es mehrere Bundesländer betrifft (zum Beispiel von Niedersachsen nach Nordrhein-Westfalen, Berlin oder Bayern), soll nach dem Willen der Innenminister nur als Ausnahme möglich sein (obwohl das nicht so im Gesetz steht). Der Umzug in ein anderes Bundesland ist also nur sehr schwer zu erreichen. Umverteilungsanträge aus den ostdeutschen Bundesländern (Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen, Brandenburg) nach Niedersachsen sind fast immer aussichtslos, weil die Quoten der ostdeutschen Länder nicht erfüllt werden. Wenn die Quote für eine bestimmte Stadt noch nicht voll ist, können Sie mit einem Umverteilungsantrag Glück haben.

→ Geben Sie beim Umverteilungsantrag möglichst konkrete und nachprüfbare Gründe an (zum Beispiel das Vorhandensein eines auf Ihre Krankheit spezialisierten Arztes, die Pflege kranker Familienangehöriger, das Vorhandensein einer Religionsgemeinde am Zielort, Linderung von Isolation und psychischer Erkrankung durch einen Umzug zu Angehörigen ...). Krankheiten und Behandlungs-/Linderungsmöglichkeiten durch den Umzug müssen Sie durch ein fachärztliches Attest nachweisen.

→ Gegen die Ablehnung eines Umverteilungsantrags können Sie vor dem Verwaltungsgericht klagen. Solche Klagen hatten aber bisher nur in Einzelfällen Erfolg.

Wohnen

Die Kommune weist Ihnen Wohnraum zu. Von der Politik ist die Unterbringung im Wohnheim oder Sammellager, offiziell „Gemeinschaftsunterkunft“ genannt, die gewünschte Unterbringungsform. Gesetzlich vorgeschrieben ist die Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft aber nur für die ersten drei Monate nach Einreise und Asylantragstellung (§ 47 Abs. 1 AsylVfG). Danach „sollen“ in der Regel alle Flüchtlinge so untergebracht werden (§ 53 Abs. 1 AsylVfG). Im Einzelfall kann das aber auch anders sein: Wenn gute Gründe vorliegen, können Sie die Zuweisung einer Wohnung beantragen. Nicht alle Kommunen haben große Sammellager. Deshalb haben Sie unter Umständen auch Glück und bekommen gleich eine Wohnung zugewiesen oder dürfen sich selbst eine Wohnung suchen und anmieten. Einen Anspruch darauf, eine eigene Wohnung zu beziehen, haben Sie im Regelfall nicht.

Die einzelnen Voraussetzungen für einen vorzeitigen Auszug sind sehr kompliziert, zumal es sich um eine Ermessensentscheidung der Behörde handelt, das heißt, die Behörde darf immer, muss

aber nicht den Umzug genehmigen. Wenn Sie ausziehen wollen, sollten Sie zuvor immer die Hilfe eines Anwalts oder einer Beratungsstelle suchen.

→ Das Leben im Sammellager kann sehr belastend sein. Wenn Sie oder Ihre Kinder unter der Situation im Wohnheim sehr leiden oder **krank** werden (z.B. Allergien entwickeln), können Sie versuchen, mit medizinischen Attesten nachzuweisen, dass Sie eine eigene Wohnung brauchen und beim Sozialamt einen Antrag darauf stellen.

→ Auch wenn Sie Ihr **Einkommen** durch Arbeit selbst verdienen und selber Miete zahlen können, können Sie unter Umständen aus dem Wohnheim ausziehen. (Wenn Sie weiter im Wohnheim leben, müssen Sie damit rechnen, dass Sie von Ihrem Arbeitslohn eine hohe Miete (für den Wohnheimplatz zahlen müssen. Es handelt sich dabei aber nicht um eine normale Miete, denn Sie haben im Wohnheim weniger Rechte als in einer Privatwohnung. Deshalb ist der Name für dass, was Sie eventuell bezahlen müssen „Nutzungsgebühr“. Im Wohnheim haben Sie also nur ein eingeschränktes „Hausrecht“. Die Wohnheimsleitung kann, auch gegen Ihren Willen, jederzeit in Ihre Zimmer kommen.

→ Wenn Sie schon länger als vier Jahre Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten haben und für Sie deswegen § 2 *AsylbLG* gilt (lesen Sie dazu *Kapitel 7.4*), sollten Sie ebenfalls die Erlaubnis für einen Umzug in eine Wohnung beantragen. Gegebenenfalls müssen Sie dafür vorher bei der Ausländerbehörde beantragen, dass eine entsprechende Auflage in Ihrer Aufenthaltsgestattung gestrichen wird (Die Auflage lautet zum Beispiel: „Der Inhaber ist verpflichtet, in der Gemeinschaftsunterkunft ... zu wohnen“).

→ Wenn ein Antrag auf eine Unterbringung in der Wohnung abgelehnt wird, können Sie vor Gericht dagegen klagen. Die Erfolgsaussicht ist allerdings gering, weil es sich um eine behördliche Ermessensentscheidung handelt und das Gericht nur prüft, ob die Behörde ihr Ermessen ausgeübt und die Grenzen der Ermessensausübung beachtet hat.

Residenzpflicht

Als Asylbewerber mit Aufenthaltsgestattung ist Ihr Aufenthaltsrecht grundsätzlich auf den Bezirk Ihrer zuständigen Ausländerbehörde beschränkt (§ 56 Abs. 1 *AsylVfG*). In der Regel ist das der Landkreis, dem Sie zugewiesen sind. Der Bezirk, in dem Sie sich aufhalten dürfen, ist in Ihrer Aufenthaltsgestattung eingetragen. Wenn Sie ihn verlassen wollen, brauchen Sie eine Genehmigung. Diese müssen Sie bei der Ausländerbehörde beantragen. Solange Sie noch in der Aufnahmeeinrichtung (ZAAB) wohnen, müssen Sie diesen Antrag an das Bundesamt richten.

→ Für Termine bei **Behörden und Gerichten** brauchen Sie keine Genehmigung. Wenn Sie noch in der ZAAB wohnen, müssen sie diese Termine aber vorher beim Bundesamt und der ZAAB anzeigen (§ 57 Abs. 3 *AsylVfG*, § 58 Abs. 3 *AsylVfG*).

→ Für Termine beim **Rechtsanwaltsbüro, beim Vormund, bei UNHCR oder anderen Flüchtlingshilfsorganisationen** sollen die Behörden die Erlaubnis erteilen (§ 57 Abs. 2 *AsylVfG*, § 58 Abs. 3 *AsylVfG*). Ein solcher Antrag darf also in der Regel nicht abgelehnt werden.

→ Ob die Behörde es Ihnen erlaubt, den Landkreis oder Niedersachsen für andere Aktivitäten zu verlassen, liegt in den meisten Fällen in ihrem Ermessen (§ 57 Abs. 1 *AsylVfG*, § 58 Abs. 1 *AsylVfG*). Ein Rechtsanspruch auf eine Genehmigung besteht nur, wenn hieran ein dringendes öffentliches Interesse besteht, zwingende Gründe es erfordern oder die Versagung der Erlaubnis eine unbillige Härte bedeuten würde. Erfahrungsgemäß ist es kein Problem, eine Erlaubnis zu bekommen für **Familienangelegenheiten** (Krankenbesuch, Hochzeit, Sterbefall etc.) oder wichtige Arztbesuche. Bei **religiösen Festen** verweigern allerdings manche Behörden die Erlaubnis. Für die

Teilnahme an Demonstrationen soll nach den verfassungsrechtlich fragwürdigen Vorgaben des niedersächsischen Innenministeriums die Reiseerlaubnis sogar generell verweigert werden. Beantragen Sie trotzdem eine Genehmigung, wenn die Teilnahme an der Demonstration für Sie wichtig ist, zum Beispiel weil sich die Oppositionsgruppe, der Sie zugehören, dort trifft.

→ **Wenn Sie für die Teilnahme an politischen oder religiösen Veranstaltungen keine Reiseerlaubnis erhalten, legen Sie dagegen mit Hilfe eines Rechtsanwalts oder einer Beratungsstelle Rechtsmittel ein.**

→ Aus anderen Gründen, zum Beispiel, um eine **Arbeit** in einem anderen Landkreis auszuüben, kann die Ausländerbehörde den Aufenthalt in dem anderen Landkreis auch **generell erlauben**. Das wird dann in die Aufenthaltsgestattung eingetragen.

Für die Ausstellung einer Erlaubnis zum Verlassen des Landes bzw. des Landkreises verlangen manche Ausländerbehörden eine Gebühr von bis zu 30 Euro. Dies ist allerdings unzulässig!

→ Legen Sie der Ausländerbehörde in diesem Fall eine Bescheinigung über Ihr Einkommen oder ihren Sozialleistungsbezug vor und beantragen Sie, dass die Gebühr für Sie erlassen wird.

Wenn Sie Ihren Aufenthaltsbezirk **ohne Erlaubnis** zum ersten Mal verlassen und dabei von der Polizei überprüft werden, droht Ihnen ein "Bußgeld" (§ 86 *AsylVfG*). Wenn Sie mehrmals dabei erwischt werden, machen Sie sich strafbar und es droht eine Geld- oder Gefängnisstrafe (§ 85 Abs. 2 *AsylVfG*). Noch wichtiger ist: Unter Umständen führt eine höhere Geld- oder Gefängnisstrafe dazu, dass Sie Ihre späteren Chancen auf ein humanitäres Aufenthaltsrecht verspielen. Nehmen Sie deshalb eine Strafe wegen Residenzpflichtverletzung nicht auf die leichte Schulter.

→ Zu einem Bußgeldbescheid kann man schriftlich Stellung nehmen. Vielleicht war das Bußgeld gar nicht gerechtfertigt, weil Sie einen Gerichtstermin hatten. Oder es handelte sich um einen medizinischen Notfall. Schreiben Sie Ihre Gründe auf und fügen Sie Belege (Terminbestätigung, ärztliche Bescheinigung) bei. Unter Umständen wird dann auf das Bußgeld verzichtet und das Verfahren eingestellt. Auch wenn es zum Gerichtsverfahren gegen Sie kommt, müssen Sie aufpassen: Wenn der Richter oder die Richterin mehrere kleine Strafen zu einer insgesamt niedrigeren Gesamtstrafe zusammenzieht, ist das eigentlich als Abmilderung gedacht. Eine hohe Gesamtstrafe kann sich aber letztendlich schädlicher auf ein künftiges Aufenthaltsrecht auswirken als mehrere kleinere! Lassen Sie sich im Ernstfall noch einmal beraten und gehen Sie, wenn nötig, mit einem Rechtsanwalt oder einer Rechtsanwältin gegen eine Strafe wegen Residenzpflichtverletzung vor! Das geht in manchen Fällen auch im Nachhinein, also wenn das Bußgeldverfahren schon abgeschlossen ist. Der Flüchtlingsrat Niedersachsen kann Ihnen spezialisierte Rechtsanwälte nennen, die sich mit dem rechtlichen Vorgehen gegen die Bestrafung von Residenzpflichtverletzungen gut auskennen.

9.3 Arbeit und Ausbildung

Im ersten Jahr in Deutschland ist das Arbeiten für Flüchtlinge mit Aufenthaltsgestattung ganz verboten. Danach können Sie eine „nachrangige“ Arbeitserlaubnis bei der Ausländerbehörde beantragen (§ 61 Abs. 2 *AsylVfG* in Verbindung mit § 39 Abs. 2 *AufenthG*). Diese Arbeitserlaubnis gilt nur für eine ganz bestimmte Tätigkeit in einem bestimmten Betrieb. Sie müssen sich also vorher darum bemühen, einen Arbeitsplatz zu finden, und können dann erst den Antrag auf Arbeitserlaubnis dafür stellen. Die Erlaubnis wird aber nur dann erteilt, wenn für diesen

Arbeitsplatz kein/e bevorrechtigte/r Arbeitnehmer/in (das sind zum Beispiel Deutsche, EU-Bürger/innen oder anerkannte Flüchtlinge) zur Verfügung stehen und Sie nicht zu schlechteren Arbeitsbedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer/innen beschäftigt werden. Dies sind die Schritte zur nachrangigen Arbeitserlaubnis:

- Besorgen Sie sich bei der Ausländerbehörde die Formulare „Antrag auf Erlaubnis einer Beschäftigung, die der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit bedarf“ sowie „Stellenbeschreibung“.
- Suchen Sie sich eine Arbeitsstelle.
- Der/die Arbeitgeber/in muss die „Stellenbeschreibung“ ausfüllen und unterschreiben. Er sollte sich damit einverstanden erklären, dass sein Stellenangebot von der Agentur für Arbeit für veröffentlicht wird. Berücksichtigen Sie bei dem Termin für den Arbeitsbeginn, dass das Antragsverfahren einige Wochen dauert.
- Machen Sie sich Kopien für Ihre Unterlagen (sie können später mal wichtig sein, um Ihr Bemühen um Arbeit nachzuweisen) und geben Sie die Formulare bei der Ausländerbehörde ab. Nehmen Sie dazu auch Ihren Ausweis mit.
- Nun müssen Sie mehrere Wochen warten. Erst wenn die Behörden meinen, dass der Arbeitsplatz nicht an einen bevorrechtigten Arbeitnehmer vermittelt werden kann, erhalten Sie die Arbeitserlaubnis.

Die nachrangige Arbeitserlaubnis ist befristet und kann nach Fristablauf verlängert werden. Beantragen Sie eine Verlängerung rechtzeitig vor dem Fristablauf der bis dahin geltenden Erlaubnis! Haben Sie länger als 12 Monate dieselbe Arbeitsstelle, dann kann die Erlaubnis verlängert werden, ohne dass die Ausländerbehörde wieder prüft, ob es bevorrechtigte andere Arbeitnehmer/innen (zum Beispiel Deutsche, EU-Bürger/innen, anerkannte Flüchtlinge) gibt (§ 6 *BeschVerfV*).

Arbeitserlaubnis ohne Vorrangprüfung

In besonderen Fällen kann eine Arbeitserlaubnis erteilt werden, ohne dass die Arbeitsagentur prüft, ob es bevorrechtigte Arbeitnehmer/innen gibt. Dabei bleibt die Arbeitsgenehmigung aber an die beantragte Tätigkeit und den/die Arbeitgeber/in gebunden. Auf die Vorrangprüfung wird verzichtet, wenn

- Sie im Betrieb Ihres / Ihrer Ehepartner/in, unverheirateten Lebenspartner/in oder sonstigen Verwandten ersten Grades arbeiten wollen und mit diesen zusammen in einem Haushalt leben (§ 3 *BeschVerfV*) oder
- ein Härtefall vorliegt (Härtefallarbeitsgenehmigung, § 7 *BeschVerfV*).

Ob eine **Härtefallarbeitsgenehmigung** erteilt wird, hängt von den besonderen Umständen des Einzelfalls ab. Ein Härtefall kann zum Beispiel festgestellt werden, wenn eine Person nur eingeschränkt arbeiten kann, wenn wegen einer Behinderung die Chancen auf einen Arbeitsplatz ohnehin bereits eingeschränkt sind oder wenn trotz des ungesicherten Aufenthaltsstatus ausnahmsweise bereits feststeht, dass der Antragsteller (z.B. wegen eines deutschen Ehepartners) voraussichtlich auf Dauer in Deutschland bleiben wird. Traumatisierten Personen wird die Arbeitserlaubnis ohne Vorrangprüfung erteilt, wenn die Beschäftigung von dem behandelnden Arzt oder Psychotherapeuten als wichtiger Teil der Therapie bezeichnet wird.

→ Prüfen Sie, ob in Ihrem Fall konkrete Gründe für eine Härtefallarbeitsgenehmigung vorliegen. Versuchen Sie gegebenenfalls mit Hilfe einer Beratungsstelle, den Anspruch auf eine Härtefallarbeitsgenehmigung durchzusetzen.

Ausbildung

Um mit Aufenthaltsgestattung eine betriebliche Ausbildung beginnen zu können, brauchen Sie eine Arbeitsgenehmigung. Dafür gelten im Prinzip dieselben Regelungen wie bei der Aufnahme einer Arbeit. Nichtbetriebliche, das heißt schulische Ausbildungen können Sie ohne Arbeitserlaubnis absolvieren. Fach- und Berufsfachschulen vermitteln in Vollzeitunterricht die für den Beruf erforderlichen Kenntnisse. Schulische Ausbildungen werden unter anderem in folgenden Bereichen angeboten:

- Fremdsprachen
- Gestaltung
- Informationstechnik
- Sozial- und Gesundheitswesen
- Technik
- Wirtschaft

Eine berufliche Vorbildung ist für den Besuch einer Berufsfachschule nicht erforderlich, zum Teil werden jedoch Praktika in den jeweiligen Tätigkeitsfeldern erwartet. Mindestens ein Hauptschulabschluss ist erforderlich, meistens sogar ein Realschulabschluss. Oft gibt es mehr Bewerber/innen als Ausbildungsplätze, und es kommt zu einem Auswahlverfahren. Auswahlkriterien können bestimmte Schulnoten, der Notendurchschnitt oder auch die Art der schulischen Vorbildung und die Wartezeit sein. Auch Eignungsprüfungen und Vorstellungsgespräche sind üblich. Schulische Ausbildungen kosten bei privat geführten Schulen oft Gebühren. Ausbildungsstellen ohne Gebühren gibt es zum Beispiel für Erzieher/innen, Heilerziehungspfleger/innen, Hebammen, Medizinisch-technische/r Assistenten/innen.

→ Erkundigen Sie sich bei der für Sie zuständigen Arbeitsagentur nach kostenlosen schulischen Ausbildungsangeboten oder schauen Sie im Internet nach unter <http://infobub.arbeitsagentur.de/kurs/index.jsp>.

Einen Anspruch auf **Berufsausbildungsbeihilfe (BAB)**, die die Arbeitsagentur in bestimmten Fällen zusätzlich zum Azubi-Gehalt zahlt, haben Sie nicht (§§ 59 ff. SGB III). Zwar sind Sie als Flüchtling mit Aufenthaltsgestattung nach dem Gesetzeswortlaut nicht ausdrücklich von der BAB ausgeschlossen. Es kommt aber darauf an, ob davon ausgegangen werden kann, dass Sie voraussichtlich nach der Ausbildung in Deutschland erwerbstätig sein werden. Eine Aufenthaltsgestattung dürfte daher in der Regel nicht zum Bezug von BAB berechtigen.

Arbeitsgelegenheiten

Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz können Sie verpflichtet werden, „gemeinnützige Arbeit“ zu leisten (§ 5 AsylbLG). Oft sind dies Putz- oder Aufräumarbeiten im Wohnheim, aber auch andere Arbeiten sind möglich, zum Beispiel Laubharken im städtischen Park. Für diese Arbeit erhalten Sie zusätzlich zu Ihren Sozialleistungen 1,05 Euro pro Stunde. Regulär angestellt werden Sie allerdings nicht. Wenn Sie sich weigern, die angebotene Arbeit auszuführen, oder ohne Entschuldigung fehlen, kann das Sozialamt Ihre Sozialleistungen kürzen. Gekürzt werden darf im

Regelfall nur ein Teil des Barbetrags der Person, die die Arbeit verweigert. Die Sozialleistungen für Kinder dürfen also wegen verweigerter gemeinnütziger Arbeit nicht gekürzt werden.

- Wenn es wichtige Gründe dafür gibt, dass Sie eine gemeinnützige Arbeit nicht ausführen können oder wollen (z.B. Krankheit, fehlende gesundheitliche Eignung für die konkrete Tätigkeit, fehlende Betreuungsmöglichkeit für die Kinder oder anderes), teilen Sie das dem Sozialamt so schnell wie möglich mit. Wenn Sie krank sind, sollten Sie ein Attest vorlegen, aus dem Ihre Arbeitsunfähigkeit hervorgeht. Wenn Ihre Sozialleistungen gekürzt wurden, muss die Kürzung wieder aufgehoben werden, sobald Sie ihre Arbeitsbereitschaft zeigen. Sollten Ihre Sozialleistungen nach Ihrem Eindruck zu Unrecht oder zu stark gekürzt werden oder auch andere Familienangehörige betreffen, wenden Sie sich an einen Rechtsanwalt oder eine Beratungsstelle.
- Das Sozialamt muss Ihnen mit der Zuweisung der Arbeitsstelle schriftlich Informationen über den Arbeitsort, die Arbeitszeiten sowie eine Beschreibung der konkreten Tätigkeit mitteilen.
- Die Tätigkeit muss „gemeinnützig“ und „zusätzlich“ sein. Durch die Tätigkeit dürfen also keine regulären Arbeitskräfte eingespart werden, und sie darf nicht dem Profit einer privaten Person oder Firma dienen.

Wenn Sie Leistungen nach § 2 *AsylbLG* erhalten (siehe *Kapitel 7.4*), ist die Möglichkeit der Arbeitsgelegenheiten gesetzlich nicht eindeutig geregelt. Manche Sozialämter bieten auch in diesen Fällen „gemeinnützige Arbeit“ an.

9.4 Soziale Sicherung

Ihre Rechte auf soziale und medizinische Versorgung sind im Asylbewerberleistungsgesetz (*AsylbLG*) geregelt. Danach erhalten Sie, mindestens für die ersten vier Jahre, um etwa ein Drittel geringere Sozialleistungen als die meisten Deutschen und selbst diese geringen Leistungen erhalten Sie vorwiegend als „Sachleistungen“, in der Regel in Gutscheinen. Welche Leistungen Sie genau erhalten, hängt davon ab, ob auf Ihre Situation §§ 3-7 *AsylbLG* oder § 2 *AsylbLG* anzuwenden ist.

Etwas anderes gilt, wenn Sie zunächst bereits sozialversicherungspflichtig gearbeitet haben und anschließend arbeitslos werden. Dann bekommen Sie unter bestimmten Bedingungen für eine kurze Zeit Arbeitslosengeld I. Einen darauf folgenden Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben Sie nicht (§ 7 *SBG II*).

Die drei Möglichkeiten werden im Folgenden erklärt.

Absicherung bei Arbeitslosigkeit (ALG I)

Wenn Sie Ihre Arbeit verloren haben, haben Sie unter Umständen einen Anspruch auf Arbeitslosengeld I (ALG I) erworben (§ 16 *SGB III*, § 118 *SGB III*). Das gilt, wenn Sie

1. innerhalb der letzten zwei Jahre mindestens zwölf Monate sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren,
2. sich darum bemühen, wieder Arbeit zu erhalten und
3. den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung stehen.

→ Um ALG I zu erhalten, müssen Sie sich bei der Arbeitsagentur Arbeit suchend melden. Dafür haben Sie, wenn Sie von Ihrer Kündigung bzw. dem Ende Ihrer Arbeitsverhältnisses erfahren, nur drei Tage Zeit (§ 122 SGB III). Melden Sie sich später, müssen Sie damit rechnen, dass Ihnen die Leistungen für die ersten sieben Tage gestrichen werden (§ 128 Nr. 3 SGB III). ALG I wird nicht rückwirkend gezahlt, sondern frühestens ab dem Tag Ihrer Meldung als Arbeit suchend.

Das ALG I beträgt 67% Ihres Nettolohns, wenn Sie Kinder haben, und 60% ohne Kinder. Die Dauer des ALG I beträgt normalerweise zwischen 6 und 12 Monaten und ist davon abhängig, wie lange Sie innerhalb der letzten zwei Jahre gearbeitet haben (§ 127 SGB III). Personen ab 50 Jahre können künftig bis zu bis zu 15 Monate, Personen ab 55 Jahre bis zu 18 Monate und Personen ab 58 Jahre bis zu 24 Monate, wenn Sie Beschäftigungszeiten bis zu vier Jahren vorweisen können. Liegt Ihr Anspruch auf ALG I niedriger als ihre Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wären, wird dies ergänzend gezahlt.

Nach Ablauf der Bezugszeit von ALG I erhalten Sie nicht, wie die meisten anderen Arbeitslosen, ALG II, sondern nur Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

→ Um (nach dem Ende von ALG I oder währenddessen) Sozialleistungen nach AsylbLG zu erhalten, müssen Sie rechtzeitig einen Antrag beim Sozialamt stellen.

Leistungen nach §§ 3-7 AsylbLG

Im Normalfall erhalten Sie mindestens für vier Jahre die Grundleistungen nach §§ 3-7 AsylbLG. Danach erhalten Sie in Niedersachsen

- eine Unterkunft,
- Gutscheine für Lebensmittel, Kleidung, Hygieneartikel und alles sonst Notwendige insgesamt in folgender Höhe: 184,07 Euro monatlich für Alleinstehende bzw. den Haushaltsvorstand, 158,50 Euro für Haushaltsangehörige ab 7 Jahren, 112,48 Euro für Kinder bis 6 Jahren; im Wohnheim werden hiervon Beträge zwischen 20 und 35 Euro für Haushaltswaren (zum Beispiel Glühbirnen, Besen, Staubsauger) und Energiekosten abgezogen,
- einen zusätzlichen Bargeldbetrag von 40,90 Euro im Monat (für Personen ab 14 Jahre) und 20,45 Euro (für Kinder bis 13 Jahre).

Diese Leistungen teilen sich in Niedersachsen wie folgt auf:

	Einzelpersonen/ Haushalts- vorstand	Haushalts- angehörige ab 14 Jahren	Haushalts- angehörige 7-13 Jahre	Haushalts- angehörige 0- 6 Jahre
Ernährung	125,27 €	104,81 €	104,81 €	71,58 €
Hygiene	10,23 €	7,67 €	7,67 €	5,11 €
Bekleidung	15,34 €	15,34 €	15,34 €	15,34 €
Gebrauchs- und Verbrauchsgüter des Haushaltes:	33,23 €	30,68 €	30,68 €	20,45 €
<i>davon Haushaltsenergie</i>	25,56 €	20,45 €	20,45 €	12,78 €
Grundbetraginsgesamt	184,07 €	158,50 €	158,50 €	112,48 €
+ Barbetrag („Taschengeld“)	40,90 €	40,90 €	20,45 €	20,45 €
Leistung insgesamt:	224,97 €	199,40 €	178,95 €	132,93 €

Ernährung

Eine gesunde Ernährung muss Ihnen möglich sein. Auch sollen religiöse und durch Schwangerschaft oder Krankheit bedingte besondere Ernährungsgewohnheiten bei der Versorgung beachtet werden. Wenn Ihnen das nicht möglich ist, stellen Sie einen schriftlichen „Antrag auf besondere Ernährung nach § 6 AsylbLG“ bei Ihrem Sozialamt. Begründen Sie Ihren Antrag (z.B. Schwangerschaft, Diabetes, Neurodermitis usw.).

Bekleidungsgeld

Das monatliche Bekleidungsgeld in Höhe von 15,34 € wird von den Sozialämtern meist halbjährlich in Form von Gutscheinen ausgegeben. Das Bekleidungsgeld steht Ihnen in jedem Fall zu, auch wenn Sie noch genügend Kleidung haben.

Ge- und Verbrauchsgüter des Haushaltes

Der Betrag für Ge- und Verbrauchsgüter des Haushalts kann Ihnen von Ihren Leistungen abgezogen werden, wenn Sie in einer Gemeinschaftsunterkunft leben. Das geht allerdings nur, wenn das Wohnheim Ihnen kostenlos folgende Dinge zur Verfügung stellt: Möbel (Bett, Stuhl, Tisch, Schrank usw.), Bettdecke und Bettwäsche, Handtücher, Küchenausstattung (Herd, Kochtöpfe, Geschirr usw.), Waschmaschine und Waschmittel, WC-Papier, Putz- und Reinigungsmittel, Heizung, Haushaltsenergie (Warmwasser, Kochen, Strom).

→ Im Wohnheim sind viele Dinge oft nicht vorhanden oder defekte Gegenstände werden nicht ersetzt. Verlangen Sie die Bereitstellung der Dinge, die Sie brauchen, und beschweren Sie sich, wenn nötig, beim Sozialamt. Manchmal ist es sinnvoll, einen schriftlichen Antrag zu verfassen. Wenn das nicht hilft, können Sie einen schriftlichen „Widerspruch“ an das Sozialamt schreiben. Dabei kann Sie eine Beratungsstelle unterstützen.

Wenn Sie in einer Wohnung wohnen, müssen Sie Strom und Gas, Putz- und Reinigungsmittel in der Regel selbst bezahlen. Dann sind Kürzungen bei den Ge- und Verbrauchsgütern unzulässig.

Gutscheinpraxis

In Niedersachsen erhalten Sie Leistungen für Lebensmittel und andere Dinge des täglichen Bedarfs in Form von Gutscheinen ausgezahlt. Damit sind Sie in Ihrem Alltag stark eingeschränkt. Politische Proteste und Aktionen dagegen haben in anderen Bundesländern dazu geführt, dass Bargeld ausgezahlt wird. Die Niedersächsische Landesregierung bleibt in diesem Punkt aber hart und verlangt von den Kommunen, kein Bargeld zu gewähren. In manchen anderen Bundesländern erhalten Flüchtlinge Essen und Hygieneartikel nur in Paketen zugeteilt.

→ In vielen Kommunen Niedersachsens gibt es politische Initiativen, die zumindest einen kleinen Teil Ihrer Gutscheine in Bargeld umtauschen und selber damit einkaufen gehen. Erkundigen Sie sich beim Flüchtlingsrat Niedersachsen, ob es einen Umtausch in Ihrer Stadt gibt.

→ Sie haben nur eine sehr geringe Chance, beim Sozialamt Bargeld für sich durchzusetzen. Das wäre zum Beispiel denkbar, wenn Sie gehbehindert oder krank sind und der Weg zum nächsten Laden, der Gutscheine akzeptiert, zu weit weg ist.

→ Wenn Sie sich mit den Gutscheinen diskriminiert fühlen oder in bestimmten Geschäften unfair behandelt werden (zum Beispiel kein Wechselgeld erhalten, was illegal wäre!), können Sie das öffentlich machen. Gehen Sie zur örtlichen Presse und besuchen Sie die Parteien. Schreiben Sie an das Niedersächsische Innenministerium und schildern Sie Ihre Erfahrungen. Schließen Sie sich einer Initiative an oder gründen Sie mit anderen Flüchtlingen und Unterstützern eine Initiative, um gegen die Gutscheine zu kämpfen. Sprechen Sie die örtliche Presse an und versuchen Sie so, unfaire Geschäfte zu einer anderen Praxis zu bewegen.

Höhere Leistungen nach § 2 AsylbLG – keine Gutscheine mehr

Wenn Sie vier Jahre Leistungen nach dem AsylbLG bezogen haben, werden Ihre Leistungen nach § 2 *AsylbLG* auf das Niveau der Sozialhilfe für Deutsche erhöht. Diese Umstellung muss für Flüchtlinge mit Aufenthaltsgestattung automatisch erfolgen. Falls das Sozialamt diese Umstellung nicht automatisch gemacht haben sollte und Sie deshalb länger als vier Jahre Grundleistungen erhalten haben, können Sie rückwirkend eine Nachzahlung der Leistungen nach § 2 *AsylbLG* beantragen (Antrag auf Überprüfung eines rechtswidrigen Verwaltungsaktes, auch wenn er unanfechtbar geworden ist, gemäß § 44 SGB X).

Für die Vierjahresfrist zählen die Zeiten, in denen Sie tatsächlich Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Anspruch genommen haben. Wenn Sie sich also zum Beispiel ein Jahr lang durch Arbeit selbst finanzieren, zählt dieses Jahr nicht mit, und die Bezugszeit verlängert sich um ein Jahr.

Ob für die Berechnung der Bezugszeiten andere Sozialleistungen angerechnet werden (Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe), ist umstritten. Nach Ansicht des niedersächsischen Innenministeriums zählen diese Zeiten für die Vierjahresfrist nicht mit (*Erlass vom 4.9.2007*). Auch das Bundessozialgericht hat im Jahr 2008 entschieden, dass zumindest Leistungen nach § 2 *AsylbLG* nicht auf die Vierjahresfrist angerechnet werden. Wenn bei Ihnen für die Berechnung der Vierjahresfrist der Bezug anderer Sozialleistungen nach Ansicht des Sozialamtes nicht angerechnet werden soll, wenden Sie sich bitte an eine Beratungsstelle.

Vom Arbeitslosengeld II („ALG II“, auch „Hartz IV“ genannt) sind Sie ausgeschlossen (§ 7 *Abs. 1 SGB II*). Die Leistungen nach § 2 *AsylbLG* orientieren sich an der „Sozialhilfe“ nach dem Zwölften

Sozialgesetzbuch (SGB XII). In Niedersachsen gelten seit Juli 2008 folgende Leistungen nach § 2 AsylbLG:

Regelsatz (Seit Juli 08)	Alleinstehende/ Alleinerziehende	Volljährige Partner	Haushaltsangehörige 0 bis 13 Jahre	Haushaltsangehörige ab 14 Jahre
in %	100 %	90 %	60 %	80 %
in €	351 €	316 €	211 €	281 €

Zusätzlich übernimmt das Sozialamt die Kosten für Unterkunft und Heizung: Bezahlt wird die „angemessene“ Miete für eine Wohnung, jedoch nicht die Kosten für Haushaltsenergie (Strom für Licht, Warmwasser, Kochen).

- Erkundigen Sie sich bei einer Beratungsstelle oder beim Mieterverein, bis zu welcher Höhe das Sozialamt die Miete für eine Wohnung für Sie (und Ihre Familie) übernehmen muss.

Wenn Sie weiterhin in einer Gemeinschaftsunterkunft leben, werden die Regelsätze wegen der dort kostenlos bereitgestellten Ge- und Verbrauchsgüter des Haushalts oder auch Hygieneartikeln um die entsprechenden Teilbeträge gekürzt (s. *Tabelle* oben).

In bestimmten Lebenslagen erhöhen sich die Regelsätze um einen **Mehrbedarfzuschlag**:

- bei Alleinerziehenden mit einem oder mehreren Kindern,
- bei Schwangeren ab der 13. Woche,
- bei Kranken, die sich in besonderer Weise kostenaufwändig ernähren müssen (z.B. Krebserkrankung, HIV, schwere chronische Magen- oder Darmerkrankung, Leber- oder Nierenerkrankung),
- bei dauerhaft erwerbsunfähigen, anerkannten Schwerbehinderten mit Ausweis G).

Zusätzlich kann man auf Antrag einmalige Beihilfen erhalten, so für Erstaussstattungen bei Schwangerschaft und Geburt (Kleidung, Kinderwagen, Kinderbett usw.), Erstaussstattungen an Möbeln und Hausrat (wenn erstmals eine Wohnung bezogen wird, bzw. die beantragten Gegenstände bisher nicht vorhanden waren), sowie für mehrtägige Klassenfahrten der Schule.

Anstelle der bisher vom Sozialamt gewährten Krankenscheine erhalten Sie auf Kosten des Sozialamts eine Krankenversichertenkarte (Chipkarte) von einer gesetzlichen Krankenkasse Ihrer Wahl (§ 264 SGB V). Sie haben damit einen uneingeschränkten Anspruch auf Krankenbehandlung wie deutsche Versicherte auch.

Die Leistungen nach § 2 AsylbLG sollten Sie nicht mehr in Gutscheinen, sondern in Bargeld erhalten. Wenn Sie in einer Wohnung leben, haben Sie auf jeden Fall Anspruch auf Bargeld. Solange Sie noch im Wohnheim leben, kann das Sozialamt argumentieren, dass weiter nur in Form

von Gutscheinen Leistungen erbracht werden, zum Beispiel um Konflikte im Wohnheim zu vermeiden.

→ Sobald Sie Leistungen nach § 2 AsylbLG erhalten, sollten Sie erstens die Erlaubnis für den Umzug in eine Wohnung (siehe Kapitel 7.2 „Wohnen“) und zweitens die Auszahlung in Bargeld beantragen und gegebenenfalls auch gerichtlich durchzusetzen versuchen. Lassen Sie sich von einer Beratungsstelle unterstützen.

9.5 Medizinische Versorgung

Im Asylbewerberleistungsgesetz (§ 4 AsylbLG, § 6 AsylbLG) ist auch die Krankenversorgung geregelt:

- Medizinische Versorgung, (zahn-)ärztliche Hilfe und sonstige erforderlichen Leistungen müssen bei allen akuten oder akut behandlungsbedürftigen Erkrankungen gewährt werden.
- Medizinische Versorgung, (zahn-)ärztliche Hilfe und sonstige erforderlichen Leistungen müssen bei allen mit Schmerzen verbundenen Erkrankungen gewährt werden.
- Eine Versorgung mit Zahnersatz erfolgt nur, wenn dies „unaufschiebbar“ (das heißt jetzt unmittelbar notwendig) ist.
- Bei Schwangerschaft und Geburt erhalten Frauen alle auch für Deutsche üblichen medizinischen Leistungen bei Arzt und Krankenhaus, sämtliche Vorsorgeuntersuchungen für Mutter und Kind, Hebammenhilfe, Medikamente und Heilmittel.
- „Sonstige“ medizinische Leistungen müssen gewährt werden, wenn dies „zur Sicherung der Gesundheit unerlässlich“ ist.

Die Regelungen zur medizinischen Versorgung machen in der Praxis oft Schwierigkeiten. Manche Ärzte tun nicht alles, was nötig wäre. Damit der Arzt Sie behandelt, müssen Sie in der Regel einen Krankenschein vorlegen. Manche Sozialämter lehnen Anträge ab oder schicken Flüchtlinge, die um einen Krankenschein bitten, wieder weg, weil sie meinen, dass die Krankheit nicht akut, sondern chronisch sei. Probleme gibt es vor allem mit Heil- und Hilfsmitteln wie Brillen, Hörgeräten, Prothesen, Rollstühlen, aber auch Medikamenten und Operationen.

Nach unserer Rechtsauffassung werden die Bestimmungen des AsylbLG, die die Versorgung bei Krankheiten betreffen, in der Praxis zu eng und von vielen Ärzten zu ängstlich ausgelegt. Es gibt viele, teilweise auch von Gerichten bestätigte Argumente, die für eine Behandlung in den meisten Fällen sprechen. Hierzu einige Hinweise:

- Die meisten chronischen Krankheiten sind auch gleichzeitig schmerzhaft, viele können sich akut verschlechtern, wenn keine Behandlung erfolgt (z.B. Diabetes oder eine Gehbehinderung). Deshalb sind solche dauerhaften Krankheiten auch vom Arzt zu behandeln.
- Ein Zahnersatz ist „unaufschiebbar“, wenn Folgeschäden drohen. Das heißt, wenn ohne Behandlung weitere Zähne verloren gehen können oder eine Magenerkrankung droht, weil Sie nicht mehr richtig kauen können.
- Die Verweigerung von Krankenscheinen durch das Sozialamt ist rechtswidrig, weil der/die Sozialamtsmitarbeiter/in nicht beurteilen kann, ob eine akute Erkrankung vorliegt und was zur Sicherung der Gesundheit „unerlässlich“ ist. Die Diagnose durch einen Arzt muss in jedem Fall möglich sein.

- Viele „sonstige“ Leistungen können für die Gesundheit unerlässlich sein: Zum Beispiel Mehrkosten für besondere Ernährung bei Schwangerschaft oder bestimmten Krankheiten, Versorgung und Pflege von Behinderten und Pflegebedürftigen, Psychotherapie (zum Beispiel nach Kriegserfahrungen, Folter oder Vergewaltigung); Reha-Maßnahmen nach Schlaganfall oder Unfall; Fahrtkosten, wenn sonst keine Möglichkeit besteht, zum Arzt oder Krankenhaus zu gelangen und anderes.

→ Um bestimmte Leistungen zu erhalten, tragen Sie beim Sozialamt gute Gründe vor (dass Sie Schmerzen haben, dass die Krankheit jetzt akut ist, dass Ihre Erkrankung sich verschlimmert, wenn nicht behandelt wird, warum eine bestimmte Leistung für die Gesundheit unerlässlich ist).

→ In bestimmten Fällen kann ein Attest oder Gutachten helfen, einen Anspruch beim Sozialamt durchzusetzen: Zum Beispiel wenn die Schule oder eine Logopädin bescheinigt, dass ein Kind ein Hörgerät braucht, um in seiner sprachlichen und geistigen Entwicklung nicht geschädigt zu werden. Oder wenn ein Arzt bescheinigt, dass eine Brille notwendig ist, weil jemand sonst im Straßenverkehr erheblich gefährdet ist.

→ Wenn Ihnen ärztliche Hilfe, Heil- oder Hilfsmittel verweigert werden, können Sie beim Sozialamt dagegen Widerspruch einlegen. Dann muss die Entscheidung noch einmal überprüft werden. Dafür haben Sie einen Monat, bei nur mündlicher Ablehnung ein Jahr Zeit, um einen Widerspruch einzulegen. Eine Beratungsstelle hilft Ihnen, einen schriftlichen Widerspruch zu verfassen. Wenn der Widerspruch zurückgewiesen wird, können Sie sich an das Sozialgericht wenden und eine Klage einlegen. Eine gute Beratungsstelle weiß, wie die einzelnen Gerichte zu bestimmten medizinischen Leistungen entscheiden und ob eine Klage sinnvoll ist. In dringenden Fällen oder wenn das Sozialamt eine Entscheidung zu lange verschleppt, kann das Gericht auch sofort (gleichzeitig mit dem Widerspruch) eingeschaltet werden und muss innerhalb von wenigen Tagen vorläufig entscheiden. Dafür müssen Sie zusätzlich einen „Eilantrag“ an das Gericht stellen und begründen, warum eine Entscheidung sofort notwendig ist (zum Beispiel weil Ihnen schwere Schäden drohen, wenn eine Krankheit nicht sofort behandelt wird).

→ Wenn Sie sich Sorgen wegen einer Erkrankung machen oder Schmerzen haben, aber eine Behandlung abgelehnt wird, können Sie auch in das nächste Krankenhaus gehen. Dort muss man Sie zumindest untersuchen und eine Diagnose stellen.

→ Wenn Sie medizinische Leistungen erhalten werden, darf von Ihnen kein Geld für Zuzahlungen (zum Beispiel als „Praxisgebühr“ oder „Zuzahlung“ für ein Medikament) verlangt werden. Weisen Sie die Arztpraxis, die Apotheke oder das Krankenhaus darauf hin, dass das Sozialamt alle Kosten zu 100% übernimmt. Verlangen Sie bereits geleistete Zuzahlungen wieder zurück! Wird die Rückzahlung verweigert, wäre das Betrug, weil der Arzt/die Apotheke/das Krankenhaus zu seinem Vorteil doppelt abkassiert: von Ihnen die Zuzahlung und vom Sozialamt noch einmal 100 % der Kosten.

Bessere medizinische Versorgung nach vier Jahren

Wenn Sie schon vier Jahre Leistungen nach dem AsylbLG erhalten haben, können Sie Leistungen nach § 2 *AsylbLG* beanspruchen (siehe *Kapitel 7.4*). Dies wirkt sich auch auf die Krankenversorgung aus.

Nach § 2 *AsylbLG* erhalten Sie die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung im gleichen Umfang wie Deutsche. Sie gelten zwar streng genommen nicht als Krankenversicherte, erhalten

aber eine Versicherungskarte und bekommen alle Leistungen, auf die auch deutsche Versicherte einen Anspruch haben, von der von Ihnen gewählten gesetzlichen Krankenkasse. Die Kasse holt sich das Geld anschließend vom Sozialamt zurück. Leistungen der Pflegeversicherung erhalten Sie allerdings nicht über die Krankenkasse. Diese können Sie gegebenenfalls beim Sozialamt beantragen.

Von den Krankenkassen nicht bezahlt werden Brillen und nicht verschreibungspflichtige Medikamente, Dolmetscher- und Fahrtkosten. Ausnahmen gelten für Kinder.

→ Wenn Sie mit einer Entscheidung der Krankenkasse nicht einverstanden sind, legen Sie schriftlich „Widerspruch“ ein. Der Widerspruch richtet sich dann direkt an die Krankenkasse (nicht mehr ans Sozialamt). Außerdem können Sie eine Klage und gegebenenfalls einen Eilantrag an das Sozialgericht schicken.

→ Wenn die Krankenkasse nach den gesetzlichen Voraussetzungen nicht zur Kostenübernahme verpflichtet ist, können Sie bestimmte laufend benötigte Dinge beim Sozialamt als „vom Regelfall abweichenden Lebensunterhaltsbedarf“ beantragen (§ 28 Abs. 1 SGB XII).

Sie sind nach dem Gesetz zu bestimmten Zuzahlungen verpflichtet. Dazu gehören die Praxisgebühr beim Zahnarzt und Arzt (je 10 Euro im Quartal) und eine Beteiligung an Medikamenten (pro Medikament bis zu 10 Euro in der Apotheke) und anderen Leistungen (zum Beispiel bei Krankenhausaufenthalten oder für spezielle, nicht von der Kasse getragene Vorsorgeuntersuchungen in der Schwangerschaft und anderes). Für Kinder und Jugendliche fallen keine Zuzahlungen an.

Für Empfänger von Leistungen nach § 2 AsylbLG gilt die Höchstgrenze von 2% des Regelsatzes. Das heißt: 2% von 12 x 351 Euro = 84,24 Euro pro Jahr. Der Betrag gilt nicht pro Person, sondern für alle Mitglieder der Familie zusammen. Für chronisch Kranke gilt unter bestimmten Bedingungen eine Grenze von 1% = 42,12 Euro pro Jahr.

→ Um Mehrfachzahlungen der Praxisgebühr zu vermeiden, lassen Sie sich eine Quittung ausstellen. Wenn Sie in einem Quartal zu verschiedenen Ärzten gehen, besorgen Sie sich eine Überweisung des Arztes, bei dem Sie bereits die Gebühr für das laufende Quartal entrichtet haben. Dann müssen Sie nicht erneut zahlen.

→ Sammeln Sie alle Zuzahlungsquittungen Ihrer Familie. Wenn der Betrag von 84,24 Euro erreicht ist, muss die Krankenkasse Ihnen bescheinigen, dass Sie für den Rest des Jahres von weiteren Zuzahlungen befreit sind und Ihnen bereits zu viel gezahlte Beträge zurückzahlen. Stellen Sie dazu einen Antrag und fügen Sie die Quittungen bei.

Krankenversicherung für Arbeitnehmer

Wenn Sie eine gemeinnützige Arbeit ausüben oder als Arbeitnehmer weniger als 400 Euro im Monat verdienen, sind Sie nicht sozialversicherungspflichtig und es ändert sich an Ihrer Krankenversicherung nichts.

Wenn Sie als Arbeitnehmer eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (für mehr als 400 Euro im Monat) ausüben, werden Ihnen vom Lohn prozentuale Zahlungen in die Sozialversicherungen (Kranken-, Renten-, Pflegeversicherung u.a.) abgezogen. Sie werden reguläres Mitglied einer Krankenkasse. Sie erhalten eine Versicherungskarte und alle gesetzlichen

Krankenkassenleistungen. Das gilt auch für den Fall, dass Sie wegen geringen Einkommens noch ergänzende Sozialleistungen nach AsylbLG erhalten. Wenn Sie Ihre Arbeit verlieren, endet auch ihre Mitgliedschaft in der Krankenkasse. Sie sollten dies der Krankenkasse und dem Sozialamt sofort mitteilen. Sie erhalten dann wieder Leistungen zur medizinischen Versorgung wie in den vorigen Abschnitten beschrieben. Unter bestimmten Voraussetzungen kommt aber auch eine Krankenversicherung als „freiwillige Weiterversicherung“ (§ 9 SGB V, § 32 SGB XII) oder über das Arbeitsamt (bei Anspruch auf Arbeitslosengeld I) in Frage.

Als Mitglied einer Krankenkasse gilt alles das, was im vorherigen Abschnitt („Bessere medizinische Versorgung nach drei Jahren“) beschrieben ist. Sie sind gesetzlich zu Zuzahlungen verpflichtet. Die Höchstgrenze für Ihre ganze Familie liegt bei 2% Ihres Bruttojahreseinkommens. Abgezogen werden Freibeträge für Ihre/n Ehepartner/in (4.536 Euro) und Kinder (je 3.864 Euro).

Beispiel: Sie sind verheiratet, haben zwei Kinder und ein Jahresbruttoeinkommen von 20.000 Euro. Abzüglich der Freibeträge sind das $20.000 - 4.536 - 2 \times 3.864 = 7.736$ Euro. In diesem Fall beträgt die Belastungsgrenze also 2% von 7.736 Euro = 154,72 Euro. Diese Belastungsgrenze gilt nicht pro Person, sondern für alle Mitglieder der Familie zusammen. Für chronisch Kranke gilt unter bestimmten, allerdings strengen Bedingungen, die Hälfte - nur 1%.

Verdienen Sie so wenig, dass Sie noch ergänzende Leistungen nach § 2 AsylbLG erhalten, gilt die Höchstgrenze von 2% des jährlichen Regelsatzes des Haushaltsvorstands. Das heißt: 2% von 12×351 Euro = 84,24 Euro pro Jahr bzw. 42,12 Euro pro Jahr für chronisch Kranke.

→ Um Ihre Kosten so gering wie möglich zu halten, beachten Sie die im vorhergehenden Abschnitt („Bessere medizinische Versorgung nach drei Jahren“) gegebenen Hinweise und Ratschläge zu Widerspruch und Klage, Praxisgebühren und Erreichen der Belastungsgrenze.

Wenn Sie sozialversicherungspflichtig arbeiten und ergänzende Leistungen nicht nach § 2 AsylbLG, sondern nur §§ 3-7 AsylbLG beziehen (siehe *Kapitel 7.4*), ergibt sich ein Problem: Durch eine gesetzliche Regelungslücke liegt die Belastungsgrenze bei 2% der Einkünfte und Sozialleistungen der ganzen Familie.

→ Beantragen Sie die nicht von der Krankenkasse übernommenen Leistungen nach § 4 und § 6 AsylbLG und legen Sie notfalls Widerspruch beim Sozialamt, Klage und Eilantrag beim Sozialgericht ein.

7.6 Familienleistungen, Kinder- und Jugendhilfe

Kindergeld

Jede deutsche Familie hat unabhängig von ihrer Einkommenssituation Anspruch auf ein monatliches Kindergeld von 164 Euro im Monat für das erste und zweite Kind, 170 Euro für das dritte Kind und 195 Euro für jedes weitere Kind. Dies gilt für Kinder bis 18 Jahre, für Kinder in Ausbildung, die kein oder nur sehr wenig eigenes Einkommen haben und weitere Bedingungen erfüllen, bis 24 Jahre. Flüchtlinge mit Aufenthaltsgestattung sind vom Kindergeld in der Regel gesetzlich ausgeschlossen (§ 1 Abs. 3 BKGG, § 62 Abs. 2 EStG).

Es gibt aber aufgrund von internationalen Abkommen Ausnahmen. Sie erhalten für Ihre Familie auch mit Aufenthaltsgestattung Kindergeld, wenn Sie

- aus der Türkei, Algerien, Tunesien oder Marokko kommen und eine Arbeit haben, über die Sie in eine Sozialversicherung (Arbeitslosen-, Kranken-, Renten- oder Unfallversicherung) einzahlen; dies ist auch bei einem 400-Euro-Job der Fall, bei dem in die gesetzliche Unfallversicherung eingezahlt wird
- aus der Türkei kommen, nicht arbeiten, aber mindestens sechs Monate in Deutschland in leben,
- aus Kosovo, Serbien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina oder Mazedonien kommen und eine arbeitslosenversicherungspflichtige Arbeit haben; wenn Sie keine Arbeit mehr haben, gilt auch der Bezug von Kranken- oder Arbeitslosengeld I.

→ Familienkassen lehnen Anträge, die sich auf diese Ausnahmeregelungen beziehen, zunächst regelmäßig ab! Legen Sie dagegen mit Hilfe einer Beratungsstelle unbedingt Einspruch und, wenn nötig, Klage beim Finanzgericht ein. Die Einsprüche haben fast immer Erfolg!

→ Wenn Sie Sozialleistungen nach dem AsylbLG beziehen, wird das Kindergeld mit den Sozialleistungen verrechnet. Das heißt, am Ende haben Sie wahrscheinlich gar nicht mehr Geld. Trotzdem ist es in den obigen Fällen sinnvoll, den Kindergeldantrag zu stellen. Denn der Bezug von Kindergeld gilt nicht als Sozialleistung und Sie haben so leichter die Möglichkeit, Ihr Leben selbst zu finanzieren, und erfüllen damit unter Umständen eine wichtige Voraussetzung für eine Aufenthaltserlaubnis. Sie beantragen das Kindergeld bei der Familienkasse der Agentur für Arbeit (Arbeitsamt).

→ Kindergeld kann auch rückwirkend für die letzten vier Kalenderjahre beansprucht werden. Das kann viel Geld sein. Dieses Geld wird allerdings ebenfalls möglicherweise (teilweise) einbehalten, um erhaltene Sozialleistungen nach AsylbLG zurückzuzahlen.

Elterngeld

Das Elterngeld gibt es für Kinder, die ab 1.1.2007 geboren werden. Im Elterngeldgesetz ist jedoch festgelegt, dass Personen mit Aufenthaltsgestattung kein Elterngeld erhalten können (§ 1 Abs. 7 *BEEG*). Ausnahmen gelten jedoch für erwerbstätige Menschen aus Algerien, Marokko, Tunesien und der Türkei: Für sie besteht auch mit einer Aufenthaltsgestattung ein Anspruch auf Elterngeld, wenn sie sozialversicherungspflichtig arbeiten oder wenn sie eine geringfügige Beschäftigung (400-Euro-Job) ausüben, über die sie unfallversichert sind.

Falls Sie unter die Ausnahmeregelung fallen, sollten Sie Folgendes wissen: Beim Elterngeld ersetzt der Staat einem Elternteil 67 Prozent des durch die Geburt und Kinderbetreuung wegfallenden Arbeitseinkommens, maximal 1.800 Euro im Monat. Wenn der das Kind betreuende Elternteil vor der Geburt nicht gearbeitet hat, beträgt das Elterngeld 300 Euro im Monat. Während des Bezugs von Elterngeld darf der Antragsteller gar nicht oder nicht mehr als 30 Stunden in der Woche arbeiten. Voraussetzung ist außerdem, dass der Antragsteller in einem Haushalt mit dem Kind lebt und das Kind tatsächlich betreut. Auch der nicht verheiratete Vater kann unter dieser Voraussetzung Elterngeld beanspruchen. Der Mindestbetrag von 300 Euro wird nicht auf andere Sozialleistungen angerechnet. Elterngeld wird an den das Kind betreuenden Elternteil für maximal 12 Monate gezahlt. Wenn auch der andere Elternteil zwei Monate oder länger für die Betreuung zuständig ist, wird das Elterngeld um zwei Monate auf maximal 14 Monate verlängert.

→ Elterngeld beantragen Sie beim Jugendamt oder der Elterngeldstelle Ihrer Stadt- oder Kreisverwaltung. Das Formular, eine Liste der zuständigen Stellen in Niedersachsen und weitere Informationen gibt es im Internet unter http://www.ms.niedersachsen.de/master/C29974090_N8150_L20_D0_I674.

Unterhaltsvorschuss

Auch der Unterhaltsvorschuss wird Flüchtlingen mit Aufenthaltsgestattung per Gesetz verweigert (§ 1 Abs. 2a *UhVorschG*). Hierbei handelt es sich um einen staatlichen Zuschuss, der einem alleinerziehenden Elternteil für bis zu sechs Jahren gezahlt wird, wenn der andere Elternteil (in der Regel der Vater) seiner Verpflichtung, für das Kind Unterhalt zu zahlen, nicht nachkommt. Der Unterhaltsvorschuss beträgt 117 € monatlich für Kinder unter 6 Jahren und 158 € monatlich für ältere Kinder unter 12 Jahren.

9.7 Deutschkurs, Kindergarten, Schule, Studium

Deutschkurs

Einen Anspruch darauf, einen Deutschkurs zu besuchen, haben Sie während des Asylverfahrens nicht. Eventuell können Sie versuchen, einen der freien Plätze in den staatlich organisierten „Integrationskursen“ für anerkannte Flüchtlinge zu bekommen (lesen Sie dazu im *Kapitel 10.7 „Deutschkurse“* für Personen mit Aufenthaltserlaubnis). Ihre Chancen darauf sind mit einer Aufenthaltsgestattung allerdings denkbar gering, weil Ihr Aufenthaltsrecht nicht als dauerhaft eingestuft wird.

Es gibt aber in den Städten auch einige Deutschkurse, die unabhängig vom staatlichen Angebot existieren. Diese Kurse müssen Sie in der Regel selbst bezahlen, bei manchen Trägern sind die Kosten für Sozialleistungsempfänger aber deutlich gesenkt.

→ Fragen Sie bei ihrer örtlichen Volkshochschule oder den Beratungsstellen für Migrant/innen, Aussiedler/innen oder Flüchtlinge nach, wo es Deutschkurse gibt.

Kindergarten

Sobald ein Kind drei Jahre alt ist, hat es in Deutschland einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz (§ 24 *SGB VIII*). Bei geringem Einkommen sind die Kosten dafür ganz oder teilweise vom Jugendamt zu tragen (§ 90 Abs. 2 und 3 *SGB VIII*). Das gilt auch für Flüchtlinge mit Aufenthaltsgestattung.

→ Melden Sie Ihr Kind frühzeitig für einen Kindergartenplatz an. Dort wird ihr Kind eine erheblich bessere Förderung in der deutschen Sprache erhalten und so besser auf einen Schulbesuch vorbereitet werden als im Wohnheim. Wenden Sie sich bei Problemen mit dem Kindergartenplatz an eine Beratungsstelle.

Schule

Alle in Niedersachsen lebenden Kinder haben das Recht und die Pflicht, eine Schule zu besuchen und regelmäßig am Unterricht teilzunehmen (§ 63 *NSchG*). Das gilt auch für Flüchtlinge mit Aufenthaltsgestattung. Die Schulpflicht beginnt für Kinder, die bis zum 30. Juni eines Jahres sechs Jahre alt geworden sind, mit dem nächsten beginnenden Schuljahr (§ 64 *NSchG*). Das

Einschulungsalter ist aber auch abhängig von der körperlichen und geistigen Entwicklung Ihres Kindes. Unter Umständen kann der Schuleintritt Ihres Kindes ein Jahr zurückgestellt werden. Deshalb werden alle Kinder vor dem Schuleintritt vom Amtsarzt untersucht. Bei fehlenden Deutschkenntnissen können die Kinder verpflichtet werden, vor Schuleintritt an besonderen Sprachfördermaßnahmen teilzunehmen (§ 54 a NSchG). Schon eingeschulte Schülerinnen und Schüler mit schlechten Deutschkenntnissen sollen besonderen Deutschunterricht erhalten. Die Schulpflicht endet in der Regel nach 12 Jahren des Schulbesuchs.

→ Fragen Sie gegebenenfalls im Kindergarten oder in der Schule nach, ob es Fördermöglichkeiten für Ihr Kind gibt. In vielen Schulen wird auch muttersprachlicher Unterricht, Hausaufgabenhilfe und anderes angeboten.

→ Wenn mit dem Schulbesuch besondere Kosten verbunden sind, zum Beispiel für den Fahrtweg, für Klassenfahrten oder sonstiges, können Sie das Geld dafür als „sonstige Leistung“ nach § 6 AsylbLG beantragen. Damit soll den besonderen Bedürfnissen von Kindern Rechnung getragen werden. Erhalten Sie Leistungen nach § 2 AsylbLG, können Sie lediglich für mehrtägige Klassenfahrten Zuschüsse nach § 31 SGB XII erhalten. In jedem Fall ist ein gut begründeter, auf Ihren Fall zugeschnittener Antrag erforderlich. Bei einer Ablehnung haben Sie die Möglichkeit, Widerspruch zu erheben und Klage beim Sozialgericht einzulegen. Lassen Sie sich gegebenenfalls von einer Beratungsstelle unterstützen.

Studium

Formal gibt es für die Aufnahme eines Studiums keine aufenthaltsrechtlichen Einschränkungen, studieren ist also theoretisch auch mit Aufenthaltsgestattung in Niedersachsen möglich. Das niedersächsische Hochschulgesetz setzt den allgemeinen Rahmen: Dort ist beispielsweise geregelt, dass die für ein Studium erforderlichen deutschen Sprachkenntnisse vorhanden sein müssen. Die Studienordnungen der Hochschulen sehen detailliertere und durchaus auch unterschiedliche Regelungen zu den Studienvoraussetzungen vor. In der Praxis reicht einigen Universitäten und Fachhochschulen die Vorlage einer Aufenthaltsgestattung nicht, stattdessen verlangen sie eine Aufenthaltserlaubnis. Es kommt auf den Versuch an!

Darüber hinaus gibt es eine ganze Reihe praktischer Probleme, die ein Studium für Sie erschweren oder unmöglich machen: Sofern die Universität oder (Fach-)Hochschule, an der Sie studieren wollen, außerhalb des Ihnen zugewiesenen Aufenthaltsbereichs liegt, benötigen Sie für den Aufenthalt am Studienort eine Genehmigung der Ausländerbehörde (so genannte Residenzpflicht, siehe Kapitel 7.2). Eine solche Erlaubnis dürfte schwer zu erhalten sein, auch ein Umzug zu Studienzwecken wird in der Regel nicht erlaubt.

Das größte Problem dürfte für Sie die **Finanzierung** eines Studiums sein. Als Student/in haben Sie das Recht und auch die Pflicht, in eine gesetzliche Krankenversicherung einzutreten. Die Übernahme von Krankheitskosten durch das Sozialamt reicht als Nachweis einer Krankenversicherung nicht aus. Studierende bis zum 14. Semester, maximal bis zum 30. Lebensjahr, können sich über die gesetzliche Krankenversicherung für etwa 56 Euro pro Monat versichern. Studierende über 30 Jahre werden von der gesetzlichen Krankenversicherung nicht aufgenommen und müssen eine private Krankenversicherung abschließen. Hinzu kommen die Studiengebühren, die in Niedersachsen 500 Euro pro Semester betragen, die Kosten für ein Semesterticket sowie weitere Gebühren (ca. 100 bis 150 Euro im Semester).

Wenn Sie **Sozialleistungen** nach §§ 3-7 *AsylbLG* in Anspruch nehmen, dürfen Sie gleichzeitig studieren. Denn anders als bei Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II oder XII gibt es im *AsylbLG* kein ausdrückliches Verbot zu studieren. Schwieriger ist die Aufnahme eines Studiums, wenn Sie Leistungen nach § 2 *AsylbLG* gemäß den Bestimmungen des SGB XII beziehen. Das Sozialgesetzbuch verbietet den Bezug von Sozialleistungen zum Zweck der Finanzierung eines Studiums. Sie können allerdings versuchen, Sozialleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts als Darlehen oder als Beihilfe über die Härtefallregelung des § 22 Abs. 1 Satz 2 *SGB XII* zu beantragen - z. B. dann, wenn Sie bereits kurz vor Abschluss Ihres Studiums stehen. Wenn Sie dem Sozialamt verschweigen, dass Sie studieren, und die Behörde dies später erfährt, wird die Sozialhilfe wieder zurückgefordert. Wenn Sie studieren wollen, ohne Sozialleistungen zu beziehen, brauchen Sie also eine Arbeitsgenehmigung und eine Arbeit, mit der Sie sich vollständig selbst finanzieren können, oder andere Finanzierungsquellen.

Flüchtlinge mit Aufenthaltsgestattung haben in der Regel keinen Anspruch auf Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (**BAföG**). Nur wenn Sie selbst vor Beginn der Ausbildung fünf Jahre in Deutschland erwerbstätig waren oder ein Elternteil hier während der letzten sechs Jahre drei Jahre gearbeitet hat, haben Sie Anspruch auf BAföG-Leistungen (§ 8 *BAföG*). Auch wenn einer Ihrer Elternteile mindestens sechs Monate hier gearbeitet hat und aus einem wichtigen Grund (Krankheit, Kindererziehung, nicht aber Arbeitsverbot) nicht mehr arbeiten konnte, können Sie unter Umständen BAföG-Förderung erhalten.

Möglicherweise können auch leistungsfähige Verwandte die Kosten des Studiums aufbringen. Schließlich sollten Sie prüfen, ob **Stiftungen** für die (Teil-)Finanzierung in Frage kommen. Viele Stiftungen fördern Studierende mit besonders guten Leistungen, aber auch gesellschaftliches Engagement und materielle Bedürftigkeit können Kriterien für die Stipendienvergabe sein. Im Internet finden Sie unter <http://www.bildungserver.de/zeigen.html?seite=427> eine Übersicht und weiterführende Links.

Das Diakonische Werk der evangelischen Kirche hat ein spezielles Flüchtlings-Stipendienprogramm, das eine Finanzierung des Studiums für Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus ermöglicht. Es gilt allerdings nur für Flüchtlinge aus Staaten außerhalb Europas. Gefördert werden sollen Verfolgte, die in ihrem Herkunftsland eine Ausbildung nicht aufnehmen konnten oder abbrechen mussten. Sie sollten nicht älter als 35 Jahre sein und bei Antragstellung in der Regel nicht länger als drei Jahre in Deutschland leben. Bedingung ist ferner, dass Sie die Absicht haben, nach Beendigung des Studiums in Ihr Heimatland zurückzukehren. Tun Sie das nicht, müssen Sie das Stipendium später gegebenenfalls zurückzahlen.

→ Wenden Sie sich an die Evangelische Studentengemeinde oder das Diakonische Werk in Ihrer Stadt. Diese Stellen werden mit Ihnen gemeinsam eine Bewerbung für das Stipendienprogramm verfassen. Dabei ist es wichtig zu erläutern, dass Sie aufgrund Ihrer aufenthaltsrechtlichen Situation nur schwer oder gar keinen Zugang zu anderen Finanzierungsquellen (Arbeitsgenehmigung, BAföG etc.) haben. Ein Merkblatt mit den Kriterien für die Förderung können Sie auch beim Flüchtlingsrat Niedersachsen erhalten. Wenn Sie den Ansprechpartner vor Ort nicht kennen, können Sie sich an die zuständige Mitarbeiterin des Diakonischen Werkes in Stuttgart wenden:

Frau Sylvia Karlev
Telefon 0711-2159-506
Fax 0711-2159-8 506
Email s.karlev@brot-fuer-die-welt.de

Die formale Zugangsvoraussetzung für den Besuch einer Universität oder Fachhochschule ist die allgemeine Hochschulreife / Abitur (bei Universität) oder die Fachhochschulreife / Fachabitur (bei Fachhochschule) oder eine als gleichwertig anerkannte Schulausbildung im Herkunftsland. Wenn Ihre Schulausbildung nicht als (Fach-)hochschulreife anerkannt ist, können Sie über das erfolgreiche Ablegen der „Feststellungsprüfung“ zur Studieneignung die Zugangsberechtigung erwerben. Dafür müssen Sie in der Regel bei der Hochschule einen einjährigen Vorbereitungskurs („Studienkolleg“) absolvieren.

Bei Kunst- und Musikhochschulen können Sie unter Umständen auch ohne Abitur studieren, wenn Sie besondere künstlerische Fähigkeiten haben. In manchen anderen Studiengängen genügt auch ein Nachweis über bestimmte berufliche Vorbildungen (zum Beispiel Meisterprüfung).

→ Ob Ihre Hochschulzugangsberechtigung der deutschen gleichwertig ist, können Sie in der Datenbank der Kultusminister-Konferenz www.anabin.de abfragen.

Zweite Studienvoraussetzung ist der Nachweis von deutschen Sprachkenntnissen: Dazu müssen Sie in der Regel die „Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang ausländischer Studienberechtigter (DSH)“ ablegen. Bestimmte andere Nachweise (Goethe-Sprachdiplom, Test Deutsch als Fremdsprache für ausländische Studienbewerber „TestDaF“ und andere) werden ersatzweise anerkannt.

→ Genauere Informationen zu Studienzulassung erhalten Sie beim Deutschen Akademischen Austauschdienst DAAD (www.daad.de) oder bei den akademischen Auslandsämtern / Studentensekretariaten der Universitäten und Fachhochschulen. Die Adressen aller deutschen Hochschulen sowie Infos zu den angebotenen Studienfächern und Abschlüssen finden Sie unter <http://www.studienwahl.de>.

10. Flüchtlinge mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 I oder II AufenthG (Asylberechtigte und GFK-Flüchtlinge)

10.1 Aufenthaltsrechtliche Situation

Wenn Sie nach *Art. 16 a Grundgesetz* als „Asylberechtigte/r“ anerkannt sind, erhalten Sie eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 1 *AufenthG*. Im Fall einer Anerkennung als Flüchtling nach § 60 Abs. 1 *AufenthG* (Anerkennung nach der Genfer Flüchtlingskonvention = „Konventionsflüchtling“) erhalten Sie eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 2 *AufenthG*. Beide Aufenthaltstitel haben die gleichen Rechtsfolgen. Sie erhalten mit der Aufenthaltserlaubnis einen internationalen Reiseausweis für Flüchtlinge, den „GFK-Pass“. In der Regel gilt ihre Aufenthaltserlaubnis für die nächsten zwei Jahre und wird danach um ein weiteres Jahr verlängert.

Spätestens nach drei Jahren überprüft das Bundesamt ihre Flüchtlingsanerkennung noch einmal. Wenn das BAMF davon überzeugt ist, dass Sie immer noch in Ihrem Herkunftsland gefährdet sind, wird es keinen Widerruf einleitet. Sie erhalten Sie dann eine Niederlassungserlaubnis, die Ihnen ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland ermöglicht.

Widerruf

Der Verlust der Aufenthaltserlaubnis ist dann möglich, wenn das Bundesamt den Widerruf der Flüchtlingsanerkennung beschließt. Dabei sind zwei Verfahren zu unterscheiden. In einem ersten Verfahren prüft das BAMF, ob die Asyl- oder Flüchtlingsanerkennung widerrufen wird. Danach entscheidet die Ausländerbehörde, ob Sie trotzdem in Deutschland bleiben dürfen.

Widerruf der Asyl- oder Flüchtlingsanerkennung durch das BAMF

Eine Prüfung, ob ein Widerruf eingeleitet wird oder nicht, findet seit 2005 regelmäßig nach drei Jahren statt, kann aber grundsätzlich auch früher oder später jederzeit erfolgen. Ein Widerruf ist vor allem dann möglich, wenn sich die Verhältnisse in Ihrem Herkunftsland so gravierend verändert haben, dass Sie bei einer Rückkehr nicht mehr von Verfolgung bedroht sind. In den Jahren 2005 und 2006 führte das Bundesamt fast 17.000 Widerrufsverfahren durch, vor allem bei Flüchtlingen aus dem Irak und dem Kosovo, aber auch bei Flüchtlingen aus Bosnien, Montenegro, Serbien, Türkei, Sri Lanka, Iran, Afghanistan und anderen Staaten.

In vielen hundert Fällen hat aber das Verwaltungsgericht im Klageverfahren den Widerruf als falsch erachtet und die Flüchtlingsanerkennung bestätigt. Beispielsweise wurde der Widerruf der Flüchtlingsanerkennung von Flüchtlingen aus der Türkei mit der Begründung abgelehnt, dass die Verfolgungsgefahr zwar geringer geworden sei, aber nach wie vor bestehe.

Aber auch dann, wenn eine Verfolgungsgefahr inzwischen weggefallen ist, weil das alte Herrschaftssystem nicht mehr besteht, ist der Widerruf der Flüchtlingsanerkennung nicht unbedingt die Folge: Das Gesetz sieht vor, dass Sie Ihren Flüchtlingsspass behalten können, wenn Sie sich auf zwingende, auf früheren Verfolgungen beruhende Gründe berufen können, um die Rückkehr in den ehemaligen Verfolgerstaat abzulehnen. Mit dieser Vorschrift wird Rücksicht auf Menschen genommen, die sich, etwa nach schlimmen Gewalterfahrungen, in einer psychischen Sondersituation befinden.

→ In der Regel erhalten Sie vor dem Widerrufsbescheid zunächst eine Aufforderung, zu einem beabsichtigten Widerruf Stellung zu nehmen (so genannte Anhörung). Im Falle eines drohenden Widerrufs sollten Sie auf jeden Fall rechtzeitig die Hilfe eines Rechtsanwalts oder einer Rechtsanwältin in Anspruch nehmen.

→ Gegen einen Widerrufsbescheid durch das BAMF kann man innerhalb von zwei Wochen nach dessen Zustellung vor dem Verwaltungsgericht klagen. Dann wird ein Widerruf erst mit der Gerichtsentscheidung wirksam. Bis das Gericht entscheidet, vergehen in der Regel einige Monate. Es kann sinnvoll sein, für ein solches Klageverfahren denselben Anwalt oder dieselbe Anwältin zu beauftragen, die schon im ersten Asylverfahren tätig war, weil er/sie die Akten kennt.

Prüfung des weiteren Aufenthalts durch die Ausländerbehörde

Auch der endgültige Verlust der Flüchtlingsanerkennung bedeutet nicht automatisch, dass Sie Ihr Aufenthaltsrecht verlieren. Unter Umständen haben Sie wegen der Dauer Ihres Aufenthalts und Ihrer Integration in Deutschland Anspruch auf ein Aufenthaltsrecht aus anderen Gründen (lesen Sie dazu *Kapitel 6.2 und 6.3*).

→ Wenn Sie noch im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis sind, wird die Ausländerbehörde diese wahrscheinlich widerrufen oder nicht verlängern. Das bedeutet wahrscheinlich, dass Sie nicht in Deutschland bleiben können. Sie sollten aber mit einem Rechtsanwalt, einer Rechtsanwältin oder einer Beratungsstelle für Flüchtlinge prüfen, ob für Sie etwas anderes gilt.

→ Wenn Sie schon im Besitz der Niederlassungserlaubnis sind, ist Ihr Aufenthalt nicht unmittelbar gefährdet. Der drohende Widerruf der Flüchtlingsanerkennung hat in der Regel nicht den Entzug der Niederlassungserlaubnis zur Folge. Allerdings müssen Sie Ihren Reiseausweis für Flüchtlinge bei der Ausländerbehörde abgeben. Sie müssen sich einen Pass Ihres Heimatlandes besorgen. Nur wenn das ausnahmsweise nicht möglich ist, können Sie einen Reiseausweis für Ausländer bekommen. Das ist etwa der Fall, wenn die Auslandsvertretung Ihres Heimatlandes die Ausstellung eines Passes verweigert.

→ Im laufenden Widerrufverfahren darf die Ausländerbehörde die Aufenthaltserlaubnis nicht einfach entziehen, sondern muss warten, bis die Entscheidung der BAMF oder des Gerichts rechtskräftig ist. Dies haben mehrere Verwaltungsgerichte so entschieden. Dennoch kommt es immer wieder vor, dass die Ausländerbehörde ein Verfahren zum Widerruf der Aufenthaltserlaubnis schon einleitet, bevor der Widerrufsbescheid zum Vorliegen von Abschiebungshindernissen rechtskräftig geworden ist. Sie sollten dagegen mit Hilfe eines Rechtsanwalts oder einer Rechtsanwältin Klage erheben!

→ Hat das BAMF innerhalb der ersten drei Jahre nach Ihrer Asyl- oder Flüchtlingsanerkennung den Widerruf geprüft, aber die Anerkennung nicht widerrufen, haben Sie ein Anspruch auf eine Niederlassungserlaubnis (§ 26 Abs. 3 *AufenthG*). Beantragen Sie die Niederlassungserlaubnis bei der Ausländerbehörde. Falls es dabei Probleme gibt, wenden Sie sich an einen Rechtsanwalt, eine Rechtsanwältin oder eine Beratungsstelle für Flüchtlinge.

Familienasyl und Familienflüchtlingsanerkennung

Wenn Sie als Flüchtling anerkannt sind, können Ihr/e Ehepartner/in und Ihre Kinder das so genannte „Familienasyl“ oder „Familienflüchtlingsanerkennung“ erhalten (§ 26 *AsylVfG*). Das

heißt, sie werden ebenfalls als Flüchtlinge anerkannt und erhalten einen GFK-Reiseausweis. Für das Familienasyl gelten allerdings bestimmte Regeln:

- Der/die Ehepartner/in erhält nur dann Familienasyl, wenn die Ehe schon im Herkunftsland bestanden hat.
- Der/die Ehepartner/in muss gleichzeitig mit dem Flüchtling oder bei seiner/ihrer Ankunft ebenfalls einen Asylantrag gestellt haben.
- Nur unverheiratete Kinder unter 18 Jahren können Familienasyl erhalten; entscheidend ist der Zeitpunkt der Asylantragstellung.
- Der Antrag auf Familienasyl für neu geborene Kinder muss innerhalb eines Jahres nach der Geburt gestellt werden.

→ Familienasyl müssen Sie beim BAMF beantragen. Vor der Entscheidung zum Familienasyl prüft das Bundesamt allerdings, ob nicht ein Widerruf Ihrer Asylanerkennung in Betracht kommt. Diese Gefahr sollten Sie bedenken.

Wenn sich Ihre Angehörigen in Deutschland aufhalten und aufgrund dieser Regelungen kein Familienasyl erhalten, können sie dennoch eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Dies richtet sich nach den Regeln für den Familiennachzug. Dabei spielt es keine Rolle, dass Ihre Angehörigen gar nicht nachziehen, sondern schon in Deutschland sind. Diese Regeln werden im Folgenden beschrieben. Wichtiger Unterschied: Das Visumsverfahren bei der deutschen Botschaft fällt für Ihre Angehörigen weg.

Familiennachzug und Aufenthaltsrecht der Familienangehörigen

Ihr/e Ehepartner/in und ihre minderjährigen Kinder haben grundsätzlich einen Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis (§§ 30 und 32 *AufenthG*). Falls Ihr/e Ehepartner/in und Ihre minderjährigen, unverheirateten Kinder noch nicht in Deutschland leben, dürfen sie in die Bundesrepublik einreisen, um mit Ihnen gemeinsam zu leben. Die Erlaubnis zum Familiennachzug müssen Ihre Angehörigen vor der Einreise im Herkunftsland bei der deutschen Botschaft einholen. Eine Ausnahme liegt aber vor, wenn der nachzugswillige Familienangehörige bereits mit Daueraufenthaltsrecht oder als anerkannter Flüchtling in einem Drittstaat (also nicht dem Verfolgerstaat) lebt. Dann prüft die Ausländerbehörde zuerst, ob Ihrer Familie das gemeinsame Leben im Drittstaat zumutbar ist. Außerdem besteht beim Antrag auf Familiennachzug die Gefahr, dass das BAMF ein Widerrufsverfahren einleitet. Dann wird mit der Entscheidung über den Familiennachzug so lange gewartet, bis entschieden ist, ob die Flüchtlingsanerkennung widerrufen wird.

Ein „Familiennachzug“ ist auch möglich, wenn sich Ihre Familienangehörige bereits in Deutschland aufhalten. In diesem Fall ist die Ausländerbehörde für die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis zuständig.

→ Wenn sich Ihre Familienangehörige bereits in Deutschland aufhalten, prüfen Sie zusammen mit einer Beratungsstelle, ob nicht zusätzlich oder anstelle eines Antrags auf Familiennachzug ein Antrag auf Familienasyl sinnvoll ist (s.o.).

Grundsätzlich ist der Familiennachzug nur für verheiratete Partner/innen sowie Eltern mit ihren minderjährigen Kindern möglich. Zu den Kindern gehören auch Adoptiv-, Stief- oder Pflegekinder. Ausgeschlossen sind unverheiratete Partner/innen. Der/die gleichgeschlechtliche Lebenspartner/in

zählt nach niedersächsischer Lesart nur dann dazu, wenn die Lebenspartnerschaft schon im Ausland vom Staat anerkannt oder registriert wurde.

Nach dem Gesetz kann auch anderen Familienangehörigen (zum Beispiel Großeltern, volljährige Kinder, Tanten und Onkel, Cousins und Cousinen oder Enkel) der Familiennachzug erlaubt werden, wenn eine „außergewöhnliche Härte“ vorliegt, also zum Beispiel wenn diese Familienangehörigen aufgrund besonderer Lebensumstände auf die Betreuung gerade durch diese/diesen Verwandte/n angewiesen sind. Die Behörden machen aber nur selten von dieser Vorschrift Gebrauch, weil hier zunächst festgestellt werden muss, ob eine „außergewöhnliche Härte“ vorliegt. Auch wenn dies der Fall ist, besteht noch keine Anspruch auf Nachzug, sondern es steht im Ermessen der Behörde, ob dieser gestattet werden soll.

Für den Familiennachzug müssen Ihre Angehörigen die Passpflicht erfüllen.

Normalerweise ist für den Familiennachzug erforderlich, dass genügend Wohnraum für Sie und Ihre Familienangehörigen zu Verfügung steht. Außerdem muss der Lebensunterhalt gesichert sein. Wenn aber Familienangehörige von anerkannten Flüchtlingen nach Deutschland kommen, kann davon abgesehen werden. Die Entscheidung steht im Ermessen der deutschen Auslandsvertretung. Es besteht also kein Anspruch auf Familienzusammenführung. Wird aber der Antrag auf Familienzusammenführung innerhalb von drei Monaten nach Anerkennung als Flüchtling gestellt, muss von der Sicherung des Lebensunterhaltes und vom Erfordernis ausreichenden Wohnraums abgesehen werden. Die Auslandsvertretung darf als die Familienzusammenführung nicht mit der Begründung verweigern, dass Ihre Wohnung zu klein oder Ihre Einkommen zu niedrig ist.

→ Wenn Sie als Flüchtling anerkannt wurden und Sie wollen Familienangehörige zu sich nach Deutschland holen, stellen Sie den Antrag auf Familienzusammenführung innerhalb von drei Monaten nach ihrer Anerkennung. Hält sich Ihr Familienangehörige noch im Ausland auf, kann er den Antrag bei der deutschen Auslandsvertretung stellen. Der Frist von drei Monaten wahren Sie aber auch, wenn Sie einen Antrag bei der Ausländerbehörde stellen. Hält sich Ihr Familienangehöriger bereits in Deutschland auf, können Sie oder der Familienangehörige den Antrag bei der Ausländerbehörde stellen.

Wenn Ihr Ehegatte noch keine 18 Jahre alt ist, kann er oder sie noch nicht nach Deutschland kommen. Sie müssen abwarten, bis er oder sie 18 Jahre alt ist. Sind Sie beide noch keine 18 Jahre alt, kann davon in Härtefällen abgesehen werden, z.B. bei Vorliegen einer Schwangerschaft.

Normalerweise ist es Voraussetzung für den Ehegattennachzug, dass der Ehegatte sich auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen kann. Das gilt aber nicht für Ehegatten von anerkannten Flüchtlingen, wenn die Ehe bereits bestand, als der Flüchtling nach Deutschland gekommen ist.

→ Verlangt die deutsche Auslandsvertretung den Nachweis von Deutschkenntnissen, obwohl Sie als Flüchtling anerkannt sind und schon vor Ihrer Einreise verheiratet waren, weisen Sie oder Ihr Angehöriger auf Ihre Anerkennung hin. Wenn das nichts hilft, legen Sie gegen die Entscheidung Rechtsmittel ein (s.o.).

Ist der Familienangehörige, der nachziehen will, bereits einmal ausgewiesen, an der Grenze zurückgeschoben oder abgeschoben worden, wurde gegen ihn eine Wiedereinreisesperre verhängt. Ein Familiennachzug ist in solchen Fällen nur möglich, wenn man erfolgreich einen Antrag auf Befristung der Wiedereinreisesperre stellt, diese Zeit abwartet und mit einem gültigen Visum zum Zweck der Familienzusammenführung einreist. Zuständig dafür ist die Behörde, die die Ausweisung verhängt und die Abschiebung oder Zurückschiebung durchgeführt hat. Oft macht sie

vor der Entscheidung über die Befristung zur Bedingung, dass vorher die Abschiebungskosten bezahlt wurden. Erst danach können die Familienangehörigen bei der deutschen Botschaft im Ausland ein Visum für die Einreise erhalten.

→ Bedenken Sie bei Beantragung einer Familienzusammenführung, dass die Ausländerbehörde beim BAMF anfragen wird, ob ein Widerruf der Asylenerkennung möglich ist. Wenn Ihr Abschiebungsverbot erst vor Kurzem rechtskräftig geworden ist, ist diese Gefahr gering. Wenn Sie aber schon längere Zeit anerkannt sind oder sich die Situation in Ihrem Herkunftsland erheblich verändert hat, sollten Sie vor einem Antrag auf Familienzusammenführung den Rat eines Rechtsanwalts, einer Rechtsanwältin oder einer Beratungsstelle für Flüchtlinge einholen.

→ Sobald Sie im Besitz einer Niederlassungserlaubnis sind, haben Sie ein Aufenthaltsrecht, das unbefristet gilt, also normalerweise auch dann fortbesteht, wenn ein Widerruf Ihrer Asylenerkennung erfolgen sollte. Ein Antrag auf Familiennachzug hat also wahrscheinlich keine nachteiligen Folgen für Sie. Gefährlich kann es aber sein, wenn Sie auf Sozialleistungen angewiesen sind oder Ausweisungsgründe vorliegen. Im Zweifel wenden Sie sich an einen Rechtsanwalt, eine Rechtsanwältin oder eine Beratungsstelle für Flüchtlinge.

→ Falls die Auslandsvertretung den Visumsantrag ablehnt, macht sie keinen schriftlichen Bescheid. Sie oder Ihr Familienangehörige können sich aber bei der Auslandsvertretung oder dem Auswärtigen Amt in Berlin über die Ablehnung beschweren. Man nennt das „Remonstration“. Darauf hin schreibt das Auswärtige Amt einen schriftlichen Bescheid, in dem es die Gründe für die Ablehnung erläutert. Gegen diesen Bescheid können Sie oder Ihr Angehöriger innerhalb von einem Monat nach Zugang Klage beim Verwaltungsgericht Berlin erheben. Die Klage muss innerhalb der Frist beim Verwaltungsgericht eingehen. Wenden Sie sich am besten an einen Rechtsanwalt oder eine Rechtsanwältin.

→ Ist ein Familiennachzug im regulären Verfahren mit gültigem Pass und Visum für Ihre Familienangehörigen nicht möglich, können sie auch als Flüchtlinge ohne gültigen Pass und Visum nach Deutschland fliehen. Ihre Angehörigen erhalten ebenfalls einen Flüchtlingsspass, wenn die Bedingungen zum Familienasyl erfüllt sind. Allerdings ist es schwierig, ohne Visum nach Deutschland zu kommen.

Einbürgerung

Einen **Anspruch** auf Einbürgerung haben Sie nach acht Jahren rechtmäßigem Aufenthalt (§§ 10 ff. StAG). Hierbei zählt nicht nur die Zeit der Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis, sondern auch die Dauer der Aufenthaltsgestattung während des Asylverfahrens mit. Zusätzlich müssen Sie folgende Bedingungen erfüllen:

- Sie können den Lebensunterhalt für Ihre Familie ohne Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II sichern. Kinder- und Erziehungsgeld spielen keine Rolle.
- Es gibt keinen Ausweisungsgrund, insbesondere keine Verurteilungen wegen Straftaten. Strafen bis zu 90 Tagessätzen sind in der Regel unproblematisch. Wenn die Grenze überschritten wird, kann im Einzelfall dennoch eingebürgert werden.
- Sie bekennen sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung.
- Sie verfügen über Deutschkenntnisse. Voraussetzung ist, dass Sie das Zertifikat Deutsch (B1 des so genannten Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen) bestanden haben.
- Sie verfügen über Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung.

Die Aufenthaltsfrist wird auf sieben Jahre verkürzt, wenn man den erfolgreichen Besuch eines Integrationskurses nachweisen kann (lesen Sie dazu in *Kapitel 8.7* den Abschnitt *Deutschkurse*). Eine weitere Verkürzung auf sechs Jahre ist möglich, wenn Sie besondere Integrationsleistungen erbracht haben. Dazu zählen insbesondere besonders gute Deutschkenntnisse. Hilfreich ist aber beispielsweise auch ein Engagement bei der Freiwilligen Feuerwehr, dem Roten Kreuz oder in Sportvereinen.

Ab dem 1.9.2008 sollen Einbürgerungstest eingeführt werden. Dort soll geprüft werden, ob die erforderlichen Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung gegeben sind. Zur Vorbereitung werden freiwillige Einbürgerungskurse angeboten werden.

Als anerkannter Flüchtling können Sie nach sechs Jahren auch im Rahmen der „**Ermessenseinbürgerung**“ Deutsche/r werden. Hier hat die Behörde einen Entscheidungsspielraum. Auch hier zählen die Zeiten des Asylverfahrens mit. Zusätzlich gelten folgende Mindestbedingungen:

- Es darf kein Ausweisungsgrund vorliegen, vor allem keine schweren Straftaten.
- Sie haben eine Wohnung.
- Sie können sich und Ihre Angehörigen finanziell versorgen.

Als anerkannter Flüchtling müssen Sie ihre alte Staatsbürgerschaft nicht aufgeben, einen deutschen Pass können Sie zusätzlich erhalten (§ 12 Abs. 6 StAG). Abgeben müssen Sie aber nach der Einbürgerung den GFK-Flüchtlingspass, den Sie aber als deutscher Staatsangehöriger nicht mehr benötigen.

→ Allerdings fragt die Ausländerbehörde vor der Erteilung der doppelten Staatsangehörigkeit, also vor der Erteilung der deutschen zusätzlich zur bisherigen Staatsangehörigkeit, beim Bundesamt nach, ob die Anerkennungsgründe weiter fortbestehen oder ob ein Widerruf eingeleitet wird. Das ist unproblematisch, wenn Sie auch ohne die Privilegien als anerkannter Flüchtling eingebürgert werden könnten. Wenn es aber bei der Einbürgerung darauf ankommt, dass Sie anerkannter Flüchtling sind, sollten Sie genau prüfen, wie groß die Gefahr eines Widerrufs ist. Unter Umständen ist es besser, mit dem Antrag auf Einbürgerung noch zu warten. Lassen Sie sich von einem Rechtsanwalt, einer Rechtsanwältin oder einer Beratungsstelle beraten.

Ehegatten und Kinder können miteingebürgert werden, auch wenn Sie die Aufenthaltszeiten selbst noch nicht erfüllen. Für Ehepartner/innen sollen in der Regel vier Jahre Aufenthalt ausreichen, wenn die Ehe zwei Jahre in Deutschland bestanden hat. Für Kinder gelten meist drei Jahre Aufenthalt.

Achtung: Wenn der Ehegatte oder die Kinder Familienasyl oder Familienabschiebungsschutz genießen, besteht die große Gefahr, dass die Anerkennung widerrufen wird, wenn Sie eingebürgert werden.

→ Bevor Sie einen Antrag auf Einbürgerung stellen, besprechen Sie mit einem Rechtsanwalt, einer Rechtsanwältin oder einer Beratungsstelle, welche rechtlichen Folgen die Einbürgerung für Ihre Angehörigen hat.

Die Einbürgerung kostet für einen Erwachsenen 255 Euro, für miteingebürgerte Kinder 51 Euro.

10.2 Wohnen, Umziehen und Reisen

Wohnen

Spätestens mit der Flüchtlingsanerkennung haben Sie auch das Recht, eine eigene Wohnung zu beziehen. Das Sozialamt übernimmt dafür die Miete, solange Sie kein eigenes Einkommen haben. Allerdings gibt es eine Höchstgrenze für „angemessene“ Mietkosten.

→ Erkundigen Sie sich bei einer Beratungsstelle oder beim örtlichen Mieterverein, bis zu welcher Höhe die Arbeitsagentur bzw. das Sozialamt die Mietkosten für Sie und Ihre Familie übernehmen muss.

Arbeitslose junge Menschen unter 25 Jahren, die aus der Wohnung der Eltern ausziehen, erhalten unter Umständen keine soziale Unterstützung für die Wohnung und nur 80 Prozent des Arbeitslosengeldes II (§§ 22 Abs. 2 a, 20 Abs. 2 a SGB II).

Wohnsitzauflage

Mit einer Niederlassungserlaubnis können Sie innerhalb Deutschlands umziehen, wohin Sie wollen. Ob Sie an Ihrem Zuzugsort auf Sozialleistungen angewiesen sind, spielt dabei keine Rolle.

Auch mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 1 oder 2 AufenthG darf die Ausländerbehörde Ihnen einen Umzug nicht mehr verbieten. Das Bundesverwaltungsgericht hat im 15. Januar 2008 entschieden, dass eine Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge rechtswidrig ist. Deshalb dürfen Sie mit einer dieser Aufenthaltserlaubnisse frei umziehen - sowohl innerhalb Niedersachsens als auch in ein anderes Bundesland. Wenn Sie Familienangehörige (minderjährige Kinder oder Ehegatte) haben, die eine andere Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen besitzen, wird auch für diese keine Beschränkung bei der Wohnsitznahme verfügt. Sie können ohne Erlaubnis der Ausländerbehörde zusammenziehen.

→ Wenn Ihnen die Ausländerbehörde einen Umzug verweigert, lassen Sie sich von einem Rechtsanwalt, einer Rechtsanwältin oder einer Beratungsstelle beraten.

Reisen und Umzug ins Ausland

Reisen ist für Sie weitgehend unproblematisch. Als anerkannter Flüchtling dürfen Sie sich innerhalb Deutschlands grundsätzlich frei bewegen. Alle Staaten, die die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet haben, erkennen den GFK-Pass als Ausweis und Reisepass an. Dies sind weltweit über 100 Staaten. Damit ist eine visumfreie Einreise in fast alle europäischen Länder (Schengen-Staaten) problemlos möglich. Dort dürfen Sie sich für drei Monate - jeweils innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten - ohne Visum aufhalten. Sie dürfen dort allerdings nicht arbeiten.

Als anerkannter Flüchtling besitzen Sie aber keine Freizügigkeit in der EU. Das heißt, Sie müssen grundsätzlich in dem Staat leben, in dem Sie die Anerkennung und Aufenthaltserlaubnis erhalten haben. Im Einzelfall kann aber der andere Staat aus besonderen Gründen (zum Beispiel Heirat mit einem Staatsangehörigen dieses Staates) einen Umzug zulassen.

Entscheidend sind also die jeweiligen Einreisebestimmungen des Landes, in welches Sie reisen oder umziehen wollen.

→ Wenn Sie reisen oder umziehen wollen, erkundigen Sie sich bei der Botschaft des betreffenden Landes über die genauen Bedingungen (Visumpflicht, Einwanderungsmöglichkeiten und anderes) und wenden Sie sich bei besonderen Problemen (zum Beispiel Familienzusammenführung) an einen Rechtsanwalt oder eine Rechtsanwältin. Botschafts- und Konsulatsadressen in Deutschland sowie weitere Informationen zu den Staaten erhalten Sie im Internet beim Auswärtigen Amt: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/LaenderReiseinformationen.jsp>.

Wenn Sie aus Deutschland auswandern wollen, können Ihnen auch spezialisierte Beratungsstellen weiterhelfen:

Raphaels-Werk
Vordere Schöneworth 10
30167 **Hannover**
Tel.: 0511/7132-37/ -38
Fax: 0511/7132-39
E-Mail: hannover@raphaels-werk.net

Deutsches Rotes Kreuz
Bergstr. 6
26122 **Oldenburg**
Tel.: 0441/77934-12
Fax: 0441/7793355

Eine Reise in Ihr Herkunftsland sollten Sie sich als in Deutschland anerkannter Flüchtling gut überlegen, auch wenn Ihnen dies dringend notwendig oder momentan wenig gefährlich erscheint. Sie wurden anerkannt, weil Sie in Ihrer Heimat Verfolgung befürchten müssen. Erfahren die Behörden von Ihrer Heimreise, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Widerrufsverfahren eingeleitet, weil Sie offenbar selbst nicht mehr befürchten, verfolgt zu werden. Dann verlieren Sie Ihren Flüchtlingsstatus. Ob Sie dann Ihr Aufenthaltsrecht für Deutschland behalten, ist ungewiss.

Sie dürfen sich auch nicht Ihren nationalen Reisepass verlängern oder neu erteilen lassen. Es droht dann die Gefahr, dass Ihre Flüchtlingsanerkennung erlischt.

Wenn Sie die Staatsangehörigkeit eines anderen Staates annehmen, erlischt ebenfalls Ihre Flüchtlingsanerkennung. Sie sollten das bedenken, bevor Sie einen Antrag auf Einbürgerung in einem anderen Staat stellen.

10.3 Arbeit und Ausbildung

Arbeit

Als anerkannter Flüchtling bekommen Sie eine uneingeschränkte und unbefristete Arbeitserlaubnis. Die Ausländerbehörde macht einen entsprechenden Vermerk in ihre Aufenthaltserlaubnis. Auch

eine selbstständige Erwerbstätigkeit ist erlaubt. Mit dieser Arbeitserlaubnis können Sie sich selbst eine Arbeit suchen und die Förderangebote der staatlichen Arbeitsagentur in Anspruch nehmen.

Wenn Sie Arbeitslosengeld I oder II erhalten, sind Sie verpflichtet, nach Arbeit zu suchen. Die Arbeitsagentur kann Sie verpflichten, sich auf konkrete Stellen zu bewerben und an Bewerbungstrainings oder bestimmten Qualifizierungsmaßnahmen teilzunehmen. Die Agentur soll Sie bei der Arbeitssuche unterstützen und Ihnen konkrete Jobs anbieten. Auch wenn diese Arbeiten schlecht bezahlt werden und Sie aufgrund ihrer Ausbildung lieber eine andere Arbeit hätten, dürfen Sie die angebotenen Jobs nicht ohne Weiteres ausschlagen. Wenn Sie ohne triftigen Grund eine Arbeit ablehnen, können Ihnen die Sozialleistungen gekürzt oder sogar ganz gestrichen werden.

Die Arbeitsagentur übernimmt Ihre Kosten für Bewerbungen (Bewerbungsmappen, Beglaubigungen, Fotos, Gesundheitszeugnis, Übersetzung von Zeugnissen). Auch Fahrtkosten zu Vorstellungsgesprächen oder zu einer speziellen Berufsberatung können erstattet werden. Die Arbeitsagentur kann außerdem finanzielle Unterstützung leisten, um Ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu fördern. Dazu zählt zum Beispiel die Kostenübernahme für eine ABM-Stelle, ein Einstiegsgeld als Zuschuss für die Aufnahme einer Arbeit, die Finanzierung einer psychosozialen Beratung oder einer Suchtberatung.

→ Sammeln Sie die Quittungen und Belege für die Ausgaben bei der Arbeitssuche. Erkundigen Sie sich nach speziellen Fördermöglichkeiten für Sie.

Rechte als Arbeitnehmer

Als Arbeitnehmer haben Sie gegenüber dem Arbeitgeber bestimmte Rechte. Dazu gehören die Auszahlung des vereinbarten Lohns, die Lohnzahlung im Krankheitsfall, Urlaubsanspruch und anderes.

→ Wenn Sie Schwierigkeiten mit Ihrem Arbeitgeber haben, können Sie vor dem Arbeitsgericht klagen. Lassen Sie sich vorher gut beraten, zum Beispiel bei der Gewerkschaft.

Wenn Sie eine Arbeit gefunden haben, sind Sie verpflichtet, dies dem Sozialamt und dem Arbeitsamt so schnell wie möglich mitzuteilen. Wenn Sie nicht viel verdienen, bekommen Sie weiterhin ergänzende Sozialleistungen und einen neuen Bescheid über Ihre Sozialleistungen. Wenn Sie Ihre Arbeit nicht unverzüglich melden, fordern die Ämter das von ihnen zuviel gezahlte Geld zurück. Unter Umständen bekommen Sie auch Probleme, weil man Ihnen Betrug vorwirft.

Ausbildung

Der Aufnahme einer Ausbildung steht formal nichts im Wege, Ihre Arbeitserlaubnis bezieht sich auch auf Ausbildungen. Sie müssen sich allerdings überlegen, wie Sie eine Ausbildung finanzieren wollen, denn die Bezahlung einer Ausbildung ist in den meisten Fällen sehr schlecht. Als anerkannter Flüchtling können Sie Anspruch auf **Berufsausbildungsbeihilfe** (BAB) haben (§ 59 ff. SGB III). Sie wird zusätzlich zu Ihrem Gehalt als Auszubildende/r gezahlt.

Berufsausbildungsbeihilfe wird während einer beruflichen Ausbildung oder einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme gewährt. In der Regel wird nur die erste Ausbildung gefördert, es sei denn, die frühere Ausbildung wurde aus wichtigem Grund abgebrochen. Gefördert wird nur, wer in einer Wohnung ohne seine Eltern lebt. Jugendliche unter 18 Jahren erhalten unter

Umständen keine BAB, weil ihre Ausbildungsstätte in der Nähe der Wohnung der Eltern liegt und die Behörde argumentiert, dass Sie auch dort wohnen könnten. Für Verheiratete und Personen mit Kindern spielt die elterliche Wohnung keine Rolle.

Selbstständigkeit

Auch die selbstständige Tätigkeit ist Ihnen erlaubt. Um den Einstieg in die Selbstständigkeit finanzieren zu können, können Sie von der Arbeitsagentur einen so genannten **Gründungszuschuss** von 300 Euro monatlich erhalten (§ 57 f. SGB III). Der Gründungszuschuss wird neun Monate lang zusätzlich zu Ihrem Arbeitslosengeld gezahlt und kann dann noch einmal für sechs Monate verlängert werden. Um einen Gründungszuschuss zu erhalten, müssen Sie noch mindestens drei Monate lang Anspruch auf Arbeitslosengeld I haben. Außerdem müssen Sie der Arbeitsagentur nachweisen, dass Ihre Gründungsidee tragfähig ist und Sie die dafür benötigten Kenntnisse und Fähigkeiten besitzen.

→ Vor einer Existenzgründung sollten Sie sich in jedem Fall umfassend bei der Industrie- und Handelskammer, dem Deutschen Hotel und Gaststättenverband, der Handwerkskammer oder anderen kompetenten Stellen beraten lassen. Diese Vereinigungen bieten auch Existenzgründungsseminare an. Gründen Sie nicht übereilt ein Gewerbe. Schließen Sie vor allem erst einen Mietvertrag oder andere Verträge ab, nachdem Sie sich umfassend beraten lassen haben und ein tragfähiges Konzept haben. Es besteht die große Gefahr dauerhafter Verschuldung.

Arbeitsgelegenheiten

Wenn Sie arbeitslos sind, können Sie vom Sozialamt zu „gemeinnütziger“ Arbeit verpflichtet werden (§ 16 Abs. 3 SGB II). Sie können sich auch selbst darum bemühen und bei den örtlichen Job-Centern danach fragen. Solche Arbeiten sind zum Beispiel Laubharken im städtischen Park, Mitarbeit in gemeinnützigen Vereinen oder Ähnliches. Für diese Arbeit erhalten Sie zusätzlich zu ihren Sozialleistungen einen geringen Stundenlohn von 1 bis 2 Euro. Dies ist aber keine reguläre Arbeit und Sie sind darüber nicht sozialversichert. Wenn Sie sich weigern, die angebotene Arbeit auszuführen, oder ohne Entschuldigung fehlen, können Ihre Sozialleistungen gekürzt werden. Gekürzt werden darf im Regelfall nur die Sozialleistung der Person, die die Arbeit verweigert, nicht aber die Sozialleistung für Ihre Kinder.

→ Wenn es wichtige Gründe dafür gibt, dass Sie eine gemeinnützige Arbeit nicht ausführen können oder wollen (Krankheit, fehlende Betreuungsmöglichkeit für die Kinder oder anderes), teilen Sie das dem Arbeitsamt so schnell wie möglich mit. Wenn Sie krank sind, sollten Sie ein Attest vorlegen, aus dem Ihre Arbeitsunfähigkeit hervorgeht. Wenn Ihre Sozialleistungen gekürzt wurden, muss die Kürzung wieder aufgehoben werden, sobald Sie ihre Arbeitsbereitschaft zeigen. Sollten Ihre Sozialleistungen zu Unrecht oder zu stark gekürzt werden oder auch andere Familienangehörige betreffen, wenden Sie sich an einen Rechtsanwalt oder eine Beratungsstelle.

10.4 Soziale Sicherung

Wenn Sie arbeitslos sind, haben Sie Anspruch auf soziale Leistungen. Welche Sozialleistungen Sie erhalten können, hängt von Ihrer persönlichen Lage ab. Wenn Sie bereits längere Zeit gearbeitet haben, erhalten Sie unter Umständen das so genannte Arbeitslosengeld I (ALG I). Haben Sie keinen Anspruch nach ALG I, sind aber zwischen 15 und 64

Jahren alt und arbeitsfähig, erhalten Sie Leistungen der „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II), das so genannte „Arbeitslosengeld Zwei“ (ALG II). Ältere Menschen und dauerhaft erwerbsunfähige Erwachsene erhalten die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII. Wenn Sie grundsätzlich erwerbsfähig, aber längere Zeit krank sind, erhalten Sie Leistungen nach dem Dritten Kapitel des SGB XII. Die Leistungen nach SGB II und XII sind in der Höhe weitgehend identisch.

Absicherung bei Arbeitslosigkeit (ALG I)

Bei Arbeitslosigkeit haben Sie unter Umständen Anspruch auf Arbeitslosengeld I (ALG I). Das gilt, wenn Sie

innerhalb der letzten zwei Jahre mindestens zwölf Monate sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren,
sich darum bemühen, wieder Arbeit zu erhalten,
den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung stehen.

Das ALG I beträgt 67% Ihres Nettolohns, wenn Sie Kinder haben, und 60% ohne Kinder. Die Dauer des ALG I beträgt normalerweise zwischen sechs und zwölf Monaten und ist davon abhängig, wie lange Sie innerhalb der letzten zwei Jahre gearbeitet haben. Personen ab 50 Jahre können künftig bis zu bis zu 15 Monate, Personen ab 55 Jahre bis zu 18 Monate und Personen ab 58 Jahre bis zu 24 Monate lang ALG I erhalten, wenn Sie Beschäftigungszeiten bis zu vier Jahren vorweisen können. Liegt Ihr Anspruch auf ALG I niedriger als der ALG II, wird dieses ergänzend gezahlt.

→ Um ALG I zu erhalten, müssen Sie sich bei der Arbeitsagentur Arbeit suchend melden. Dafür haben Sie, wenn Sie von Ihrer Kündigung bzw. dem Ende Ihres Arbeitsverhältnisses erfahren, nur drei Tage Zeit (§ 122 SGB III). Melden Sie sich später, müssen Sie damit rechnen, dass Ihnen die Leistungen für die ersten sieben Tage gestrichen werden (§ 128 SGB III). ALG I wird nicht rückwirkend gezahlt, sondern frühestens ab dem Tag Ihrer Meldung als Arbeit suchend.

Arbeitslosengeld II (ALG II)

Das ALG II, umgangssprachlich auch „Hartz IV“ genannt, erhalten Sie auch, wenn Sie noch nie gearbeitet haben. Es kommt auch nicht darauf an, ob Sie einen eingeschränkten Arbeitsmarktzugang haben oder ohne Einschränkungen arbeiten dürfen.

Das ALG II besteht aus einem Regelsatz für Ernährung, Kleidung, Hausrat und persönliche Bedürfnisse sowie eventuell einem Zuschuss wegen Mehrbedarfs. Zusätzlich werden die Kosten für Unterkunft und Heizung übernommen. Sie erhalten diese Leistung, wenn Ihr Einkommen und Vermögen nicht ausreicht.

Wenn Sie Arbeitseinkommen oder Vermögen haben, wird dies zum großen Teil angerechnet. Bis zu 150 Euro im Lebensjahr, mindestens jedoch 3.100 € pro Person, zuzüglich 750 € pro Person dürfen Sie besitzen. Ein Freibetrag von 3.750 € gilt auch für jedes Kind. In diesem Fall erhalten Sie weniger oder gar kein ALG II. Wohnen Sie mit anderen, zum Beispiel Großeltern oder Partner/in, zusammen, dann vermutet das Sozialamt, dass Sie gemeinsam wirtschaften, und rechnet das Einkommen aller Haushaltsangehörigen zusammen. Folgende Leistungen werden gewährt:

Regelsatz (Seit Juli 08)	Alleinstehende/ Alleinerziehende	Volljährige Partner	Haushaltsangehörige 0 bis 13 Jahre	Haushaltsangehörige ab 14 Jahre
in %	100 %	90 %	60 %	80 %
in €	351 €	316 €	211 €	281 €

Der Regelsatz für eine allein stehende Person oder den Haushaltsvorstand beträgt derzeit 351 Euro monatlich. Volljährige Haushaltsangehörige (also in der Regel der/die Partner/in und erwachsene Kinder) erhalten 316 Euro, Kinder ab 14 Jahren 281 Euro, Kinder bis einschließlich 13 Jahre 211 Euro.

Einen Mehrbedarfzuschuss gibt es für Alleinerziehende, die ein Kind unter 7 Jahren oder mehrere Kinder unter 16 Jahren haben (126 Euro). Alternativ dazu erhalten Sie einen Mehrbedarfzuschlag von 42 Euro pro Kind, falls Ihre Kinder nicht die oben genannten Altersgrenzen erfüllen. Die Höchstgrenze für den Mehrbedarfzuschlag für alle Kinder beträgt 211 Euro. Werdende Mütter erhalten 60 Euro Mehrbedarfzuschlag, falls sie ohne Partner leben, oder 54 Euro, falls sie mit Partner leben. Auch Menschen mit Behinderung oder einer Erkrankung, die eine kostenaufwändige Ernährung erfordert, können oft einen Mehrbedarfzuschlag beanspruchen.

Daneben können Sie in wenigen Fällen einen Antrag auf „einmalige Beihilfen“ stellen, insbesondere für die erste Möblierung einer Wohnung und die Erstausrüstung eines Babys oder nachgezogenen Kindes, sowie für mehrtägige Klassenfahrten von Schüler/innen. Unter bestimmten Bedingungen kann das Sozialamt auch Mietschulden als „einmalige Beihilfe“ übernehmen.

Zu den Kosten für die Unterkunft gehören Miete, Heiz- und Betriebskosten. Auch wenn nach der jährlichen Abrechnung Nachzahlungen fällig werden, werden diese vom Sozialamt übernommen. Ebenso die Kosten für mietvertraglich vorgeschriebene Renovierungen (ggf. jedoch in Eigenarbeit, d.h. nur die Materialkosten). Die Mietkosten sind allerdings begrenzt: In Abhängigkeit von der Zahl der Familienmitglieder und den örtlichen Gegebenheiten erstattet das Sozialamt die Miete nur bis zu einer Höchstgrenze. Wenn beispielsweise ein Jugendlicher aus Ihrer Wohnung auszieht, kann es geschehen, dass das Sozialamt nicht mehr sämtliche Mietkosten bezahlt und Sie auffordert, sich eine kleinere Wohnung zu suchen. Arbeitslose junge Menschen unter 25 Jahren, die aus der Wohnung der Eltern ausziehen, erhalten keine soziale Unterstützung für die Wohnung und nur noch 80 Prozent des Arbeitslosengeldes II, wenn die Arbeitsagentur dem Auszug nicht vorher zugestimmt hat (§ 22 Abs. 2 a SGB II, § 20 Abs. 2 a SGB II).

→ Erkundigen Sie sich bei einer Beratungsstelle oder beim Mieterverein, bis zu welcher Höhe das Sozialamt die Miete für eine Wohnung für Sie und Ihre Familie übernehmen muss.

Soziale Leistungen im Alter, bei Erwerbsunfähigkeit und Krankheit

Alte Menschen ab 65 Jahren und Erwerbsunfähige haben keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II. Wenn Sie 65 Jahre oder älter sind, oder dauerhaft nicht in der Lage sind zu arbeiten, erhalten Sie

nach dem Vierten Kapitel des SGB XII die so genannte „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“. Sind Sie nur vorübergehend krank (länger als sechs Monate, jedoch nicht auf Dauer) und stehen dem Arbeitsmarkt nicht als Arbeitssuchender zur Verfügung, erhalten Sie soziale Leistungen nach dem dritten Kapitel des SGB XII.

→ Besprechen Sie mit Ihrem Rechtsanwalt oder Ihrer Rechtsanwältin, welche rechtlichen Folgen der Bezug von Leistungen nach dem SGB XII für Ihren Aufenthalt oder den Sie Ihrer Familie hat.

Die Leistungen sind in beiden Fällen im Wesentlichen gleich. Sie umfassen in Niedersachsen derzeit:

Regelsatz (Seit Juli 08)	Alleinstehende/ Alleinerziehende	Volljährige Partner	Haushaltsangehörige 0 bis 13 Jahre	Haushaltsangehörige ab 14 Jahre
in %	100 %	90 %	60 %	80 %
in €	351 €	316 €	211 €	281 €

Zusätzlich übernimmt das Sozialamt die Kosten für Unterkunft und Heizung. Bezahlt wird die „angemessene“ Miete für eine Wohnung, jedoch nicht die Kosten für Haushaltsenergie (Strom für Licht, Warmwasser, Kochen).

→ Erkundigen Sie sich bei einer Beratungsstelle oder beim Mieterverein, bis zu welcher Höhe das Sozialamt die Miete für eine Wohnung für Sie (und Ihre Familie) übernehmen muss.

In bestimmten Lebenslagen erhöhen sich die Regelsätze (bei Alleinerziehenden, bei Schwangeren ab der 13. Woche; bei Kranken, die sich in besonderer Weise ernähren müssen; bei Schwerbehinderten mit dem Ausweis G oder Bestehen einer Schwangerschaft ab der 12. Woche).

Zusätzlich kann man auf Antrag einmalige Beihilfen erhalten, zum Beispiel für die Erstausrüstung des neuen Babys oder eine mehrtägige Klassenfahrt.

Anstelle der bisher vom Sozialamt gewährten Krankenscheine erhalten Sie auf Kosten des Sozialamts eine Krankenversichertenkarte (Chipkarte) von einer gesetzlichen Krankenkasse Ihrer Wahl. Sie haben damit einen uneingeschränkten Anspruch auf Krankenbehandlung wie deutsche Versicherte auch.

10.5 Medizinische Versorgung

Sie haben Anspruch auf alle Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung im gleichen Umfang wie Deutsche. Als Mitglied einer gesetzlichen Krankenkasse erhalten Sie eine Krankenversicherungskarte, die Sie bei jedem Arztbesuch vorzeigen müssen. Wenn Sie Sozialleistungen nach SGB XII beziehen, erhalten Sie über die Krankenkasse im Fall Ihrer

Pflegebedürftigkeit allerdings keine Leistungen der Pflegeversicherung, sondern müssen sich dafür an das Sozialamt wenden. Von den Krankenkassen nicht bezahlt werden Brillen und nicht verschreibungspflichtige Medikamente, Dolmetscher- und Fahrtkosten. Ausnahmen gelten für Kinder.

→ Wenn Sie mit einer Entscheidung der Krankenkasse nicht einverstanden sind, legen Sie schriftlich „Widerspruch“ ein. Der Widerspruch richtet sich dann direkt an die Krankenkasse (nicht mehr ans Sozialamt). Außerdem können Sie eine Klage und gegebenenfalls einen Eilantrag an das Sozialgericht schicken.

→ Wenn Sie Leistungen nach SGB XII beziehen, können Sie bestimmte laufend benötigte Dinge, die die Krankenkasse nicht zahlt, beim Sozialamt als „vom Regelfall abweichenden Lebensunterhaltsbedarf“ beantragen (§ 28 Abs. 1 Satz 2 SGB XII).

Sie sind nach dem Gesetz zu bestimmten Zuzahlungen verpflichtet. Dazu gehören die Praxisgebühr beim Zahnarzt und Arzt (je 10 Euro im Quartal) und eine Beteiligung an Medikamenten (pro Medikament bis zu 10 Euro in der Apotheke) und anderen Leistungen (zum Beispiel bei Krankenhausaufenthalten oder für spezielle, nicht von der Kasse getragene Vorsorgeuntersuchungen in der Schwangerschaft und anderes). Für Kinder und Jugendliche fallen keine Zuzahlungen an. Die Höchstgrenze für Ihre ganze Familie liegt bei 2% Ihres Bruttojahreseinkommens. Abgezogen werden Freibeträge für Ihre/n Ehepartner/in (4.536 Euro) und Kinder (je 3.864 Euro).

Beispiel: Sie sind verheiratet, haben zwei Kinder und ein Jahresbruttoeinkommen von 20.000 Euro. Abzüglich der Freibeträge sind das $20.000 - 4.536 - 2 \times 3.864 = 7.736$ Euro. In diesem Fall beträgt die Belastungsgrenze also 2% von 7.736 Euro = 154,72 Euro. Diese Belastungsgrenze gilt nicht pro Person, sondern für alle Mitglieder der Familie zusammen. Für chronisch Kranke gilt unter bestimmten, allerdings strengen Bedingungen, die Hälfte - nur 1%.

Für Empfänger von Leistungen nach SGB II und SGB XII gilt die Höchstgrenze von 2% des Regelsatzes. Das heißt: 2% von 12×351 Euro = 84,24 Euro pro Jahr. Der Betrag gilt nicht pro Person, sondern für alle Mitglieder der Familie zusammen. Für chronisch Kranke gilt unter bestimmten Bedingungen eine Grenze von 1% = 42,12 Euro pro Jahr.

→ Um Mehrfachzahlungen der Praxisgebühr zu vermeiden, lassen Sie sich eine Quittung ausstellen. Wenn Sie in einem Quartal zu verschiedenen Ärzten gehen, besorgen Sie sich eine Überweisung des Arztes, bei dem Sie bereits die Gebühr für das laufende Quartal entrichtet haben. Dann müssen Sie nicht erneut zahlen.

→ Sammeln Sie alle Zuzahlungsquittungen Ihrer Familie. Wenn der Betrag von 84,24 Euro erreicht ist, muss die Krankenkasse Ihnen bescheinigen, dass Sie für den Rest des Jahres von weiteren Zuzahlungen befreit sind und Ihnen bereits zu viel gezahlte Beträge zurückzahlen. Stellen Sie dazu einen Antrag und fügen Sie die Quittungen bei.

10.6 Familienleistungen, Kinder- und Jugendhilfe

Kindergeld

Dieser Anspruch besteht bereits ab Rechtskraft der Flüchtlingsanerkennung. Rechtskräftig ist Ihre Anerkennung - auch dann, wenn Sie noch keinen GFK-Pass mit Aufenthaltserlaubnis erhalten haben:

- mit dem positiven Bescheid des Bundesamtes;
- wenn die Klagefrist gegen ein positives Gerichtsurteil verstrichen ist.

→ Beantragen Sie das Kindergeld bei der Familienkasse der staatlichen Agentur für Arbeit (Arbeitsamt) und legen Sie eine Kopie Ihres Anerkennungsbescheides bei. Das Formular finden Sie auch im Internet, zum Beispiel http://www.bund.de/nn_174760/DE/BuB/A-Z/F-wie-Familie/Formulare-fuer/Formulare-fuer-knoten,param=nc_253D1.html__nnn=true?FormId=319790&exactPhrase=kindergeld

→ Wenn Ihre Anerkennung schon länger zurück liegt, können Sie Kindergeld für bis zu vier Jahren rückwirkend beantragen. Eine rückwirkende Beantragung kommt auch dann in Frage, wenn Sie aufgrund einer Ausnahmeregelung für Bürger/innen aus der Türkei, Tunesien, Algerien, Marokko oder den jugoslawischen Nachfolgestaaten bereits vor Ihrer Anerkennung Anspruch auf Kindergeld hatten (zu den Ausnahmeregelungen lesen Sie bitte im Kapitel für Menschen mit Aufenthaltsgestattung den Abschnitt 7.6 „Kindergeld“)

→ Wenn Sie Sozialleistungen beziehen, wird das Kindergeld mit den Sozialleistungen verrechnet. Das heißt, am Ende haben Sie wahrscheinlich gar nicht mehr Geld. Trotzdem ist es sinnvoll, den Kindergeldantrag zu stellen. Denn der Bezug von Kindergeld gilt nicht als Sozialleistung und Sie haben so leichter die Möglichkeit, Ihr Leben selbst zu finanzieren. Für die Einbürgerung oder weil Sie die Flüchtlingsanerkennung auch durch einen Widerruf wieder verlieren könnten, kann es wichtig sein, den Lebensunterhalt ohne Sozialleistungen zu sichern. Sie beantragen das Kindergeld bei der Familienkasse der Agentur für Arbeit.

Kinderzuschlag

Wenn Sie über ein geringes Einkommen verfügen oder Arbeitslosengeld I beziehen, aber ansonsten keine Sozialleistungen erhalten, können Sie versuchen, zusätzlich zum Kindergeld einen Kinderzuschlag zu beantragen (§ 6a Bundeskindergeldgesetz). Voraussetzung für die Gewährung ist allerdings, dass Sie kindergeldberechtigt sind (siehe vorheriger Abschnitt). Mit dem Kindergeldzuschlag soll vermieden werden, dass Geringverdienende Leistungen nach SGB II beantragen müssen. Der Kinderzuschlag beträgt maximal 140,- Euro monatlich pro Kind. Der Kinderzuschlag ist bei der Agentur für Arbeit zu beantragen.

Unterhaltsvorschuss

Hierbei handelt es sich um einen staatlichen Zuschuss, der einem alleinerziehenden Elternteil für bis zu sechs Jahren gezahlt wird, wenn der andere Elternteil (in der Regel der Vater) seiner Verpflichtung, für das Kind Unterhalt zu zahlen, nicht nachkommt. Der Unterhaltsvorschuss beträgt 117 € monatlich für Kinder unter 6 Jahren und 158 € monatlich für ältere Kinder unter 12 Jahren.

Die Bedingungen für den Unterhaltsvorschuss sind die gleichen wie beim Kindergeld: Flüchtlinge mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 1 oder Abs. 2 AufenthG haben per Gesetz Anspruch

auf Unterhaltsvorschuss (§ 1 Abs. 2 a UhVorschG). Dieser Anspruch wird daran festgemacht, dass Sie eine Aufenthaltserlaubnis haben, die zu einer Erwerbstätigkeit berechtigt.

→ Unterhaltsvorschuss beantragen Sie beim Jugendamt. Das Amt holt sich das Unterhaltsgeld vom nicht zahlenden Elternteil wieder zurück, wenn dieser über ausreichendes Einkommen verfügt.

→ Jugendämter lehnen Anträge, die sich auf die genannten Ausnahmeregelungen beziehen, zunächst regelmäßig ab! Legen Sie dagegen mit Hilfe einer Beratungsstelle unbedingt Widerspruch und, wenn nötig, Klage beim Verwaltungsgericht ein.

Elterngeld

Elterngeld gibt es für Kinder ab der Geburt. Dabei ersetzt der Staat einem Elternteil 67 Prozent des durch die Geburt und Kinderbetreuung wegfallenden Arbeitseinkommens, maximal 1.800 Euro im Monat. Elterngeld wird an den das Kind betreuenden Elternteil für maximal 12 Monate gezahlt. Wenn auch der andere Elternteil zwei Monate oder länger für die Betreuung zuständig ist, wird das Elterngeld um zwei Monate auf maximal 14 Monate verlängert.

Elterngeld können Sie für Kinder erhalten, die ab 1.1.2007 geboren werden. Flüchtlinge mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 1 oder Abs. 2 AufenthG haben per Gesetz Anspruch auf Elterngeld (§ 1 Abs. 7 BEEG). Dieser Anspruch wird daran festgemacht, dass Sie eine Aufenthaltserlaubnis haben, die zu einer Erwerbstätigkeit berechtigt.

Sie stellen den Antrag auf Elterngeld beim Jugendamt oder der Elterngeldstelle ihrer Stadt oder Ihres Landkreises. Das Formular, eine Liste der zuständigen Stellen in Niedersachsen und weitere Informationen gibt es im Internet unter

http://www.ms.niedersachsen.de/master/C29974090_N8150_L20_D0_I674.

10.7 Deutschkurs, Kindergarten, Schule, Studium

Deutschkurse

Seit 2005 gibt es in Deutschland ein einheitliches Konzept für einen so genannten „Integrationskurs“ für Personen mit dauerhafter Aufenthaltsperspektive. Der Integrationskurs besteht hauptsächlich aus Deutschunterricht (in der Regel 600 Unterrichtsstunden), zusätzlich wird Alltagswissen und Wissen über die Rechtsordnung, Kultur und Geschichte Deutschlands vermittelt (45 Unterrichtsstunden). Es gibt zudem spezielle Kurse für besondere Zielgruppen. So gibt es Kurse für Analphabeten sowie für „Schnelllerner“, denen das Tempo im normalen Integrationskurs zu langsam ist.

Am Schluss des Integrationskurses steht ein Abschlusstest, bei dem die Teilnehmer/innen das „Zertifikat Deutsch“ erhalten können, das unter anderem die Einbürgerung erleichtert. Integrationskurse werden vor Ort von vielen verschiedenen Trägern durchgeführt und zentral vom BAMF organisiert.

Anerkannte Flüchtlinge haben einen Anspruch auf Teilnahme am Integrationskurs, wenn Sie nach dem 1.1.2004 eingereist sind (§ 44 AufenthG, § 4 IntV). Sind Sie vorher eingereist, können Sie einen Antrag stellen, um einen noch freien Platz zu erhalten. Keinen Anspruch auf Teilnahme

haben Sie, wenn Sie in Deutschland zur Schule gehen oder eine schulische Ausbildung machen. Wenn Sie nur wenige Kenntnisse über die deutsche Sprache haben, kann die Ausländerbehörde Sie verpflichten, an einem Integrationskurs teilzunehmen.

Die Ausländerbehörde sollte Ihnen nach Ihrer Anerkennung Informationen über die Integrationskurse und eine Liste mit den in Ihrer Region zugelassenen Sprachkursanbietern aushändigen. Wenn Sie sich direkt bei einem Anbieter anmelden, müssen Sie eine Bescheinigung der Ausländerbehörde vorlegen, dass Sie zur Teilnahme berechtigt sind. Eine Liste der Anbieter, das Anmeldeformular und weitere Informationen erhalten Sie auch auf der Homepage des BAMF: http://www.bamf.de/clin_042/nn_566316/DE/Integration/integration-node.html__nnn=true.

Für die Teilnahme am Integrationskurs müssen Sie pro Unterrichtsstunde 1,- Euro Beitrag leisten, das heißt derzeit in der Regel 645,- Euro, zahlbar in verschiedenen Etappen (§ 9 *IntV*). Erhalten Sie Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe, können Sie sich vom Kursbeitrag befreien lassen. Dazu müssen Sie einen Antrag stellen. Das Formular dafür erhalten Sie bei der Ausländerbehörde, den Kursträgern oder auf der Homepage des BAMF.

Der erfolgreiche Deutschtest im Integrationskurs reicht nicht aus, um zum Studium in Deutschland zugelassen zu werden. Dafür gibt es spezielle Aufbaukurse, für die Sie gegebenenfalls auch ein Stipendium erhalten können. Näheres siehe in diesem Kapitel den Abschnitt „*Studium*“.

Kindergarten

Sobald ein Kind drei Jahre alt ist, hat es in Deutschland einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz (§ 24 *SGB VIII*). Bei geringem Einkommen sind die Kosten dafür ganz oder teilweise vom Jugendamt zu tragen (§ 90 *Abs. 2 und 3 SGB VIII*). Nach dem Niedersächsischen Regierungsprogramm zur Integration und den Grundsätzen für Kindertagesstätten soll Ihr Kind im Kindergarten eine Förderung in der deutschen Sprache erhalten und so besser auf einen Schulbesuch vorbereitet werden.

→ Melden Sie Ihr Kind frühzeitig für einen Kindergartenplatz an. Dort wird ihr Kind eine erheblich bessere Förderung in der deutschen Sprache erhalten und so besser auf einen Schulbesuch vorbereitet werden als im Wohnheim oder zuhause. Wenden Sie sich bei Problemen mit dem Kindergartenplatz an eine Beratungsstelle.

Schule

Alle in Niedersachsen lebenden Kinder haben das Recht und die Pflicht, eine Schule zu besuchen und regelmäßig am Unterricht teilzunehmen (§ 63 *NSchG*). Die Schulpflicht beginnt für Kinder, die bis zum 30. Juni eines Jahres sechs Jahre alt geworden sind, mit dem nächsten beginnenden Schuljahr (§ 64 *NSchG*). Das Einschulungsalter ist aber auch abhängig von der körperlichen und geistigen Entwicklung Ihres Kindes. Unter Umständen kann der Schuleintritt Ihres Kindes ein Jahr zurückgestellt werden. Deshalb werden alle Kinder vor dem Schuleintritt vom Amtsarzt untersucht. Bei fehlenden Deutschkenntnissen können die Kinder verpflichtet werden, vor Schuleintritt an besonderen Sprachfördermaßnahmen teilzunehmen (§ 54 *a NSchG*). Schon eingeschulte Schülerinnen und Schüler mit schlechten Deutschkenntnissen sollen besonderen Deutschunterricht erhalten. Die Schulpflicht endet in der Regel nach 12 Jahren des Schulbesuchs.

- Fragen Sie gegebenenfalls im Kindergarten oder in der Schule nach, ob es Fördermöglichkeiten für Ihr Kind gibt. In vielen Schulen wird auch muttersprachlicher Unterricht, Hausaufgabenhilfe und anderes angeboten.
- Wenn Sie nur über ein geringes oder gar kein Einkommen verfügen und mit dem Schulbesuch besondere Kosten verbunden sind, zum Beispiel für den Fahrtweg, für Klassenfahrten oder sonstiges, können Sie das Geld dafür beim Sozialamt auf der Grundlage von § 27 SGB XII beantragen. Bei einer Ablehnung haben Sie die Möglichkeit, Widerspruch zu erheben und Klage beim Sozialgericht einzulegen. Lassen Sie sich gegebenenfalls von einer Beratungsstelle unterstützen.

Studium

Mit einer Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis steht es Ihnen frei, in Deutschland zu studieren. Die formale Zugangsvoraussetzung für den Besuch einer Universität oder Fachhochschule ist die allgemeine **Hochschulreife**/Abitur (bei einer Universität) oder die **Fachhochschulreife**/Fachabitur (bei einer Fachhochschule) oder eine als gleichwertig anerkannte Schulausbildung im Herkunftsland. Wenn Ihre Schulausbildung nicht als (Fach-)hochschulreife anerkannt ist, können Sie über das erfolgreiche Ablegen der „Feststellungsprüfung“ zur Studieneignung die Zugangsberechtigung erwerben. Dafür müssen Sie in der Regel bei der Hochschule einen einjährigen Vorbereitungskurs („Studienkolleg“) absolvieren. Bei Kunst- und Musikhochschulen können Sie unter Umständen auch ohne Abitur studieren, wenn Sie besondere künstlerische Fähigkeiten haben. In manchen anderen Studiengängen genügt auch ein Nachweis über bestimmte berufliche Vorbildungen (zum Beispiel Meisterprüfung).

- Ob Ihre Hochschulzugangsberechtigung der deutschen gleichwertig ist, können Sie in der Datenbank der Kultusminister-Konferenz www.anabin.de abfragen.
- Genauere Informationen zur Studienzulassung erhalten Sie beim Deutschen Akademischen Austauschdienst DAAD (www.daad.de) oder bei den akademischen Auslandsämtern / Studentensekretariaten der Universitäten und Fachhochschulen. Die Adressen aller deutschen Hochschulen sowie Infos zu den angebotenen Studienfächern und Abschlüssen finden Sie unter <http://www.studienwahl.de>.

Zweite Studienvoraussetzung ist der Nachweis von **deutschen Sprachkenntnissen**: Dazu müssen Sie in der Regel die „Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang ausländischer Studienberechtigter (DSH)“ ablegen. Bestimmte andere Nachweise (Goethe-Sprachdiplom, Test Deutsch als Fremdsprache für ausländische Studienbewerber „TestDaF“ und andere) werden ersatzweise anerkannt. Deutschkurse, die zur Vorbereitung auf das Studium dienen, werden unter anderem von der Otto-Benecke-Stiftung angeboten und durch die Vergabe von Stipendien zum Teil sogar finanziert (lesen Sie dazu weiter unten „*Otto-Benecke-Stiftung*“).

Das größte Problem dürfte für Sie die **Finanzierung** eines Studiums sein. Als Student/in müssen Sie nicht nur Ihren Lebensunterhalt sichern, sondern auch eine Krankenversicherung nachweisen. Studierende bis zum 14. Semester, maximal bis zum 30. Lebensjahr, können sich über die gesetzliche Krankenversicherung für etwa 56 Euro pro Monat versichern. Studierende über 30 Jahre werden von der gesetzlichen Krankenversicherung nicht aufgenommen und müssen eine private Krankenversicherung abschließen. Hinzu kommen die Studiengebühren, die in Niedersachsen 500 € pro Semester betragen, die Kosten für ein Semesterticket sowie weitere Gebühren von 100 bis 150 Euro im Semester).

Das Sozialgesetzbuch verbietet den Bezug von Sozialleistungen zum Zweck der Finanzierung eines Studiums. Nur in besonderen Härtefällen können die Leistungen (ggf. als Darlehen) gewährt werden. Wenn Sie dem Sozialamt verschweigen, dass Sie studieren, und die Behörde dies später erfährt, wird die Sozialhilfe wieder zurückgefordert. Wenn Sie studieren wollen, ohne Sozialleistungen zu beziehen, brauchen Sie also eine Arbeitsgenehmigung und eine Arbeit, mit der Sie sich vollständig selbst finanzieren können, oder andere Finanzierungsquellen. Dabei müssen Sie nicht unbedingt Ihre ganze Familie finanzieren: Ihr/e Partner/in und Kinder können, auch wenn Sie studieren, gegebenenfalls Anspruch auf Sozialleistungen haben.

Eine Finanzierungsmöglichkeit ist die Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (**BAföG**). Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge haben aufgrund ihres Aufenthaltstatus bzw. ihrer Flüchtlingsanerkennung grundsätzlich Anspruch auf BAföG. Sie wird regelmäßig aber nur für Studierende gewährt, die bei Beginn des Studiums unter 30 Jahre alt sind und noch kein anderes Studium abgeschlossen haben. Sind Sie 30 oder älter, können Sie BAföG auch erhalten, wenn Sie Ihre Ausbildung im Herkunftsland aufgrund Ihrer Situation nicht möglich war und Sie das Studium nach Wegfall des Hindernisses unverzüglich aufnehmen, also in der Regel so bald wie möglich nach der Flüchtlingsanerkennung. Gibt es wichtige persönliche Gründe dafür, später das Studium zu beginnen, können Sie versuchen, diese geltend zu machen und eine Förderung auch dann zu beantragen, wenn Sie die Altersgrenze überschritten haben. Wenn Sie die Hochschulzugangsberechtigung erst in Deutschland auf dem zweiten Bildungsweg (Abendschule oder anderes) erwerben und direkt im Anschluss studieren, gilt die Altersgrenze von 30 Jahren ebenfalls nicht.

Um Ihr Studium zu finanzieren, sollten Sie prüfen, ob Stiftungen für die (Teil-)Finanzierung in Frage kommen. Es gibt einige Stiftungen und Programme, über die man unter bestimmten Voraussetzungen ein **Stipendium** bekommen kann. Meist werden eine besondere Begabung und sehr gute Studienleistungen vorausgesetzt, aber auch materielle Bedürftigkeit und gesellschaftliches Engagement können Kriterien bei der Vergabe von Stipendien sein. Im Internet finden Sie unter <http://www.bildungserver.de/zeigen.html?seite=427> eine Übersicht und weiterführende Links.

Spezielle Förderprogramme für ausländische Studierende sind meist auf Menschen beschränkt, die zum Zweck des Studiums nach Deutschland einreisen durften und danach wieder zurückkehren wollen. Nur wenige Stiftungen sind ausdrücklich auch für Flüchtlinge gedacht.

Die **Otto-Benecke-Stiftung** ist eine Stiftung der Bundesregierung und bietet für alle anerkannten Flüchtlinge Deutschkurse, Prüfungsvorbereitungskurse, Orientierungsmaßnahmen, Berufsberatung und anderes mehr an.

Bei der Otto-Benecke-Stiftung können anerkannte Flüchtlinge auch vor Beginn des Studiums ein Stipendium für einen Deutschkurs erhalten. Dieser Deutschkurs (die Förderung über den so genannten „Garantiefonds“) dauert insgesamt sechs Monate (zwei Kursstufen mit je drei Monaten). Am Ende kann der für ein Studium notwendige Deutschtest TestDaF abgelegt werden. Sie erhalten dann das Geld für das Lehrmaterial, eine Eingliederungspauschale, gegebenenfalls Mittel für Nachhilfeunterricht und unter Umständen auch Unterkunfts- und Lebenshaltungskosten bis zu mehreren hundert Euro monatlich. Ein erster Antrag auf Förderung muss innerhalb eines Jahres nach Erhalt des Reiseausweises gestellt werden. Die Deutschkursförderung gilt für alle anerkannten Flüchtlinge.

Die Studienförderung der Otto-Benecke-Stiftung (das so genannte Akademikerprogramm) wird aber bislang nur anerkannten Flüchtlingen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 1 AufenthG und nicht Flüchtlingen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 2 AufenthG gewährt. In Zukunft sollen

alle anerkannten Flüchtlinge bei der Stipendienvergabe berücksichtigt werden können, dies verhandelt aber die Stiftung derzeit noch mit dem dafür zuständigen Bildungsministerium - fragen Sie gegebenenfalls noch einmal nach.

Auch die weiteren Voraussetzungen für ein Stipendium von der Otto-Benecke-Stiftung sind hoch: Um als Student/in gefördert zu werden, muss man bereits im Herkunftsland ein Hochschulstudium abgeschlossen haben, dessen Abschluss hier jedoch nicht oder nur teilweise anerkannt wird oder nicht zur Ausübung eines Berufes ausreicht. Außerdem muss man zwischen 30 und 50 Jahren alt sein und der Antrag auf Förderung muss innerhalb eines Jahres nach Ausstellung der Aufenthaltserlaubnis gestellt werden. Nur in Ausnahmefällen und auch nur, wenn die Einreise nach Deutschland noch nicht länger als drei Jahre zurück liegt, kann ein Antrag auch nach Ablauf eines Jahres gestellt werden. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter <http://www.obs-ev.de>. Zwei Beratungsstellen der Stiftung gibt es in Niedersachsen, in denen Sie sich auch zu sonstigen Fragen der Berufsfindung beraten lassen können:

<p>OBS e.V. Beratungsstelle Alexanderstr. 3 30159 Hannover Tel.: 0511/32 85 26 Fax: 0511/32 81 87 E-mail: obs.hannover@obs-ev.de</p>	<p>OBS e.V. Beratungsstelle Reinhäuser Landstr. 57 37083 Göttingen Tel.: 0551/77 03 777 Fax: 0551/50 77 44 E-Mail: obs.goettingen@obs-ev.de</p>
--	---

11. Flüchtlinge mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 III AufenthG (subsidiärer Schutz)

11.1 Aufenthaltsrechtliche Situation

Die Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG soll erteilt werden, wenn das Bundesamt ein Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 2, Abs. 3, Abs. 5 oder Abs. 7 AufenthG festgestellt hat. Durch die Entscheidung des Bundesamtes oder des Verwaltungsgerichtes sind Sie vor einer Abschiebung rechtlich geschützt.

Keine Aufenthaltserlaubnis erhalten Personen, die aus bestimmten Gründen eine Gefahr für die Sicherheit darstellen. Das sind Personen, die

- ein Verbrechen gegen den Frieden, ein Kriegsverbrechen oder ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben,
- eine Straftat von erheblicher Bedeutung begangen haben,
- sich an terroristischen Handlungen beteiligt oder diese unterstützt haben oder
- eine Gefahr für die Allgemeinheit oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland darstellen.

Wer aus diesen Gründen keine Aufenthaltserlaubnis bekommt, kann aber trotzdem nicht abgeschoben werden. Er erhält eine Duldung (siehe Kapitel 12).

Der Wortlaut des § 25 Abs. 3 AufenthG sieht außerdem vor, dass keine Aufenthaltserlaubnis erhält, wem die Ausreise in einen anderen Staat möglich und zumutbar ist. Ihre Ausreise in einen Drittstaat kann beispielsweise möglich und zumutbar sein wenn Ihr Ehegatte aus diesem Staat kommt und Sie dort einen sicheren, dauerhaften Aufenthalt nehmen können. Sie ist nicht zumutbar, wenn Sie sich nur vorübergehend in dem Drittstaat aufhalten können.

Das Gleiche gilt für Personen, die entsprechende Mitwirkungspflichten nicht erfüllen, also sich etwa nicht um eine Aufenthaltserlaubnis in dem Staat bemühen, obwohl sie gute Aussichten darauf haben. Diese Regelung betrifft aber nur die Ausreise in einen Drittstaat, also nicht in den Staat, für den Abschiebungshindernisse festgestellt wurden.

→ Sollte Ihnen die Ausländerbehörde die Aufenthaltserlaubnis mit der Begründung verweigern, Sie könnten freiwillig in Ihren Herkunftsstaat ausreisen, so ist das rechtswidrig. Sie sollten unbedingt dagegen vorgehen. Wenden Sie sich an einen Rechtsanwalt, eine Rechtsanwältin oder eine Beratungsstelle.

Entgegen den Wortlaut von § 25 Abs. 3 AufenthG kann nicht auf die Ausreise in einen Drittstaat verwiesen werden, wenn ein Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 2, Abs. 3 oder Abs. 7 Satz 2 AufenthG festgestellt wurde. Das ergibt sich aus einer europäischen Richtlinie, der so genannten Qualifikationsrichtlinie.

→ Wenn bei Ihnen ein entsprechendes Abschiebungsverbot festgestellt wurde, die Ausländerbehörde Sie aber dennoch auf die Ausreise in einen Drittstaat verweist, gehen Sie dagegen vor. Wenden Sie sich an einen Rechtsanwalt, eine Rechtsanwältin oder eine Beratungsstelle.

Die Aufenthaltserlaubnis wird für mindestens ein Jahr erteilt. Sie müssen also immer einen Antrag auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis stellen. Die Ausländerbehörde prüft bei jedem Verlängerungsantrag, ob die Bedingungen noch vorliegen, die zu der Erteilung der ersten Aufenthaltserlaubnis geführt haben. Wenn die Gründe für das Abschiebungsverbot nach Auffassung der Ausländerbehörde noch vorliegen, verlängert sie die Aufenthaltserlaubnis. Hat sie daran jedoch Zweifel, fordert sie das BAMF auf zu prüfen, ob das Abschiebungsverbot noch fortbesteht. Die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis hängt dann von der Antwort des BAMF ab.

→ Beantragen Sie die Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis immer frühzeitig, das heißt *vor* ihrem Ablaufdatum (§ 81 Abs. 4 und 5 *AufenthG*). Denn dann werden Sie bis zu einer Entscheidung der Ausländerbehörde über die Verlängerung auf jeden Fall so weiter behandelt, als sei die Aufenthaltserlaubnis noch gültig. Sie erhalten in diesem Fall eine so genannte „Fiktionsbescheinigung“ (siehe dazu *Kapitel 13.1*), das heißt, Ihr bisher gültiges Aufenthaltsrecht gilt uneingeschränkt weiter bis zur Entscheidung der Ausländerbehörde über Ihren Antrag auf Verlängerung.

→ Prüfen Sie, ob und wann Sie die Bedingungen für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis erfüllen (siehe Abschnitt *Aufenthaltssicherung* in diesem Kapitel). Erst wenn Sie eine Niederlassungserlaubnis erhalten haben, haben Sie ein gesichertes Aufenthaltsrecht. Viele Einschränkungen, die für Flüchtlinge mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 *AufenthG* gelten, bestehen für Sie dann nicht mehr. Mit einer Niederlassungserlaubnis dürfen Sie unbefristet in Deutschland leben und arbeiten.

Pass

Anders als anerkannte Flüchtlinge haben Personen, bei denen Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 2, 3, 5 oder 7 *AufenthG* vorliegen, keinen Anspruch auf einen Flüchtlingspass. Sie sind daher normalerweise verpflichtet, sich um einen Pass Ihres Heimatlandes zu bemühen. Sie müssen einen Antrag bei der Auslandsvertretung ihres Heimatlandes stellen und alle zumutbaren Anforderungen der Auslandsvertretung erfüllen.

Nur wenn es ausnahmsweise nicht möglich ist, einen Pass zu erlangen, können Sie ein deutsches Reisedokument erhalten. Das kann beispielsweise der Fall sein, wenn es keine Auslandsvertretung gibt oder die Auslandsvertretung Ihnen den Pass aus Gründen verweigert, die Sie nicht zu verantworten haben (z.B. Ihre Volkszugehörigkeit). Das Gleiche gilt auch, wenn die Auslandsvertretung die Passerteilung von unzumutbaren Bedingungen abhängig macht (z.B. Schmiergeldzahlungen) oder es Ihnen aus anderen Gründen nicht zumutbar ist, den Pass zu beantragen (z.B. weil dadurch Ihre Angehörigen in Ihrem Heimatland gefährdet werden könnten).

→ Wenn Sie keinen Nationalpass erhalten können oder nicht beantragen wollen, setzen Sie sich mit einer Beratungsstelle oder einem Rechtsanwalt oder einer Rechtsanwältin in Verbindung. Dort kann man mit Ihnen zusammen prüfen, ob Sie eine Chance auf ein deutsches Reisedokument haben.

Familiennachzug

Ein Familiennachzug von Ehegatten und minderjährigen Kindern soll nach der niedersächsischen Gesetzesauslegung grundsätzlich erlaubt werden. Bedingung ist allerdings, dass Sie und Ihre Familienangehörigen keine Möglichkeit haben, in einem anderen Land (nicht im Fluchtland) als

Familie mit einem dauerhaften Aufenthaltsrecht legal zusammen zu leben - dies kann zum Beispiel binationale Paare vom Familiennachzug ausschließen.

Für den Familiennachzug müssen Ihre Angehörigen die Passpflicht erfüllen und ein Visum beantragen. Sie selbst müssen ausreichenden Wohnraum nachweisen und dürfen in der Regel weder einen Ausweisungsgrund erfüllen (z.B. schwere Straffälligkeit) noch Sozialleistungen für sich und die nachziehende Familie beziehen. Als ausreichender Wohnraum gilt in der Regel: 12 Quadratmeter für Personen ab 6 Jahren, 10 Quadratmeter für Personen unter 6 Jahren. 0-2-Jährige werden bei der Bemessung nicht mitgerechnet. Ausnahmen sind im Einzelfall möglich, die Wohnung darf bis zu 10% kleiner sein.

Sie sollten vor einer Beantragung einer Familienzusammenführung bedenken, dass die Ausländerbehörde Ihren Antrag unter Umständen zum Anlass nimmt, um beim BAMF anzufragen, ob ein Widerruf Ihres Abschiebungsverbotes möglich ist. Sofern ein Widerruf der Entscheidung des BAMF über das Vorliegen Ihres Abschiebungsverbotes droht oder eingeleitet ist, wird der Antrag auf Familienzusammenführung erst einmal nicht bearbeitet.

- Überlegen Sie sich, ob Ihr Antrag auf Familiennachzug ein Widerrufsverfahren in Gang setzen könnte, und besprechen Sie sich vorher mit einem Anwalt oder einer Anwältin.
- Sobald Sie im Besitz einer Niederlassungserlaubnis sind, haben Sie ein Aufenthaltsrecht, das unbefristet gilt. Es besteht also auch dann fort, wenn ein Widerruf Ihres Abschiebungsverbotes erfolgen sollte - sofern keine sonstigen Ausweisungsgründe vorliegen. Ein Antrag auf Familiennachzug kann dann keine nachteiligen Folgen mehr für Sie haben.

Ist der Familienangehörige, der nachziehen will, bereits früher einmal aus Deutschland oder einem anderen EU-Staat ausgewiesen, an der Grenze zurückgeschoben oder abgeschoben worden, wird gegen die Person eine Wiedereinreisesperre verhängt. Ein Familiennachzug ist dann nur möglich, wenn man erfolgreich einen Antrag auf Befristung der Wiedereinreisesperre stellt, diese Zeit abwartet und mit einem gültigen Visum zum Zweck der Familienzusammenführung einreist. Die Ausländerbehörde macht vor der Entscheidung über die Befristung zur Bedingung, dass vorher die Abschiebungskosten bezahlt werden. Erst danach können die Familienangehörigen bei der deutschen Botschaft im Ausland ein Visum für die Einreise erhalten.

Grundsätzlich ist der Familiennachzug nur für verheiratete Partner/innen sowie Eltern mit ihren minderjährigen Kindern möglich. Ausgeschlossen sind unverheiratete Partner/innen. Zu den Kindern gehören auch Adoptiv-, Stief- oder Pflegekinder. Der/die gleichgeschlechtliche Lebenspartner/in zählt nach niedersächsischer Auslegung des Gesetzes nur dann dazu, wenn die Lebenspartnerschaft schon im Ausland vom Staat anerkannt oder registriert wurde.

Nach dem Gesetz kann auch anderen Familienangehörigen (z.B. Geschwistern, Eltern bereits erwachsener Kinder, entfernteren Verwandten) der Familiennachzug erlaubt werden, wenn eine „besondere Härte“ im Einzelfall vorliegt, also zum Beispiel wenn diese Familienangehörigen aufgrund besonderer Lebensumstände (Krankheit, Alter) auf eine unmittelbare Lebenshilfe durch ihre Verwandten angewiesen sind. Nach der niedersächsischen Auslegung soll der Familiennachzug aber für „sonstige Angehörige“ von Menschen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG nicht möglich sein.

Ein **Anspruch** auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach dem Aufenthaltsgesetz - unabhängig davon, ob es um Nachzug aus dem Ausland geht oder um ein Aufenthaltsrecht für bereits hier Lebende - entsteht für Ihre/n **Ehepartner/in** erst, wenn Sie eine Niederlassungserlaubnis erhalten.

Minderjährige Kinder teilen in der Regel das aufenthaltsrechtliche Schicksal ihrer Eltern, sofern sie noch keine Niederlassungserlaubnis besitzen.

Nach dem Europarecht muss allerdings der Familienverband gewahrt werden: Ehegatten und Kinder sollten deshalb auch eine Aufenthaltserlaubnis erhalten.

→ Beantragen Sie so früh wie möglich eine Niederlassungserlaubnis (siehe Abschnitt *Aufenthaltssicherung* in diesem Kapitel). Jugendliche und junge Erwachsene erhalten unter Umständen unter erleichterten Bedingungen eine Niederlassungserlaubnis.

Aufenthaltsrecht von Familienangehörigen

Unter dem Begriff des Familiennachzugs regelt das Gesetz nicht nur die Erteilung eines Aufenthaltstitels für im Ausland lebende Familienangehörige, sondern auch das Aufenthaltsrecht von Angehörigen, die bereits in Deutschland sind. Angehörige, die sich in Deutschland befinden und behördlich registriert sind, können eine Aufenthaltserlaubnis nach einem der §§ 27 bis 36 *AufenthG* erhalten. Oft erhalten Ihre hier lebenden Familienmitglieder auch eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 *AufenthG*. Bedingung ist in beiden Fällen, dass die Familie nicht in einem Drittland legal zusammenleben könnte. Sie müssen ausreichenden Wohnraum nachweisen und dürfen in der Regel weder einen Ausweisungsgrund erfüllen (z.B. schwere Straffälligkeit) noch Sozialleistungen beziehen (auch bei der Verlängerung!). Auf das Nachholen des Visumverfahrens wird verzichtet, wenn die Aus- und Wiedereinreise im Einzelfall nicht zumutbar ist, zum Beispiel bei Müttern kleiner Kinder (§ 5 Abs. 2 *AufenthG*).

Wenn Ihren Angehörigen erstmalig eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird, heißt das, dass der Aufenthalt von Ihrem Aufenthaltsrecht abgeleitet wird. Das abgeleitete Aufenthaltsrecht ist daran geknüpft, dass Sie als Familie zusammenleben. Wenn Ihr Aufenthaltsrecht nicht verlängert wird, kann auch Ihren Angehörigen das Aufenthaltsrecht entzogen werden. Minderjährige Kinder teilen in der Regel das aufenthaltsrechtliche Schicksal ihrer Eltern, sofern sie selbst noch keine Niederlassungserlaubnis besitzen.

Im Falle einer Scheidung oder Trennung kann der/die Partner/in das Aufenthaltsrecht verlieren, wenn die Ehe noch keine zwei Jahre bestand. Die Zwei-Jahres-Frist bemisst sich nicht daran, wie lange die Ehe formal bestand. Entscheidend ist, wie lange die Partner/innen tatsächlich als Eheleute zusammenlebten („Tisch und Bett teilen“). Außerdem zählen nur Zeiten mit, in denen sich der Ehegatte erlaubt in Deutschland aufgehalten hat (z.B. mit einer Aufenthaltserlaubnis). Zeiten mit Duldung oder Aufenthaltsgestattung zählen nicht mit.

Die/der Ehepartner/in kann nach zwei Jahren ein eheunabhängiges, eigenständiges Aufenthaltsrecht erhalten. Bei erstmaliger Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis ist der Bezug von Sozialleistungen unschädlich. Danach muss man im Regelfall von Sozialleistungen unabhängig sein. Liegt eine „besonderen Härte“ vor, kann jederzeit, das heißt theoretisch bereits am Tag nach der Eheschließung, jedenfalls aber vor Ablauf von zwei Jahren, ein eigenständiges Aufenthaltsrecht entstehen. Dies kann zum Beispiel bei schwerer Gewalt in der Familie der Fall sein.

→ Beantragen Sie so früh wie möglich eine Niederlassungserlaubnis (siehe nachfolgendes Kapitel). Nehmen Sie die Hilfe einer Beratungsstelle oder eines Rechtsanwaltes in Anspruch, wenn der Verlust des Aufenthaltsrechts droht.

Aufenthaltssicherung

Unter bestimmten Bedingungen können Sie eine **Niederlassungserlaubnis** erhalten. Dafür müssen Sie aktuell eine Aufenthaltserlaubnis besitzen und seit insgesamt sieben Jahren eine der folgenden Bescheinigungen besessen haben (§ 26 Abs. 4 AufenthG, Nr. 26.4.1 Vorl. Nds. VV AufenthG):

- Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen (nach Abschnitt 5 des Aufenthaltsgesetzes = §§ 22 bis 26 AufenthG)
- Aufenthaltsgestattung (bei mehreren Asylverfahren zählt nur die Zeit des längsten Asylverfahrens)
- Duldung, wobei nur die Zeit vor dem 1.1.2005 zählt
- „Aufenthaltsbefugnis“ nach dem alten Ausländergesetz
- befristete Aufenthaltserlaubnis nach § 35 Abs. 2 des alten Ausländergesetzes für Familienangehörige
- „befristete Aufenthaltserlaubnis“ nach dem alten Ausländergesetz aus anderen Gründen (z.B. durch Heirat), wenn gleichzeitig auch die Voraussetzungen für eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen (§§ 22 bis 26 AufenthG) vorgelegen haben

Außerdem müssen Sie für die Niederlassungserlaubnis folgende Bedingungen erfüllen:

- eigene Lebensunterhaltssicherung, also keine Sozialleistungen (Kinder- und Erziehungsgeld zählen nicht als Sozialleistungen)
- mindestens 60 Monate Zahlen von Rentenversicherungsbeiträgen (Kinderbetreuungszeiten oder häusliche Pflege zählen auch) - Ausnahme siehe Übergangsregelung unten!
- Gründe der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung unter Berücksichtigung der Schwere oder der Art des Verstoßes gegen die öffentliche Sicherheit oder Ordnung oder der vom Ausländer ausgehenden Gefahr unter Berücksichtigung der Dauer des bisherigen Aufenthalts und dem Bestehen von Bindungen im Bundesgebiet nicht entgegenstehen, hiermit sind Straftaten gemeint. Bis zu Verurteilungen von etwa 90 Tagessätzen dürfte es in der Regel problemlos sein die Niederlassungserlaubnis zu erhalten.
- Arbeitserlaubnis
- ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache und Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland (beispielsweise die erfolgreiche Teilnahme an einem Integrationskurs; eine Teilnahme daran ist aber keine zwingende Voraussetzung - die Kenntnisse können auch anders erworben werden.)
- ausreichender Wohnraum für sich und die Familienangehörigen, die in der gleichen Wohnung leben

Es reicht aus, wenn ein/e **Ehepartner/in** die Versicherungsbeiträge geleistet und eine Arbeitserlaubnis hat. Dann kann auch der andere Ehepartner die Niederlassungserlaubnis erhalten. **Kranke und Behinderte** können eine Niederlassungserlaubnis auch dann erhalten, wenn sie aufgrund Ihrer Krankheit oder Behinderung nicht alle Bedingungen erfüllen, also zum Beispiel nicht arbeiten oder nicht lesen oder schreiben können.

Übergangsregelung: Wenn Sie schon vor 2005 eine Aufenthaltsbefugnis oder Aufenthaltserlaubnis besessen haben, müssen Sie die Rentenversicherungszeiten nicht nachweisen. Auch auf den Nachweis von Kenntnissen der deutschen Rechts- und Gesellschaftsordnung wird dann verzichtet und es genügt, dass Sie sich auf Deutsch mündlich verständigen können (§ 104 Abs. 2 AufenthG). Unterbrechungen des rechtmäßigen (in diesem Fall wohl auch des geduldeten) Aufenthalts bis zu einem Jahr können außer Betracht bleiben (§ 85 AufenthG).

Jugendliche und junge Erwachsene, die als Minderjährige nach Deutschland eingereist sind, können unter Umständen bereits früher eine Niederlassungserlaubnis erhalten. Dies betrifft diejenigen, die

- seit fünf Jahren eine Aufenthaltserlaubnis nach Abschnitt 6 des AufenthG im Rahmen des Familiennachzugs (§§ 27 bis 36 AufenthG) besitzen *oder*
- aktuell eine Aufenthaltserlaubnis besitzen und vorher eine der folgenden Bescheinigungen besessen haben - zusammen für insgesamt fünf Jahre:
 - Aufenthaltsgestattung (Bei mehreren Asylverfahren zählt nur die Zeit des längsten Asylverfahrens)
 - Duldung, wobei nur die Zeit vor dem 1.1.2005 zählt
 - „Aufenthaltsbefugnis“ nach dem alten Ausländergesetz
 - Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen (nach Abschnitt 5 des Aufenthaltsgesetzes = §§ 22 bis 26 AufenthG)
 - befristete Aufenthaltserlaubnis nach § 35 Abs. 2 des alten Ausländergesetzes für Familienangehörige
 - „befristete Aufenthaltserlaubnis“ nach dem alten Ausländergesetz aus anderen Gründen (z.B. durch Heirat), wenn gleichzeitig auch die Voraussetzungen für eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen (§§ 22 bis 26 AufenthG) vorgelegen haben.

Jugendliche und junge Erwachsene, die eine Niederlassungserlaubnis erhalten wollen, müssen ausreichend Deutsch sprechen und dürfen nicht erheblich straffällig geworden sein. In der Regel wird außerdem die eigenständige Sicherung des Lebensunterhaltes verlangt. Wenn Jugendliche aber eine anerkannte Schul- oder Berufsausbildung absolvieren, müssen sie ihren Lebensunterhalt nicht selbst sichern können.

Die Niederlassungserlaubnis soll nach den Vorschriften des niedersächsischen Innenministeriums erst ab einem Alter von 16 Jahren erteilt werden und die Eltern sollen eine langfristige Aufenthaltsperspektive besitzen. Das heißt aber nicht, dass die Kinder erst dann eine Niederlassungserlaubnis erhalten können, wenn auch die Eltern bereits die Voraussetzungen dafür erfüllen. Es reicht aus, wenn für die Eltern eine langfristige Aufenthaltsperspektive besteht. Dies ist gegeben, wenn die Eltern eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG besitzen und es keine Hinweise dafür gibt, dass das Abschiebungsverbot in Kürze wegfallen wird.

Von der Sonderregelung können junge Erwachsene auch dann profitieren, wenn sie als Minderjährige eingereist und inzwischen verheiratet sind.

Mit Erteilung einer Niederlassungserlaubnis erhalten die Kinder ein eigenständiges, von den Eltern unabhängiges Aufenthaltsrecht.

Widerruf

Der Verlust oder die Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis ist möglich, wenn das Bundesamt den Widerruf des Abschiebungsverbots beschließt (§ 73 Abs. 3 AsylVfG). Diese Gefahr besteht, wenn sich in Ihrem Herkunftsland oder an Ihrer persönlichen Situation etwas verändert hat: Zum Beispiel, wenn das Bundesamt meint, dass eine Krankheit, die im Herkunftsland in der Vergangenheit nicht behandelbar war, nun aber dort behandelt werden kann, oder wenn sich eine

Kriegssituation sich so deutlich und dauerhaft entschärft hat, so dass das Bundesamt keine individuelle Gefährdung mehr sieht.

In Gefahr, einen Widerruf des Abschiebungsschutzes zu erhalten, sind insbesondere junge Erwachsene, die als Minderjährige Abschiebungsschutz erhielten und mit Eintritt der Volljährigkeit vom BAMF nicht mehr als schutzbedürftig angesehen werden. In den Jahren 2005 und 2006 hat das BAMF in hunderten Fällen ein Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 2, 3, 5 oder 7 AufenthG widerrufen, vor allem bei Flüchtlingen aus Angola, Serbien, Montenegro und Afghanistan, aber auch aus anderen Staaten.

→ Wenn Sie schon im Besitz der Niederlassungserlaubnis sind, müssen Sie sich keine Sorgen machen. Der Widerruf des Abschiebungsverbots hat in der Regel nicht den Entzug der Niederlassungserlaubnis zur Folge. Trotzdem sollten Sie alles daran setzen, den Widerruf des Abschiebungsverbotes zu verhindern (s.u.).

→ In der Regel erhalten Sie vor dem Widerrufsbescheid zunächst eine Aufforderung, zu einem beabsichtigten Widerruf Stellung zu nehmen („Anhörung“). Diese Chance sollten Sie nutzen und dafür sowie für den weiteren Rechtsweg auf jeden Fall rechtzeitig die Hilfe eines kompetenten Rechtsanwalts oder einer Rechtsanwältin in Anspruch nehmen.

→ Gegen einen Widerruf durch das BAMF kann man innerhalb von zwei Wochen vor dem Verwaltungsgericht klagen. Dann wird ein Widerruf erst mit der Gerichtsentscheidung wirksam. Bis das Gericht entscheidet, können einige Monate vergehen.

→ Auch wenn das BAMF oder das Gericht entschieden hat, dass ein Abschiebungsverbot nicht mehr vorliegt, bedeutet dies nicht automatisch, dass Sie Ihr Aufenthaltsrecht verlieren. Unter Umständen haben Sie wegen der Dauer Ihres Aufenthalts und Ihrer Integration in Deutschland Anspruch auf ein Aufenthaltsrecht aus anderen Gründen (lesen Sie dazu *Kapitel 6.2 und 6.3*).

→ Im laufenden Widerrufverfahren darf die Ausländerbehörde die Aufenthaltserlaubnis nicht einfach entziehen, sondern muss warten, bis die Entscheidung der BAMF oder des Gerichts rechtskräftig ist. Dies haben mehrere Verwaltungsgerichte so entschieden. Dennoch kommt es immer wieder vor, dass die Ausländerbehörde die Aufenthaltserlaubnis schon entziehen will oder eine Verlängerung verweigert, bevor über den Widerruf des Abschiebungsverbots endgültig entschieden ist. Sie sollten dagegen Klage erheben!

11.2 Wohnen, Umziehen und Reisen

Wohnen

Wenn Sie eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG erhalten, können Sie sich selbst eine Wohnung suchen. Die staatliche Agentur für Arbeit bzw. das Sozialamt übernimmt dafür die Miete, solange Sie kein oder nur geringes eigenes Einkommen haben. Allerdings gibt es eine Höchstgrenze für „angemessene“ Mietkosten.

→ Erkundigen Sie sich bei einer Beratungsstelle oder beim örtlichen Mieterverein, bis zu welcher Höhe die Arbeitsagentur bzw. das Sozialamt die Mietkosten für Sie und Ihre Familie übernehmen muss.

Sie sind gesetzlich nicht mehr verpflichtet, im Wohnheim zu wohnen. Theoretisch könnte die Ausländerbehörde Ihre Aufenthaltserlaubnis zwar mit dem Vermerk versehen, dass Sie in einem bestimmten Wohnheim wohnen müssen. In der Praxis in Niedersachsen werden solche „Wohnheim-Auflagen“ für Menschen mit Aufenthaltserlaubnis unserer Erfahrung nach aber nicht erteilt.

→ Falls Sie trotz Aufenthaltserlaubnis von der Ausländerbehörde verpflichtet werden, im Wohnheim zu wohnen, sollten Sie rechtliche Schritte dagegen unternehmen. Stellen Sie einen Antrag auf Streichung der Auflage. Wenn die Ausländerbehörde ablehnt, legen Sie Widerspruch ein, am besten mit Hilfe einer Beratungsstelle, einer Rechtsanwältin oder eines Rechtsanwaltes. Wenn auch der Widerspruch zurückgewiesen wird, können Sie vor Gericht klagen. Informieren Sie auch den Flüchtlingsrat Niedersachsen über das Verhalten der Ausländerbehörde.

Arbeitslose junge Menschen unter 25 Jahren, die aus der Wohnung der Eltern ausziehen, erhalten unter Umständen keine soziale Unterstützung für die Wohnung und nur noch 80 Prozent des Arbeitslosengeldes II (§§ 22 Abs. 2 a, 20 Abs. 2 a SGB II).

Wohnsitzauflage

Wenn Sie Sozialleistungen erhalten, wird in Ihrer Aufenthaltserlaubnis eine so genannte Wohnsitzauflage vermerkt: *„Die Wohnsitznahme ist auf das Land Niedersachsen beschränkt.“* So lange dieser Satz in Ihrer Aufenthaltserlaubnis steht, dürfen Sie nicht in ein anderes Bundesland umziehen. Ein Umzug innerhalb Niedersachsens ist nicht verboten. Sozialleistungen sind Leistungen nach dem AsylbLG, SGB II (ALG II) oder SGB XII (Sozialhilfe). Kinder- und Elterngeld zählen nicht dazu, dieser Bezug ist in jedem Fall unproblematisch. Unter bestimmten Bedingungen können Sie die Streichung der Auflage beantragen und danach umziehen:

Wenn Sie nachweisen können, dass Sie den Lebensunterhalt Ihrer Familie durch Arbeit oder sonstiges Einkommen vollständig sichern können, soll die Ausländerbehörde die Wohnsitzauflage aus Ihrer Aufenthaltserlaubnis streichen. Dazu müssen Sie beim Antrag an die Ausländerbehörde die entsprechenden Nachweise (Arbeitsvertrag und anderes) vorlegen. Ein unbefristeter Arbeitsvertrag ist nicht notwendig, aber die Ausländerbehörde muss davon ausgehen können, dass das Einkommen für lange Zeit gesichert ist.

Wenn Sie arbeiten, aber noch ergänzende Sozialleistungen beziehen, wird die Wohnsitzauflage in der Regel nicht gestrichen. Eine Ausnahme gilt allerdings, wenn die ergänzenden Sozialleistungen höchstens 10% des Nettoeinkommens betragen und der - voraussichtlich dauerhafte - Arbeitsplatz in einer unzumutbaren Entfernung vom bisherigen Wohnort liegt.

Für den Fall, dass Ihr/e Ehepartner/in oder Ihre minderjährigen Kinder in einem anderen Ort wohnen, muss die Ausländerbehörde Ihnen ermöglichen, dass Ihre Familie zusammenleben kann, auch wenn Sie Sozialleistungen beziehen. Allerdings können Sie nicht in jedem Fall bestimmen, an welchem der beiden Wohnorte Sie gemeinsam wohnen. Die Ausländerbehörde kann die Streichung Ihrer Auflage verweigern, wenn Ihr Ehepartner/in seinen Wohnsitz verlegen kann. Das wird insbesondere dann angenommen, wenn der/die Ehepartnerin Deutscher ist oder seinen Wohnort frei wählen darf. Dabei soll die Ausländerbehörde in gewissem Maß auf Ihre Wünsche Rücksicht nehmen, aber auch andere Faktoren berücksichtigen, vor allem wo eine Arbeitsstelle vorhanden ist oder wo ausreichend Wohnraum zur Verfügung steht. Daneben haben die Bundesländer vereinbart, dass ein Wohnsitzwechsel auch bei Sozialhilfebezug zur Sicherstellung der Pflege und medizinischen Versorgung eines Angehörigen erlaubt werden soll.

In allen anderen Fällen entscheiden die Ausländerbehörden des Ortes, an den Sie umziehen möchten nach den Regeln des jeweiligen Bundeslandes, ob einem Umzug zugestimmt wird. In der Regel führt der Bezug von (ergänzenden) Sozialleistungen zu einer Ablehnung des Antrags.

Reisen und Umziehen

Innerhalb Deutschlands dürfen Sie sich frei bewegen. Sie können nur in und durch die Europäische Union reisen, sofern Sie bestimmte Einreisebedingungen erfüllen. So müssen Sie unter anderem im Besitz eines gültigen Reisedokuments oder, wenn gefordert, eines Visums sein.

In der EU dürfen Sie sich dann für drei Monate - jeweils innerhalb einer Frist von sechs Monaten - ohne einen speziellen Aufenthaltstitel aufhalten, allerdings nur, wenn Sie dort keine Arbeit aufnehmen.

Ein Umzug ist schwierig: Grundsätzlich müssen Sie in Deutschland leben, weil nur hier ihre Aufenthaltserlaubnis gilt. Im Einzelfall kann aber ein anderer Staat aus besonderen Gründen (zum Beispiel Heirat mit einem Staatsangehörigen dieses Staates) einen Umzug zulassen.

Entscheidend sind also immer die jeweiligen Einreisebestimmungen des Landes, in welches Sie reisen oder umziehen wollen.

→ Wenn Sie reisen oder umziehen wollen, erkundigen Sie sich im Einzelfall bei der Botschaft des betreffenden Landes über die genauen Bedingungen (Visumpflicht, Einwanderungsmöglichkeiten und anderes) und wenden Sie sich bei besonderen Problemen (zum Beispiel Familienzusammenführung) an einen Rechtsanwalt oder eine Rechtsanwältin. Botschafts- und Konsulatsadressen in Deutschland sowie weitere Informationen zu den Staaten erhalten Sie im Internet beim Auswärtigen Amt: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/LaenderReiseinformationen.jsp>.

Eine Reise in Ihr Herkunftsland sollten Sie sich gut überlegen, auch wenn Ihnen dies dringend notwendig oder momentan wenig gefährlich erscheint. Erfahren die Behörden von Ihrer Heimreise, wird unter Umständen ein Widerrufsverfahren eingeleitet - das hängt von der konkreten Begründung für die Erteilung des Abschiebungsschutzes ab. Möglicherweise schließt die Behörde aus Ihrer Heimreise, dass das Abschiebungshindernis nicht mehr vorliegt. Ob Sie dann Ihr Aufenthaltsrecht für Deutschland behalten, ist ungewiss.

11.3 Arbeit und Ausbildung

Um arbeiten oder eine Ausbildung absolvieren zu können, brauchen Sie eine Arbeitserlaubnis. In den ersten drei Jahren Ihres Aufenthalts in Deutschland gibt es Beschränkungen: Sie können allenfalls eine so genannte „nachrangige Arbeitserlaubnis“ erhalten. Erst danach erhalten Sie - vorausgesetzt, Sie sind noch im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis - eine uneingeschränkte Arbeitserlaubnis für unselbstständige Tätigkeiten.

Als Arbeitnehmer/in haben Sie gegenüber dem/der Arbeitgeber/in bestimmte Rechte. Dazu gehören die Auszahlung des vereinbarten Lohns, die Lohnzahlung im Krankheitsfall, Urlaubsanspruch und anderes.

→ Wenn Sie Schwierigkeiten mit Ihrem Arbeitgeber haben, können Sie vor dem Arbeitsgericht klagen. Lassen Sie sich vorher gut beraten, zum Beispiel bei der Gewerkschaft.

Wenn Sie eine Arbeit gefunden haben, sind Sie verpflichtet, dies dem Sozialamt und dem Arbeitsamt so schnell wie möglich mitzuteilen. Wenn Sie nicht viel verdienen, bekommen Sie weiterhin ergänzende Sozialleistungen und einen neuen Bescheid darüber. Wenn Sie Ihre Arbeitsaufnahme nicht unverzüglich melden, fordern die Ämter das von ihnen zuviel gezahlte Geld zurück. Unter Umständen bekommen Sie auch Probleme, weil man Ihnen Betrug vorwirft.

Im Folgenden werden Ihre Arbeitsmöglichkeiten genauer beschrieben.

Nachrangige Arbeitserlaubnis

Um eine nachrangige Arbeitserlaubnis für einen bestimmten Arbeitsplatz zu erhalten, brauchen Sie in der Regel Zeit, gute Nerven und mehrere Versuche. Anträge werden häufig abgelehnt. Wenn Sie eine Arbeitserlaubnis erhalten, gilt diese nur für eine ganz bestimmte Tätigkeit in einem bestimmten Betrieb. Sie müssen sich also vorher darum bemühen, einen Arbeitsplatz zu finden, und können dann erst den Antrag auf Arbeitserlaubnis dafür stellen. Die Erlaubnis wird aber nur dann erteilt, wenn für diesen Arbeitsplatz kein/e bevorrechtigte/r Arbeitnehmer/in (das sind zum Beispiel Deutsche, EU-Bürger/innen oder anerkannte Flüchtlinge) zur Verfügung stehen und Sie nicht zu schlechteren Arbeitsbedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer/innen beschäftigt werden. Dies sind die Schritte zur nachrangigen Arbeitserlaubnis:

- Besorgen Sie sich bei der Ausländerbehörde die Formulare „Antrag auf Erlaubnis einer Beschäftigung, die der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit bedarf“ sowie „Stellenbeschreibung“.
- Suchen Sie sich eine Arbeitsstelle.
- Der/die Arbeitgeber/in muss die „Stellenbeschreibung“ ausfüllen und unterschreiben. Er sollte sich damit einverstanden erklären, dass sein Stellenangebot von der Agentur für Arbeit veröffentlicht wird. Berücksichtigen Sie bei dem Termin für den Arbeitsbeginn, dass das Antragsverfahren einige Wochen dauert.
- Machen Sie sich Kopien für Ihre Unterlagen und geben die Formulare bei der Ausländerbehörde ab. Nehmen Sie dazu auch Ihren Ausweis mit.
- Nun müssen Sie bis zu acht Wochen warten. Erst wenn die Behörden meinen, dass der Arbeitsplatz nicht an einen bevorrechtigten Arbeitnehmer vermittelt werden kann, erhalten Sie die Arbeitserlaubnis.

Die nachrangige Arbeitserlaubnis ist befristet und kann nach Ablauf der Frist verlängert werden.

→ Beantragen Sie eine Verlängerung frühzeitig! Haben Sie länger als zwölf Monate dieselbe Arbeitsstelle, dann kann die Erlaubnis verlängert werden, ohne dass die Ausländerbehörde wieder prüft, ob es bevorrechtigte Arbeitnehmer/innen gibt.

Arbeitserlaubnis ohne Vorrangprüfung

In besonderen Fällen kann eine Arbeitserlaubnis erteilt werden, ohne dass die Arbeitsagentur prüft, ob es bevorrechtigte Arbeitnehmer/innen gibt. Dabei bleibt die Arbeitsgenehmigung aber an die beantragte Tätigkeit und den/die Arbeitgeber/in gebunden. Auf die Vorrangprüfung wird verzichtet, wenn

- Sie im Betrieb Ihres/Ihrer Ehepartner/in, unverheirateten Lebenspartner/in oder sonstigen Verwandten ersten Grades arbeiten wollen und mit diesen zusammen in einem Haushalt leben (§ 3 *BeschVerfV*);
- ein Härtefall vorliegt (Härtefallarbeitsgenehmigung, § 7 *BeschVerfV*).

Ob eine **Härtefallarbeitsgenehmigung** erteilt wird, hängt von den besonderen Umständen des Einzelfalls ab. Ein Härtefall kann zum Beispiel festgestellt werden, wenn eine Person nur eingeschränkt arbeiten kann, wenn wegen einer Behinderung die Chancen auf einen Arbeitsplatz ohnehin bereits eingeschränkt sind. Traumatisierten Personen wird die Arbeitserlaubnis ohne Vorrangprüfung erteilt, wenn die Beschäftigung von dem behandelnden Arzt/Psychotherapeuten als wichtiger Teil der Therapie bezeichnet wird.

→ Prüfen Sie, ob in Ihrem Fall konkrete Gründe für eine Härtefallarbeitsgenehmigung vorliegen. Versuchen Sie gegebenenfalls mit Hilfe einer Beratungsstelle, den Anspruch auf eine Härtefallarbeitsgenehmigung durchzusetzen.

Uneingeschränkte Arbeitserlaubnis

Sie können eine Arbeitserlaubnis erhalten, mit der Sie sich uneingeschränkt überall bewerben können (§ 9 *BeschVerfV*):

- nach zwei Jahren sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung *oder*
- nach drei Jahren in Deutschland (tatsächlicher Aufenthalt - Zeiten der Duldung oder Aufenthaltsgestattung zählen mit).
- Auch Menschen mit Aufenthaltserlaubnis, die als Minderjährige eingereist sind, erhalten nach dem Gesetz eine Arbeitserlaubnis ohne alle Beschränkungen, wenn sie einen deutschen Schulabschluss haben, eine abgeschlossene berufsvorbereitende Maßnahme nachweisen können oder eine anerkannte Berufsausbildung aufnehmen möchten (§ 8 *BeschVerfV*).
- Die uneingeschränkte Arbeitserlaubnis erteilen die Behörden oft nicht von selbst. Stellen Sie rechtzeitig einen Antrag, wenn Sie eine der drei Bedingungen erfüllen.

Selbstständigkeit

Wenn Sie sich selbstständig machen wollen, müssen Sie die Erlaubnis zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit bei der Ausländerbehörde beantragen. Nach den Niedersächsischen Vorschriften ist die Erlaubnis dazu in den ersten zwei Jahren nach Erteilung der Aufenthaltserlaubnis praktisch ausgeschlossen - es sei denn, Sie wollten in Deutschland 250.000 Euro investieren und fünf Arbeitsplätze schaffen...

Nach Ablauf von zwei Jahren erhalten Sie die Erlaubnis zur selbstständigen Erwerbstätigkeit unter folgenden Bedingungen:

- Sie erfüllen Ihre Passpflicht.
- Es liegt kein Ausweisungsgrund (z.B. schwere Straftaten) vor.

- Sie können ausreichende Deutschkenntnisse sowie „Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie der deutschen Lebensverhältnisse“ nachweisen.
- Sie haben sich in den letzten zwei Jahren intensiv um Arbeit bemüht, aber keine gefunden.
- Sie können Ihren Lebensunterhalt durch die Selbstständigkeit voraussichtlich sichern.
- Sie wollen sich an Ihrem Wohnort selbstständig machen, so dass die Wohnsitzauflage (lesen Sie dazu im Kapitel 9.2 den Abschnitt *Wohnsitzauflage*) nicht geändert werden muss.

Die Ausländerbehörde fragt unter Umständen noch fachkundige Institutionen (Industrie- und Handelskammer), ob Bedenken gegen die von Ihnen angestrebte Form der Selbstständigkeit bestehen. Unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls entscheidet die Ausländerbehörde dann, ob Sie Ihnen die Selbstständigkeit erlaubt, und trägt die Erlaubnis gegebenenfalls in Ihre Aufenthaltserlaubnis ein.

Um den Einstieg in die Selbstständigkeit finanzieren zu können, können Sie von der Arbeitsagentur einen so genannten **Gründungszuschuss** von 300 Euro monatlich erhalten (§ 57 f. SGB III). Der Gründungszuschuss wird neun Monate lang zusätzlich zu Ihrem Arbeitslosengeld gezahlt und kann dann noch einmal für sechs Monate verlängert werden. Um einen Gründungszuschuss zu erhalten, müssen Sie noch mindestens drei Monate lang Anspruch auf Arbeitslosengeld I haben. Außerdem müssen Sie der Arbeitsagentur nachweisen, dass Ihre Gründungsidee tragfähig ist und Sie die dafür benötigten Kenntnisse und Fähigkeiten besitzen.

→ Vor einer Existenzgründung sollten Sie sich in jedem Fall umfassend bei der Industrie- und Handelskammer, dem Deutschen Hotel und Gaststättenverband, der Handwerkskammer oder anderen kompetenten Stellen beraten lassen. Diese Vereinigungen bieten auch Existenzgründungsseminare an. Gründen Sie nicht übereilt ein Gewerbe. Schließen Sie vor allem erst einen Mietvertrag oder andere Verträge ab, nachdem Sie sich umfassend beraten lassen haben und ein tragfähiges Konzept haben. Es besteht die große Gefahr dauerhafter Verschuldung.

Ausbildung

Um mit Aufenthaltsgestattung eine betriebliche Ausbildung beginnen zu können, brauchen Sie eine Arbeitsgenehmigung. Dafür gelten im Prinzip dieselben Regelungen wie bei der Aufnahme einer Arbeit. Nichtbetriebliche, das heißt schulische Ausbildungen können Sie auch ohne Arbeitserlaubnis absolvieren. Fach- und Berufsfachschulen vermitteln in Vollzeitunterricht die für den Beruf erforderlichen Kenntnisse. Schulische Ausbildungen werden u.a. in folgenden Bereichen angeboten:

- Fremdsprachen
- Gestaltung
- Informationstechnik
- Sozial- und Gesundheitswesen
- Technik
- Wirtschaft

Eine berufliche Vorbildung ist für den Besuch einer Berufsfachschule nicht erforderlich, zum Teil werden jedoch Praktika in den jeweiligen Tätigkeitsfeldern erwartet. Mindestens ein Hauptschulabschluss ist erforderlich, meistens sogar ein Realschulabschluss. Oft gibt es mehr Bewerber/innen als Ausbildungsplätze und es kommt zu einem Auswahlverfahren. Auswahlkriterien können bestimmte Schulnoten, der Notendurchschnitt oder auch die Art der

schulischen Vorbildung und die Wartezeit sein. Auch Eignungsprüfungen und Vorstellungsgespräche sind üblich. Schulische Ausbildungen kosten oft Gebühren. Ausbildungsstellen ohne Gebühren gibt es zum Beispiel für Erzieher/innen, Heilerziehungspfleger/innen oder Hebammen, Medizinisch-technische/r Assistenten/innen.

→ Erkundigen Sie sich bei der für Sie zuständigen Arbeitsagentur nach kostenlosen schulischen Ausbildungsangeboten oder schauen Sie im Internet nach unter <http://infobub.arbeitsagentur.de/kurs/index.jsp>.

Unter Umständen haben Sie als Auszubildende/r Anspruch auf **Berufsausbildungsbeihilfe** (BAB), die Sie zusätzlich zu Ihrem Azubi-Gehalt von der Arbeitsagentur erhalten. Voraussetzung ist, dass Sie voraussichtlich nach der Ausbildung im Inland rechtmäßig erwerbstätig sein werden und

- mindestens vier Jahre ununterbrochen in Deutschland leben, wobei Zeiten mit Duldung oder Aufenthaltsgestattung mitzählen,
- eines Ihrer Elternteile sich insgesamt drei Jahre in Deutschland aufgehalten hat und rechtmäßig gearbeitet hat (Ausnahmen sind möglich, wenn der Elternteil z.B. wegen einer Krankheit nicht arbeiten konnte. Ein Arbeitverbot zählt nicht als Ausnahmegrund.) oder
- wenn Sie bei einem Verwandten leben, der die Voraussetzungen anstelle eines Elternteils erfüllt und Sie selbst seit drei Jahren in Deutschland leben.

Berufsausbildungsbeihilfe wird während einer beruflichen Ausbildung oder einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme gewährt. In der Regel wird nur die erste Ausbildung gefördert, es sei denn, die frühere Ausbildung wurde aus wichtigem Grund abgebrochen. Gefördert wird nur, wer in einer Wohnung ohne seine Eltern lebt. Jugendliche unter 18 Jahren erhalten unter Umständen keine BAB, weil ihre Ausbildungsstätte in der Nähe der Wohnung der Eltern liegt und die Behörde argumentiert, dass Sie auch dort wohnen könnten. Für Verheiratete und Personen mit Kindern spielt die elterliche Wohnung keine Rolle.

Arbeitsuche bei unbeschränkter Arbeitserlaubnis

Wenn Sie bereits eine unbeschränkte Arbeitserlaubnis haben und Arbeitslosengeld I oder II erhalten, sind sie verpflichtet, nach Arbeit zu suchen. Die Arbeitsagentur kann Sie zum Beispiel verpflichten, sich zu bewerben und an Bewerbungstrainings oder bestimmten Qualifizierungsmaßnahmen teilzunehmen. Die Agentur soll Sie bei der Arbeitssuche unterstützen und Ihnen konkrete Jobs anbieten. Auch wenn diese Arbeiten schlecht bezahlt werden und Sie aufgrund ihrer Ausbildung lieber eine andere Arbeit hätten, dürfen Sie die angebotenen Jobs nicht ohne Weiteres ausschlagen. Wenn Sie ohne triftigen Grund eine Arbeit ablehnen, können Ihnen die Sozialleistungen gekürzt oder sogar ganz gestrichen werden. Vieles hängt davon ab, wie gut Ihr Sachbearbeiter sich in Ihre Situation versetzen kann, ihre Arbeitsmotivation und ihr Bemühen wahrnimmt.

Die Arbeitsagentur übernimmt Ihre Kosten für Bewerbungen (Bewerbungsmappen, Beglaubigungen, Fotos, Gesundheitszeugnis, Übersetzung von Zeugnissen). Auch Fahrtkosten zu Vorstellungsgesprächen oder zu einer speziellen Berufsberatung können erstattet werden. Die Arbeitsagentur kann außerdem finanzielle Unterstützung leisten, um Ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu fördern. Dazu zählt zum Beispiel die Kostenübernahme für eine ABM-Stelle, ein

Einstiegsgeld als Zuschuss für die Aufnahme einer Arbeit, die Finanzierung einer psychosozialen Beratung oder einer Suchtberatung.

→ Sammeln Sie die Quittungen und Belege für die Ausgaben bei der Arbeitsuche. Erkundigen Sie sich nach Fördermöglichkeiten.

Arbeitsgelegenheiten

Solange Sie Sozialleistungen erhalten, können Sie verpflichtet werden, „gemeinnützige Arbeit“ zu leisten. Sie können sich auch selbst darum bemühen und bei den örtlichen Job-Centern danach fragen. Oft sind dies einfache Hilfstätigkeiten, zum Beispiel Laubharken im städtischen Park. Für diese Arbeit erhalten Sie zusätzlich zu Ihren Sozialleistungen 1 bis 2 Euro pro Stunde. Dies ist aber keine reguläre Arbeit und Sie sind darüber nicht sozialversichert. Wenn Sie sich weigern, die angebotene Arbeit auszuführen, oder ohne Entschuldigung fehlen, kann die Arbeitsagentur Ihre Sozialleistungen kürzen. Gekürzt werden darf im Regelfall nur ein Teil der Sozialleistung der Person, die die Arbeit verweigert, nicht aber die Sozialleistung der Kinder.

→ Wenn es wichtige Gründe dafür gibt, dass Sie eine gemeinnützige Arbeit nicht ausführen können oder wollen (z.B. Krankheit, fehlende gesundheitliche Eignung für die konkrete Tätigkeit, fehlende Betreuungsmöglichkeit für die Kinder oder anderes), teilen Sie das der Arbeitsagentur so schnell wie möglich mit. Wenn Sie krank sind, sollten Sie ein Attest vorlegen, aus dem Ihre Arbeitsunfähigkeit hervorgeht. Wenn Ihre Sozialleistungen gekürzt wurden, muss die Kürzung wieder aufgehoben werden, sobald Sie ihre Arbeitsbereitschaft zeigen. Sollten Ihre Sozialleistungen zu Unrecht oder zu stark gekürzt werden oder auch andere Familienangehörige betreffen, wenden Sie sich an einen Rechtsanwalt oder eine Beratungsstelle.

11.4 Soziale Sicherung

Wenn Sie arbeitslos sind, haben Sie Anspruch auf soziale Leistungen.

Welche Sozialleistungen Sie erhalten können, hängt von Ihrer persönlichen Lage ab. Wenn Sie bereits längere Zeit gearbeitet haben, erhalten Sie unter Umständen das so genannte Arbeitslosengeld I (ALG I). Haben Sie keinen Anspruch nach ALG I, sind aber zwischen 15 und 64 Jahren alt und arbeitsfähig, erhalten Sie Leistungen der „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II), das so genannte „Arbeitslosengeld II“ (ALG II). Ältere Menschen und dauerhaft erwerbsunfähige Erwachsene erhalten die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII. Wenn Sie grundsätzlich erwerbsfähig, aber längere Zeit krank sind, erhalten Sie Leistungen nach dem Dritten Kapitel des SGB XII. Die Leistungen nach SGB II und XII sind in der Höhe weitgehend identisch.

Absicherung bei Arbeitslosigkeit (ALG I)

Bei Arbeitslosigkeit haben Sie unter Umständen Anspruch auf Arbeitslosengeld I (ALG I). Das gilt, wenn Sie

1. innerhalb der letzten zwei Jahre mindestens zwölf Monate sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren,
2. sich darum bemühen, wieder Arbeit zu erhalten,

3. den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung stehen.

Das ALG I beträgt 67% Ihres Nettolohns, wenn Sie Kinder haben, und 60% ohne Kinder. Die Dauer des ALG I beträgt zwischen sechs und zwölf Monaten und ist davon abhängig, wie lange Sie innerhalb der letzten zwei Jahre gearbeitet haben. Personen ab 50 Jahre können künftig bis zu bis zu 15 Monate, Personen ab 55 Jahre bis zu 18 Monate und Personen ab 58 Jahre bis zu 24 Monate lang ALG I erhalten, wenn Sie Beschäftigungszeiten bis zu vier Jahren vorweisen können. Liegt Ihr Anspruch auf ALG I niedriger als der ALG II, wird dieses ergänzend gezahlt.

→ Um ALG I zu erhalten, müssen Sie sich bei der Arbeitsagentur Arbeit suchend melden. Dafür haben Sie, wenn Sie von Ihrer Kündigung bzw. dem Ende Ihrer Arbeitsverhältnisses erfahren, nur drei Tage Zeit (§ 122 SGB III). Melden Sie sich später, müssen Sie damit rechnen, dass Ihnen die Leistungen für die ersten sieben Tage gestrichen werden (§ 128 SGB III). ALG I wird nicht rückwirkend gezahlt, sondern frühestens ab dem Tag Ihrer Meldung als Arbeit suchend.

Arbeitslosengeld II (ALG II)

Das ALG II, umgangssprachlich auch „Hartz IV“ genannt, erhalten Sie auch, wenn Sie noch nie gearbeitet haben. Es kommt auch nicht darauf an, ob Sie einen eingeschränkten Arbeitsmarktzugang haben oder ohne Einschränkungen arbeiten dürfen.

Das ALG II besteht aus einem Regelsatz für Ernährung, Kleidung, Hausrat und persönliche Bedürfnisse sowie eventuell einem Zuschuss wegen Mehrbedarfs. Zusätzlich werden die Kosten für Unterkunft und Heizung übernommen. Sie erhalten diese Leistung, wenn Ihr Einkommen und Vermögen nicht ausreicht.

Wenn Sie Arbeitseinkommen oder Vermögen haben, wird dies zum großen Teil angerechnet. Bis zu 150 Euro im Lebensjahr, mindestens jedoch 3.100 € pro Person, zuzüglich 750 € pro Person dürfen Sie besitzen. Ein Freibetrag von 3.750 € gilt auch für jedes Kind. In diesem Fall erhalten Sie weniger oder gar kein ALG II. Wohnen Sie mit anderen, zum Beispiel Großeltern oder Partner/in, zusammen, dann vermutet das Sozialamt, dass Sie gemeinsam wirtschaften, und rechnet das Einkommen aller Haushaltsangehörigen zusammen. Folgende Leistungen werden gewährt:

Regelsatz (Seit Juli 08)	Alleinstehende/ Alleinerziehende	Volljährige Partner	Haushaltsangehörige 0 bis 13 Jahre	Haushaltsangehörige ab 14 Jahre
in %	100 %	90 %	60 %	80 %
in €	351 €	316 €	211 €	281 €

Der Regelsatz für eine allein stehende Person oder den Haushaltsvorstand beträgt derzeit 351 Euro monatlich. Volljährige Haushaltsangehörige (also in der Regel der/die Partner/in und erwachsene Kinder) erhalten 316 Euro, Kinder ab 14 Jahren 281 Euro, Kinder bis einschließlich 13 Jahre 211 Euro.

Einen Mehrbedarfzuschuss gibt es für Alleinerziehende, die ein Kind unter 7 Jahren oder mehrere Kinder unter 16 Jahren haben (126 Euro). Alternativ dazu erhalten Sie einen Mehrbedarfzuschlag von 42 Euro pro Kind, falls Ihre Kinder nicht die oben genannten Altersgrenzen erfüllen. Die Höchstgrenze für den Mehrbedarfzuschlag für alle Kinder beträgt 211 Euro. Werdende Mütter erhalten 60 Euro Mehrbedarfzuschlag, falls sie ohne Partner leben, oder 54 Euro, falls sie mit Partner leben. Auch Menschen mit Behinderung oder einer Erkrankung, die eine kostenaufwändige Ernährung erfordert, können oft einen Mehrbedarfzuschlag beanspruchen.

Daneben können Sie in wenigen Fällen einen Antrag auf „einmalige Beihilfen“ stellen, insbesondere für die erste Möblierung einer Wohnung und die Erstausrüstung eines Babys oder nachgezogenen Kindes, sowie für mehrtägige Klassenfahrten von Schüler/innen. Unter bestimmten Bedingungen kann das Sozialamt auch Mietschulden als „einmalige Beihilfe“ übernehmen.

Zu den Kosten für die Unterkunft gehören Miete, Heiz- und Betriebskosten. Auch wenn nach der jährlichen Abrechnung Nachzahlungen fällig werden, werden diese vom Sozialamt übernommen. Ebenso die Kosten für mietvertraglich vorgeschriebene Renovierungen (ggf. jedoch in Eigenarbeit, d.h. nur die Materialkosten). Die Mietkosten sind allerdings begrenzt: In Abhängigkeit von der Zahl der Familienmitglieder und den örtlichen Gegebenheiten erstattet das Sozialamt die Miete nur bis zu einer Höchstgrenze. Wenn beispielsweise ein Jugendlicher aus Ihrer Wohnung auszieht, kann es geschehen, dass das Sozialamt nicht mehr sämtliche Mietkosten bezahlt und Sie auffordert, sich eine kleinere Wohnung zu suchen.

Arbeitslose junge Menschen unter 25 Jahren, die aus der Wohnung der Eltern ausziehen, erhalten keine soziale Unterstützung für die Wohnung und nur noch 80 Prozent des Arbeitslosengeldes II, wenn die Arbeitsagentur dem Auszug nicht vorher zugestimmt hat (§ 22 Abs. 2 a SGB II, § 20 Abs. 2 a SGB II).

→ Erkundigen Sie sich bei einer Beratungsstelle oder beim Mieterverein, bis zu welcher Höhe das Sozialamt die Miete für eine Wohnung für Sie und Ihre Familie übernehmen muss.

Soziale Leistungen im Alter, bei Erwerbsunfähigkeit und Krankheit

Alte Menschen ab 65 Jahren und Erwerbsunfähige haben keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II.

Wenn Sie 65 Jahre oder älter sind, oder dauerhaft nicht in der Lage sind zu arbeiten, erhalten Sie nach dem Vierten Kapitel des SGB XII die so genannte „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“. Sind Sie nur vorübergehend krank (länger als 6 Monate, jedoch nicht auf Dauer) und stehen dem Arbeitsmarkt nicht als Arbeitssuchender zur Verfügung, erhalten Sie soziale Leistungen nach dem dritten Kapitel des SGB XII.

→ Besprechen Sie mit Ihrem Rechtsanwalt oder Ihrer Rechtsanwältin, welche rechtlichen Folgen der Bezug von Leistungen nach dem SGB XII für Ihren Aufenthalt oder den Sie Ihrer Familie hat.

Die Leistungen sind in beiden Fällen im Wesentlichen gleich. Sie umfassen in Niedersachsen derzeit:

Regelsatz (Seit Juli 08)	Alleinstehende/ Alleinerziehende	Volljährige Partner	Haushaltsangehörige 0 bis 13 Jahre	Haushaltsangehörige ab 14 Jahre
--------------------------------	-------------------------------------	------------------------	---------------------------------------	------------------------------------

in %	100 %	90 %	60 %	80 %
in €	351 €	316 €	211 €	281 €

Zusätzlich übernimmt das Sozialamt die Kosten für Unterkunft und Heizung. Bezahlt wird die „angemessene“ Miete für eine Wohnung, jedoch nicht die Kosten für Haushaltsenergie (Strom für Licht, Warmwasser, Kochen).

→ Erkundigen Sie sich bei einer Beratungsstelle oder beim Mieterverein, bis zu welcher Höhe das Sozialamt die Miete für eine Wohnung für Sie (und Ihre Familie) übernehmen muss.

In bestimmten Lebenslagen erhöhen sich die Regelsätze (bei Alleinerziehenden, bei Schwangeren ab der 13. Woche; bei Kranken, die sich in besonderer Weise ernähren müssen; bei Schwerbehinderten mit dem Ausweis G).

Zusätzlich kann man auf Antrag einmalige Beihilfen erhalten, zum Beispiel für die Erstausrüstung des neuen Babys oder eine mehrtägige Klassenfahrt.

Anstelle der bisher vom Sozialamt gewährten Krankenscheine erhalten Sie auf Kosten des Sozialamts eine Krankenversichertenkarte (Chipkarte) von einer gesetzlichen Krankenkasse Ihrer Wahl. Sie haben damit einen uneingeschränkten Anspruch auf Krankenbehandlung wie deutsche Versicherte auch.

11.5 Medizinische Versorgung

Sie haben Anspruch auf alle Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung im gleichen Umfang wie Deutsche. Als Mitglied einer gesetzlichen Krankenkasse erhalten Sie eine Krankenversicherungskarte, die Sie bei jedem Arztbesuch vorzeigen müssen. Wenn Sie Sozialleistungen nach SGB XII beziehen, erhalten Sie über die Krankenkasse im Fall Ihrer Pflegebedürftigkeit allerdings keine Leistungen der Pflegeversicherung, sondern müssen sich dafür an das Sozialamt wenden. Von den Krankenkassen nicht bezahlt werden Brillen und nicht verschreibungspflichtige Medikamente, Dolmetscher- und Fahrtkosten. Ausnahmen gelten für Kinder.

→ Wenn Sie mit einer Entscheidung der Krankenkasse nicht einverstanden sind, legen Sie schriftlich „Widerspruch“ ein. Der Widerspruch richtet sich dann direkt an die Krankenkasse (nicht mehr ans Sozialamt). Außerdem können Sie eine Klage und gegebenenfalls einen Eilantrag an das Sozialgericht schicken.

→ Wenn Sie Leistungen nach SGB XII beziehen, können Sie bestimmte laufend benötigte Dinge, die die Krankenkasse nicht zahlt, beim Sozialamt als „vom Regelfall abweichenden Lebensunterhaltsbedarf“ beantragen (§ 28 Abs. 1 Satz 2 SGB XII).

Sie sind nach dem Gesetz zu bestimmten Zuzahlungen verpflichtet. Dazu gehören die Praxisgebühr beim Zahnarzt und Arzt (je 10 Euro im Quartal) und eine Beteiligung an Medikamenten (pro Medikament bis zu 10 Euro in der Apotheke) und anderen Leistungen (zum Beispiel bei Krankenhausaufenthalten oder für spezielle, nicht von der Kasse getragene Vorsorgeuntersuchungen in der Schwangerschaft und anderes). Für Kinder und Jugendliche fallen keine Zuzahlungen an. Die Höchstgrenze für Ihre ganze Familie liegt bei 2% Ihres Bruttojahreseinkommens. Abgezogen werden Freibeträge für Ihre/n Ehepartner/in (4.536 Euro) und Kinder (je 3.864 Euro).

Beispiel: Sie sind verheiratet, haben zwei Kinder und ein Jahresbruttoeinkommen von 20.000 Euro. Abzüglich der Freibeträge sind das $20.000 - 4.536 - 2 \times 3.864 = 7.736$ Euro. In diesem Fall beträgt die Belastungsgrenze also 2% von 7.736 Euro = 154,72 Euro. Diese Belastungsgrenze gilt nicht pro Person, sondern für alle Mitglieder der Familie zusammen. Für chronisch Kranke gilt unter bestimmten, allerdings strengen Bedingungen, die Hälfte - nur 1%.

Für Empfänger von Leistungen nach SGB II und SGB XII gilt die Höchstgrenze von 2% des Regelsatzes. Das heißt: 2% von 12×351 Euro = 84,24 Euro pro Jahr. Der Betrag gilt nicht pro Person, sondern für alle Mitglieder der Familie zusammen. Für chronisch Kranke gilt unter bestimmten Bedingungen eine Grenze von 1% = 42,12 Euro pro Jahr.

→ Um Mehrfachzahlungen der Praxisgebühr zu vermeiden, lassen Sie sich eine Quittung ausstellen. Wenn Sie in einem Quartal zu verschiedenen Ärzten gehen, besorgen Sie sich eine Überweisung des Arztes, bei dem Sie bereits die Gebühr für das laufende Quartal entrichtet haben. Dann müssen Sie nicht erneut zahlen.

→ Sammeln Sie alle Zuzahlungsquittungen Ihrer Familie. Wenn der Betrag von 84,24 Euro erreicht ist, muss die Krankenkasse Ihnen bescheinigen, dass Sie für den Rest des Jahres von weiteren Zuzahlungen befreit sind und Ihnen bereits zu viel gezahlte Beträge zurückzahlen. Stellen Sie dazu einen Antrag und fügen Sie die Quittungen bei.

11.6 Familienleistungen, Kinder- und Jugendhilfe

Kindergeld

Jede deutsche Familie hat unabhängig von ihrer Einkommenssituation Anspruch auf ein monatliches Kindergeld von 164 Euro im Monat für das erste und zweite Kind, 170 Euro für das dritte Kind und 195 Euro für jedes weitere Kind. Dies gilt für Kinder bis 18 Jahre, für Kinder in Ausbildung, die kein oder nur sehr wenig eigenes Einkommen haben und weitere Bedingungen erfüllen, bis 24 Jahre. (§ 1 Abs. 3 BKGG, § 62 Abs. 2 EStG)

Anders sieht es allerdings für Flüchtlinge mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 3 AufenthG aus (§ 1 Abs. 3 BKGG, § 62 Abs. 2 EStG). Sie können Kindergeld erhalten, wenn Sie sich drei Jahre in Deutschland aufhalten (dabei zählen die Zeiten der Aufenthaltsgestattung, der Aufenthaltserlaubnis und - falls vorhanden - auch der Duldung) und

1. arbeiten,
2. einen Arbeitsvertrag haben und sich nach der Geburt des Kindes in der Elternzeit befinden oder

3. Sozialleistungen nach SGB III oder Krankengeld erhalten,;

Wenn Sie also arbeitslos sind und Leistungen nach SGB II (= ALG II) erhalten, haben Sie keinen Kindergeldanspruch. Dann sollten Sie überlegen, ob Ihr/e Partner/in Kindergeld beanspruchen kann. Kindergeld kann der Vater oder die Mutter beantragen. Ihr Partner/in erhält Kindergeld unter den gleichen Bedingungen wie Sie, wenn er/sie über eine Aufenthaltserlaubnis nach §§ 23 Abs. 1 als Bürgerkriegsflüchtling, 23a, 24, 25 Abs. 3, 25 Abs. 4 oder 25 Abs. 5 AufenthG verfügt. Keinen Kindergeldanspruch hat Ihr/e Partner/in mit einer Aufenthaltsgestattung oder Duldung.

Auch bei fehlendem Anspruch auf Kindergeld können Sie möglicherweise aufgrund von internationalen Abkommen unter eine Ausnahmeregelung fallen. Sie erhalten für Ihre Familie auch vor Ablauf von drei Jahren und ohne weitere Bedingungen Kindergeld, wenn Sie

- aus der Türkei, Algerien, Tunesien oder Marokko kommen und eine Arbeit haben, über die Sie in eine Sozialversicherung (Arbeitslosen-, Kranken-, Renten- oder Unfallversicherung) einzahlen;
- aus der Türkei kommen, nicht arbeiten, aber mindestens sechs Monate in Deutschland leben;
- aus Kosovo, Serbien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina oder Mazedonien kommen und eine arbeitslosenversicherungspflichtige Arbeit haben. Wenn Sie keine Arbeit mehr haben, gilt auch der Bezug von Kranken- oder Arbeitslosengeld I.

→ Wenn Sie die Bedingungen erfüllen, sollten Sie so schnell wie möglich einen Kindergeldantrag bei der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsamt) stellen. Dann können Sie Kindergeld rückwirkend vom 1.1.2006 an erhalten!

→ Familienkassen lehnen Anträge, die sich auf die genannten Ausnahmeregelungen beziehen, zunächst regelmäßig ab! Legen Sie dagegen mit Hilfe einer Beratungsstelle unbedingt Einspruch und, wenn nötig, Klage beim Finanzgericht ein. Die Einsprüche haben fast immer Erfolg!

→ Sollten Sie - auch vorübergehend oder ergänzend - Sozialleistungen beziehen, wird der Anspruch auf Kindergeld mit den Sozialleistungen verrechnet (auch rückwirkend). Unter Umständen haben Sie dann am Ende gar nicht mehr Geld. Trotzdem ist es sinnvoll, den Kindergeldantrag zu stellen, weil der Bezug von Kindergeld nicht als Sozialleistung gilt und Sie so leichter die Möglichkeit haben, Ihr Leben selbst zu finanzieren.

Kinderzuschlag

Wenn Sie über ein geringes Einkommen verfügen oder Arbeitslosengeld I beziehen, aber ansonsten keine Sozialleistungen erhalten, können Sie versuchen, zusätzlich zum Kindergeld einen Kinderzuschlag zu beantragen (§ 6a Bundeskindergeldgesetz). Voraussetzung für die Gewährung ist allerdings, dass Sie kindergeldberechtigt sind (siehe vorheriger Abschnitt). Mit dem Kindergeldzuschlag soll vermieden werden, dass Geringverdienende Leistungen nach SGB II beantragen müssen. Der Kinderzuschlag beträgt maximal 140,-Euro monatlich pro Kind. Der Kinderzuschlag ist bei der Agentur für Arbeit zu beantragen.

Unterhaltsvorschuss

Hierbei handelt es sich um einen staatlichen Zuschuss, der einem alleinerziehenden Elternteil für bis zu sechs Jahren gezahlt wird, wenn der andere Elternteil (in der Regel der Vater) seiner Verpflichtung, für das Kind Unterhalt zu zahlen, nicht nachkommt. Der Unterhaltsvorschuss beträgt 117 € monatlich für Kinder unter 6 Jahren und 158 € monatlich für ältere Kinder unter 12 Jahren.

Die Bedingungen für den Unterhaltsvorschuss sind die gleichen wie beim Kindergeld: **Flüchtlinge mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG** können Unterhaltsvorschuss nur erhalten (§ 1 Abs. 2 a *UhVorschG*), wenn Sie sich drei Jahre in Deutschland aufhalten (dabei zählen die Zeiten der Aufenthaltsgestattung, der Aufenthaltserlaubnis und - falls vorhanden - auch der Duldung) und

1. arbeiten,
2. einen Arbeitsvertrag haben und sich nach der Geburt des Kindes in der Elternzeit befinden oder
3. Sozialleistungen nach SGB III, oder Krankengeld erhalten.

Wenn Sie also eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 *AufenthG* besitzen, arbeitslos sind und Leistungen nach SGB II (= ALG II) erhalten, haben Sie keinen Anspruch auf Unterhaltsvorschuss.

→ Unterhaltsvorschuss beantragen Sie beim Jugendamt. Das Amt holt sich das Unterhaltsgeld vom nicht zahlenden Elternteil wieder zurück, wenn dieser über ausreichendes Einkommen verfügt.

→ Jugendämter lehnen Anträge, die sich auf die genannten Ausnahmeregelungen beziehen, zunächst regelmäßig ab! Legen Sie dagegen mit Hilfe einer Beratungsstelle unbedingt Widerspruch und, wenn nötig, Klage beim Verwaltungsgericht ein.

Elterngeld

Elterngeld gibt es für Kinder ab der Geburt. Dabei ersetzt der Staat einem Elternteil 67 Prozent des durch die Geburt und Kinderbetreuung wegfallenden Arbeitseinkommens, maximal 1.800 Euro im Monat. Elterngeld wird an den das Kind betreuenden Elternteil für maximal 12 Monate gezahlt. Wenn auch der andere Elternteil zwei Monate oder länger für die Betreuung zuständig ist, wird das Elterngeld um zwei Monate auf maximal 14 Monate verlängert.

Elterngeld können Sie für Kinder erhalten, die ab 1.1.2007 geboren werden. Mit einer Niederlassungserlaubnis können Sie Elterngeld beanspruchen (§ 1 Abs. 7 *BEEG*).

Anderes gilt, wenn Sie eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 *AufenthG* besitzen. Dann haben Sie nur Anspruch auf Elterngeld, wenn Sie sich drei Jahre in Deutschland aufhalten (dabei zählen die Zeiten der Aufenthaltsgestattung, der Aufenthaltserlaubnis und - falls vorhanden - auch der Duldung) und

1. in Teilzeit arbeiten (maximal 30 Stunden in der Woche),
2. einen Arbeitsvertrag haben und sich nach der Geburt des Kindes in der Elternzeit befinden oder
3. Sozialleistungen nach SGB III oder Krankengeld erhalten,

Wenn Sie also eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 *AufenthG* besitzen, gar nicht arbeiten und sich auch nicht in der Elternzeit befinden, erhalten Sie also kein Elterngeld, auch nicht den sonst an nichterwerbstätige Erziehende gezahlten Grundbetrag von 300 Euro im Monat.

Ausnahmen gelten jedoch für erwerbstätige Menschen aus Algerien, Marokko, Tunesien und der Türkei: Für sie besteht auch mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 *AufenthG* ein Anspruch auf Elterngeld, wenn sie sozialversicherungspflichtig arbeiten oder wenn sie eine geringfügige Beschäftigung (400-Euro-Job) ausüben, über die sie unfallversichert sind.

Sie stellen den Antrag auf Elterngeld beim Jugendamt oder der Elterngeldstelle ihrer Stadt / Ihres Landkreises. Das Formular, eine Liste der zuständigen Stellen in Niedersachsen und weitere Informationen gibt es im Internet unter

http://www.ms.niedersachsen.de/master/C29974090_N8150_L20_D0_I674

11.7 Deutschkurs, Kindergarten, Schule, Studium

Deutschkurse

Seit 2005 gibt es in Deutschland ein einheitliches Konzept für so genannte „Integrationskurse“. Sie bestehen hauptsächlich aus Deutschunterricht (in der Regel 600 Unterrichtsstunden), zusätzlich wird Alltagswissen und Wissen über die Rechtsordnung, Kultur und Geschichte Deutschlands vermittelt (45 Unterrichtsstunden). Es gibt zudem spezielle Kurse für besondere Zielgruppen. So gibt es Kurse für Analphabeten sowie für „Schnellerner“, denen das Tempo im normalen Integrationskurs zu langsam ist.

Am Schluss des Integrationskurses steht ein Abschlusstest, bei dem die Teilnehmer/innen das „Zertifikat Deutsch“ erhalten können, das unter anderem die Einbürgerung erleichtert. Integrationskurse werden vor Ort von vielen verschiedenen Trägern durchgeführt und zentral vom BAMF organisiert.

Einen Anspruch darauf, einen der staatlich organisierten Integrationskurse zu besuchen, haben Sie nicht. Sie können aber versuchen, einen noch freien Platz zu erhalten (§ 5 *IntV*). Wenden Sie sich an die Ausländerbehörde oder eine Beratungsstelle. Sie sollten Ihnen Informationen über die Integrationskurse und eine Liste mit den in Ihrer Region zugelassenen Sprachkursanbietern aushändigen. Eine Liste der Anbieter, das Anmeldeformular und weitere Informationen erhalten Sie auch auf der Homepage des BAMF:

http://www.bamf.de/eln_042/nn_566316/DE/Integration/integration-node.html__nnn=true.

Sie können die Zulassung zum Kurs entweder direkt schriftlich beim BAMF oder über einen der Kursanbieter beantragen. Das BAMF berücksichtigt bei der Verteilung der freien Plätze die „Integrationsbedürftigkeit“. Eine gute Chance auf einen freien Platz haben Sie, wenn Sie schon einige Jahre in Deutschland leben und mit einem erfolgreichen Deutschkurs die Voraussetzungen für die Niederlassungserlaubnis erfüllen wollen.

Für die Teilnahme am Integrationskurs müssen Sie pro Unterrichtsstunde 1,- Euro Beitrag leisten, das heißt derzeit in der Regel 645,-Euro, zahlbar in mehreren Etappen (§ 9 *IntV*). Erhalten Sie Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe, können Sie sich vom Kursbeitrag befreien lassen. Dazu müssen Sie einen Antrag stellen. Das Formular dafür erhalten Sie bei der Ausländerbehörde, den Kursträgern oder auf der Homepage des BAMF.

Der erfolgreiche Deutschtest im Integrationskurs reicht nicht aus, um zum Studium in Deutschland zugelassen zu werden. Dafür gibt es spezielle Aufbaukurse, für die Sie gegebenenfalls auch ein Stipendium erhalten können. Näheres siehe Kapitel „Studium“.

Es gibt in den Städten auch einige Deutschkurse, die unabhängig vom staatlichen Angebot existieren. Diese Kurse müssen Sie in der Regel selbst bezahlen, bei manchen Trägern sind die Kosten für Sozialleistungsempfänger aber deutlich gesenkt.

→ Fragen Sie bei ihrer örtlichen Volkshochschule oder den Beratungsstellen für Migranten und Migrantinnen, Aussiedler und Aussiedlerinnen oder Flüchtlinge nach, wo es Deutschkurse gibt.

Kindergarten

Sobald ein Kind drei Jahre alt ist, hat es in Deutschland einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz (§ 24 SGB VIII). Bei geringem Einkommen sind die Kosten dafür ganz oder teilweise vom Jugendamt zu tragen (§ 90 Abs. 2 und 3 SGB VIII). Nach dem Niedersächsischen Regierungsprogramm zur Integration und den Grundsätzen für Kindertagesstätten soll Ihr Kind im Kindergarten eine Förderung in der deutschen Sprache erhalten und so besser auf einen Schulbesuch vorbereitet werden.

→ Melden Sie Ihr Kind frühzeitig für einen Kindergartenplatz an. Dort wird ihr Kind eine erheblich bessere Förderung in der deutschen Sprache erhalten und so besser auf einen Schulbesuch vorbereitet werden als im Wohnheim. Wenden Sie sich bei Problemen mit dem Kindergartenplatz an eine Beratungsstelle.

Schule

Alle in Niedersachsen lebenden Kinder haben das Recht und die Pflicht, eine Schule zu besuchen und regelmäßig am Unterricht teilzunehmen (§ 63 NSchG). Die Schulpflicht beginnt für Kinder, die bis zum 30. Juni eines Jahres sechs Jahre alt geworden sind, mit dem nächsten beginnenden Schuljahr (§ 64 NSchG). Das Einschulungsalter ist aber auch abhängig von der körperlichen und geistigen Entwicklung Ihres Kindes. Unter Umständen kann der Schuleintritt Ihres Kindes ein Jahr zurückgestellt werden. Deshalb werden alle Kinder vor dem Schuleintritt vom Amtsarzt untersucht. Bei fehlenden Deutschkenntnissen können die Kinder verpflichtet werden, vor Schuleintritt an besonderen Sprachfördermaßnahmen teilzunehmen (§ 54 a NSchG). Schon eingeschulte Schülerinnen und Schüler mit schlechten Deutschkenntnissen sollen besonderen Deutschunterricht erhalten. Die Schulpflicht endet in der Regel nach 12 Jahren des Schulbesuchs.

→ Fragen Sie gegebenenfalls im Kindergarten oder in der Schule nach, ob es Fördermöglichkeiten für Ihr Kind gibt. In vielen Schulen wird auch muttersprachlicher Unterricht, Hausaufgabenhilfe und anderes angeboten.

→ Wenn Sie nur über ein geringes oder gar kein Einkommen verfügen und mit dem Schulbesuch besondere Kosten verbunden sind, zum Beispiel für den Fahrtweg, für Klassenfahrten oder sonstiges, können Sie das Geld dafür beim Sozialamt auf der Grundlage von § 27 SGB XII beantragen. Bei einer Ablehnung haben Sie die Möglichkeit, Widerspruch zu erheben und Klage beim Sozialgericht einzulegen. Lassen Sie sich gegebenenfalls von einer Beratungsstelle unterstützen.

Studium

Mit einer Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis steht es Ihnen frei, in Deutschland zu studieren. Die formale Zugangsvoraussetzung für den Besuch einer Universität oder Fachhochschule ist die allgemeine **Hochschulreife**/Abitur (bei einer Universität) oder die **Fachhochschulreife** / Fachabitur (bei einer Fachhochschule) oder eine als gleichwertig anerkannte Schulausbildung im Herkunftsland. Wenn Ihre Schulausbildung nicht als (Fach-)hochschulreife anerkannt ist, können Sie über das erfolgreiche Ablegen der „Feststellungsprüfung“ zur Studieneignung die Zugangsberechtigung erwerben. Dafür müssen Sie in der Regel bei der Hochschule einen einjährigen Vorbereitungskurs („Studienkolleg“) absolvieren. Bei Kunst- und Musikhochschulen können Sie unter Umständen auch ohne Abitur studieren, wenn Sie besondere künstlerische Fähigkeiten haben. In manchen anderen Studiengängen genügt auch ein Nachweis über bestimmte berufliche Vorbildungen (zum Beispiel Meisterprüfung).

→ Ob Ihre Hochschulzugangsberechtigung der deutschen gleichwertig ist, können Sie in der Datenbank der Kultusminister-Konferenz www.anabin.de abfragen.

→ Genauere Informationen zur Studienzulassung erhalten Sie beim Deutschen Akademischen Austauschdienst DAAD (www.daad.de) oder bei den akademischen Auslandsämtern / Studentensekretariaten der Universitäten und Fachhochschulen. Die Adressen aller deutschen Hochschulen sowie Infos zu den angebotenen Studienfächern und Abschlüssen finden Sie unter <http://www.studienwahl.de>.

Zweite Studienvoraussetzung ist der Nachweis von **deutschen Sprachkenntnissen**: Dazu müssen Sie in der Regel die „Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang ausländischer Studienberechtigter (DSH)“ ablegen. Bestimmte andere Nachweise (Goethe-Sprachdiplom, Test Deutsch als Fremdsprache für ausländische Studienbewerber „TestDaF“ und andere) werden ersatzweise anerkannt. Deutschkurse, die zur Vorbereitung auf das Studium dienen, werden unter anderem von der Otto-Benecke-Stiftung angeboten und durch die Vergabe von Stipendien zum Teil sogar finanziert (lesen Sie dazu weiter unten „Otto-Benecke-Stiftung“).

Das größte Problem dürfte für Sie die **Finanzierung** eines Studiums sein. Als Student/in müssen Sie nicht nur Ihren Lebensunterhalt sichern, sondern auch eine Krankenversicherung nachweisen. Studierende bis zum 14. Semester, maximal bis zum 30. Lebensjahr, können sich über die gesetzliche Krankenversicherung für etwa 56 Euro pro Monat versichern. Studierende über 30 Jahre werden von der gesetzlichen Krankenversicherung nicht aufgenommen und müssen eine private Krankenversicherung abschließen. Hinzu kommen die Studiengebühren, die in Niedersachsen 500.- € pro Semester betragen, die Kosten für ein Semesterticket sowie weiterer Gebühren (ca. 100 bis 150 Euro/Semester).

Das Sozialgesetzbuch verbietet den Bezug von Sozialleistungen zum Zweck der Finanzierung eines Studiums. Nur in besonderen Härtefällen können die Leistungen (ggf. als Darlehen) gewährt werden. Wenn Sie dem Sozialamt verschweigen, dass Sie studieren, und die Behörde dies später erfährt, wird die Sozialhilfe wieder zurückgefordert. Wenn Sie studieren wollen, ohne Sozialleistungen zu beziehen, brauchen Sie also eine Arbeitsgenehmigung und eine Arbeit, mit der Sie sich vollständig selbst finanzieren können, oder andere Finanzierungsquellen. Dabei müssen Sie nicht unbedingt Ihre ganze Familie finanzieren: Ihr/e Partner/in und Kinder können, auch wenn Sie studieren, gegebenenfalls Anspruch auf Sozialleistungen haben.

Eine Finanzierungsmöglichkeit ist die Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (**BAföG**). Mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3

AufenthG haben Sie grundsätzlich Zugang zu Leistungen nach dem BAföG, wenn Sie sich mindestens vier Jahre in Deutschland aufhalten (§ 8 Abs. 2 Nr. 2 BAföG). Dabei zählen Zeiten mit, in denen Sie im Asylverfahren waren oder eine Duldung besaßen.

Ausbildungsförderung nach dem BAföG wird regelmäßig aber nur für Studierende gewährt, die bei Beginn des Studiums unter 30 Jahre alt sind und noch kein anderes Studium abgeschlossen haben. Sind Sie 30 oder älter, können Sie BAföG auch erhalten, wenn Sie Ihre Ausbildung im Herkunftsland aufgrund Ihrer Situation nicht möglich war und Sie das Studium nach Wegfall des Hindernisses unverzüglich aufnehmen, also in der Regel so bald wie möglich nach der Flüchtlingsanerkennung. Gibt es wichtige persönliche Gründe dafür, später das Studium zu beginnen, können Sie versuchen, diese geltend zu machen und eine Förderung auch dann zu beantragen, wenn Sie die Altersgrenze überschritten haben. Wenn Sie die Hochschulzugangsberechtigung erst in Deutschland auf dem zweiten Bildungsweg (Abendschule oder anderes) erwerben und direkt im Anschluss studieren, gilt die Altersgrenze von 30 Jahren ebenfalls nicht.

Um Ihr Studium zu finanzieren, sollten Sie ansonsten prüfen, ob Stiftungen für die (Teil-) Finanzierung in Frage kommen. Es gibt einige **Stiftungen** und Programme, über die man unter bestimmten Voraussetzungen ein Stipendium bekommen kann. Meist werden eine besondere Begabung und sehr gute Studienleistungen vorausgesetzt, aber auch materielle Bedürftigkeit und gesellschaftliches Engagement können Kriterien bei der Vergabe von Stipendien sein. Im Internet finden Sie unter <http://www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=427> eine Übersicht und weiterführende Links.

Spezielle Förderprogramme für ausländische Studierende sind meist auf Menschen beschränkt, die zum Zweck des Studiums nach Deutschland einreisen durften und danach wieder zurückkehren wollen.

Das Diakonische Werk der evangelischen Kirche hat ein spezielles Flüchtlings-Stipendienprogramm, das eine Finanzierung des Studiums für Menschen ohne offiziellen Flüchtlingsstatus ermöglicht. Es gilt allerdings nur für Flüchtlinge aus Staaten außerhalb Europas. Gefördert werden sollen Verfolgte, die in ihrem Herkunftsland eine Ausbildung nicht aufnehmen konnten oder abbrechen mussten. Sie sollten nicht älter als 35 Jahre sein und bei Antragstellung in der Regel nicht länger als drei Jahre in Deutschland leben. Bedingung ist ferner, dass Sie die Absicht haben, nach Beendigung des Studiums in Ihr Heimatland zurückzukehren. Tun Sie das nicht, müssen Sie das Stipendium später gegebenenfalls zurückzahlen.

→ Wenden Sie sich an die Evangelische Studentengemeinde oder das Diakonische Werk in Ihrer Stadt. Diese Stellen werden mit Ihnen gemeinsam eine Bewerbung für das Stipendienprogramm verfassen. Dabei ist es wichtig zu erläutern, dass Sie aufgrund Ihrer aufenthaltsrechtlichen Situation nur schwer oder gar keinen Zugang zu anderen Finanzierungsquellen (Arbeitsgenehmigung, BAföG etc.) haben. Ein Merkblatt mit den Kriterien für die Förderung können Sie auch beim Flüchtlingsrat Niedersachsen erhalten. Wenn Sie den Ansprechpartner vor Ort nicht kennen, können Sie sich an die zuständige Mitarbeiterin des Diakonischen Werkes in Stuttgart wenden:

Frau Sylvia Karlev
Telefon 0711-2159-506
Fax 0711-2159-8 506
Email s.karlev@brot-fuer-die-welt.de.

12. Flüchtlinge mit Aufenthaltserlaubnis nach §§ 25 IV Satz 1 oder V AufenthG

12.1 Aufenthaltsrechtliche Situation

In diesem Kapitel geht es um Personen, die nicht als Flüchtlinge anerkannt wurden oder gar kein Asylverfahren durchlaufen haben, die aber dennoch eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen nach

- § 25 Abs. 4 Satz 1 AufenthG (vorübergehender Aufenthalt aus humanitären Gründen),
- § 25 Abs. 5 AufenthG (bei Ausreisehindernissen)

erhalten haben. Zu den Erteilungsvoraussetzungen siehe *Kapitel 6.3*

(**Achtung:** Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 Satz 2 AufenthG - Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis - werden in diesem Kapitel nicht behandelt. Ihre Situation wird im *Kapitel 13.8* beschrieben.).

Im Bereich der sozialen Rechte unterliegen Flüchtlinge mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 Satz 1 AufenthG und Flüchtlinge mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG weitgehend den gleichen Einschränkungen. Für Ihre Aufenthaltserlaubnis gilt generell: Ihr Aufenthaltsrecht ist befristet. Sie können sich nicht ohne Weiteres darauf verlassen, dass die Aufenthaltserlaubnis auch verlängert wird.

→ Beantragen Sie die Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis rechtzeitig, das heißt, vor ihrem Ablaufdatum. Denn dann werden Sie bis zu einer Entscheidung der Ausländerbehörde über die Verlängerung auf jeden Fall so weiter behandelt, als sei die Aufenthaltserlaubnis noch gültig (§ 81 Abs. 4 und Abs. 5 AufenthG). Mit der „Fiktionsbescheinigung“ behalten Sie für die Zeit, in der die Ausländerbehörde Ihren Verlängerungsantrag prüft, alle Rechte, die Sie vorher auch hatten.

→ Um Ihren Aufenthalt zu sichern, sollten Sie unbedingt eine Niederlassungserlaubnis anstreben. Erst mit diesem Aufenthaltstitel können Sie unbefristet in Deutschland leben und arbeiten. Lesen Sie in diesem Kapitel im Abschnitt „Aufenthaltssicherung“, unter welchen Bedingungen Sie eine Niederlassungserlaubnis erhalten können.

§ 25 Abs. 4 Satz 1 AufenthG

Wenn Sie in der Vergangenheit auf der Grundlage des § 25 Abs. 4 Satz 1 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen erhalten haben, dürfen Sie sich nur für einen kurzen Zeitraum in Deutschland aufhalten. Über den Grund für die Aufenthaltserlaubnis hat Sie die Ausländerbehörde wahrscheinlich auch informiert: Möglicherweise erlaubt die Behörde Ihnen lediglich, das Schuljahresende abzuwarten, in einem Prozess als Zeuge oder Zeugin auszusagen oder einen schwer kranken Angehörigen zu pflegen. Abhängig vom Grund für die Aufenthaltserlaubnis ist diese zeitlich befristet, manchmal auf nur wenige Wochen. Fällt der Grund für die Erteilung weg, wird die Erlaubnis nicht mehr verlängert. Eine Verlängerung ist allenfalls ausnahmsweise bei Vorliegen einer „außergewöhnlichen Härte“ nach § 25 Abs. 4 Satz 2 AufenthG

möglich. In der Regel steht nach dem Wegfall des Grundes für die Erlaubnis nach § 25 Abs. 4 Satz 1 *AufenthG* die Ausreise oder Abschiebung im Raum.

→ Wenn Sie geduldet werden, kommt für Sie die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 Satz 1 *AufenthG* nicht in Frage. Durch die letzte Gesetzesänderung dürfen Geduldete diese Aufenthaltserlaubnis nicht mehr bekommen. Stattdessen kommt eine Ermessensduldung aus humanitären Gründen in Frage (lesen Sie dazu *Kapitel 6.3*).

→ Diese Ermessensduldung wird in der Regel nur erteilt, wenn Sie gegenüber der Ausländerbehörde in nachvollziehbarer Weise (zum Beispiel durch eine Schulbescheinigung, ärztliche Atteste oder Ähnliches) erklärt und nachgewiesen haben, dass Sie nur noch für einen kurzen Zeitraum hier bleiben wollen. Sollten sich während der Aufenthaltsdauer mit einer Ermessensduldung jedoch neue Gründe dafür ergeben, warum Sie nicht ausreisen können (unvorhersehbare Erkrankung, Unfall, Risikoschwangerschaft, Eheschließung mit einer Person mit Aufenthaltsrecht oder Ähnliches), sollten Sie eine Beratungsstelle, einen Rechtsanwalt oder eine Rechtsanwältin aufsuchen und Ihre Möglichkeiten klären.

§ 25 Abs. 5 *AufenthG*

Eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 *AufenthG* haben Sie erhalten, weil Sie weder freiwillig ausreisen noch abgeschoben werden können. Dies kann verschiedene Gründe haben, zum Beispiel eine langfristige Reiseunfähigkeit oder die Weigerung Ihres Herkunftsstaates, Ihnen trotz Ihrer aktiven Mitwirkung bei dem Versuch der Passbeschaffung Ausweispapiere auszustellen. Ob Ihnen die Ausreise zuzumuten ist, wird in Niedersachsen - anders als in Rheinland-Pfalz oder Schleswig-Holstein - nicht geprüft. Ihre Befürchtungen und Schwierigkeiten im Fall einer „freiwilligen“ Ausreise berücksichtigt die Ausländerbehörde dabei ebenso wenig wie die Dauer Ihres Aufenthalts in Deutschland.

Bei jeder Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis prüft die Ausländerbehörde, ob die Ausreise oder Abschiebung weiterhin unmöglich ist. Wenn Sie eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 *AufenthG* besitzen, ist Ihr Aufenthaltsrecht also noch nicht dauerhaft gesichert. Sollte eine Abschiebung oder Ausreise zu einem späteren Zeitpunkt wieder möglich sein, müssen Sie damit rechnen, dass die Ausländerbehörde Ihre Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert und Sie zur Ausreise auffordert.

→ Sollte die Ausländerbehörde Ihre Aufenthaltserlaubnis nicht verlängern, weil eine Abschiebung oder Rückkehr möglich sein soll, suchen Sie sofort einen Anwalt oder eine Anwältin auf! Wenn eine Rückkehr zwar technisch möglich, aber aufgrund Ihrer persönlichen Umstände unzumutbar ist, sollte unter Umständen ein Antrag nach § 25 Abs. 4 Satz 2 *AufenthG* gestellt werden.

→ Unter eng begrenzten Umständen ist es denkbar, dass ein Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis vor den Verwaltungsgerichten unter Berufung auf *Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention* (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens) auch dann durchgesetzt werden kann, wenn eine Ausreisemöglichkeit besteht, weil eine vollständige Integration in die deutsche Gesellschaft stattgefunden hat und Bindungen an das Herkunftsland nicht mehr bestehen. Diese Möglichkeit kommt vor allem für Personen in Frage, die in Deutschland geboren oder als Kinder eingereist sind. Fragen Sie einen Rechtsanwalt oder eine Rechtsanwältin, ob diese Möglichkeit für Sie besteht.

Trotz Bezugs von Sozialleistungen oder bei Vorliegen eines Ausweisungsgrundes (insbesondere Straffälligkeit, aber zum Beispiel auch Drogenkonsum) kann eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG verlängert werden. Es handelt sich dabei aber stets um eine Ermessenentscheidung der Behörde, das heißt, es gibt keinen Anspruch auf eine Verlängerung. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Behörde zu der Auffassung gelangt ist, die Hindernisse, deretwegen sie eine Erlaubnis gemäß § 25 Abs. 5 AufenthG erhalten haben, seien nunmehr weggefallen.

Familiennachzug

Die Erlaubnis, Ehepartner/in und/oder Kinder aus dem Ausland nachzuholen, bleibt Ihnen verwehrt. Denn alle Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach §§ 25 Abs. 4 und 5 AufenthG sind vom Familiennachzug gesetzlich ausgeschlossen (§ 29 Abs. 3 AufenthG). Sie haben erst dann eine Chance darauf, ein Familienmitglied legal nach Deutschland nachziehen zu lassen, wenn Sie eine Niederlassungserlaubnis erhalten haben.

Aufenthaltsrecht der Familienangehörigen

Für Inhaber/innen einer Aufenthaltserlaubnis nach §§ 25 Abs. 4 Satz 1 und 5 AufenthG gilt: Im Regelfall hat Ihr/e Ehepartner/in dieselbe Aufenthaltserlaubnis und damit die gleichen Rechte wie Sie. Minderjährige Kinder erhalten in der Regel ebenfalls eine Aufenthaltserlaubnis, wenn beide Eltern (oder der allein personensorgeberechtigte Elternteil) eine Aufenthaltserlaubnis haben. Sind die Kinder bei Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG an die Eltern bereits 16 oder 17 Jahre alt und besteht die Möglichkeit einer Rückkehr, erhalten die Kinder unter Umständen nur eine Duldung und müssen bei Erreichen der Volljährigkeit mit einer Abschiebung rechnen. Leben die Kinder dagegen schon längere Zeit mit ihren Eltern in Deutschland, erhalten sie unter Umständen unter erleichterten Bedingungen eine Niederlassungserlaubnis.

→ Beantragen Sie so früh wie möglich eine Niederlassungserlaubnis (siehe nachfolgendes Kapitel).

Aufenthaltssicherung

Unter bestimmten Bedingungen können Sie eine **Niederlassungserlaubnis** erhalten. Dafür müssen Sie aktuell eine Aufenthaltserlaubnis besitzen und seit insgesamt sieben Jahren eine der folgenden Bescheinigungen besessen haben (§ 26 Abs. 4 AufenthG):

- Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen (nach Abschnitt 5 des Aufenthaltsgesetzes = §§ 22 bis 26),
- Aufenthaltsgestattung (bei mehreren Asylverfahren zählt nur die Zeit des längsten Asylverfahrens),
- Duldung, wobei nur die Zeit vor dem 1.1.2005 zählt,
- „Aufenthaltsbefugnis“ nach dem alten Ausländergesetz,
- befristete Aufenthaltserlaubnis nach § 35 Abs. 2 des alten Ausländergesetzes für Familienangehörige,
- „befristete Aufenthaltserlaubnis“ nach dem alten Ausländergesetz aus anderen Gründen (z.B. durch Heirat), wenn gleichzeitig auch die Voraussetzungen für eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen (§§ 22 bis 26 AufenthG) vorgelegen haben.

Außerdem müssen Sie für die Niederlassungserlaubnis folgende Bedingungen erfüllen:

- eigene Lebensunterhaltssicherung, also keine Sozialleistungen (Kinder- und Erziehungsgeld zählen nicht als Sozialleistungen)
- mindestens 60 Monate Zahlen von Rentenversicherungsbeiträgen (Kinderbetreuungszeiten oder häusliche Pflege zählen auch) - Ausnahme siehe Übergangsregelung unten!
- Gründe der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung unter Berücksichtigung der Schwere oder der Art des Verstoßes gegen die öffentliche Sicherheit oder Ordnung oder der vom Ausländer ausgehenden Gefahr unter Berücksichtigung der Dauer des bisherigen Aufenthalts und dem Bestehen von Bindungen im Bundesgebiet nicht entgegenstehen; hiermit sind Straftaten gemeint. Bis zu Verurteilungen von etwa 90 Tagessätzen dürfte es in der Regel problemlos sein die Niederlassungserlaubnis zu Erhalten. Diese Grenze von 90 Tagessätzen gilt auch im eigenständigen Aufenthaltsrecht für Kinder (§ 35 AufenthG) und bei der Einbürgerung.
- Arbeitserlaubnis;
- ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache und Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland (Nachweis zum Beispiel über den Besuch eines „Integrationskurses“)
- ausreichender Wohnraum

Es reicht aus, wenn ein/e **Ehepartner/in** die Versicherungsbeiträge geleistet und eine Arbeitserlaubnis hat. Dann kann auch der andere Ehepartner die Niederlassungserlaubnis erhalten. **Kranke und Behinderte** können eine Niederlassungserlaubnis auch dann erhalten, wenn sie aufgrund Ihrer Krankheit oder Behinderung nicht alle Bedingungen erfüllen, also zum Beispiel nicht arbeiten oder schreiben können.

Übergangsregelung: Wenn Sie schon vor 2005 eine Aufenthaltbefugnis oder Aufenthaltserlaubnis besessen haben, müssen Sie die Rentenversicherungszeiten nicht nachweisen. Auch auf den Nachweis von Kenntnissen der deutschen Rechts- und Gesellschaftsordnung wird dann verzichtet und es genügt, dass Sie sich auf Deutsch mündlich verständigen können (§ 104 Abs. 2 AufenthG). Unterbrechungen des rechtmäßigen (in diesem Fall wohl auch des geduldeten) Aufenthalts bis zu einem Jahr können außer Betracht bleiben (§ 85 AufenthG).

Jugendliche und junge Erwachsene, die als Minderjährige nach Deutschland eingereist sind, können unter Umständen bereits früher eine Niederlassungserlaubnis erhalten. Dies betrifft diejenigen, die

- seit fünf Jahren eine Aufenthaltserlaubnis nach Abschnitt 6 des AufenthG im Rahmen des Familiennachzugs (§§ 27 bis 36 AufenthG) besitzen *oder*
- aktuell eine Aufenthaltserlaubnis besitzen und vorher eine der folgenden Bescheinigungen besessen haben - zusammen für insgesamt fünf Jahre:
 - Aufenthaltsgestattung (Bei mehreren Asylverfahren zählt nur die Zeit des längsten Asylverfahrens)
 - Duldung, wobei nur die Zeit vor dem 1.1.2005 zählt
 - „Aufenthaltsbefugnis“ nach dem alten Ausländergesetz
 - Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen (nach Abschnitt 5 des Aufenthaltsgesetzes = §§ 22 bis 26)
 - befristete Aufenthaltserlaubnis nach § 35 Abs. 2 des alten Ausländergesetzes für Familienangehörige

- „befristete Aufenthaltserlaubnis“ nach dem alten Ausländergesetz aus anderen Gründen (z.B. durch Heirat), wenn gleichzeitig auch die Voraussetzungen für eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen (§§ 22 bis 26 *AufenthG*) vorgelegen haben.

Jugendliche und junge Erwachsene, die eine Niederlassungserlaubnis erhalten wollen, müssen ausreichend Deutsch sprechen und dürfen nicht erheblich straffällig geworden sein. Eine Verurteilung zu einer Strafe von weniger als 90 Tagessätzen ist in der Regel kein Problem. In der Regel wird außerdem die eigenständige Sicherung des Lebensunterhaltes verlangt. Wenn Jugendliche aber eine anerkannte Schul- oder Berufsausbildung absolvieren, müssen sie ihren Lebensunterhalt nicht selbst sichern können.

Die Niederlassungserlaubnis soll nach den Vorschriften des niedersächsischen Innenministeriums erst ab einem Alter von 16 Jahren erteilt werden und die Eltern sollen eine langfristige Aufenthaltsperspektive besitzen. Das heißt aber nicht, dass die Kinder erst dann eine Niederlassungserlaubnis erhalten können, wenn auch die Eltern bereits die Voraussetzungen dafür erfüllen. Es reicht aus, wenn für die Eltern eine langfristige *Aufhaltungsperspektive* besteht.

Von der Sonderregelung können junge Erwachsene auch dann profitieren, wenn sie als Minderjährige eingereist und inzwischen verheiratet sind.

Mit Erteilung einer Niederlassungserlaubnis erhalten die Kinder ein eigenständiges, von den Eltern unabhängiges Aufenthaltsrecht.

12.2 Wohnen, Umziehen und Reisen

Wohnen

Wenn Sie eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 Satz 1 oder Abs. 5 *AufenthG* erhalten haben und noch im Wohnheim wohnen sollten, können Sie sich selbst eine Wohnung suchen. Das Sozialamt übernimmt dafür die Miete, solange Sie kein oder nur geringes eigenes Einkommen haben. Allerdings gibt es eine Höchstgrenze für „angemessene“ Mietkosten.

→ Erkundigen Sie sich bei einer Beratungsstelle oder beim örtlichen Mieterverein, bis zu welcher Höhe die Arbeitsagentur bzw. das Sozialamt die Mietkosten für Sie und Ihre Familie übernehmen muss.

Sie sind gesetzlich nicht mehr verpflichtet, im Wohnheim zu wohnen. Die Ausländerbehörde könnte Ihre Aufenthaltserlaubnis zwar theoretisch mit dem Vermerk versehen, dass Sie in einem bestimmten Wohnheim wohnen müssen. Eine solche „Wohnheim-Auflage“ ist für Menschen mit Aufenthaltserlaubnis aber in der Regel unverhältnismäßig. Eine Wohnheim-Auflage ist ein tiefgreifender Eingriff in die Persönlichkeitsrechte und daher bei Menschen mit einer Aufenthaltserlaubnis nur im Ausnahmefall zulässig. Ausdrücklich vorgesehen ist sie im Gesetz für den Fall, dass jemand unter dem Verdacht steht, Terrorist zu sein.

→ Falls Sie trotz Aufenthaltserlaubnis von der Ausländerbehörde verpflichtet werden, im Wohnheim zu wohnen, sollten Sie rechtliche Schritte dagegen unternehmen. Stellen Sie einen Antrag auf Streichung der Auflage. Wenn die Ausländerbehörde ablehnt, legen Sie Widerspruch

ein, am besten mit Hilfe einer Beratungsstelle oder eines Rechtsanwaltes. Wenn auch der Widerspruch zurückgewiesen wird, können Sie vor Gericht klagen. Informieren Sie auch den Flüchtlingsrat Niedersachsen über das Verhalten der Ausländerbehörde.

Wohnsitzauflage

Wenn Sie Sozialleistungen erhalten, wird in Ihrer Aufenthaltserlaubnis eine so genannte Wohnsitzauflage vermerkt: „*Die Wohnsitznahme ist auf (Bezirk der Ausländerbehörde) beschränkt.*“ Solange dieser Satz in Ihrer Aufenthaltserlaubnis steht, dürfen Sie nicht umziehen (§ 12 Abs. 2 AufenthG, 12.1.1. Vorl. Nds. VV AufenthG, § 23 Abs. 5 SGB XII). Offizielle Begründung dieser Regelung ist, dass die Kommunen, die die Sozialleistungen bezahlen müssen, möglichst gleichmäßig mit diesen Ausgaben belastet werden sollen. Sozialleistungen sind in Ihrem Fall Leistungen nach §§ 3-7 oder § 2 AsylbLG. Kinder-, Erziehungs- und Elterngeld zählen nicht dazu, dieser Bezug ist in jedem Fall unproblematisch. Unter bestimmten Bedingungen können Sie die Streichung der Auflage beantragen und danach umziehen.

Für einen Umzug **innerhalb Niedersachsens** gelten folgende Regeln:

Wenn Sie nachweisen können, dass Sie den Lebensunterhalt Ihrer Familie durch Arbeit oder sonstiges Einkommen vollständig sichern können, soll die Ausländerbehörde die Wohnsitzauflage aus Ihrer Aufenthaltserlaubnis streichen. Dazu müssen Sie beim Antrag an die Ausländerbehörde die entsprechenden Nachweise (Arbeitsvertrag und anderes) vorlegen. Ein unbefristeter Arbeitsvertrag ist nicht notwendig, aber die Ausländerbehörde muss davon ausgehen können, dass das Einkommen für lange Zeit gesichert ist.

Wenn Sie arbeiten, aber noch ergänzende Sozialleistungen beziehen, wird die Wohnsitzauflage nicht gestrichen. Eine Ausnahme gilt allerdings, wenn die ergänzenden Sozialleistungen höchstens 10% des Nettoeinkommens betragen und der - voraussichtlich dauerhafte - Arbeitsplatz in einer unzumutbaren Entfernung vom bisherigen Wohnort liegt.

Für den Fall, dass Ihr/e Ehepartner/in oder Ihre minderjährigen Kinder in einem anderen Ort wohnen, muss die Ausländerbehörde ermöglichen, dass Ihre Familie zusammenleben kann, auch wenn Sie Sozialleistungen beziehen. Allerdings können Sie nicht in jedem Fall bestimmen, an welchem der beiden Wohnorte Sie gemeinsam wohnen. Die Ausländerbehörde kann die Streichung Ihrer Auflage verweigern, wenn Ihr Ehepartner/in seinen Wohnsitz verlegen kann. Das wird insbesondere dann angenommen, wenn der/die Ehepartnerin Deutscher ist oder seinen Wohnort frei wählen darf. Dabei soll die Ausländerbehörde in gewissem Maß auf Ihre Wünsche Rücksicht nehmen, aber auch andere Faktoren berücksichtigen, vor allem, wo eine Arbeitsstelle vorhanden ist oder wo ausreichend Wohnraum zur Verfügung steht.

Die Ausländerbehörde kann - muss aber nicht - auch aus anderen Gründen die Wohnsitznahme in einer anderen Stadt oder einem anderen Landkreis ermöglichen, insbesondere, wenn eine Frau zum Schutz vor ihrem Ehemann in einem entfernten Frauenhaus untergebracht werden soll. Auch bei Alleinerziehenden mit Kleinkindern, Alten oder erwerbsunfähigen Menschen darf die Ausländerbehörde die Wohnsitzauflage streichen, wenn wichtige Gründe für einen Umzug sprechen. Der Bezug von Sozialleistungen ist dann trotzdem erlaubt.

Wenn Sie aus Niedersachsen in ein **anderes Bundesland** umziehen wollen, gilt ebenfalls grundsätzlich, dass die dauerhafte Sicherung des Lebensunterhaltes die entscheidende Bedingung für eine Streichung der Wohnsitzauflage ist. Sie erhalten aber auch dann die Erlaubnis umzuziehen,

wenn das erforderliche Einkommen um bis zu 10% unterschritten wird. Daneben haben die Bundesländer vereinbart, dass ein Wohnsitzwechsel auch bei Sozialhilfebezug erlaubt werden soll,

- wenn Sie zu Ihrem/Ihrer Ehepartner/in umziehen wollen. Bedingung ist, dass sie dafür nicht einen Arbeitsplatz aufgeben müssen oder der/die Partner/in den Lebensunterhalt finanziert,
- zur Sicherstellung der Pflege und medizinischen Versorgung eines Angehörigen.

In allen anderen Fällen entscheiden die Ausländerbehörden des Zielortes nach den Regeln ihres jeweiligen Bundeslandes, ob sie dem Umzug in ihren Bezirk zustimmen.

Reisen

Innerhalb Deutschlands dürfen Sie sich mit Ihrer Aufenthaltserlaubnis frei bewegen.

Bürger aus Drittländern dürfen für einen Zeitraum von bis zu drei Monaten in und durch die Europäische Union reisen, sofern sie bestimmte Einreisebedingungen erfüllen; so müssen sie unter anderem im Besitz eines gültigen Reisedokuments oder, wenn gefordert, eines Visums sein.

12.3 Arbeit und Ausbildung

Um arbeiten oder eine Ausbildung absolvieren zu können, brauchen Sie eine Arbeitserlaubnis. In den ersten drei Jahren Ihres Aufenthalts in Deutschland gibt es Beschränkungen: Sie können allenfalls eine so genannte „nachrangige Arbeitserlaubnis“ erhalten. Erst danach erhalten Sie - vorausgesetzt, Sie sind noch im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis - eine uneingeschränkte Arbeitserlaubnis für unselbstständige Tätigkeiten.

Als Arbeitnehmer/in haben Sie gegenüber dem/der Arbeitgeber/in bestimmte Rechte. Dazu gehören die Auszahlung des vereinbarten Lohns, die Lohnzahlung im Krankheitsfall, Urlaubsanspruch und anderes.

→ Wenn Sie Schwierigkeiten mit Ihrem Arbeitgeber haben, können Sie vor dem Arbeitsgericht klagen. Lassen Sie sich vorher gut beraten, zum Beispiel bei der Gewerkschaft.

Wenn Sie eine Arbeit gefunden haben, sind Sie verpflichtet, dies dem Sozialamt und dem Arbeitsamt so schnell wie möglich mitzuteilen. Wenn Sie nicht viel verdienen, bekommen Sie weiterhin ergänzende Sozialleistungen und einen neuen Bescheid darüber. Wenn Sie Ihre Arbeitsaufnahme nicht unverzüglich melden, fordern die Ämter das von ihnen zuviel gezahlte Geld zurück. Unter Umständen bekommen Sie auch Probleme, weil man Ihnen Betrug vorwirft.

Im Folgenden werden Ihre Arbeitsmöglichkeiten genauer beschrieben.

Nachrangige Arbeitserlaubnis

Um eine nachrangige Arbeitserlaubnis für einen bestimmten Arbeitsplatz zu erhalten, brauchen Sie in der Regel Zeit, gute Nerven und mehrere Versuche. Anträge werden häufig abgelehnt. Wenn Sie eine Arbeitserlaubnis erhalten, gilt diese nur für eine ganz bestimmte Tätigkeit in einem bestimmten Betrieb. Sie müssen sich also vorher darum bemühen, einen Arbeitsplatz zu finden, und können dann erst den Antrag auf Arbeitserlaubnis dafür stellen. Die Erlaubnis wird aber nur dann

erteilt, wenn für diesen Arbeitsplatz kein/e bevorrechtigte/r Arbeitnehmer/in (das sind zum Beispiel Deutsche, EU-Bürger/innen oder anerkannte Flüchtlinge) zur Verfügung stehen und Sie nicht zu schlechteren Arbeitsbedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer/innen beschäftigt werden. Dies sind die Schritte zur nachrangigen Arbeitserlaubnis:

- Besorgen Sie sich bei der Ausländerbehörde die Formulare „Antrag auf Erlaubnis einer Beschäftigung, die der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit bedarf“ sowie „Stellenbeschreibung“.
- Suchen Sie sich eine Arbeitsstelle.
- Der/die Arbeitgeber/in muss die „Stellenbeschreibung“ ausfüllen und unterschreiben. Er sollte sich damit einverstanden erklären, dass sein Stellenangebot von der Agentur für Arbeit für veröffentlicht wird. Berücksichtigen Sie bei dem Termin für den Arbeitsbeginn, dass das Antragsverfahren einige Wochen dauert.
- Machen Sie sich Kopien für Ihre Unterlagen und geben die Formulare bei der Ausländerbehörde ab. Nehmen Sie dazu auch Ihren Ausweis mit.
- Nun müssen Sie bis zu acht Wochen warten. Erst wenn die Behörden meinen, dass der Arbeitsplatz nicht an einen bevorrechtigten Arbeitnehmer vermittelt werden kann, erhalten Sie die Arbeitserlaubnis.

Die nachrangige Arbeitserlaubnis ist befristet und kann nach Ablauf der Frist verlängert werden.

→ Beantragen Sie eine Verlängerung frühzeitig! Haben Sie länger als zwölf Monate dieselbe Arbeitsstelle, dann kann die Erlaubnis verlängert werden, ohne dass die Ausländerbehörde wieder prüft, ob es bevorrechtigte Arbeitnehmer/innen gibt.

Arbeitserlaubnis ohne Vorrangprüfung

In besonderen Fällen kann eine Arbeitserlaubnis erteilt werden, ohne dass die Arbeitsagentur prüft, ob es bevorrechtigte Arbeitnehmer/innen gibt. Dabei bleibt die Arbeitsgenehmigung aber an die beantragte Tätigkeit und den/die Arbeitgeber/in gebunden. Auf die Vorrangprüfung wird verzichtet, wenn

- Sie im Betrieb Ihres/Ihrer Ehepartner/in, unverheirateten Lebenspartner/in oder sonstigen Verwandten ersten Grades arbeiten wollen und mit diesen zusammen in einem Haushalt leben (§ 3 *BeschVerfV*);
- ein Härtefall vorliegt (Härtefallarbeitsgenehmigung, § 7 *BeschVerfV*).

Ob eine **Härtefallarbeitsgenehmigung** erteilt wird, hängt von den besonderen Umständen des Einzelfalls ab. Ein Härtefall kann zum Beispiel festgestellt werden, wenn eine Person nur eingeschränkt arbeiten kann, wenn wegen einer Behinderung die Chancen auf einen Arbeitsplatz ohnehin bereits eingeschränkt sind. Traumatisierten Personen wird die Arbeitserlaubnis ohne Vorrangprüfung erteilt, wenn die Beschäftigung von dem behandelnden Arzt/Psychotherapeuten als wichtiger Teil der Therapie bezeichnet wird.

→ Prüfen Sie, ob in Ihrem Fall konkrete Gründe für eine Härtefallarbeitsgenehmigung vorliegen. Versuchen Sie gegebenenfalls mit Hilfe einer Beratungsstelle, den Anspruch auf eine Härtefallarbeitsgenehmigung durchzusetzen.

Uneingeschränkte Arbeitserlaubnis

Sie können eine Arbeitserlaubnis erhalten, mit der Sie sich uneingeschränkt überall bewerben können (§ 9 BeschVerfV):

- nach zwei Jahren sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung *oder*
- nach drei Jahren in Deutschland (tatsächlicher Aufenthalt - Zeiten der Duldung oder Aufenthaltsgestattung zählen mit).

→ Auch Menschen mit Aufenthaltserlaubnis, die als Minderjährige eingereist sind, erhalten nach dem Gesetz eine Arbeitserlaubnis ohne alle Beschränkungen, wenn sie einen deutschen Schulabschluss haben, eine abgeschlossene berufsvorbereitende Maßnahme nachweisen können oder eine anerkannte Berufsausbildung aufnehmen möchten (§ 8 BeschVerfV).

→ Die uneingeschränkte Arbeitserlaubnis erteilen die Behörden oft nicht von selbst. Stellen Sie rechtzeitig einen Antrag, wenn Sie eine der drei Bedingungen erfüllen.

Wenn Sie sich selbstständig machen wollen, müssen Sie die Erlaubnis zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit bei der Ausländerbehörde beantragen. Nach den niedersächsischen Vorschriften ist die Erlaubnis dazu in den ersten zwei Jahren nach Erteilung der Aufenthaltserlaubnis praktisch ausgeschlossen - es sei denn, Sie wollten in Deutschland 250.000 Euro investieren oder fünf Arbeitsplätze schaffen... Nach Ablauf von zwei Jahren können Sie die Erlaubnis zur selbstständigen Erwerbstätigkeit erhalten, aber nur, wenn Sie eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG haben. Für Menschen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 Satz 1 AufenthG ist eine Erlaubnis zur Selbstständigkeit in den niedersächsischen Vorschriften nicht vorgesehen.

Die Erlaubnis zur Selbstständigkeit wird in Niedersachsen unter folgenden Bedingungen erteilt:

- Sie erfüllen Ihre Passpflicht.
- Es liegt kein Ausweisungsgrund (z.B. schwere Straftaten) vor;
- Sie können ausreichende Deutschkenntnisse sowie „Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie der deutschen Lebensverhältnisse“ nachweisen.
- Sie haben sich in den letzten zwei Jahren intensiv um Arbeit bemüht, aber keine gefunden.
- Sie können Ihren Lebensunterhalt durch die Selbstständigkeit voraussichtlich sichern.
- Sie wollen sich an Ihrem Wohnort selbstständig machen, so dass die Wohnsitzauflage (lesen Sie dazu den entsprechenden Absatz in Kapitel 10.2) nicht geändert werden muss.

Die Ausländerbehörde fragt dann immer noch fachkundige Institutionen (Industrie- und Handelskammer), ob Bedenken gegen die von Ihnen angestrebte Form der Selbstständigkeit bestehen. Unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls entscheidet die Ausländerbehörde dann, ob Sie Ihnen die Selbstständigkeit erlaubt, und trägt die Erlaubnis gegebenenfalls in Ihre Aufenthaltserlaubnis ein. Das größte Problem bei der Selbstständigkeit dürfte für Sie die Einstiegsfinanzierung sein. Eine finanzielle Unterstützung bei der Existenzgründung durch die Arbeitsagentur („Gründungszuschuss“) können Sie nicht erhalten, da Sie systematisch unter das Asylbewerberleistungsgesetz fallen und von den Vorschriften der Arbeitsförderung (SGB III) nicht profitieren.

→ Vor einer Existenzgründung sollten Sie sich in jedem Fall umfassend bei der Industrie- und Handelskammer, dem Deutschen Hotel und Gaststättenverband, der Handwerkskammer oder anderen kompetenten Stellen beraten lassen. Diese Vereinigungen bieten auch Existenzgründungsseminare an. Gründen Sie nicht übereilt ein Gewerbe. Schließen Sie vor allem

erst einen Mietvertrag oder andere Verträge ab, nachdem Sie sich umfassend beraten lassen haben und ein tragfähiges Konzept haben. Es besteht die große Gefahr dauerhafter Verschuldung.

Arbeitsgelegenheiten

Solange Sie Sozialleistungen nach §§ 3-7 *AsylbLG* erhalten, können Sie verpflichtet werden, „gemeinnützige Arbeit“ zu leisten (§ 5 *AsylbLG*). Oft sind dies einfache Hilfstätigkeiten, zum Beispiel Laubharken im städtischen Park. Sie können sich auch selbst darum bemühen und beim Sozialamt danach fragen. Manche Sozialämter bieten gemeinnützige Arbeit auch für Sozialleistungsempfänger nach § 2 *AsylbLG* an. Für diese Arbeit erhalten Sie zusätzlich zu Ihren Sozialleistungen 1 bis 2 Euro pro Stunde. Aber beachten Sie: Dies ist keine reguläre Arbeit, und Sie sind darüber nicht sozialversichert. Sie sollten sich deshalb grundsätzlich darum bemühen, einen regulären Arbeitsplatz zu finden. Wenn Sie sich weigern, die angebotene gemeinnützige Arbeit auszuführen, oder ohne Entschuldigung fehlen, kann die Arbeitsagentur Ihre Sozialleistungen kürzen. Gekürzt werden darf im Regelfall nur ein Teil der Sozialleistung der Person, die die Arbeit verweigert, nicht aber die Sozialleistung der Kinder.

→ Wenn es wichtige Gründe dafür gibt, dass Sie eine gemeinnützige Arbeit nicht ausführen können oder wollen (z.B. Krankheit, fehlende gesundheitliche Eignung für die konkrete Tätigkeit, fehlende Betreuungsmöglichkeit für die Kinder oder anderes), teilen Sie das der Arbeitsagentur so schnell wie möglich mit. Wenn Sie krank sind, sollten Sie ein Attest vorlegen, aus dem Ihre Arbeitsunfähigkeit hervorgeht. Wenn Ihre Sozialleistungen gekürzt wurden, muss die Kürzung wieder aufgehoben werden, sobald Sie ihre Arbeitsbereitschaft zeigen. Sollten Ihre Sozialleistungen zu Unrecht oder zu stark gekürzt werden oder auch andere Familienangehörige betreffen, wenden Sie sich an einen Rechtsanwalt oder eine Beratungsstelle.

12.4 Soziale Sicherung

Auch nach der Erteilung Ihrer Aufenthaltserlaubnis sind ihre Rechte auf soziale und medizinische Versorgung im Asylbewerberleistungsgesetz geregelt (§ 1 Abs. 1 *AsylbLG*). Wenn Ihr Arbeitseinkommen nicht ausreicht, haben Sie also Anspruch auf Sozialleistungen: Entweder niedrige „Sachleistungen“ nach §§ 3-7 *AsylbLG* oder - nach vier Jahren Leistungsbezug - Sozialleistungen nach § 2 *AsylbLG* (analog der normalen Sozialhilfe nach SGB XII). Etwas anderes gilt, wenn Sie sozialversicherungspflichtig gearbeitet haben und arbeitslos sind. Dann bekommen Sie unter bestimmten Bedingungen für eine kurze Zeit Arbeitslosengeld I. Einen darauf folgenden Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben Sie nicht (§ 7 *SBG II*). Ihre Rechte auf ALG I oder Sozialleistungen nach dem *AsylbLG* werden im Folgenden genau erklärt.

Absicherung bei Arbeitslosigkeit (ALG I)

Wenn Sie Ihre Arbeit verloren haben, haben Sie unter Umständen einen Anspruch auf Arbeitslosengeld I (ALG I) erworben. Das gilt, wenn Sie

1. innerhalb der letzten zwei Jahre mindestens 12 Monate sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren,
2. sich darum bemühen, wieder Arbeit zu erhalten,
3. den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung stehen.

→ Um ALG I zu erhalten, müssen Sie sich bei der Arbeitsagentur Arbeit suchend melden. Dafür haben Sie, wenn Sie von Ihrer Kündigung bzw. dem Ende Ihrer Arbeitsverhältnisses erfahren, nur drei Tage Zeit (§ 122 SGB III). Melden Sie sich später, müssen Sie damit rechnen, dass Ihnen die Leistungen für die ersten sieben Tage gestrichen werden (§ 128 Nr. 3 SGB III). ALG I wird nicht rückwirkend gezahlt, sondern frühestens ab dem Tag Ihrer Meldung als Arbeit suchend.

Das ALG I beträgt 67% Ihres Nettolohns, wenn Sie Kinder haben, und 60% ohne Kinder. Die Dauer des ALG I beträgt zwischen sechs und zwölf Monaten und ist davon abhängig, wie lange Sie innerhalb der letzten zwei Jahre gearbeitet haben (§ 127 SGB III). Personen ab 50 Jahre können künftig bis zu bis zu 15 Monate, Personen ab 55 Jahre bis zu 18 Monate und Personen ab 58 Jahre bis zu 24 Monate lang ALG I erhalten, wenn Sie Beschäftigungszeiten bis zu vier Jahren vorweisen können. Liegt Ihr Anspruch auf ALG I niedriger als ihre Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, wären, wird dies ergänzend gezahlt.

Nach Ablauf der Bezugszeit von ALG I erhalten Sie nicht, wie die meisten anderen Arbeitslosen, ALG II, sondern nur Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

→ Um (nach dem Ende von ALG I oder währenddessen) Sozialleistungen nach AsylbLG zu erhalten, müssen Sie rechtzeitig einen Antrag beim Sozialamt stellen.

Sozialleistungen nach §§ 3-7 AsylbLG

Im Normalfall erhalten Sie für vier Jahre die Grundleistungen nach §§ 3-7 AsylbLG. Danach erhalten Sie in Niedersachsen

- eine Unterkunft,
- Gutscheine für Lebensmittel, Kleidung, Hygieneartikel und alles sonst Notwendige insgesamt in folgender Höhe: 184,07 Euro monatlich für Alleinstehende bzw. den Haushaltsvorstand, 158,50 Euro für Haushaltsangehörige ab 7 Jahren, 112,48 Euro für Kinder bis 6 Jahren, im Wohnheim werden hiervon Beträge zwischen 20 und 35 Euro für Haushaltswaren (zum Beispiel Glühbirnen, Besen, Staubsauger) und Energiekosten abgezogen,
- einen zusätzlichen Bargeldbetrag von 40,90 Euro/Monat (für Personen ab 14 Jahre) und 20,45 Euro (für Kinder bis 13 Jahre).

Diese Leistungen teilen sich in Niedersachsen wie folgt auf:

	Einzelpersonen/ Haushalts- vorstand	Haushalts- angehörige ab 14 Jahren	Haushalts- angehörige 7-13 Jahre	Haushalts- angehörige 0- 6 Jahre
Ernährung	125,27 €	104,81 €	104,81 €	71,58 €
Hygiene	10,23 €	7,67 €	7,67 €	5,11 €
Bekleidung	15,34 €	15,34 €	15,34 €	15,34 €
Gebrauchs- und Verbrauchsgüter des Haushaltes:	33,23 €	30,68 €	30,68 €	20,45 €
<i>davon</i> Haushaltsenergie	25,56 €	20,45 €	20,45 €	12,78 €
Grundbetraginsgesamt	184,07 €	158,50 €	158,50 €	112,48 €
+ Barbetrag („Taschengeld“)	40,90 €	40,90 €	20,45 €	20,45 €
Leistung insgesamt:	224,97 €	199,40 €	178,95 €	132,93 €

Ernährung

Eine gesunde Ernährung muss Ihnen möglich sein. Auch sollen religiöse und durch Schwangerschaft oder Krankheit bedingte besondere Ernährungsgewohnheiten bei der Versorgung beachtet werden. Wenn Ihnen das nicht möglich ist, stellen Sie einen schriftlichen „Antrag auf besondere Ernährung nach § 6 AsylbLG“ bei Ihrem Sozialamt. Begründen Sie Ihren Antrag (z.B. Schwangerschaft, Diabetes, Neurodermitis, usw.).

Bekleidungsgeld

Das monatliche Bekleidungsgeld in Höhe von 15,34 € wird von den Sozialämtern meist halbjährlich in Form von Gutscheinen ausgegeben. Das Bekleidungsgeld steht Ihnen in jedem Fall zu, auch wenn Sie noch genügend Kleidung haben.

Ge- und Verbrauchsgüter des Haushaltes

Der Betrag für Ge- und Verbrauchsgüter des Haushalts kann Ihnen von Ihren Leistungen abgezogen werden, wenn Sie in einer Gemeinschaftsunterkunft leben. Das geht allerdings nur, wenn das Wohnheim Ihnen kostenlos u.a. folgende Dinge zur Verfügung stellt: Möbel (Bett, Stuhl, Tisch, Schrank usw.), Bettdecke und Bettwäsche, Handtücher, Küchenausstattung (Herd, Kochtöpfe, Geschirr usw.), Waschmaschine und Waschmittel, WC-Papier, Putz- und Reinigungsmittel, Heizung, Haushaltsenergie (Warmwasser, Kochen, Strom).

→ Im Wohnheim sind viele Dinge oft nicht vorhanden, oder defekte Gegenstände werden nicht ersetzt. Verlangen Sie die Bereitstellung der Dinge, die Sie brauchen, und beschweren Sie sich, wenn nötig, beim Sozialamt. Manchmal ist es sinnvoll, einen schriftlichen Antrag zu verfassen. Wenn das nicht hilft, können Sie einen schriftlichen „Widerspruch“ an das Sozialamt schreiben. Dabei kann Sie eine Beratungsstelle unterstützen.

Wenn Sie in einer Wohnung wohnen, müssen Sie Strom und Gas, Putz- und Reinigungsmittel in der Regel selbst bezahlen. Dann sind Kürzungen bei den Ge- und Verbrauchsgütern unzulässig.

Gutscheinpraxis

In Niedersachsen erhalten Sie Leistungen für Lebensmittel und andere Dinge des täglichen Bedarfs in Form von Gutscheinen ausgezahlt. Damit sind Sie in Ihrem Alltag stark eingeschränkt. Politische Proteste und Aktionen dagegen haben in anderen Bundesländern dazu geführt, dass Bargeld ausgezahlt wird. Die Niedersächsische Landesregierung bleibt in diesem Punkt aber hart und verlangt von den Kommunen, kein Bargeld zu gewähren. In manchen Bundesländern ist es auch noch schlimmer, dort erhalten Flüchtlinge Essen und Hygieneartikel in Paketen zugeteilt.

→ In vielen Kommunen Niedersachsens gibt es politische Initiativen, die zumindest einen kleinen Teil Ihrer Gutscheine in Bargeld umtauschen und selber damit einkaufen gehen. Erkundigen Sie sich beim Flüchtlingsrat Niedersachsen, ob es einen Umtausch in Ihrer Stadt gibt.

→ Sie haben nur eine sehr geringe Chance, beim Sozialamt Bargeld für sich durchzusetzen. Das wäre zum Beispiel denkbar, wenn Sie gehbehindert oder krank sind und der Weg zum nächsten Laden, der Gutscheine akzeptiert, zu weit weg ist.

→ Wenn Sie sich mit den Gutscheinen diskriminiert fühlen oder in bestimmten Geschäften unfair behandelt werden (zum Beispiel gar kein Wechselgeld erhalten, was illegal wäre!), können Sie das auch öffentlich machen. Gehen Sie zur örtlichen Presse und besuchen Sie die Parteien. Schreiben Sie an das Niedersächsische Innenministerium und schildern Sie Ihre Erfahrungen. Schließen Sie sich einer Initiative an, oder gründen Sie mit anderen Flüchtlingen und Unterstützern eine Initiative, um gegen die Gutscheine zu kämpfen. Sprechen Sie die örtliche Presse an und versuchen Sie so, unfaire Geschäfte zu einer anderen Praxis zu bewegen.

Höhere Leistungen nach § 2 AsylbLG - keine Gutscheine mehr

Wenn Sie vier Jahre Leistungen nach dem AsylbLG bezogen haben, werden Ihre Leistungen nach § 2 *AsylbLG* normalerweise auf das Niveau der Sozialhilfe für Deutsche erhöht. Diese Umstellung muss für Flüchtlinge mit Aufenthaltsgestattung automatisch erfolgen. Falls das Sozialamt diese Umstellung nicht automatisch gemacht haben sollte und Sie deshalb länger als vier Jahre Grundleistungen erhalten haben, können Sie rückwirkend eine Nachzahlung der Leistungen nach § 2 *AsylbLG* beantragen (Antrag auf Überprüfung eines rechtswidrigen Verwaltungsaktes, auch wenn er unanfechtbar geworden ist, gemäß § 44 SGB X).

Für die Vierjahresfrist zählen die Zeiten, in denen Sie tatsächlich Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Anspruch genommen haben. Wenn Sie sich also zum Beispiel ein Jahr lang durch Arbeit selbst finanzieren, zählt dieses Jahr nicht mit, und die Bezugszeit verlängert sich um ein Jahr.

Ob für die Berechnung der Bezugszeiten andere Sozialleistungen angerechnet werden (Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe), ist umstritten. Nach Ansicht des niedersächsischen Innenministeriums zählen diese Zeiten für die Vierjahresfrist nicht mit (*Erlass vom 4.9.2007*). Auch das Bundessozialgericht hat im Jahr 2008 entschieden, dass zumindest Leistungen nach § 2 *AsylbLG* nicht auf die Vierjahresfrist angerechnet werden. Wenn bei Ihnen für die Berechnung der Vierjahresfrist der Bezug anderer Sozialleistungen nach Ansicht des Sozialamtes nicht angerechnet werden soll, wenden Sie sich bitte an eine Beratungsstelle.

→ Die höheren Leistungen werden oft zu Unrecht verweigert! Sollte das Sozialamt Ihnen nach vierjährigem Leistungsbezug weiterhin nur Gutscheine nach § 3 *AsylbLG* gewähren, holen Sie sich

rechtliche Hilfe! Legen Sie Widerspruch gegen Ihren Bescheid ein und wenden Sie sich gegebenenfalls auch mit einer Klage und einem Eilantrag an das Sozialgericht.

→ Sie können auch versuchen, zu Unrecht verweigerte Leistungen nach § 2 AsylbLG lange Zeit später nachzufordern (§ 44 SGB X). Denn eigentlich muss das Sozialamt automatisch die höheren Leistungen gewähren, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind.

Vom Arbeitslosengeld II („ALG II“, auch „Hartz IV“ genannt) sind Sie ausgeschlossen (§ 7 Abs. 1 SGB II). Die Leistungen nach § 2 AsylbLG orientieren sich an der „Sozialhilfe“ nach dem Zwölften Sozialgesetzbuch (SGB XII). In Niedersachsen gelten seit Juli 2008 folgende Leistungen nach § 2 AsylbLG:

Regelsatz (Seit Juli 08)	Alleinstehende/ Alleinerziehende	Volljährige Partner	Haushaltsangehörige 0 bis 13 Jahre	Haushaltsangehörige ab 14 Jahre
in %	100 %	90 %	60 %	80 %
in €	351 €	316 €	211 €	281 €

Zusätzlich übernimmt das Sozialamt die Kosten für Unterkunft und Heizung: Bezahlt wird die „angemessene“ Miete für eine Wohnung, jedoch nicht die Kosten für Haushaltsenergie (Strom für Licht, Warmwasser, Kochen).

→ Erkundigen Sie sich bei einer Beratungsstelle oder beim Mieterverein, bis zu welcher Höhe das Sozialamt die Miete für eine Wohnung für Sie (und Ihre Familie) übernehmen muss.

Wenn Sie weiterhin in einer Gemeinschaftsunterkunft leben, werden die Regelsätze wegen der dort kostenlos bereitgestellten Ge- und Verbrauchsgüter des Haushalts oder auch Hygieneartikeln um die entsprechenden Teilbeträge gekürzt (s. *Tabelle oben*).

→ Erkundigen Sie sich bei einer Beratungsstelle oder beim Mieterverein, bis zu welcher Höhe das Sozialamt die Miete für eine Wohnung für Sie (und Ihre Familie) übernehmen muss.

Wenn Sie weiterhin in einer Gemeinschaftsunterkunft leben, werden die Regelsätze wegen der dort kostenlos bereitgestellten Ge- und Verbrauchsgüter des Haushalts sowie gegebenenfalls auch Hygieneartikel um die entsprechenden Teilbeträge gekürzt (s. *Tabelle oben*).

In bestimmten Lebenslagen erhöhen sich die Regelsätze um einen **Mehrbedarfzuschlag**:

- bei Alleinerziehenden mit einem oder mehreren Kindern,
- bei Schwangeren ab der 13. Woche,
- bei Kranken, die sich in besonderer Weise kostenaufwändig ernähren müssen (z.B. Krebserkrankung, HIV, schwere chronische Magen- oder Darmerkrankung; Leber- oder Nierenerkrankung),
- bei dauerhaft erwerbsunfähigen, anerkannten Schwerbehinderten mit Ausweis G oder Ag).

Zusätzlich kann man auf Antrag einmalige Beihilfen erhalten, so für Erstausrüstungen bei Schwangerschaft und Geburt (Kleidung, Kinderwagen, Kinderbett usw.), Erstausrüstungen an Möbeln und Hausrat (wenn erstmals eine Wohnung bezogen wird, bzw. die beantragten Gegenstände bisher nicht vorhanden waren), sowie für mehrtägige Klassenfahrten der Schule.

Anstelle der bisher vom Sozialamt gewährten Krankenscheine erhalten Sie auf Kosten des Sozialamts eine Krankenversichertenkarte (Chipkarte) von einer gesetzlichen Krankenkasse Ihrer Wahl (§ 264 SGB V). Sie haben damit einen uneingeschränkten Anspruch auf Krankenbehandlung wie deutsche Versicherte.

Die Leistungen nach § 2 AsylbLG sollten Sie nicht mehr in Gutscheinen, sondern in Bargeld erhalten. Wenn Sie in einer Wohnung leben, haben Sie auf jeden Fall Anspruch auf Bargeld. Solange Sie noch im Wohnheim leben, kann das Sozialamt argumentieren, dass weiter nur Gutscheine gezahlt werden, zum Beispiel, um Konflikte im Wohnheim zu vermeiden, weil einige Bewohner über Bargeld, andere aber nur über Gutscheine verfügen.

→ **Tipp:** Sobald Sie Leistungen nach § 2 AsylbLG erhalten, sollten Sie erstens die Erlaubnis für den Umzug in eine Wohnung (siehe dazu den Abschnitt „*Wohnen*“ in Kapitel 12.2) und zweitens die Auszahlung in Bargeld beantragen und gegebenenfalls auch gerichtlich durchzusetzen versuchen. Lassen Sie sich von einer Beratungsstelle unterstützen.

12.5 Medizinische Versorgung

Wenn Sie sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind oder Arbeitslosengeld I erhalten, übernimmt Ihre Krankenkasse die Kosten für die medizinische Versorgung im Krankheitsfall. Sofern Sie nicht über eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung oder die Arbeitsagentur krankenversichert sind, richtet sich Ihre Krankenversorgung für drei Jahre nach § 4 und § 6 AsylbLG und ist in der Praxis eingeschränkt. Wenn Sie drei Jahre Leistungen nach dem AsylbLG erhalten haben, können Sie Leistungen nach § 2 AsylbLG beanspruchen und erhalten die gleiche Krankenversorgung wie deutsche Sozialleistungsempfänger. Die drei Möglichkeiten werden im Folgenden genauer erklärt.

Eingeschränkte medizinische Versorgung nach § 4 und 6 AsylbLG

Im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) gibt es zwei Paragraphen, die die Krankenversorgung regeln: § 4 *AsylbLG* und § 6 *AsylbLG*. Darin steht:

- Medizinische Versorgung, (zahn-)ärztliche Hilfe und sonstige erforderlichen Leistungen müssen bei allen akuten oder akut behandlungsbedürftigen Erkrankungen gewährt werden.
- Medizinische Versorgung, (zahn-)ärztliche Hilfe und sonstige erforderlichen Leistungen müssen bei allen mit Schmerzen verbundenen Erkrankungen gewährt werden.
- Eine Versorgung mit Zahnersatz erfolgt nur, wenn dies „unaufschiebbar“ (das heißt jetzt unmittelbar notwendig) ist.
- Bei Schwangerschaft und Geburt erhalten Frauen alle auch für Deutsche üblichen medizinischen Leistungen bei Arzt und Krankenhaus, sämtliche Vorsorgeuntersuchungen für Mutter und Kind, Hebammenhilfe, Medikamente und Heilmittel.
- „Sonstige“ medizinische Leistungen müssen gewährt werden, wenn dies „zur Sicherung der Gesundheit unerlässlich“ ist.

Die Regelungen zur medizinischen Versorgung machen in der Praxis oft Schwierigkeiten. Manche Ärzte tun nicht alles, was nötig wäre. Damit der Arzt Sie behandelt, müssen Sie in der Regel einen Krankenschein vorlegen. Manche Sozialämter lehnen Anträge ab oder schicken Flüchtlinge, die um einen Krankenschein bitten, wieder weg, weil sie meinen, dass die Krankheit nicht akut, sondern chronisch sei. Probleme gibt es vor allem mit Heil- und Hilfsmitteln wie Brillen, Hörgeräten, Prothesen, Rollstühlen, aber auch Medikamenten und Operationen.

Nach unserer Rechtsauffassung werden die Paragrafen der Krankheitsversorgung in der Praxis zu eng und von vielen Ärzten zu ängstlich ausgelegt. Es gibt viele, teilweise auch von Gerichten bestätigte Argumente, die für eine Behandlung in den meisten Fällen sprechen. Hierzu einige Hinweise:

- Die meisten chronischen Krankheiten sind auch gleichzeitig schmerzhaft, viele können sich akut verschlechtern, wenn keine Behandlung erfolgt (z.B. Diabetes oder eine Gehbehinderung). Deshalb sind solche dauerhaften Krankheiten auch vom Arzt zu behandeln.
- Ein Zahnersatz ist „unaufschiebbar“, wenn Folgeschäden drohen. Das heißt, wenn ohne Behandlung weitere Zähne verloren gehen können oder wenn eine Magenerkrankung droht, weil Sie nicht mehr richtig kauen können.
- Die Verweigerung von Krankenscheinen durch das Sozialamt ist rechtswidrig, weil der/die Sozialamtsmitarbeiter/in gar nicht beurteilen kann, ob eine akute Erkrankung vorliegt und was zur Sicherung der Gesundheit „unerlässlich“ ist. Die Diagnose durch einen Arzt muss in jedem Fall möglich sein.
- Viele „sonstige“ Leistungen können für die Gesundheit unerlässlich sein: Zum Beispiel Mehrkosten für besondere Ernährung bei Schwangerschaft oder bestimmten Krankheiten, Versorgung und Pflege von Behinderten und Pflegebedürftigen; Psychotherapie (zum Beispiel nach Kriegserfahrungen, Folter oder Vergewaltigung); Reha-Maßnahmen nach Schlaganfall oder Unfall; Fahrtkosten, wenn sonst keine Möglichkeit besteht, zum Arzt oder Krankenhaus zu gelangen; und anderes.
- Um bestimmte Leistungen zu erhalten, tragen Sie beim Sozialamt gute Gründe vor (dass Sie Schmerzen haben; dass die Krankheit jetzt akut ist; dass Ihre Erkrankung sich verschlimmert, wenn nicht behandelt wird; warum eine bestimmte Leistung für die Gesundheit unerlässlich ist)
- In bestimmten Fällen kann ein Attest oder Gutachten helfen, einen Anspruch beim Sozialamt durchzusetzen: Zum Beispiel wenn die Schule oder eine Logopädin bescheinigt, dass ein Kind ein Hörgerät braucht, um in seiner sprachlichen und geistigen Entwicklung nicht geschädigt zu werden. Oder wenn ein Arzt bescheinigt, dass eine Brille notwendig ist, weil jemand sonst im Straßenverkehr erheblich gefährdet ist.
- Wenn Ihnen ärztliche Hilfe, Heil- oder Hilfsmittel verweigert werden, können Sie beim Sozialamt dagegen Widerspruch einlegen. Dann muss die Entscheidung noch einmal überprüft werden. Dafür haben Sie einen Monat, bei nur mündlicher Ablehnung ein Jahr Zeit, um einen Widerspruch einzulegen. Eine Beratungsstelle hilft Ihnen, einen schriftlichen Widerspruch zu verfassen. Wenn der Widerspruch zurückgewiesen wird, können Sie sich an das Sozialgericht wenden und eine Klage einlegen. Eine gute Beratungsstelle weiß, wie die einzelnen Gerichte zu bestimmten medizinischen Leistungen entscheiden und ob eine Klage sinnvoll ist. In dringenden Fällen oder wenn das Sozialamt eine Entscheidung zu lange verschleppt, kann das Gericht auch sofort (gleichzeitig mit dem Widerspruch) eingeschaltet werden und muss innerhalb von wenigen

Tagen vorläufig entscheiden. Dafür müssen Sie zusätzlich einen „Eilantrag“ an das Gericht stellen und begründen, warum eine Entscheidung sofort notwendig ist (zum Beispiel weil Ihnen schwere Schäden drohen, wenn eine Krankheit nicht sofort behandelt wird).

→ Wenn Sie sich Sorgen wegen einer Erkrankung machen oder Schmerzen haben, aber eine Behandlung abgelehnt wird, können Sie auch in das nächste Krankenhaus gehen. Dort muss man Sie zumindest untersuchen und eine Diagnose stellen.

→ Wenn Sie medizinische Leistungen erhalten werden, darf von Ihnen kein Geld für „Zuzahlungen“ (zum Beispiel als „Praxisgebühr“ oder „Zuzahlung“ für ein Medikament) verlangt werden. Weisen Sie die Arztpraxis, die Apotheke oder das Krankenhaus darauf hin, dass das Sozialamt alle Kosten zu 100% übernimmt. Verlangen Sie bereits geleistete Zuzahlungen wieder zurück! Wird die Rückzahlung verweigert, wäre das Betrug, weil der Arzt/die Apotheke/das Krankenhaus zu seinem Vorteil doppelt abkassiert: von Ihnen die Zuzahlung und vom Sozialamt noch einmal 100 % der Kosten!

Bessere medizinische Versorgung nach vier Jahren

Wenn Sie schon vier Jahre Leistungen nach dem AsylbLG erhalten haben, können Sie unter bestimmten Voraussetzungen Leistungen nach § 2 AsylbLG beanspruchen. Dies wirkt sich auch auf die Krankenversorgung aus.

Nach § 2 AsylbLG erhalten Sie die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung im gleichen Umfang wie Deutsche. Sie gelten zwar streng genommen nicht als Krankenversicherte, erhalten aber eine Versicherungskarte und bekommen alle Leistungen, auf die auch deutsche Versicherte einen Anspruch haben, von der von Ihnen gewählten gesetzlichen Krankenkasse. Die Kasse holt sich das Geld anschließend vom Sozialamt zurück. Leistungen der Pflegeversicherung erhalten Sie allerdings nicht über die Krankenkasse (ggf. beim Sozialamt beantragen, § 32 II und III SGB XII).

→ Wenn Sie mit einer Entscheidung der Krankenkasse nicht einverstanden sind, legen Sie schriftlich „Widerspruch“ ein! Der Widerspruch richtet sich dann direkt an die Krankenkasse (nicht mehr ans Sozialamt). Außerdem können Sie eine Klage und gegebenenfalls einen Eilantrag an das Sozialgericht schicken.

→ Wenn die Krankenkasse gesetzlich nicht zahlen muss, können Sie bestimmte laufend benötigte Dinge beim Sozialamt als „vom Regelfall abweichenden Lebensunterhaltsbedarf nach § 28 I Satz 2 SGB XII“ beantragen.

Sie sind nach dem Gesetz zu bestimmten Zuzahlungen verpflichtet. Dazu gehören die Praxisgebühr beim Zahnarzt und Arzt (je 10 Euro im Quartal) und eine Beteiligung an Medikamenten (pro Medikament bis zu 10 Euro in der Apotheke) und anderen Leistungen (zum Beispiel bei Krankenhausaufenthalten oder für spezielle, nicht von der Kasse getragene Vorsorgeuntersuchungen in der Schwangerschaft und anderes). Für Kinder und Jugendliche fallen keine Zuzahlungen an.

Für Empfänger von Leistungen nach § 2 *AsylbLG* gilt die Höchstgrenze von 2% des Regelsatzes. Das heißt: 2% von 12 x 351 Euro = 84,24 Euro pro Jahr. Der Betrag gilt nicht pro Person, sondern für alle Mitglieder der Familie zusammen. Für chronisch Kranke gilt unter bestimmten Bedingungen eine Grenze von 1% = 42,12 Euro pro Jahr.

→ Um Mehrfachzahlungen der Praxisgebühr zu vermeiden, lassen Sie sich eine Quittung ausstellen. Wenn Sie in einem Quartal zu verschiedenen Ärzten gehen, besorgen Sie sich eine Überweisung des Arztes, bei dem Sie bereits die Gebühr für das laufende Quartal entrichtet haben. Dann müssen Sie nicht erneut zahlen.

→ Sammeln Sie alle Zuzahlungsquittungen Ihrer Familie. Wenn der Betrag von 84,24 Euro erreicht ist, muss die Krankenkasse Ihnen bescheinigen, dass Sie für den Rest des Jahres von weiteren Zuzahlungen befreit sind und Ihnen bereits zu viel gezahlte Beträge zurückzahlen. Stellen Sie dazu einen Antrag und fügen Sie die Quittungen bei.

Krankenversicherung für Arbeitnehmer

Wenn Sie eine gemeinnützige Arbeit ausüben oder als Arbeitnehmer weniger als 400 Euro im Monat verdienen, sind Sie nicht sozialversicherungspflichtig, und es ändert sich an Ihrer Krankenversorgung nichts.

Wenn Sie als Arbeitnehmer eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (für mehr als 400 Euro im Monat) ausüben, werden Ihnen vom Lohn prozentuale Zahlungen in die Sozialversicherungen (Kranken-, Renten-, Pflegeversicherung u.a.) abgezogen. Sie werden reguläres Mitglied einer Krankenkasse. Sie erhalten eine Versicherungskarte und alle gesetzlichen Krankenkassenleistungen. Das gilt auch für den Fall, dass Sie wegen geringen Einkommens noch ergänzende Sozialleistungen nach AsylbLG erhalten. Wenn Sie Ihre Arbeit verlieren, endet auch ihre Mitgliedschaft in der Krankenkasse. Sie sollten dies der Krankenkasse und dem Sozialamt sofort mitteilen. Sie erhalten dann wieder Leistungen zur medizinischen Versorgung wie in den vorigen Abschnitten beschrieben. Unter bestimmten Voraussetzungen kommt aber auch eine Krankenversicherung als „freiwillige Weiterversicherung“ (§ 9 SGB V, § 32 SGB XII) oder über das Arbeitsamt (bei Anspruch auf Arbeitslosengeld I) in Frage.

Als Mitglied einer Krankenkasse gilt alles das, was im vorherigen Abschnitt („Bessere medizinische Versorgung nach drei Jahren“) beschrieben ist. Sie sind gesetzlich zu Zuzahlungen verpflichtet. Die Höchstgrenze für Ihre ganze Familie liegt bei 2% Ihres Bruttojahreseinkommens. Abgezogen werden Freibeträge für Ihre/n Ehepartner/in (4.536 Euro) und Kinder (je 3.864 Euro).

Beispiel: Sie sind verheiratet, haben zwei Kinder und ein Jahresbruttoeinkommen von 20.000 Euro. Abzüglich der Freibeträge sind das $20.000 - 4.536 - 2 \times 3.864 = 7.736$ Euro. In diesem Fall beträgt die Belastungsgrenze also 2% von 7.736 Euro = 154,72 Euro. Diese Belastungsgrenze gilt nicht pro Person, sondern für alle Mitglieder der Familie zusammen. Für chronisch Kranke gilt unter bestimmten, allerdings strengen Bedingungen, die Hälfte - nur 1%.

Verdienen Sie so wenig, dass Sie noch ergänzende Leistungen nach § 2 AsylbLG erhalten, gilt die Höchstgrenze von 2% des jährlichen Regelsatzes des Haushaltsvorstands. Das heißt: 2% von 12×351 Euro = 84,24 Euro pro Jahr bzw. 42,12 Euro pro Jahr für chronisch Kranke.

→ Um Ihre Kosten so gering wie möglich zu halten, beachten Sie die im vorhergehenden Abschnitt („Bessere medizinische Versorgung nach drei Jahren“) gegebenen Hinweise und Ratschläge zu Widerspruch und Klage, Praxisgebühren und Erreichen der Belastungsgrenze.

Wenn Sie sozialversicherungspflichtig arbeiten und ergänzende Leistungen nicht nach § 2 AsylbLG, sondern nur §§ 3-7 AsylbLG beziehen (siehe *Kapitel 10.4*), ergibt sich ein Problem:

Durch eine gesetzliche Regelungslücke liegt die Belastungsgrenze bei 2% der Einkünfte und Sozialleistungen der ganzen Familie.

→ Beantragen Sie die nicht von der Krankenkasse übernommenen Leistungen nach § 4 und § 6 AsylbLG und legen Sie notfalls Widerspruch beim Sozialamt, Klage und Eilantrag beim Sozialgericht ein.

12.6 Familienleistungen, Kinder- und Jugendhilfe

Kindergeld

Jede deutsche Familie hat unabhängig von ihrer Einkommenssituation Anspruch auf ein monatliches Kindergeld von 164 Euro im Monat für das erste und zweite Kind, 170 Euro für das dritte Kind und 195 Euro für jedes weitere Kind. Dies gilt für Kinder bis 18 Jahre, für Kinder in Ausbildung, die kein oder nur sehr wenig eigenes Einkommen haben und weitere Bedingungen erfüllen, bis 24 Jahre.

Flüchtlinge mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 Satz 1 und § 25 Abs. 5 AufenthG können Kindergeld erhalten, wenn Sie sich drei Jahre in Deutschland aufhalten (dabei zählen die Zeiten der Aufenthaltsgestattung, der Aufenthaltserlaubnis und - falls vorhanden - auch der Duldung) und

1. arbeiten,
2. einen Arbeitsvertrag haben und sich nach der Geburt des Kindes in der Elternzeit befinden oder
3. Sozialleistungen nach SGB III oder Krankengeld erhalten.

Wenn Sie also eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 Satz 1 oder § 25 Abs. 5 AufenthG haben, arbeitslos sind und Sozialhilfe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, haben Sie keinen Kindergeldanspruch. Dann sollten Sie überlegen, ob Ihr/e Partner/in Kindergeld beanspruchen kann. Kindergeld kann der Vater oder die Mutter beantragen. Ihr Partner/in erhält Kindergeld unter den gleichen Bedingungen wie Sie, wenn er/sie über eine Aufenthaltserlaubnis nach §§ 23 Abs. 1 AufenthG als Bürgerkriegsflüchtling, 23a, 24, 25 Abs. 3, 25 Abs. 4 oder 25 Abs. 5 AufenthG verfügt. Keinen Kindergeldanspruch hat Ihr/e Partner/in mit einer Aufenthaltsgestattung oder Duldung.

Auch bei fehlendem Anspruch auf Kindergeld können Sie möglicherweise aufgrund von internationalen Abkommen unter eine Ausnahmeregelung fallen. Sie erhalten für Ihre Familie auch vor Ablauf von drei Jahren und ohne weitere Bedingungen Kindergeld, wenn Sie

- aus der Türkei, Algerien, Tunesien oder Marokko kommen und eine Arbeit haben, über die Sie in eine Sozialversicherung (Arbeitslosen-, Kranken-, Renten- oder Unfallversicherung) einzahlen,
- aus der Türkei kommen, nicht arbeiten, aber mindestens sechs Monate in Deutschland leben,
- aus Kosovo, Serbien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina oder Mazedonien kommen und eine arbeitslosenversicherungspflichtige Arbeit haben. Wenn Sie keine Arbeit mehr haben, gilt auch der Bezug von Kranken- oder Arbeitslosengeld I.

→ Wenn Sie die Bedingungen erfüllen, sollten Sie so schnell wie möglich einen Kindergeldantrag bei der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsamt) stellen. Dann können Sie Kindergeld unter Umständen rückwirkend vom 1.1.2006 an erhalten!

→ Wir halten die neue Regelung, mit der arbeitslosen Familien Kindergeld verweigert wird, für verfassungswidrig. Auch wenn Sie die rechtlichen Voraussetzungen nicht erfüllen, sollten Sie aus unserer Sicht einen Antrag auf Kindergeld stellen. Wenn dieser abgelehnt wird, sollten Sie Einspruch dagegen einlegen und mit Hilfe eines Rechtsanwalts/ einer Rechtsanwältin den Klageweg beschreiten, bis das Verfassungsgericht über die Rechtmäßigkeit des neuen Gesetzes entscheidet.

→ Familienkassen lehnen Anträge, die sich auf die genannten Ausnahmeregelungen beziehen, zunächst regelmäßig ab! Legen Sie dagegen mit Hilfe einer Beratungsstelle unbedingt Einspruch und, wenn nötig, Klage beim Finanzgericht ein. Die Einsprüche haben fast immer Erfolg!

→ Sollten Sie - auch vorübergehend oder ergänzend - Sozialleistungen beziehen, wird der Anspruch auf Kindergeld mit den Sozialleistungen verrechnet (auch rückwirkend). Unter Umständen haben Sie dann am Ende gar nicht mehr Geld. Trotzdem ist es sinnvoll, den Kindergeldantrag zu stellen, weil der Bezug von Kindergeld nicht als Sozialleistung gilt und Sie so leichter die Möglichkeit haben, Ihr Leben selbst zu finanzieren.

Kinderzuschlag

Sie haben leider nicht die Möglichkeit, zusätzlich zum Kindergeld einen Kinderzuschlag zu erhalten (§ 6a BKGG). Voraussetzung für die Gewährung ist nicht nur, dass Sie kindergeldberechtigt sind, sondern auch, dass mit dem Kindergeldzuschlag ein Anspruch auf Leistungen nach SGB II vermieden wird. Da Sie gesetzlich von Leistungen nach SGB II ausgeschlossen sind, können Sie diese Voraussetzung nicht erfüllen.

Unterhaltsvorschuss

Hierbei handelt es sich um einen staatlichen Zuschuss, der einem alleinerziehenden Elternteil für bis zu sechs Jahren gezahlt wird, wenn der andere Elternteil (in der Regel der Vater) seiner Verpflichtung, für das Kind Unterhalt zu zahlen, nicht nachkommt. Der Unterhaltsvorschuss beträgt 117 € monatlich für Kinder unter 6 Jahren und 158 € monatlich für ältere Kinder unter 12 Jahren.

Die Bedingungen für den Unterhaltsvorschuss sind die gleichen wie beim Kindergeld (§ 1 Abs. 2 a *UhVorschG*).

Mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 Satz 1 oder § 25 Abs. 5 AufenthG können Sie Unterhaltsvorschuss erhalten, wenn Sie sich drei Jahre in Deutschland aufhalten (dabei zählen die Zeiten der Aufenthaltsgestattung, der Aufenthaltserlaubnis und - falls vorhanden - auch der Duldung) und

1. arbeiten,
2. einen Arbeitsvertrag haben und sich nach der Geburt des Kindes in der Elternzeit befinden oder
3. Sozialleistungen nach SGB III oder Krankengeld erhalten.

Wenn Sie also eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 Satz 1 oder § 25 Abs. 5 AufenthG besitzen, arbeitslos sind und Sozialhilfe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, haben Sie keinen Anspruch auf Unterhaltsvorschuss.

→ Unterhaltsvorschuss beantragen Sie beim Jugendamt. Das Amt holt sich das Unterhaltsgeld vom nicht zahlenden Elternteil wieder zurück, wenn dieser über ausreichendes Einkommen verfügt.

→ Jugendämter lehnen Anträge, die sich auf die genannten Ausnahmeregelungen beziehen, zunächst regelmäßig ab! Legen Sie dagegen mit Hilfe einer Beratungsstelle unbedingt Widerspruch und, wenn nötig, Klage beim Verwaltungsgericht ein.

Elterngeld

Elterngeld gibt es für Kinder ab der Geburt. Dabei ersetzt der Staat einem Elternteil 67 Prozent des durch die Geburt und Kinderbetreuung wegfallenden Arbeitseinkommens, maximal 1.800 Euro im Monat. Elterngeld wird an den das Kind betreuenden Elternteil für maximal 12 Monate gezahlt. Wenn auch der andere Elternteil zwei Monate oder länger für die Betreuung zuständig ist, wird das Elterngeld um zwei Monate auf maximal 14 Monate verlängert.

Elterngeld können Sie für Kinder erhalten, die ab 1.1.2007 geboren werden. Mit einer Niederlassungserlaubnis können Sie Elterngeld beanspruchen. § 1 Abs. 7 BEEG

Anderes gilt, wenn Sie eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 Satz 1 oder § 25 Abs. 5 AufenthG besitzen. Dann haben Sie nur Anspruch auf Elterngeld, wenn Sie sich drei Jahre in Deutschland aufhalten (dabei zählen die Zeiten der Aufenthaltsgestattung, der Aufenthaltserlaubnis und - falls vorhanden - auch der Duldung) und

1. in Teilzeit arbeiten (maximal 30 Stunden in der Woche),
2. einen Arbeitsvertrag haben und sich nach der Geburt des Kindes in der Elternzeit befinden oder
3. Sozialleistungen nach SGB III oder Krankengeld erhalten,

Wenn Sie also eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 Satz 1 oder § 25 Abs. 5 AufenthG besitzen, gar nicht arbeiten und sich auch nicht in der Elternzeit befinden, erhalten Sie also kein Elterngeld, auch nicht den sonst an nichterwerbstätige Erziehende gezahlten Grundbetrag von 300 Euro im Monat.

Ausnahmen gelten jedoch für erwerbstätige Menschen aus Algerien, Marokko, Tunesien und der Türkei: Für sie besteht auch mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 Satz 1 oder § 25 Abs. 5 AufenthG ein Anspruch auf Elterngeld, wenn sie sozialversicherungspflichtig arbeiten oder wenn sie eine geringfügige Beschäftigung (400-Euro-Job) ausüben, über die sie unfallversichert sind.

Das Bundesverfassungsgericht hat schon 2004 entschieden, dass in Deutschland dauerhaft lebende Ausländer bei den Familienleistungen gleichbehandelt werden müssen. Es ist aus unserer Sicht zweifelhaft, ob die gesetzliche Regelung zum Elterngeld verfassungsgemäß ist.

→ Auch wenn Sie die rechtlichen Voraussetzungen nicht erfüllen, sollten Sie aus unserer Sicht einen Antrag auf Elterngeld beim Jugendamt stellen. Wenn der Antrag abgelehnt wird, sollten Sie Widerspruch dagegen einlegen und mit Hilfe eines Rechtsanwalts/ einer Rechtsanwältin den weiteren Klageweg besprechen.

→ Das Formular, eine Liste der zuständigen Stellen in Niedersachsen und weitere Informationen gibt es im Internet unter http://www.ms.niedersachsen.de/master/C29974090_N8150_L20_D0_I674. 10.

12.7 Deutschkurs, Kindergarten, Schule, Studium

Deutschkurse

Seit 2005 gibt es in Deutschland ein einheitliches Konzept für sogenannte „Integrationskurse“. Sie bestehen hauptsächlich aus Deutschunterricht (in der Regel 600 Unterrichtsstunden), zusätzlich wird Alltagswissen und Wissen über die Rechtsordnung, Kultur und Geschichte Deutschlands vermittelt (45 Unterrichtsstunden). Am Schluss steht ein Abschlusstest, bei dem die Teilnehmer/innen das „Zertifikat Deutsch“ erhalten können, das unter anderem die Einbürgerung erleichtert. Integrationskurse werden vor Ort von vielen verschiedenen Trägern durchgeführt und zentral vom BAMF organisiert.

Einen Anspruch darauf, einen der staatlich organisierten Integrationskurse zu besuchen, haben Sie nicht. Sie können aber versuchen, einen noch freien Platz zu erhalten (§ 5 *IntV*). Wenden Sie sich an die Ausländerbehörde oder eine Beratungsstelle. Sie sollten Ihnen Informationen über die Integrationskurse und eine Liste mit den in Ihrer Region zugelassenen Sprachkursanbietern aushändigen. Eine Liste der Anbieter, das Anmeldeformular und weitere Informationen erhalten Sie auch auf der Homepage des BAMF:

http://www.bamf.de/cln_042/nn_566316/DE/Integration/integration-node.html__nnn=true. Sie können die Zulassung zum Kurs entweder direkt schriftlich beim BAMF oder über einen der Kursanbieter beantragen. Das BAMF berücksichtigt bei der Verteilung der freien Plätze die „Integrationsbedürftigkeit“. Mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 *Abs. 4 Satz 1 AufenthG* ist Ihre Zulassung zum Deutschkurs unwahrscheinlich, da Ihr Aufenthalt nicht als dauerhaft betrachtet wird und deshalb kein „Integrationsbedürfnis“ gesehen wird. Eine gute Chance auf einen freien Platz haben Sie, wenn Sie schon einige Jahre in Deutschland leben und mit einem erfolgreichen Deutschkurs die Voraussetzungen für die Niederlassungserlaubnis erfüllen wollen.

Für die Teilnahme am Integrationskurs müssen Sie pro Unterrichtsstunde 1 Euro Beitrag leisten, das heißt derzeit in der Regel 645,-Euro, zahlbar in mehreren Etappen (§ 9 *IntV*). Eine Befreiung vom Kursbeitrag ist per Gesetz nur für diejenigen vorgesehen, die Sozialleistungen nach dem SGB II oder SGB XII beziehen. Da Sie im Bedarfsfall nur Sozialleistungen nach § 3-7 *oder* § 2 *AsylbLG* erhalten können, haben Sie keine Möglichkeit, vom Kursbeitrag befreit zu werden.

Der erfolgreiche Deutschttest im Integrationskurs reicht nicht aus, um zum Studium in Deutschland zugelassen zu werden. Dafür gibt es spezielle Aufbaukurse, für die Sie gegebenenfalls auch ein Stipendium erhalten können. Näheres siehe Kapitel „Studium“.

Es gibt in den Städten auch einige Deutschkurse, die unabhängig vom staatlichen Angebot existieren. Diese Kurse müssen Sie in der Regel selbst bezahlen, bei manchen Trägern sind die Kosten für Sozialleistungsempfänger aber deutlich gesenkt.

→ Fragen Sie bei ihrer örtlichen Volkshochschule oder den Beratungsstellen für Migrant/innen, Aussiedler/innen oder Flüchtlinge nach, wo es Deutschkurse gibt.

Kindergarten

Sobald ein Kind drei Jahre alt ist, hat es in Deutschland einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz (§ 24 SGB VIII). Bei geringem Einkommen sind die Kosten dafür ganz oder teilweise vom Jugendamt zu tragen (§ 90 Abs. 2 und 3 SGB VIII). Nach dem Niedersächsischen Regierungsprogramm zur Integration und den Grundsätzen für Kindertagesstätten soll Ihr Kind im Kindergarten eine Förderung in der deutschen Sprache erhalten und so besser auf einen Schulbesuch vorbereitet werden.

→ Melden Sie Ihr Kind frühzeitig für einen Kindergartenplatz an. Dort wird ihr Kind eine erheblich bessere Förderung in der deutschen Sprache erhalten und so besser auf einen Schulbesuch vorbereitet werden als im Wohnheim. Wenden Sie sich bei Problemen mit dem Kindergartenplatz an eine Beratungsstelle.

Schule

Alle in Niedersachsen lebenden Kinder haben das Recht und die Pflicht, eine Schule zu besuchen und regelmäßig am Unterricht teilzunehmen (§ 63 NSchG). Die Schulpflicht beginnt für Kinder, die bis zum 30. Juni eines Jahres sechs Jahre alt geworden sind, mit dem nächsten beginnenden Schuljahr (§ 64 NSchG). Das Einschulungsalter ist aber auch abhängig von der körperlichen und geistigen Entwicklung Ihres Kindes. Unter Umständen kann der Schuleintritt Ihres Kindes ein Jahr zurückgestellt werden. Deshalb werden alle Kinder vor dem Schuleintritt vom Amtsarzt untersucht. Bei fehlenden Deutschkenntnissen können die Kinder verpflichtet werden, vor Schuleintritt an besonderen Sprachfördermaßnahmen teilzunehmen (§ 54 a NSchG). Schon eingeschulte Schülerinnen und Schüler mit schlechten Deutschkenntnissen sollen besonderen Deutschunterricht erhalten. Die Schulpflicht endet in der Regel nach 12 Jahren des Schulbesuchs.

→ Fragen Sie gegebenenfalls im Kindergarten oder in der Schule nach, ob es Fördermöglichkeiten für Ihr Kind gibt. In vielen Schulen wird auch muttersprachlicher Unterricht, Hausaufgabenhilfe und anderes angeboten.

→ Wenn Sie nur über ein geringes oder gar kein Einkommen verfügen und mit dem Schulbesuch besondere Kosten verbunden sind, zum Beispiel für den Fahrtweg, für Klassenfahrten oder sonstiges, können Sie das Geld dafür beim Sozialamt auf der Grundlage von § 27 SGB XII bzw. § 6 Abs. 1 AsylbLG beantragen. Bei einer Ablehnung haben Sie die Möglichkeit, Widerspruch zu erheben und Klage beim Sozialgericht einzulegen. Lassen Sie sich gegebenenfalls von einer Beratungsstelle unterstützen.

Studium

Mit einer Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis steht es Ihnen frei, in Deutschland zu studieren. Die formale Zugangsvoraussetzung für den Besuch einer Universität oder Fachhochschule ist die allgemeine **Hochschulreife** oder Abitur (bei einer Universität) oder die **Fachhochschulreife** oder Fachabitur (bei einer Fachhochschule) oder eine als gleichwertig anerkannte Schulausbildung im Herkunftsland. Wenn Ihre Schulausbildung nicht als (Fach-)hochschulreife anerkannt ist, können Sie über das erfolgreiche Ablegen der „Feststellungsprüfung“ zur Studieneignung die Zugangsberechtigung erwerben. Dafür müssen Sie in der Regel bei der Hochschule einen einjährigen Vorbereitungskurs („Studienkolleg“) absolvieren. Bei Kunst- und Musikhochschulen können Sie unter Umständen auch ohne Abitur studieren, wenn Sie besondere künstlerische Fähigkeiten haben. In manchen anderen

Studiengängen genügt auch ein Nachweis über bestimmte berufliche Vorbildungen (zum Beispiel Meisterprüfung).

→ Ob Ihre Hochschulzugangsberechtigung der deutschen gleichwertig ist, können Sie in der Datenbank der Kultusminister-Konferenz www.anabin.de abfragen.

→ Genauere Informationen zur Studienzulassung erhalten Sie beim Deutschen Akademischen Austauschdienst DAAD (www.daad.de) oder bei den akademischen Auslandsämtern / Studentensekretariaten der Universitäten und Fachhochschulen. Die Adressen aller deutschen Hochschulen sowie Infos zu den angebotenen Studienfächern und Abschlüssen finden Sie unter www.studienwahl.de.

Zweite Studienvoraussetzung ist der Nachweis von **deutschen Sprachkenntnissen**: Dazu müssen Sie in der Regel die „Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang ausländischer Studienberechtigter (DSH)“ ablegen. Bestimmte andere Nachweise (Goethe-Sprachdiplom, Test Deutsch als Fremdsprache für ausländische Studienbewerber „TestDaF“ und andere) werden ersatzweise anerkannt. Deutschkurse, die zur Vorbereitung auf das Studium dienen, werden unter anderem von der Otto-Benecke-Stiftung angeboten und durch die Vergabe von Stipendien zum Teil sogar finanziert (lesen Sie dazu weiter unten „Otto-Benecke-Stiftung“).

Das größte Problem dürfte für Sie die **Finanzierung** eines Studiums sein. Als Student/in müssen Sie nicht nur Ihren Lebensunterhalt sichern, sondern auch eine Krankenversicherung nachweisen. Studierende bis zum 14. Semester, maximal bis zum 30. Lebensjahr, können sich über die gesetzliche Krankenversicherung für etwa 56 Euro pro Monat versichern. Studierende über 30 Jahre werden von der gesetzlichen Krankenversicherung nicht aufgenommen und müssen eine private Krankenversicherung abschließen. Hinzu kommen die Studiengebühren, die in Niedersachsen 500.- € pro Semester betragen, die Kosten für ein Semesterticket sowie weiterer Gebühren (ca. 100 bis 150 Euro im Semester).

Wenn Sie Leistungen nach § 2 AsylbLG - das bedeutet Leistungen entsprechend dem SGB XII - erhalten, ist der Bezug von Sozialleistungen zum Zweck der Finanzierung eines Studiums ausgeschlossen. Nur in besonderen Härtefällen können die Leistungen (gegebenenfalls als Darlehen) gewährt werden - z. B., wenn Sie bereits ganz kurz vor Ihrem Studienabschluss stehen oder wenn sich die Beendigung des Studiums wegen Schwangerschaft oder Geburt eines Kindes oder wegen der Pflege eines nahen Angehörigen verzögert hat

Das Sozialgesetzbuch verbietet den Bezug von Sozialleistungen zum Zweck der Finanzierung eines Studiums. Nur in besonderen Härtefällen können die Leistungen (gegebenenfalls als Darlehen) gewährt werden. Wenn Sie dem Sozialamt verschweigen, dass Sie studieren, und die Behörde dies später erfährt, wird die Sozialhilfe wieder zurückgefordert. Wenn Sie studieren wollen, ohne Sozialleistungen zu beziehen, brauchen Sie also eine Arbeitsgenehmigung und eine Arbeit, mit der Sie sich vollständig selbst finanzieren können, oder andere Finanzierungsquellen. Dabei müssen Sie nicht unbedingt Ihre ganze Familie finanzieren: Ihr/e Partner/in und Kinder können, auch wenn Sie studieren, gegebenenfalls Anspruch auf Sozialleistungen haben.

Wenn Sie Grundleistungen nach § 3 AsylbLG erhalten, gilt dieser Leistungsausschluss nicht. In diesem Fall ist es Ihnen möglich, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu erhalten und dennoch zu studieren.

Eine Finanzierungsmöglichkeit ist die Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (**BAföG**). Mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4

Satz 2 oder Abs. 5 AufenthG haben Sie grundsätzlich Zugang zu Leistungen nach dem BAföG, wenn Sie sich mindestens vier Jahre in Deutschland aufhalten (§ 8 Abs. 2 Nr. 2 BAföG). Dabei zählen Zeiten mit, in denen Sie im Asylverfahren waren oder eine Duldung besaßen.

Ausbildungsförderung nach dem BAföG wird regelmäßig aber nur für Studierende gewährt, die bei Beginn des Studiums unter 30 Jahre alt sind und noch kein anderes Studium abgeschlossen haben. Sind Sie 30 oder älter, können Sie BAföG auch erhalten, wenn Sie Ihre Ausbildung im Herkunftsland aufgrund Ihrer Situation nicht möglich war und Sie das Studium nach Wegfall des Hindernisses unverzüglich aufnehmen, also in der Regel so bald wie möglich nach der Flüchtlingsanerkennung. Gibt es wichtige persönliche Gründe dafür, später das Studium zu beginnen, können Sie versuchen, diese geltend zu machen und eine Förderung auch dann zu beantragen, wenn Sie die Altersgrenze überschritten haben. Wenn Sie die Hochschulzugangsberechtigung erst in Deutschland auf dem zweiten Bildungsweg (Abendschule oder anderes) erwerben und direkt im Anschluss studieren, gilt die Altersgrenze von 30 Jahren ebenfalls nicht.

Um Ihr Studium zu finanzieren, sollten Sie prüfen, ob Stiftungen für die (Teil-)Finanzierung in Frage kommen. Es gibt einige **Stiftungen** und Programme, über die man unter bestimmten Voraussetzungen ein Stipendium bekommen kann. Meist werden eine besondere Begabung und sehr gute Studienleistungen vorausgesetzt, aber auch materielle Bedürftigkeit und gesellschaftliches Engagement können Kriterien bei der Vergabe von Stipendien sein. Im Internet finden Sie unter <http://www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=427> eine Übersicht und weiterführende Links.

Spezielle Förderprogramme für ausländische Studierende sind meist auf Menschen beschränkt, die zum Zweck des Studiums nach Deutschland einreisen durften und danach wieder zurückkehren wollen.

Das Diakonische Werk der evangelischen Kirche hat ein spezielles Flüchtlings-Stipendienprogramm, das eine Finanzierung des Studiums für Menschen ohne offiziellen Flüchtlingsstatus ermöglicht. Es gilt allerdings nur für Flüchtlinge aus Staaten außerhalb Europas. Gefördert werden sollen Verfolgte, die in ihrem Herkunftsland eine Ausbildung nicht aufnehmen konnten oder abbrechen mussten. Sie sollten nicht älter als 35 Jahre sein und bei Antragstellung in der Regel nicht länger als drei Jahre in Deutschland leben. Bedingung ist ferner, dass Sie die Absicht haben, nach Beendigung des Studiums in Ihr Heimatland zurückzukehren. Tun Sie das nicht, müssen Sie das Stipendium später gegebenenfalls zurückzahlen.

→ Wenden Sie sich an die Evangelische Studentengemeinde oder das Diakonische Werk in Ihrer Stadt. Diese Stellen werden mit Ihnen gemeinsam eine Bewerbung für das Stipendienprogramm verfassen. Dabei ist es wichtig zu erläutern, dass Sie aufgrund Ihrer aufenthaltsrechtlichen Situation nur schwer oder gar keinen Zugang zu anderen Finanzierungsquellen (Arbeitsgenehmigung, BAföG etc.) haben. Ein Merkblatt mit den Kriterien für die Förderung können Sie auch beim Flüchtlingsrat Niedersachsen erhalten. Wenn Sie den Ansprechpartner vor Ort nicht kennen, können Sie sich an die zuständige Mitarbeiterin des Diakonischen Werkes in Stuttgart wenden:

Frau Sylvia Karlev
Telefon 0711-2159-506
Fax 0711-2159-8 506
Email s.karlev@brot-fuer-die-welt.de.

13. Flüchtlinge mit Aufenthaltserlaubnis nach § 23 I und § 23a AufenthG (Härtefälle, Bleiberechtsregelung)

Es geht im Folgenden um alle Menschen mit Aufenthaltserlaubnis nach

- § 23 Abs. 1 AufenthG nach einer Altfall- oder Bleiberechtsregelung (nicht als Bürger-Kriegsflüchtling oder Angehörige/r jüdischer Flüchtlinge! Siehe dazu *Kapitel 13*) oder
- § 23 a AufenthG nach der Härtefallregelung.

13.1 Aufenthaltsrechtliche Situation

§ 23 I AufenthG

Eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG wird in unterschiedlichen Fällen erteilt: Bei offizieller Aufnahme von (Bürger-) Kriegsflüchtlingen durch die Bundesrepublik Deutschland, bei der Aufnahme von Familienangehörigen jüdischer Flüchtlinge aus Osteuropa und bei Anwendung einer Altfall- oder Bleiberechtsregelung.

Als dieser Leitfaden geschrieben wurde, gab es in Deutschland keine Flüchtlinge, die aufgrund eines (Bürger-)Kriegs in ihrem Herkunftsland eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG besaßen. Eine solche Aufnahme von (Bürger-)Kriegsflüchtlingen ist ausgesprochen selten. Deshalb wird die besondere Rechtssituation der (Bürger-)Kriegsflüchtlinge mit Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG hier nicht behandelt. Lesen Sie dazu *Kapitel 13*.

Ein relativ häufiger Anwendungsfall (derzeit cirka 15.000 pro Jahr) für § 23 Abs. 1 AufenthG betrifft die Familienangehörigen von Menschen, die als jüdische Flüchtlinge nach § 23 Abs. 2 AufenthG offiziell aufgenommen werden. Bei der Aufnahme von Jüdinnen und Juden aus Osteuropa handelt es sich um besonders privilegierte Flüchtlingsgruppe. Auf sie nehmen wir ebenfalls im *Kapitel 13* Bezug.

In diesem Kapitel geht es, wenn von § 23 Abs. 1 AufenthG die Rede ist, ausschließlich um Bleibeberechtigte nach einer Altfall- oder Bleiberechtsregelung. Wenn eine solche Regelung getroffen wird, erlassen die Innenminister der Bundesländer eine spezielle Anordnung, in der das Verfahren geregelt ist und Rechte und Pflichten der Betroffenen genannt sind. Die letzte Bleiberechtsregelung wurde am 17.11.2006 von der Innenministerkonferenz beschlossen. Darüber hinaus hat der Bundestag eine gesetzliche Altfallregelung beschlossen, die am 28.8.2007 in Kraft getreten ist. Die Details dieser gesetzlichen Regelung finden Sie im *Kapitel 6.2* in diesem Leitfaden. Nähere Informationen dazu gibt es auch unter <http://www.nds-fluerat.org/infomaterial/bleiberecht>.

Mit der Entscheidung für eine Altfallregelung akzeptiert die Politik grundsätzlich, dass Sie auf Dauer in Deutschland leben. Eine Änderung der Situation in Ihrem Herkunftsland kann also in der Regel nicht mehr zu einem Entzug des Bleiberechts führen. Nur in außergewöhnlichen Fällen kann die Entscheidung, Ihnen ein Bleiberecht zu erteilen, später widerrufen werden (etwa bei nachträglicher Feststellung einer falschen Identität).

Allerdings ist die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis daran geknüpft, dass die Bedingungen für die erstmalige Erteilung fortbestehen (§ 8 Abs. 1 *AufenthG*). Wenn Sie also zum Beispiel Ihre Arbeit verlieren und Sozialleistungen in Anspruch nehmen müssen, besteht die Gefahr, dass Sie Ihre Aufenthaltserlaubnis wieder verlieren. Dies gilt im Prinzip auch für alle Flüchtlinge, die bereits zu einem früheren Zeitpunkt eine Aufenthaltserlaubnis (früher: Aufenthaltsbefugnis) aufgrund einer Bleiberechtsregelung erhalten haben: Während der Bezug von Arbeitslosengeld I kein Problem darstellt, droht bei Bezug von Leistungen nach SGB II (Arbeitslosengeld II) oder SGB XII (Sozialhilfe) die Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis. Lediglich die Flüchtlinge, die aufgrund der Bleiberechtsregelung von 1990 in Deutschland ein Aufenthaltsrecht erhalten haben, brauchen auch bei (unverschuldetem) Bezug von staatlichen Leistungen einen Verlust ihrer Aufenthaltserlaubnis nicht zu befürchten.

→ Beachten Sie die Regeln zum Erhalt einer Niederlassungserlaubnis im Kapitel „Aufenthaltssicherung“. Da Sie bereits lange in Deutschland leben, haben Sie möglicherweise schon kurz nach der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis eine Chance auf eine Niederlassungserlaubnis. Dann befinden Sie sich in einer erheblich besseren rechtlichen Situation.

§ 23a *AufenthG*

Wenn Sie eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 a *AufenthG* erhalten haben, sind Sie (und wahrscheinlich auch Ihre Familienmitglieder) als „Härtefall“ anerkannt worden. Damit besitzen Sie eine Aufenthaltserlaubnis für Deutschland. Deren Verlängerung ist möglich, allerdings können neue Ausweisungsgründe (zum Beispiel eine schwere Straftat, unter Umständen auch der Bezug von sozialen Leistungen) auch zur Nichtverlängerung führen.

Werden nachträglich Informationen bekannt, die die Feststellung eines Härtefalls für die Ausländerbehörde zweifelhaft erscheinen lassen, kann dies möglicherweise dazu führen, dass die Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert wird. Im Regelfall ist aber von einer Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis auszugehen.

Gegebenenfalls müssen Personen, die eine Bürgschaftserklärung (Übernahmeverpflichtung für entstehende Kosten) für Sie unterschrieben haben, mit Kostenerstattungsforderungen der Behörden rechnen, wenn Sie soziale Leistungen in Anspruch nehmen. Wie lange eine Bürgschaftserklärung die bürgenden Personen zur Kostenerstattung verpflichtet, ist umstritten. Klar ist jedoch, dass eine unbefristete Bürgschaft sittenwidrig ist. Sie sollten in einem solchen Fall anwaltliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Familiennachzug

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 2 oder § 23 a *AufenthG* kann ein Familiennachzug erlaubt werden. Ein Anspruch auf Familiennachzug besteht nicht. Es gibt im § 29 Abs. 3 *AufenthG* eine Einschränkung, wonach Familiennachzug nur aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland gewährt werden kann. Das bedeutet, dass der Familiennachzug auf Ehegatten und minderjährige ledige Kinder beschränkt ist. Im wird auch nur dann zugestimmt, wenn die Familieneinheit nicht im Ausland hergestellt werden kann.

Grundsätzlich müssen Sie in der Lage sein, den Lebensunterhalt für sich selbst und Ihre Familienangehörigen sicherzustellen. Eine Befreiung von der Lebensunterhaltssicherung auf dem

Ermessensweg ist allerdings möglich - nur nicht sehr wahrscheinlich. In diesem Falle suchen Sie unbedingt um Rat nach.

Daneben gibt es seit dem 28. August 2007 beim Ehegattennachzug - also wenn Ihr Ehepartner sich noch im Ausland befindet - neue Schwierigkeiten:

§ 30 Abs. 1 AufenthG fordert:

1. beide Ehegatten müssen das 18. Lebensjahr vollendet haben und
2. der nachziehende Ehegatte sich zumindest auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen können.

Sind Sie beide noch keine 18 Jahre alt, kann davon in Härtefällen abgesehen werden, z.B. bei Vorliegen einer Schwangerschaft. Auf einfache Sprachkenntnissen wird aber nur verzichtet, wenn der nachziehende Ehegatte diese Kenntnisse wegen Krankheit oder Behinderung nicht erwerben kann. Derzeit gibt es noch keine gesetzliche Ausnahme für den Fall, dass Ihr Ehegatte in dessen Herkunftsort keinen Sprachkurs machen kann. Holen Sie sich Rat bei einer Anwältin oder einem Anwalt oder gehen Sie zu einer Beratungsstelle.

Für den Nachzug Ihrer Kinder gibt es ähnliche Einschränkungen. Auch hier gilt, dass die Kinder nur aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland nachreisen dürfen. Dem Kindernachzug wird auch nur dann zugestimmt, wenn die Familieneinheit nicht im Ausland hergestellt werden kann. Wenn das so ist, ist bei unverheirateten (und nicht geschiedenen oder verwitweten) Kindern bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres der Nachzug unproblematisch. Ab Vollendung des 16. Lebensjahres gibt es allerdings weitere Schwierigkeiten: Das Kind muss entweder die deutsche Sprache beherrschen oder es muss als gewährleistet erscheinen, dass es sich auf Grund seiner bisherigen Ausbildung und Lebensverhältnisse in die Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland einfügen kann. Bei diesen Fällen holen Sie sich Rat bei einer Anwältin oder einem Anwalt.

Sonstige Familienangehörige, können Sie nicht nachziehen lassen. Das geht frühestens, wenn Sie eine Niederlassungserlaubnis erworben haben (*Vorläufige Niedersächsische VV Nr. 29.3.1.1*).

Ganz anders ist dagegen die Situation, wenn Ihr Ehepartner oder Ihre Kinder bereits in Deutschland sind. Werden die jeweiligen oben geschilderten Bedingungen erfüllt, wird eine Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen erteilt. Falls aber z.B. die Sprachkenntnisse bei Ihrem Ehegatten fehlen, gibt es verschiedenen Möglichkeiten. Die Ausländerbehörde belässt es bei der Duldung, die vermutlich vorliegt oder die Behörde kann eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen nach § 25 Abs. 5 *AufenthG* erteilen. Auch hier gilt: Holen Sie sich Rat und Unterstützung bei einem Rechtsanwalt, einer Rechtsanwältin oder in einer Beratungsstelle.

Aufenthaltsrecht der Familienangehörigen

Im Regelfall haben Ihr/e Ehepartner/in und ihre Kinder dieselbe Aufenthaltserlaubnis und damit die gleichen Rechte wie Sie. Sowohl nach der niedersächsischen Härtefallregelung als auch nach der IMK-Bleiberechtsregelung vom November 2006 wird über das Aufenthaltsrecht der Familienmitglieder nur zusammen entschieden.

Einen anderen Aufenthaltstitel, möglicherweise auch nur eine Duldung, können Angehörige haben, die nicht als Familienangehörige im engeren Sinne gelten: Volljährige Kinder, vom anderen

Elternteil getrennt lebende Mütter oder Väter, Großeltern und andere Verwandte. Ihre Rechte sind dann im Einzelfall zu klären.

Aufenthaltssicherung

Unter bestimmten Bedingungen können Sie eine **Niederlassungserlaubnis** erhalten. Dafür müssen Sie aktuell eine Aufenthaltserlaubnis besitzen und seit mindestens sieben Jahren eine der folgenden Bescheinigungen besessen haben (§ 26 Abs. 4 *AufenthG*):

- Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen (nach Abschnitt 5 des Aufenthaltsgesetzes = §§ 22 bis 26)
- Aufenthaltsgestattung (bei mehreren Asylverfahren zählt nur die Zeit des längsten Asylverfahrens)
- Duldung, wobei nur die Zeit vor dem 1.1.2005 zählt
- „Aufenthaltsbefugnis“ nach dem alten Ausländergesetz
- befristete Aufenthaltserlaubnis nach § 35 Abs. 2 des alten Ausländergesetzes für Familienangehörige
- „befristete Aufenthaltserlaubnis“ nach dem alten Ausländergesetz aus anderen Gründen (z.B. durch Heirat), wenn gleichzeitig auch die Voraussetzungen für eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen (§§ 22 bis 26 *AufenthG*) vorgelegen haben.

Außerdem müssen Sie für die Niederlassungserlaubnis folgende Bedingungen erfüllen:

- eigene Lebensunterhaltssicherung, also keine Sozialleistungen (Kinder- und Erziehungsgeld zählen nicht als Sozialleistungen)
- mindestens 60 Monate Zahlen von Rentenversicherungsbeiträgen (Kinderbetreuungszeiten oder häusliche Pflege zählen auch) - Ausnahme siehe Übergangsregelung unten!
- Gründe der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung unter Berücksichtigung der Schwere oder der Art des Verstoßes gegen die öffentliche Sicherheit oder Ordnung oder der vom Ausländer ausgehenden Gefahr unter Berücksichtigung der Dauer des bisherigen Aufenthalts und dem Bestehen von Bindungen im Bundesgebiet nicht entgegenstehen, hiermit sind Straftaten gemeint. Bis zu Verurteilungen von etwa 90 Tagessätzen dürfte es in der Regel problemlos sein die Niederlassungserlaubnis zu erhalten, weil diese Grenze von 90 Tagessätzen auch im eigenständigen Aufenthaltsrecht für Kinder (§ 35 *AufenthG*) und bei der Einbürgerung gilt.
- ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache und Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland (Nachweis zum Beispiel über den Besuch eines „Integrationskurses“)
- ausreichender Wohnraum

Es reicht aus, wenn ein/e Ehepartner/in die Versicherungsbeiträge geleistet und eine Arbeitserlaubnis hat. Dann kann auch der andere Ehepartner die Niederlassungserlaubnis erhalten.

Kranke und Behinderte können eine Niederlassungserlaubnis auch dann erhalten, wenn sie aufgrund Ihrer Krankheit oder Behinderung nicht alle Bedingungen erfüllen, also zum Beispiel „erwerbsunfähig“ sind oder wegen ihrer Behinderung keine Deutschkenntnisse erwerben können.

Übergangsregelung: Wenn Sie vor 2005 eine Aufenthaltbefugnis besessen haben, müssen Sie die Rentenversicherungszeiten nicht nachweisen. Auch auf den Nachweis von Kenntnissen der deutschen Rechts- und Gesellschaftsordnung wird dann verzichtet und es genügt, dass Sie sich auf

Deutsch mündlich verständigen können (§ 102 Abs. 2 *AufenthG*, § 104 Abs. 2 *AufenthG*).
Unterbrechungen des rechtmäßigen (in diesem Fall wohl auch des geduldeten) Aufenthalts bis zu einem Jahr können außer Betracht bleiben (§ 85 *AufenthG*).

Jugendliche und junge Erwachsene, die als Minderjährige nach Deutschland eingereist sind, können unter Umständen bereits früher eine Niederlassungserlaubnis erhalten. Dies betrifft diejenigen, die

- § 35 *AufenthG* seit fünf Jahren eine Aufenthaltserlaubnis nach Abschnitt 6 des *AufenthG* im Rahmen des Familiennachzugs (§§ 27 bis 36 *AufenthG*) besitzen, *oder*
- aktuell eine Aufenthaltserlaubnis besitzen und vorher eine der folgenden Bescheinigungen besessen haben - zusammen für insgesamt fünf Jahre:
 - Aufenthaltsgestattung (Bei mehreren Asylverfahren zählt nur die Zeit des längsten Asylverfahrens)
 - Duldung, wobei nur die Zeit vor dem 1.1.2005 zählt
 - „Aufenthaltsbefugnis“ nach dem alten Ausländergesetz
 - Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen (nach Abschnitt 5 des Aufenthaltsgesetzes = §§ 22 bis 26)
 - befristete Aufenthaltserlaubnis nach §35 Abs. 2 des alten Ausländergesetzes für Familienangehörige
 - „befristete Aufenthaltserlaubnis“ nach dem alten Ausländergesetz aus anderen Gründen (z.B. durch Heirat), wenn gleichzeitig auch die Voraussetzungen für eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen (§§ 22 bis 26 *AufenthG*) vorgelegen haben.

Jugendliche und junge Erwachsene, die eine Niederlassungserlaubnis erhalten wollen, müssen ausreichend Deutsch sprechen und dürfen nicht erheblich straffällig geworden sein. Eine Verurteilung zu einer Strafe von weniger als 90 Tagessätzen ist kein Problem (s.o.). In der Regel wird außerdem die eigenständige Sicherung des Lebensunterhaltes verlangt. Wenn Jugendliche aber eine anerkannte Schul- oder Berufsausbildung absolvieren, müssen sie ihren Lebensunterhalt nicht selbst sichern können.

Die Niederlassungserlaubnis soll nach den Vorschriften des niedersächsischen Innenministeriums erst ab einem Alter von 16 Jahren erteilt werden und die Eltern sollen eine langfristige Aufenthaltsperspektive besitzen. Das heißt aber nicht, dass die Kinder erst dann eine Niederlassungserlaubnis erhalten können, wenn auch die Eltern bereits die Voraussetzungen dafür erfüllen. Es reicht aus, wenn für die Eltern eine langfristige Aufenthaltsperspektive besteht.

Von der Sonderregelung können junge Erwachsene auch dann profitieren, wenn sie als Minderjährige eingereist und inzwischen verheiratet sind.

Mit Erteilung einer Niederlassungserlaubnis erhalten die Kinder ein eigenständiges, von den Eltern unabhängiges Aufenthaltsrecht.

13.2 Wohnen, Umziehen und Reisen

Wohnsitzauflage

Grundsätzlich kann in Ihrer Aufenthaltserlaubnis eine so genannte Wohnsitzauflage vermerkt werden: „Die Wohnsitznahme ist auf (Bezirk der Ausländerbehörde) beschränkt.“

Diese Wohnsitzauflage soll aber nur erteilt werden, solange Sie Sozialhilfe, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder Arbeitslosengeld II beziehen. Offizielle Begründung dieser Regelung ist, dass die Kommunen, die die Sozialleistungen bezahlen müssen, möglichst gleichmäßig mit diesen Ausgaben belastet werden sollen.

Wenn Sie eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG oder § 23 a AufenthG erhalten haben, haben Sie in der Regel bereits nachgewiesen, dass Sie Ihr Leben ohne Sozialleistungen sichern können. Sie sollten deshalb keine Wohnsitzauflage in Ihrer Aufenthaltserlaubnis haben.

In Ausnahmefällen, zum Beispiel wenn Sie noch ergänzende Sozialleistungen erhalten, gilt für Sie die Wohnsitzauflage. Dann unterliegen Sie einem Umzugsverbot. Unter Umständen können Sie die Streichung der Auflage beantragen.

Für einen Umzug **innerhalb Niedersachsens** gelten folgende Bedingungen:

Wenn Sie nachweisen können, dass Sie den Lebensunterhalt Ihrer Familie durch Arbeit oder sonstiges Einkommen vollständig sichern können, soll die Ausländerbehörde die Wohnsitzauflage aus Ihrer Aufenthaltserlaubnis streichen. Dazu müssen Sie beim Antrag an die Ausländerbehörde die entsprechenden Nachweise (Arbeitsvertrag und anderes) vorlegen. Ein unbefristeter Arbeitsvertrag ist nicht notwendig, aber die Ausländerbehörde muss davon ausgehen können, dass das Einkommen für lange Zeit gesichert ist.

Wenn Sie arbeiten, aber noch ergänzende Sozialleistungen beziehen, wird die Wohnsitzauflage nicht gestrichen. Eine Ausnahme gilt allerdings, wenn die ergänzenden Sozialleistungen höchstens 10% des Nettoeinkommens betragen und der - voraussichtlich dauerhafte - Arbeitsplatz in einer unzumutbaren Entfernung vom bisherigen Wohnort liegt.

Für den Fall, dass Ihr/e Ehepartner/in oder Ihre minderjährigen Kinder in einem anderen Ort wohnen, muss die Ausländerbehörde ermöglichen, dass Ihre Familie zusammenleben kann, auch wenn Sie Sozialleistungen beziehen. Allerdings können Sie nicht in jedem Fall bestimmen, an welchem der beiden Wohnorte Sie gemeinsam wohnen. Die Ausländerbehörde muss auf Ihre Wünsche Rücksicht nehmen, aber auch andere Faktoren berücksichtigen, vor allem, wo eine Arbeitsstelle vorhanden ist oder wo ausreichend Wohnraum zur Verfügung steht.

Die Ausländerbehörde kann - muss aber nicht - auch aus anderen Gründen die Wohnsitznahme in einer anderen Stadt oder einem anderen Landkreis ermöglichen, zum Beispiel, wenn eine Frau zum Schutz vor ihrem Ehemann in einem entfernten Frauenhaus untergebracht werden soll. Auch bei Alleinerziehenden mit Kleinkindern, Alten oder erwerbsunfähigen Menschen kann die Ausländerbehörde die Wohnsitzauflage streichen, wenn wichtige Gründe für einen Umzug sprechen. Der Bezug von Sozialleistungen ist dann trotzdem erlaubt.

Wenn Sie aus Niedersachsen in ein **anderes Bundesland** umziehen wollen, gilt ebenfalls grundsätzlich, dass die dauerhafte Sicherung des Lebensunterhaltes die entscheidende Bedingung

für eine Streichung der Wohnsitzauflage ist. Sie erhalten aber auch dann die Erlaubnis umzuziehen, wenn das erforderliche Einkommen um bis zu 10% unterschritten wird. Daneben haben die Bundesländer vereinbart, dass ein Wohnsitzwechsel auch bei Sozialhilfebezug erlaubt werden soll,

- wenn Sie zu Ihrem/Ihrer Ehepartner/in umziehen wollen. Bedingung ist, dass sie dafür nicht einen Arbeitsplatz aufgeben müssen oder der/die Partner/in den Lebensunterhalt finanziert.
- zur Sicherstellung der Pflege und medizinischen Versorgung eines Angehörigen.

In allen anderen Fällen entscheiden die Ausländerbehörden des Zielortes nach den Regeln ihres jeweiligen Bundeslandes, ob sie dem Umzug in ihren Bezirk zustimmen.

13.3 Arbeit und Ausbildung

Um arbeiten oder eine Ausbildung absolvieren zu können, brauchen Sie eine Arbeitserlaubnis. Von Verboten und Beschränkungen dürften Sie mit Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 *AufenthG* oder § 23 a *AufenthG* nicht mehr betroffen sein: Denn in der Regel sind Sie bereits mindestens drei Jahre in Deutschland und haben gegenüber der Behörde schon nachgewiesen, dass Sie Ihren Lebensunterhalt über Ihre Erwerbstätigkeit selbst sichern - das waren die Voraussetzungen, um überhaupt eine unbeschränkte Arbeitserlaubnis beziehungsweise eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten. Deshalb gehen wir in diesem Kapitel davon aus, dass Sie bereits über eine uneingeschränkte Arbeitserlaubnis verfügen.

→ Sollte dies nicht der Fall sein, wenden Sie sich an eine Beratungsstelle, um Ihre Situation zu klären. Die uneingeschränkte Arbeitserlaubnis erteilen die Behörden nicht von selbst. Vielleicht müssen Sie lediglich einen Antrag stellen?

Rechte als Arbeitnehmer/in

Als Arbeitnehmer/in haben Sie gegenüber dem/der Arbeitgeber/in bestimmte Rechte. Dazu gehören die Auszahlung des vereinbarten Lohns, die Lohnzahlung im Krankheitsfall, Urlaubsanspruch und anderes.

→ Wenn Sie Schwierigkeiten mit Ihrem Arbeitgeber haben, können Sie vor dem Arbeitsgericht klagen. Lassen Sie sich vorher gut beraten, zum Beispiel bei der Gewerkschaft.

Wenn Sie nach einer Phase der Arbeitslosigkeit wieder eine Arbeit gefunden haben, sind Sie verpflichtet, dies dem Sozialamt und dem Arbeitsamt so schnell wie möglich mitzuteilen. Wenn Sie nicht viel verdienen, bekommen Sie weiterhin ergänzende Sozialleistungen und einen neuen Bescheid darüber. Wenn Sie Ihre Arbeitsaufnahme nicht unverzüglich melden, fordern die Ämter das von ihnen zuviel gezahlte Geld zurück. Unter Umständen bekommen Sie auch Probleme, weil man Ihnen Betrug vorwirft.

Arbeitsuche mit unbeschränkter Arbeitserlaubnis

Wie schon mehrfach erwähnt, ist die Tatsache, dass Sie Ihren Lebensunterhalt selbst sichern können, wichtig für die Verlängerung Ihrer Aufenthaltserlaubnis oder die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis. Solange Sie keine Niederlassungserlaubnis besitzen, droht Ihnen bei Verlust der Arbeit und Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen auch der Verlust Ihres

Aufenthaltsrechts! Die Arbeitsagentur soll Sie bei der Arbeitssuche unterstützen und Ihnen konkrete Jobs anbieten. Sie übernimmt Ihre Kosten für Bewerbungen (Bewerbungsmappen, Beglaubigungen, Fotos, Gesundheitszeugnis, Übersetzung von Zeugnissen). Die Arbeitsagentur kann außerdem finanzielle Unterstützung leisten, um Ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu fördern. Dazu zählt zum Beispiel die Kostenübernahme für eine ABM-Stelle, ein Einstiegsgehalt als Zuschuss für die Aufnahme einer Arbeit, die Finanzierung einer psychosozialen Beratung oder einer Suchtberatung.

→ Sammeln Sie die Quittungen und Belege für die Ausgaben bei der Arbeitssuche. Erkundigen Sie sich nach Fördermöglichkeiten.

Ausbildung

Der Aufnahme einer Ausbildung steht formal nichts im Wege. Wenn Sie eine unbeschränkte Arbeitserlaubnis besitzen, bezieht diese sich auch auf Ausbildungen. Sie müssen sich allerdings überlegen, wie Sie eine Ausbildung finanzieren und Ihren Lebensunterhalt weiter sicherstellen wollen, denn die Bezahlung einer Ausbildung ist in den meisten Fällen sehr schlecht. Unter Umständen haben Sie als Auszubildende/r Anspruch auf **Berufsausbildungsbeihilfe** (BAB), die Sie zusätzlich zu Ihrem Azubi-Gehalt von der Arbeitsagentur erhalten. Voraussetzung ist, dass Sie voraussichtlich nach der Ausbildung im Inland rechtmäßig erwerbstätig sein werden und sich seit mindestens vier Jahren ununterbrochen in Deutschland aufhalten, wobei Zeiten mit Aufenthaltsgestattung oder Duldung mitzählen.

Berufsausbildungsbeihilfe wird während einer beruflichen Ausbildung oder einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme gewährt. In der Regel wird nur die erste Ausbildung gefördert, es sei denn, die frühere Ausbildung wurde aus wichtigem Grund abgebrochen. Gefördert wird nur, wer in einer Wohnung ohne seine Eltern lebt. Jugendliche unter 18 Jahren erhalten unter Umständen keine BAB, weil ihre Ausbildungsstätte in der Nähe der Wohnung der Eltern liegt und die Behörde argumentiert, dass Sie auch dort wohnen könnten. Für Verheiratete und Personen mit Kindern spielt die elterliche Wohnung keine Rolle.

Selbstständigkeit

Wenn Sie sich selbstständig machen wollen, müssen Sie die Erlaubnis zur Ausübung einer selbstständigen Erwerbstätigkeit bei der Ausländerbehörde beantragen. Nach den bisherigen niedersächsischen Vorschriften, die aber wahrscheinlich bald geändert werden, ist die Erlaubnis dazu in den ersten zwei Jahren nach Erteilung der Aufenthaltserlaubnis praktisch ausgeschlossen und danach nur unter großen Schwierigkeiten möglich.

Im Zuge der zweiten Änderungsgesetzes zum Zuwanderungsgesetz wurde in § 104 Abs. 4 AufenthG jedoch für Flüchtlinge mit einer „Aufenthaltserlaubnis auf Probe“ im Rahmen der gesetzlichen Bleiberechtsregelung ausdrücklich festgeschrieben: „Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit.“ Die Aufenthaltserlaubnisse nach der Altfallregelung enthalten daher den Vermerk „Erwerbstätigkeit gestattet“. Damit sind selbständige Tätigkeiten jeder Art ohne Beschränkung erlaubt, wobei aber die jeweils geltenden berufs- und steuerrechtlichen und sonstigen rechtlichen Bestimmungen zu beachten sind (Steuernummer beim Finanzamt beantragen, ggf. Gewerbeschein beim Bezirksamt beantragen, für manche selbständige Tätigkeiten sind besondere Bestimmungen der Berufsordnungen zu beachten, usw.). Rechtssystematisch wäre es unsinnig, Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 104 a AufenthG besser zu stellen als Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG.

Insofern ist davon auszugehen, dass Sie auf Antrag die Erlaubnis zur Ausübung einer selbständigen Tätigkeit erhalten werden. Um den Einstieg in die Selbstständigkeit finanzieren zu können, können Sie von der Arbeitsagentur einen so genannten **Gründungszuschuss** von 300 Euro monatlich erhalten (§ 57 f. SGB III). Der Gründungszuschuss wird neun Monate lang zusätzlich zu Ihrem Arbeitslosengeld I gezahlt und kann dann noch einmal für sechs Monate verlängert werden. Um einen Gründungszuschuss zu erhalten, müssen Sie noch mindestens drei Monate lang Anspruch auf Arbeitslosengeld I vor sich haben. Außerdem müssen Sie der Arbeitsagentur nachweisen, dass Ihre Gründungsidee tragfähig ist und Sie die dafür benötigten Kenntnisse und Fähigkeiten besitzen.

→ Der Gründungszuschuss ist keine Sozialleistung, sondern ein Instrument der Arbeitsförderung. Sie sollten trotzdem durch eine Rückfrage bei der Ausländerbehörde sicher stellen, dass ein eventueller Bezug des Gründungszuschusses Ihr Aufenthaltsrecht nicht gefährdet.

→ Vor einer Existenzgründung sollten Sie sich in jedem Fall umfassend bei der Industrie- und Handelskammer, dem Deutschen Hotel und Gaststättenverband, der Handwerkskammer oder anderen kompetenten Stellen beraten lassen. Diese Vereinigungen bieten auch Existenzgründungsseminare an. Gründen Sie nicht übereilt ein Gewerbe. Schließen Sie vor allem erst einen Mietvertrag oder andere Verträge ab, nachdem Sie sich umfassend beraten lassen haben und ein tragfähiges Konzept haben. Es besteht die große Gefahr dauerhafter Verschuldung.

Arbeitsgelegenheiten

Solange Sie Sozialleistungen erhalten, können Sie verpflichtet werden, „gemeinnützige Arbeit“ zu leisten (§ 16 Abs. 3 SGB II). Sie können sich auch selbst darum bemühen und bei den örtlichen Job-Centern danach fragen. Oft sind dies einfache Hilfstätigkeiten, zum Beispiel Laubharken im städtischen Park. Für diese Arbeit erhalten Sie zusätzlich zu Ihren Sozialleistungen 1 bis 2 Euro pro Stunde. Dies ist aber keine reguläre Arbeit und Sie sind darüber nicht sozialversichert!

→ Gegebenenfalls ist es dennoch ratsam, eine solche Stelle anzutreten, um Ihre „Arbeitsbereitschaft“ unter Beweis zu stellen. Um zu erreichen, dass Ihre Aufenthaltserlaubnis verlängert wird, sollten Sie sich trotz „Ein-Euro-Jobs“ um eine reguläre Arbeit bemühen.

Wenn Sie sich weigern, die angebotene Arbeit auszuführen, oder ohne Entschuldigung fehlen, kann die Arbeitsagentur Ihre Sozialleistungen kürzen oder im Wiederholungsfall sogar ganz streichen. Gekürzt werden darf im Regelfall nur ein Teil der Sozialleistung der Person, die die Arbeit verweigert, nicht aber die Sozialleistung der Kinder.

→ Wenn es wichtige Gründe dafür gibt, dass Sie eine gemeinnützige Arbeit nicht ausführen können oder wollen (z.B. Krankheit, fehlende gesundheitliche Eignung für die konkrete Tätigkeit, fehlende Betreuungsmöglichkeit für die Kinder oder anderes), teilen Sie das der Arbeitsagentur so schnell wie möglich mit. Wenn Sie krank sind, sollten Sie ein Attest vorlegen, aus dem Ihre Arbeitsunfähigkeit hervorgeht. Wenn Ihre Sozialleistungen gekürzt wurden, muss die Kürzung wieder aufgehoben werden, sobald Sie ihre Arbeitsbereitschaft zeigen. Sollten Ihre Sozialleistungen zu Unrecht oder zu stark gekürzt werden oder auch andere Familienangehörige betreffen, wenden Sie sich an einen Rechtsanwalt oder eine Beratungsstelle.

13.4 Soziale Sicherung

Wenn Sie arbeitslos sind, haben Sie Anspruch auf soziale Leistungen. Aber Vorsicht: Beachten Sie, dass der Sozialleistungsbezug unter Umständen dazu führt, dass Ihre Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert wird und Sie womöglich Ihr Aufenthaltsrecht verlieren. Für Ihre Aufenthaltsperspektive in Deutschland kann es sehr wichtig werden, dass Sie Ihren Lebensunterhalt selbst sichern!

Welche Sozialleistungen Sie erhalten können, hängt von Ihrer persönlichen Lage ab. Wenn Sie bereits längere Zeit gearbeitet haben, erhalten Sie unter Umständen das so genannte Arbeitslosengeld I (ALG I). Haben Sie keinen Anspruch nach ALG I, sind aber zwischen 15 und 64 Jahren alt und arbeitsfähig, erhalten Sie Leistungen der „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II), das so genannte „Arbeitslosengeld II“ (ALG II). Ältere Menschen und dauerhaft erwerbsunfähige Erwachsene erhalten die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII. Wenn Sie grundsätzlich erwerbsfähig, aber längere Zeit krank sind, erhalten Sie Leistungen nach dem Dritten Kapitel des SGB XII. Die Leistungen nach SGB II und XII sind in der Höhe weitgehend identisch.

Absicherung bei Arbeitslosigkeit (ALG I)

Bei Arbeitslosigkeit haben Sie unter Umständen Anspruch auf Arbeitslosengeld I (ALG I). Das gilt, wenn Sie

innerhalb der letzten zwei Jahre mindestens zwölf Monate sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren,
sich darum bemühen, wieder Arbeit zu erhalten,
den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung stehen.

Das ALG I beträgt 67% Ihres Nettolohns, wenn Sie Kinder haben, und 60% ohne Kinder. Die Dauer des ALG I beträgt zwischen 6 und 12 Monaten und ist davon abhängig, wie lange Sie innerhalb der letzten zwei Jahre gearbeitet haben (§ 127 SGB III). Personen ab 50 Jahre können künftig bis zu bis zu 15 Monate, Personen ab 55 Jahre bis zu 18 Monate und Personen ab 58 Jahre bis zu 24 Monate lang ALG I erhalten, wenn Sie Beschäftigungszeiten bis zu vier Jahren vorweisen können. Liegt Ihr Anspruch auf ALG I niedriger als der ALG II, wird dieses ergänzend gezahlt.

→ Um ALG I zu erhalten, müssen Sie sich bei der Arbeitsagentur Arbeit suchend melden. Dafür haben Sie, wenn Sie von Ihrer Kündigung bzw. dem Ende Ihrer Arbeitsverhältnisses erfahren, nur drei Tage Zeit (§ 122 SGB III). Melden Sie sich später, müssen Sie damit rechnen, dass Ihnen die Leistungen für die ersten sieben Tage gestrichen werden (§ 128 SGB III). ALG I wird nicht rückwirkend gezahlt, sondern frühestens ab dem Tag Ihrer Meldung als Arbeit suchend.

Arbeitslosengeld II (ALG II)

Das ALG II, umgangssprachlich auch „Hartz IV“ genannt, erhalten Sie auch, wenn Sie noch nie gearbeitet haben. Es kommt auch nicht darauf an, ob Sie einen eingeschränkten Arbeitsmarktzugang haben oder ohne Einschränkungen arbeiten dürfen.

→ Eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG ist üblicherweise daran geknüpft, dass Sie selbst für Ihren Lebensunterhalt sorgen können. Auch eine Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis nach § 23 a AufenthG ist bei ALG-II-Bezug möglicherweise in Gefahr.

Besprechen Sie mit Ihrem Rechtsanwalt oder Ihrer Rechtsanwältin, welche rechtlichen Folgen der Bezug von ALG II für Ihren Aufenthalt oder den Ihrer Familie hat.

Das ALG II besteht aus einem Regelsatz für Ernährung, Kleidung, Hausrat und persönliche Bedürfnisse sowie eventuell einem Zuschuss wegen Mehrbedarfs. Zusätzlich werden die Kosten für Unterkunft und Heizung übernommen. Sie erhalten diese Leistung, wenn Ihr Einkommen und Vermögen nicht ausreicht.

Wenn Sie Arbeitseinkommen oder Vermögen haben, wird dies zum großen Teil angerechnet. Bis zu 150 Euro im Lebensjahr, mindestens jedoch 3.100 € pro Person, zuzüglich 750 € pro Person dürfen Sie besitzen. Ein Freibetrag von 3.750 € gilt auch für jedes Kind. In diesem Fall erhalten Sie weniger oder gar kein ALG II. Wohnen Sie mit anderen, zum Beispiel Großeltern oder Partner/in, zusammen, dann vermutet das Sozialamt, dass Sie gemeinsam wirtschaften, und rechnet das Einkommen aller Haushaltsangehörigen zusammen. Folgende Leistungen werden gewährt:

Regelsatz (Seit Juli 08)	Alleinstehende/ Alleinerziehende	Volljährige Partner	Haushaltsangehörige 0 bis 13 Jahre	Haushaltsangehörige ab 14 Jahre
in %	100 %	90 %	60 %	80 %
in €	351 €	316 €	211 €	281 €

Der Regelsatz für eine allein stehende Person oder den Haushaltsvorstand beträgt derzeit 351 Euro monatlich. Volljährige Haushaltsangehörige (also in der Regel der/die Partner/in und erwachsene Kinder) erhalten 316 Euro, Kinder ab 14 Jahren 281 Euro, Kinder bis einschließlich 13 Jahre 211 Euro.

Einen Mehrbedarfzuschuss gibt es für Alleinerziehende, die ein Kind unter 7 Jahren oder mehrere Kinder unter 16 Jahren haben (126 Euro). Alternativ dazu erhalten Sie einen Mehrbedarfzuschlag von 42 Euro pro Kind, falls Ihre Kinder nicht die oben genannten Altersgrenzen erfüllen. Die Höchstgrenze für den Mehrbedarfzuschlag für alle Kinder beträgt 211 Euro. Werdende Mütter erhalten 60 Euro Mehrbedarfzuschlag, falls sie ohne Partner leben, oder 54 Euro, falls sie mit Partner leben. Auch Menschen mit Behinderung oder einer Erkrankung, die eine kostenaufwändige Ernährung erfordert, können oft einen Mehrbedarfzuschlag beanspruchen.

Daneben können Sie in wenigen Fällen einen Antrag auf „einmalige Beihilfen“ stellen, insbesondere für die erste Möblierung einer Wohnung und die Erstausrüstung eines Babys oder nachgezogenen Kindes, sowie für mehrtägige Klassenfahrten von Schüler/innen. Unter bestimmten Bedingungen kann das Sozialamt auch Mietschulden als „einmalige Beihilfe“ übernehmen.

Zu den Kosten für die Unterkunft gehören Miete, Heiz- und Betriebskosten. Auch wenn nach der jährlichen Abrechnung Nachzahlungen fällig werden, werden diese vom Sozialamt übernommen. Ebenso die Kosten für mietvertraglich vorgeschriebene Renovierungen (ggf. jedoch in Eigenarbeit, d.h. nur die Materialkosten). Die Mietkosten sind allerdings begrenzt: In Abhängigkeit von der Zahl der Familienmitglieder und den örtlichen Gegebenheiten erstattet das Sozialamt die Miete nur

bis zu einer Höchstgrenze. Wenn beispielsweise ein Jugendlicher aus Ihrer Wohnung auszieht, kann es geschehen, dass das Sozialamt nicht mehr sämtliche Mietkosten bezahlt und Sie auffordert, sich eine kleinere Wohnung zu suchen. Arbeitslose junge Menschen unter 25 Jahren, die aus der Wohnung der Eltern ausziehen, erhalten keine soziale Unterstützung für die Wohnung und nur noch 80 Prozent des Arbeitslosengeldes II, wenn die Arbeitsagentur dem Auszug nicht vorher zugestimmt hat (§ 22 Abs. 2 a SGB II, § 20 Abs. 2 a SGB II).

→ Erkundigen Sie sich bei einer Beratungsstelle oder beim Mieterverein, bis zu welcher Höhe das Sozialamt die Miete für eine Wohnung für Sie und Ihre Familie übernehmen muss.

Soziale Leistungen im Alter, bei Erwerbsunfähigkeit und Krankheit

Alte Menschen ab 65 Jahren und Erwerbsunfähige haben keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II. Wenn Sie 65 Jahre oder älter sind, oder dauerhaft nicht in der Lage sind zu arbeiten, erhalten Sie nach dem Vierten Kapitel des SGB XII die so genannte „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“. Sind Sie nur vorübergehend krank (länger als sechs Monate, jedoch nicht auf Dauer) und stehen dem Arbeitsmarkt nicht als Arbeitssuchender zur Verfügung, erhalten Sie soziale Leistungen nach dem dritten Kapitel des SGB XII.

→ Besprechen Sie mit Ihrem Rechtsanwalt oder Ihrer Rechtsanwältin, welche rechtlichen Folgen der Bezug von Leistungen nach dem SGB XII für Ihren Aufenthalt oder den Sie Ihrer Familie hat.

Die Leistungen sind in beiden Fällen im Wesentlichen gleich. Sie umfassen in Niedersachsen derzeit:

Regelsatz (Seit Juli 08)	Alleinstehende/ Alleinerziehende	Volljährige Partner	Haushaltsangehörige 0 bis 13 Jahre	Haushaltsangehörige ab 14 Jahre
in %	100 %	90 %	60 %	80 %
in €	351 €	316 €	211 €	281 €

Zusätzlich übernimmt das Sozialamt die Kosten für Unterkunft und Heizung. Bezahlt wird die „angemessene“ Miete für eine Wohnung, jedoch nicht die Kosten für Haushaltsenergie (Strom für Licht, Warmwasser, Kochen).

→ Erkundigen Sie sich bei einer Beratungsstelle oder beim Mieterverein, bis zu welcher Höhe das Sozialamt die Miete für eine Wohnung für Sie (und Ihre Familie) übernehmen muss.

In bestimmten Lebenslagen erhöhen sich die Regelsätze (bei Alleinerziehenden, bei Schwangeren ab der 13. Woche, bei Kranken, die sich in besonderer Weise ernähren müssen, bei Schwerbehinderten mit dem Ausweis G).

Zusätzlich kann man auf Antrag einmalige Beihilfen erhalten, zum Beispiel für die Erstausrüstung des neuen Babys oder eine mehrtägige Klassenfahrt.

13.5 Medizinische Versorgung

Sie haben Anspruch auf alle Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung im gleichen Umfang wie Deutsche. Als Mitglied einer gesetzlichen Krankenkasse erhalten Sie eine Krankenversicherungskarte (Chipkarte), die Sie bei jedem Arztbesuch vorzeigen müssen. Wenn Sie Sozialleistungen nach SGB XII beziehen, erhalten Sie über die Krankenkasse im Fall Ihrer Pflegebedürftigkeit allerdings keine Leistungen der Pflegeversicherung, sondern müssen sich dafür an das Sozialamt wenden. Von den Krankenkassen nicht bezahlt werden Brillen und nicht verschreibungspflichtige Medikamente, Dolmetscher- und Fahrtkosten. Ausnahmen gelten für Kinder.

→ Wenn Sie mit einer Entscheidung der Krankenkasse nicht einverstanden sind, legen Sie schriftlich „Widerspruch“ ein. Der Widerspruch richtet sich dann direkt an die Krankenkasse (nicht mehr ans Sozialamt). Außerdem können Sie eine Klage und gegebenenfalls einen Eilantrag an das Sozialgericht schicken.

→ Wenn Sie Leistungen nach SGB XII beziehen, können Sie bestimmte laufend benötigte Dinge, die die Krankenkasse nicht zahlt, beim Sozialamt als „vom Regelfall abweichenden Lebensunterhaltsbedarf nach § 28 Abs. 1 Satz 2 SGB XII“ beantragen.

Sie sind nach dem Gesetz zu bestimmten Zuzahlungen verpflichtet. Dazu gehören die Praxisgebühr beim Zahnarzt und Arzt (je 10 Euro im Quartal) und eine Beteiligung an Medikamenten (pro Medikament bis zu 10 Euro in der Apotheke) und anderen Leistungen (zum Beispiel bei Krankenhausaufenthalten oder für spezielle, nicht von der Kasse getragene Vorsorgeuntersuchungen in der Schwangerschaft und anderes). Für Kinder und Jugendliche fallen keine Zuzahlungen an. Die Höchstgrenze für Ihre ganze Familie liegt bei 2% Ihres Bruttojahreseinkommens. Abgezogen werden Freibeträge für Ihre/n Ehepartner/in (4.536 Euro) und Kinder (je 3.864 Euro).

Beispiel: Sie sind verheiratet, haben zwei Kinder und ein Jahresbruttoeinkommen von 20.000 Euro. Abzüglich der Freibeträge sind das $20.000 - 4.536 - 2 \times 3.864 = 7.736$ Euro. In diesem Fall beträgt die Belastungsgrenze also 2% von 7.736 Euro = 154,72 Euro. Diese Belastungsgrenze gilt nicht pro Person, sondern für alle Mitglieder der Familie zusammen. Für chronisch Kranke gilt unter bestimmten, allerdings strengen Bedingungen, die Hälfte - nur 1%.

Für Empfänger von Leistungen nach SGB II und SGB XII gilt die Höchstgrenze von 2% des Regelsatzes. Das heißt: 2% von 12×351 Euro = 84,24 Euro pro Jahr. Der Betrag gilt nicht pro Person, sondern für alle Mitglieder der Familie zusammen. Für chronisch Kranke gilt unter bestimmten Bedingungen eine Grenze von 1% = 42,12 Euro pro Jahr.

→ Um Mehrfachzahlungen der Praxisgebühr zu vermeiden, lassen Sie sich eine Quittung ausstellen. Wenn Sie in einem Quartal zu verschiedenen Ärzten gehen, besorgen Sie sich eine Überweisung des Arztes, bei dem Sie bereits die Gebühr für das laufende Quartal entrichtet haben. Dann müssen Sie nicht erneut zahlen.

→ Sammeln Sie alle Zuzahlungsquittungen Ihrer Familie. Wenn der Betrag von 84,24 Euro erreicht ist, muss die Krankenkasse Ihnen bescheinigen, dass Sie für den Rest des Jahres von weiteren Zuzahlungen befreit sind und Ihnen bereits zu viel gezahlte Beträge zurückzahlen. Stellen Sie dazu einen Antrag und fügen Sie die Quittungen bei.

13.6 Familienleistungen, Kinder- und Jugendhilfe

Kindergeld

Jede deutsche Familie hat unabhängig von ihrer Einkommenssituation Anspruch auf ein monatliches Kindergeld von 164 Euro im Monat für das erste und zweite Kind, 170 Euro für das dritte Kind und 195 Euro für jedes weitere Kind. Dies gilt für Kinder bis 18 Jahre, für Kinder in Ausbildung, die kein oder nur sehr wenig eigenes Einkommen haben und weitere Bedingungen erfüllen, bis 24 Jahre.

Bleibeberechtigte nach § 23 Abs. 1 AufenthG haben per Gesetz Anspruch auf Kindergeld (§ 1 Abs. 3 BKGG, § 62 Abs. 2 EStG). Dieser Anspruch wird daran festgemacht, dass Sie eine Aufenthaltserlaubnis haben, die zu einer Erwerbstätigkeit berechtigt. Das dürfte in der Regel der Fall sein.

→ Sie sollten so schnell wie möglich einen Kindergeldantrag bei der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsamt) stellen. Dann können Sie Kindergeld rückwirkend vom 1.1.2006 an erhalten.

Anders sieht es allerdings für Flüchtlinge mit **Aufenthaltserlaubnis nach § 23a AufenthG** aus. Sie können Kindergeld erhalten, wenn Sie sich drei Jahre in Deutschland aufhalten (dabei zählen die Zeiten der Aufenthaltsgestattung, der Aufenthaltserlaubnis und - falls vorhanden - auch der Duldung) und

- arbeiten,
- einen Arbeitsvertrag haben und sich nach der Geburt des Kindes in der Elternzeit befinden oder
- Sozialleistungen nach SGB III oder Krankengeld erhalten.

Wenn Sie also eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23a AufenthG haben, arbeitslos sind und Leistungen nach SGB II (= ALG II) erhalten, haben Sie keinen Kindergeldanspruch. Dann sollten Sie überlegen, ob Ihr/e Partner/in Kindergeld beanspruchen kann. Kindergeld kann der Vater oder die Mutter beantragen. Ihr Partner/in erhält Kindergeld unter den gleichen Bedingungen wie Sie, wenn er/sie über eine Aufenthaltserlaubnis nach §§ 23 Abs. 1 AufenthG als Bürgerkriegsflüchtling, 23a, 24, 25 Abs. 3, 25 Abs. 4 oder 25 Abs. 5 AufenthG verfügt. Keinen Kindergeldanspruch hat Ihr/e Partner/in mit einer Aufenthaltsgestattung oder Duldung.

Auch bei fehlendem Anspruch auf Kindergeld können Sie möglicherweise aufgrund von internationalen Abkommen unter eine Ausnahmeregelung fallen. Sie erhalten für Ihre Familie auch vor Ablauf von drei Jahren und ohne weitere Bedingungen Kindergeld, wenn Sie

- aus der Türkei, Algerien, Tunesien oder Marokko kommen und eine Arbeit haben, über die Sie in eine Sozialversicherung (Arbeitslosen-, Kranken-, Renten- oder Unfallversicherung) einzahlen,

- aus der Türkei kommen, nicht arbeiten, aber mindestens sechs Monate in Deutschland leben oder
- aus Kosovo, Serbien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina oder Mazedonien kommen und eine arbeitslosenversicherungspflichtige Arbeit haben. Wenn Sie keine Arbeit mehr haben, gilt auch der Bezug von Kranken- oder Arbeitslosengeld I.

→ Wenn Sie die Bedingungen erfüllen, sollten Sie so schnell wie möglich einen Kindergeldantrag bei der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsamt) stellen. Dann können Sie Kindergeld rückwirkend vom 1.1.2006 an erhalten!

→ Familienkassen lehnen Anträge, die sich auf die genannten Ausnahmeregelungen beziehen, zunächst regelmäßig ab. Legen Sie dagegen mit Hilfe einer Beratungsstelle unbedingt Einspruch und, wenn nötig, Klage beim Finanzgericht ein. Die Einsprüche haben fast immer Erfolg.

→ Sollten Sie - auch vorübergehend oder ergänzend - Sozialleistungen beziehen, wird der Anspruch auf Kindergeld mit den Sozialleistungen verrechnet (auch rückwirkend). Unter Umständen haben Sie dann am Ende gar nicht mehr Geld. Trotzdem ist es sinnvoll, den Kindergeldantrag zu stellen, weil der Bezug von Kindergeld nicht als Sozialleistung gilt und Sie so leichter die Möglichkeit haben, Ihr Leben selbst zu finanzieren.

Kinderzuschlag

Wenn Sie über ein geringes Einkommen verfügen oder Arbeitslosengeld I beziehen, aber ansonsten keine Sozialleistungen erhalten, können Sie versuchen, zusätzlich zum Kindergeld einen Kinderzuschlag zu beantragen (§ 6a Bundeskindergeldgesetz). Voraussetzung für die Gewährung ist allerdings, dass Sie kindergeldberechtigt sind (siehe vorheriger Abschnitt). Mit dem Kindergeldzuschlag soll vermieden werden, dass Geringverdienende Leistungen nach SGB II beantragen müssen. Der Kinderzuschlag beträgt maximal 140,- Euro monatlich pro Kind. Der Kinderzuschlag ist bei der Agentur für Arbeit zu beantragen.

Unterhaltsvorschuss

Der Unterhaltsvorschuss ist ein staatlicher Zuschuss, der einem allein erziehenden Elternteil für bis zu sechs Jahren gezahlt wird, wenn der andere Elternteil (in der Regel der Vater) seiner Verpflichtung, für das Kind Unterhalt zu zahlen, nicht nachkommt. Der Unterhaltsvorschuss beträgt 117 € monatlich für Kinder unter 6 Jahren und 158 € monatlich für ältere Kinder unter 12 Jahren.

Die Bedingungen für den Unterhaltsvorschuss sind die gleichen wie beim Kindergeld (§ 1 Abs. 2 a *UhVorschG*): **Bleibeberechtigte nach § 23 Abs. 1 *AufenthG*** haben per Gesetz Anspruch auf Kindergeld. Dieser Anspruch wird daran festgemacht, dass Sie eine Aufenthaltserlaubnis haben, die zu einer Erwerbstätigkeit berechtigt. Das dürfte in der Regel der Fall sein.

Etwas anderes gilt für **Flüchtlinge mit Aufenthaltserlaubnis nach § 23a *AufenthG***. Sie können Sie Unterhaltsvorschuss nur unter folgenden Bedingungen erhalten, wenn sie sich drei Jahre in Deutschland aufhalten (dabei zählen die Zeiten der Aufenthaltsgestattung, der Aufenthaltserlaubnis und - falls vorhanden - auch der Duldung) und

- arbeiten,

- einen Arbeitsvertrag haben und sich nach der Geburt des Kindes in der Elternzeit befinden oder
- Sozialleistungen nach SGB III oder Krankengeld erhalten.

Wenn Sie also eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23a *AufenthG* besitzen, arbeitslos sind und Leistungen nach SGB II (= ALG II) erhalten, haben Sie keinen Anspruch auf Unterhaltsvorschuss.

→ Unterhaltsvorschuss beantragen Sie beim Jugendamt. Das Amt holt sich das Unterhaltsgeld vom nicht zahlenden Elternteil wieder zurück, wenn dieser über ausreichendes Einkommen verfügt.

→ Jugendämter lehnen Anträge, die sich auf die genannten Ausnahmeregelungen beziehen, zunächst regelmäßig ab. Legen Sie dagegen mit Hilfe einer Beratungsstelle unbedingt Widerspruch und, wenn nötig, Klage beim Verwaltungsgericht ein.

Elterngeld

Elterngeld gibt es für Kinder ab der Geburt. Dabei ersetzt der Staat einem Elternteil 67 Prozent des durch die Geburt und Kinderbetreuung wegfallenden Arbeitseinkommens, maximal 1.800 Euro im Monat. Elterngeld wird an den das Kind betreuenden Elternteil für maximal 12 Monate gezahlt. Wenn auch der andere Elternteil zwei Monate oder länger für die Betreuung zuständig ist, wird das Elterngeld um zwei Monate auf maximal 14 Monate verlängert.

Elterngeld können Sie für Kinder erhalten, die ab 1.1.2007 geboren werden. Mit einer Niederlassungserlaubnis können Sie Elterngeld beanspruchen. **Bleibeberechtigte nach § 23 Abs. 1 *AufenthG*** haben per Gesetz Anspruch auf Elterngeld (§ 1 Abs. 7 *BEEG*). Dieser Anspruch wird daran festgemacht, dass Sie eine Aufenthaltserlaubnis haben, die zu einer Erwerbstätigkeit berechtigt. Das dürfte in der Regel der Fall sein.

Anderes gilt, wenn Sie eine **Aufenthaltserlaubnis nach § 23a *AufenthG*** besitzen. Dann haben Sie nur unter folgenden Bedingungen Anspruch, wenn Sie sich drei Jahre in Deutschland aufhalten (dabei zählen die Zeiten der Aufenthaltsgestattung, der Aufenthaltserlaubnis und - falls vorhanden - auch der Duldung) und

- in Teilzeit arbeiten (maximal 30 Stunden in der Woche),
- einen Arbeitsvertrag haben und sich nach der Geburt des Kindes in der Elternzeit befinden oder
- Sozialleistungen nach SGB III oder Krankengeld erhalten,

Wenn Sie also eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23a *AufenthG* besitzen, gar nicht arbeiten und sich auch nicht in der Elternzeit befinden, erhalten Sie also kein Elterngeld, auch nicht den sonst an nichterwerbstätige Erziehende gezahlten Grundbetrag von 300 Euro im Monat.

Ausnahmen gelten jedoch für erwerbstätige Menschen aus Algerien, Marokko, Tunesien und der Türkei: Für sie besteht auch mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 a *AufenthG* ein Anspruch auf Elterngeld, wenn sie sozialversicherungspflichtig arbeiten oder wenn sie eine geringfügige Beschäftigung (400-Euro-Job) ausüben, über die sie unfallversichert sind.

Sie stellen den Antrag auf Elterngeld beim Jugendamt oder der Elterngeldstelle ihrer Stadt oder Ihres Landkreises. Das Formular, eine Liste der zuständigen Stellen in Niedersachsen und weitere

Informationen gibt es im Internet unter
http://www.ms.niedersachsen.de/master/C29974090_N8150_L20_D0_I674.

13.7 Deutschkurs, Kindergarten, Schule, Studium

Deutschkurse

Seit 2005 gibt es in Deutschland ein einheitliches Konzept für so genannte „Integrationskurse“. Sie bestehen hauptsächlich aus Deutschunterricht (in der Regel 600 Unterrichtsstunden), zusätzlich wird Alltagswissen und Wissen über die Rechtsordnung, Kultur und Geschichte Deutschlands vermittelt (45 Unterrichtsstunden). Am Schluss steht ein Abschlusstest, bei dem die Teilnehmer/innen das „Zertifikat Deutsch“ erhalten können, das unter anderem die Einbürgerung erleichtert. Integrationskurse werden vor Ort von vielen verschiedenen Trägern durchgeführt und zentral vom BAMF organisiert.

Einen Anspruch darauf, einen der staatlich organisierten Integrationskurse zu besuchen, haben Sie nicht. Sie können aber versuchen, einen noch freien Platz zu erhalten (§ 5 *IntV*). Wenden Sie sich an die Ausländerbehörde oder eine Beratungsstelle. Sie sollten Ihnen Informationen über die Integrationskurse und eine Liste mit den in Ihrer Region zugelassenen Sprachkursanbietern aushändigen. Eine Liste der Anbieter, das Anmeldeformular und weitere Informationen erhalten Sie auch auf der Homepage des BAMF:

http://www.bamf.de/clin_042/nn_566316/DE/Integration/integration-node.html__nnn=true. Sie können die Zulassung zum Kurs entweder direkt schriftlich beim BAMF oder über einen der Kursanbieter beantragen. Das BAMF berücksichtigt bei der Verteilung der freien Plätze die „Integrationsbedürftigkeit“. Eine gute Chance auf einen freien Platz haben Sie, wenn Sie schon einige Jahre in Deutschland leben und mit einem erfolgreichen Deutschkurs die Voraussetzungen für die Niederlassungserlaubnis erfüllen wollen.

Für die Teilnahme am Integrationskurs müssen Sie pro Unterrichtsstunde 1 Euro Beitrag leisten, das heißt derzeit in der Regel 645,-Euro, zahlbar in mehreren Etappen (§ 9 *IntV*). Erhalten Sie Sozialleistungen nach dem SGB II oder SGB XII, können Sie sich vom Kursbeitrag befreien lassen. Dazu müssen Sie einen Antrag stellen. Das Formular dafür erhalten Sie bei der Ausländerbehörde, den Kursträgern oder auf der Homepage des BAMF.

Der erfolgreiche Deutschttest im Integrationskurs reicht nicht aus, um zum Studium in Deutschland zugelassen zu werden. Dafür gibt es spezielle Aufbaukurse, für die Sie gegebenenfalls auch ein Stipendium erhalten können. Näheres siehe Kapitel „Studium“.

Es gibt in den Städten auch einige Deutschkurse, die unabhängig vom staatlichen Angebot existieren. Diese Kurse müssen Sie in der Regel selbst bezahlen, bei manchen Trägern sind die Kosten für Sozialleistungsempfänger aber deutlich gesenkt.

→ Fragen Sie bei ihrer örtlichen Volkshochschule oder den Beratungsstellen für Migrant/innen, Aussiedler/innen oder Flüchtlinge nach, wo es Deutschkurse gibt.

Kindergarten

Sobald ein Kind drei Jahre alt ist, hat es in Deutschland einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz (§ 24 *SGB VIII*). Bei geringem Einkommen sind die Kosten dafür ganz oder

teilweise vom Jugendamt zu tragen (§ 90 Abs. 2 und 3 SGB VIII). Nach dem Niedersächsischen Regierungsprogramm zur Integration und den Grundsätzen für Kindertagesstätten soll Ihr Kind im Kindergarten eine Förderung in der deutschen Sprache erhalten und so besser auf einen Schulbesuch vorbereitet werden.

→ Melden Sie Ihr Kind frühzeitig für einen Kindergartenplatz an. Dort wird ihr Kind eine erheblich bessere Förderung in der deutschen Sprache erhalten und so besser auf einen Schulbesuch vorbereitet werden als im Wohnheim. Wenden Sie sich bei Problemen mit dem Kindergartenplatz an eine Beratungsstelle.

Schule

Alle in Niedersachsen lebenden Kinder haben das Recht und die Pflicht, eine Schule zu besuchen und regelmäßig am Unterricht teilzunehmen (§ 63 NSchG). Die Schulpflicht beginnt für Kinder, die bis zum 30. Juni eines Jahres sechs Jahre alt geworden sind, mit dem nächsten beginnenden Schuljahr (§ 64 NSchG). Das Einschulungsalter ist aber auch abhängig von der körperlichen und geistigen Entwicklung Ihres Kindes. Unter Umständen kann der Schuleintritt Ihres Kindes ein Jahr zurückgestellt werden. Deshalb werden alle Kinder vor dem Schuleintritt vom Amtsarzt untersucht. Bei fehlenden Deutschkenntnissen können die Kinder verpflichtet werden, vor Schuleintritt an besonderen Sprachfördermaßnahmen teilzunehmen (§ 54 a NSchG). Schon eingeschulte Schülerinnen und Schüler mit schlechten Deutschkenntnissen sollen besonderen Deutschunterricht erhalten. Die Schulpflicht endet in der Regel nach 12 Jahren des Schulbesuchs.

→ Fragen Sie gegebenenfalls im Kindergarten oder in der Schule nach, ob es Fördermöglichkeiten für Ihr Kind gibt. In vielen Schulen wird auch muttersprachlicher Unterricht, Hausaufgabenhilfe und anderes angeboten.

→ Wenn Sie nur über ein geringes oder gar kein Einkommen verfügen und mit dem Schulbesuch besondere Kosten verbunden sind, zum Beispiel für den Fahrtweg, für Klassenfahrten oder sonstiges, können Sie das Geld dafür beim Sozialamt auf der Grundlage von § 27 SGB XII beantragen. Bei einer Ablehnung haben Sie die Möglichkeit, Widerspruch zu erheben und Klage beim Sozialgericht einzulegen. Lassen Sie sich gegebenenfalls von einer Beratungsstelle unterstützen.

Studium

Mit einer Aufenthaltserlaubnis steht es Ihnen frei, in Deutschland zu studieren. Die formale Zugangsvoraussetzung für den Besuch einer Universität oder Fachhochschule ist die allgemeine **Hochschulreife** / Abitur (bei Universität) oder die **Fachhochschulreife** / Fachabitur (bei Fachhochschule) oder eine als gleichwertig anerkannte Schulausbildung im Herkunftsland. Wenn Ihre Schulausbildung nicht als (Fach-)Hochschulreife anerkannt ist, können Sie über das erfolgreiche Ablegen der „Feststellungsprüfung“ zur Studieneignung die Zugangsberechtigung erwerben. Dafür müssen Sie in der Regel bei der Hochschule einen einjährigen Vorbereitungskurs („Studienkolleg“) absolvieren. Bei Kunst- und Musikhochschulen können Sie unter Umständen auch ohne Abitur studieren, wenn Sie besondere künstlerische Fähigkeiten haben. In manchen anderen Studiengängen genügt auch ein Nachweis über bestimmte berufliche Vorbildungen (zum Beispiel Meisterprüfung).

→ Ob Ihre Hochschulzugangsberechtigung der deutschen gleichwertig ist, können Sie in der Datenbank der Kultusminister-Konferenz www.anabin.de abfragen.

→ Genauere Informationen zur Studienzulassung erhalten Sie beim Deutschen Akademischen Austauschdienst DAAD (www.daad.de) oder bei den akademischen Auslandsämtern / Studentensekretariaten der Universitäten und Fachhochschulen. Die Adressen aller deutschen Hochschulen sowie Infos zu den angebotenen Studienfächern und Abschlüssen finden Sie unter www.studienwahl.de.

Zweite Studienvoraussetzung ist der Nachweis von **deutschen Sprachkenntnissen**: Dazu müssen Sie in der Regel die „Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang ausländischer Studienberechtigter (DSH)“ ablegen. Bestimmte andere Nachweise (Goethe-Sprachdiplom, Test Deutsch als Fremdsprache für ausländische Studienbewerber „TestDaF“ und andere) werden ersatzweise anerkannt. Deutschkurse, die zur Vorbereitung auf das Studium dienen, werden unter anderem von der Otto-Benecke-Stiftung angeboten und durch die Vergabe von Stipendien zum Teil sogar finanziert (lesen Sie dazu weiter unten „Otto-Benecke-Stiftung“).

Das größte Problem dürfte für Sie die **Finanzierung** eines Studiums sein. Als Student/in müssen Sie nicht nur Ihren Lebensunterhalt sichern, sondern auch eine Krankenversicherung nachweisen. Studierende bis zum 14. Semester, maximal bis zum 30. Lebensjahr, können sich über die gesetzliche Krankenversicherung für etwa 56 Euro pro Monat versichern. Studierende über 30 Jahre werden von der gesetzlichen Krankenversicherung nicht aufgenommen und müssen eine private Krankenversicherung abschließen. Hinzu kommen die Studiengebühren, die in Niedersachsen 500.- € pro Semester betragen, die Kosten für ein Semesterticket sowie weiterer Gebühren (ca. 100 bis 150 Euro im Semester).

Das Sozialgesetzbuch verbietet den Bezug von Sozialleistungen zum Zweck der Finanzierung eines Studiums. Nur in besonderen Härtefällen können die Leistungen (ggf. als Darlehen) gewährt werden. Wenn Sie dem Sozialamt verschweigen, dass Sie studieren, und die Behörde dies später erfährt, wird die Sozialhilfe wieder zurückgefordert. Wenn Sie studieren wollen, ohne Sozialleistungen zu beziehen, brauchen Sie also eine Arbeitsgenehmigung und eine Arbeit, mit der Sie sich vollständig selbst finanzieren können, oder andere Finanzierungsquellen. Dabei müssen Sie nicht unbedingt Ihre ganze Familie finanzieren: Ihr/e Partner/in und Kinder können, auch wenn Sie studieren, gegebenenfalls Anspruch auf Sozialleistungen haben. Bedenken Sie aber, dass Sozialleistungsbezug unter Umständen die Nichtverlängerung Ihrer Aufenthaltserlaubnis nach sich zieht!

Eine Finanzierungsmöglichkeit ist die Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (**BAföG**). Mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 oder § 23a AufenthG haben Sie grundsätzlich Zugang zu Leistungen nach dem BAföG (§ 8 Abs. 2 Nr. 1 BAföG). Ausbildungsförderung nach dem BAföG wird regelmäßig aber nur für Studierende gewährt, die bei Beginn des Studiums unter 30 Jahre alt sind und noch kein anderes Studium abgeschlossen haben. Sind Sie 30 oder älter, können Sie BAföG auch erhalten, wenn Sie Ihre Ausbildung im Herkunftsland aufgrund Ihrer Situation nicht möglich war und Sie das Studium nach Wegfall des Hindernisses unverzüglich aufnehmen, also in der Regel so bald wie möglich nach der Flüchtlingsanerkennung. Gibt es wichtige persönliche Gründe dafür, später das Studium zu beginnen, können Sie versuchen, diese geltend zu machen und eine Förderung auch dann zu beantragen, wenn Sie die Altersgrenze überschritten haben. Wenn Sie die Hochschulzugangsberechtigung erst in Deutschland auf dem zweiten Bildungsweg (Abendschule oder anderes) erwerben und direkt im Anschluss studieren, gilt die Altersgrenze von 30 Jahren ebenfalls nicht.

Um Ihr Studium zu finanzieren, sollten Sie prüfen, ob Stiftungen für die (Teil-)Finanzierung in Frage kommen. Es gibt einige **Stiftungen** und Programme, über die man unter bestimmten Voraussetzungen ein Stipendium bekommen kann. Meist werden eine besondere Begabung und sehr gute Studienleistungen vorausgesetzt, aber auch materielle Bedürftigkeit und gesellschaftliches Engagement können Kriterien bei der Vergabe von Stipendien sein. Im Internet finden Sie unter <http://www.bildungserver.de/zeigen.html?seite=427> eine Übersicht und weiterführende Links.

Spezielle Förderprogramme für ausländische Studierende sind meist auf Menschen beschränkt, die zum Zweck des Studiums nach Deutschland einreisen durften und danach wieder zurückkehren wollen.

Das Diakonische Werk der evangelischen Kirche hat ein spezielles Flüchtlings-Stipendienprogramm, das eine Finanzierung des Studiums für Menschen ohne offiziellen Flüchtlingsstatus ermöglicht. Es gilt allerdings nur für Flüchtlinge aus Staaten außerhalb Europas. Gefördert werden sollen Verfolgte, die in ihrem Herkunftsland eine Ausbildung nicht aufnehmen konnten oder abbrechen mussten. Sie sollten nicht älter als 35 Jahre sein und bei Antragstellung in der Regel nicht länger als 3 Jahre in Deutschland leben. Bedingung ist ferner, dass Sie die Absicht haben, nach Beendigung des Studiums in Ihr Heimatland zurückzukehren. Tun Sie das nicht, müssen Sie das Stipendium später gegebenenfalls zurückzahlen.

→ Wenden Sie sich an die Evangelische Studentengemeinde oder das Diakonische Werk in Ihrer Stadt. Diese Stellen werden mit Ihnen gemeinsam eine Bewerbung für das Stipendienprogramm verfassen. Dabei ist es wichtig zu erläutern, dass Sie aufgrund Ihrer aufenthaltsrechtlichen Situation nur schwer oder gar keinen Zugang zu anderen Finanzierungsquellen (Arbeitsgenehmigung, BAföG etc.) haben. Ein Merkblatt mit den Kriterien für die Förderung können Sie auch beim Flüchtlingsrat Niedersachsen erhalten. Wenn Sie den Ansprechpartner vor Ort nicht kennen, können Sie sich an die zuständige Mitarbeiterin des Diakonischen Werkes in Stuttgart wenden:

Frau Sylvia Karlev
Telefon 0711-2159-506
Fax 0711-2159-8 506
Email s.karlev@brot-fuer-die-welt.de.

14. Flüchtlinge mit „Duldung“

14.1 Aufenthaltsrechtliche Situation

Eine Duldung erhält, wer zur Ausreise verpflichtet ist, aber vorerst nicht abgeschoben werden kann (§ 60 a Abs. 2 *AufenthG*). Das ist oft nach dem endgültigen negativen Abschluss des Asylverfahrens der Fall. Auch Flüchtlinge, die ohne Visum nach Deutschland kommen oder nach Ablauf des Visums in Deutschland bleiben und kein Asyl beantragen, erhalten eine Duldung, wenn eine Abschiebung nicht möglich ist. Dies ist zum Beispiel der Fall, solange kein Pass vorliegt oder es keine Flugverbindung in eine Bürgerkriegsregion gibt. Wenn jedoch das Abschiebungshindernis wegfällt, droht akute Abschiebungsgefahr.

Menschen ohne Aufenthaltsrecht und ohne dass ein Abschiebungshindernis vorliegt, können leider keine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 Satz 1 *AufenthG* mehr erhalten, wenn „dringende humanitäre oder persönliche Gründe“ vorübergehend vorliegen. Statt dessen sind zwei neue Duldungsgründe in das Gesetz geschrieben worden:

1. Die so genannte Zeugenduldung des § 60a Abs. 3 Satz 2 *AufenthG*. Hier besteht die Möglichkeit, wenn eine Aussage in einem Strafverfahren von der Staatsanwaltschaft oder vom Gericht als notwendig angesehen wird, den Aufenthalt weiterhin zu dulden.
2. Die Ermessensduldung des § 60a Abs. 2 Satz 3 *AufenthG*. Diese Regel gab es bereits im alten Ausländergesetz. Mit dem Zuwanderungsgesetz war sie seit dem 1.1.2005 abgeschafft. Stattdessen sollte - immer nur vorübergehend - bei dringenden humanitären oder persönlichen Gründen oder bei einem öffentlichen Interesse eine kurzfristige Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 Satz 1 *AufenthG* erteilt werden. Diese Aufenthaltserlaubnis ist seit dem 28. August 2007 (in Krafttreten des Richtlinienumsetzungsgesetzes) für Geduldete nicht mehr möglich. Nunmehr kann für einen vorübergehenden Satz aus den oben erwähnten Gründen eine Ermessensduldung erteilt werden. Gründe hierfür können beispielsweise folgende sein:
 - Durchführung einer Operation, die im Herkunftsland nicht möglich ist,
 - Beendigung einer Therapie oder sonstigen Behandlung ohne dass Reiseunfähigkeit besteht, da ansonsten bereits ein Anspruch auf eine Duldung da wäre,
 - Beendigung einer Ausbildung,
 - bevorstehender Schulabschluss,
 - Beendigung des laufenden Schuljahres,
 - vorübergehende Betreuung eines schwer kranken Familienangehörigen,
 - eine unmittelbar bevorstehende Heirat mit einem Deutschen oder einem Bleibeberechtigten bis zum Hochzeitstermin.

Diese Liste ist nicht abgeschlossen, weitere gute Gründe sind denkbar, müssen aber der Ausländerbehörde gegenüber vorgetragen werden. Lassen Sie sich gut beraten.

Die Behörden machen oft unter anderem zur Bedingung, dass keine Sozialleistungen bezogen werden und dass die „freiwillige Rückkehr“ zugesichert wird. Diese Duldungen werden in der Regel nur für einige Wochen oder Monate erteilt. Wenn der Erteilungsgrund wegfällt, also zum Beispiel der pflegebedürftige Vater stirbt oder der Schulabschluss gemacht ist, wird die Duldung in der Regel nicht verlängert und es droht erneut die Abschiebung. Nur bei Vorliegen eines

Abschiebungshindernisses oder eines Anspruchs auf einen Aufenthalt (z.B. durch Heirat), wird dann eine aus humanitären Gründen befristet erteilte Duldung noch verlängert oder eine Aufenthaltserlaubnis erteilt.

Eine Duldung kann auch angeordnet oder verlängert werden, weil das Innenministerium des Landes für eine bestimmte Flüchtlingsgruppe oder für Flüchtlinge aus einem bestimmten Land einen Abschiebungsstopp angeordnet hat (§ 60 a Abs. 1 AufenthG).

Eine Duldung gilt immer nur für wenige Wochen oder Monate, wird jedoch verlängert, wenn eine Abschiebung weiterhin nicht möglich ist. Auf diese Weise kann es sein, dass ein geduldeter Aufenthalt viele Jahre andauert. Auch wenn man viele Jahre lang eine Duldung besitzt, leitet sich aus einer Duldung kein Recht ab, in Deutschland zu bleiben.

→ Lesen Sie sich Ihre Duldung genau durch! Nicht immer bietet das in der Duldung genannte Datum auch eine Sicherheit dafür, dass bis dahin keine Abschiebung stattfindet: Oftmals findet sich in der Duldung ein Hinweis darauf, dass die Duldung ungültig wird, wenn ein bestimmtes Ereignis eintritt (zum Beispiel wenn Reisepapiere eintreffen oder wenn eine Petition entschieden ist).

→ Suchen Sie eine Beratungsstelle auf und klären Sie, welche Möglichkeiten Sie haben, anstelle einer Duldung ein Aufenthaltsrecht in Deutschland zu bekommen. Lesen Sie dazu auch *Kapitel 6*.

Wenn Sie länger als ein Jahr geduldet sind, musste die Ausländerbehörde bis zum 27.8.2007 Ihnen eine Abschiebung mindestens einen Monat vorher erneut ankündigen. Dies muss die Ausländerbehörde nur noch tun, wenn Sie zwar jetzt eine Duldung haben, aber vorher einen Aufenthaltstitel besessen haben (§ 60 a Abs. 5 AufenthG). Beispiel: Sie hatten bis vor wenigen Monaten eine Aufenthaltserlaubnis wegen eines Abschiebungsverbotes. Nachdem das Verbot wegfiel hat die Ausländerbehörde Ihre Aufenthaltserlaubnis widerrufen und Ihnen die Duldung erteilt. Wenn Sie diese Duldung nun länger als ein Jahr besitzen und nunmehr die Abschiebung möglich ist, wird diese einen Monat vorher angekündigt.

→ Wenn Sie einen Brief bekommen, in dem Ihre Abschiebung angekündigt wird, wenden Sie sich an Ihren Anwalt, Ihre Anwältin oder eine Beratungsstelle, um zu klären, ob es eine konkrete Abschiebungsgefahr für Sie gibt.

Als Geduldete/r sind Sie grundsätzlich dazu verpflichtet, freiwillig auszureisen oder daran mitzuwirken, dass eine Abschiebung möglich wird. Zu Ihren Pflichten gehört es zum Beispiel, sich um Ihren Pass oder sonstige Papiere zu kümmern, wenn Sie dazu aufgefordert werden. Eine mangelnde Mitwirkung kann für Sie unangenehme Konsequenzen haben: Arbeitsverbot (§ 11 BeschVerfV), Bargeldentzug (§ 1 a AsylbLG), unter Umständen sogar Einweisung in ein Ausreisezentrum (§ 61 Abs. 2 AufenthG) und anderes.

Oftmals werfen die Ausländerbehörden Flüchtlingen zu Unrecht eine mangelnde Kooperation bei der Passbeschaffung vor. Besuche bei der Botschaft Ihres Herkunftslandes sollten Sie daher durch Zeugenaussagen oder andere geeignete Unterlagen (z.B. Fahrquittungen, Fotos, Bestätigungen der Botschaft) dokumentieren. Wenn Sie einen Termin für einen Botschaftsbesuch nicht wahrnehmen können, weil sie krank geworden sind, holen Sie sich eine Bestätigung vom Arzt und schicken Sie diese zur Ausländerbehörde.

Nicht alle denkbaren Methoden zur Beschaffung von Passpapieren sind zumutbar: Sie dürfen zum Beispiel nicht verpflichtet werden, Pässe auf gesetzeswidrige Weise, etwa durch Bestechung, zu erlangen. Manche Ausländerbehörden stellen auch Anforderungen, die Sie objektiv nicht erbringen

können, zum Beispiel die Beschaffung von verschollenen Urkunden. Informieren Sie sich im Zweifelsfall bei Ihrem Rechtsanwalt oder Ihrer Rechtsanwältin genau über die Einzelheiten und den zumutbaren Umfang Ihrer Mitwirkungspflichten.

14.2 Wohnen, Umziehen und Residenzpflicht

Zuweisung

Als Geduldeter müssen Sie sich weiterhin an dem Ort aufhalten, der Ihnen von der ZAAB schon während des Asylverfahrens zugewiesen wurde.

Aber auch Flüchtlinge, die ohne Visum einreisen und gleich eine Duldung beantragen (also kein Asylverfahren durchlaufen), können sich ihren Aufenthaltsort nicht aussuchen (§ 15 a AufenthG). Wer beispielsweise in Göttingen eine Duldung beantragt, wird von der Ausländerbehörde (sofern er nicht abgeschoben werden kann) zur ZAAB nach Braunschweig geschickt. Vorher nimmt die Ausländerbehörde die Personaldaten auf und gegebenenfalls auch die Fingerabdrücke ab. In der ZAAB wird dann nach dem Computer-Quotensystem VilA („Verteilung illegaler Ausländer“) entschieden, welcher Kommune ein Flüchtling zugewiesen wird. Die Verteilung erfolgt bundesweit. Das heißt, der Duldungsantragsteller aus Göttingen könnte von Braunschweig aus zum Beispiel nach Gera in Thüringen geschickt werden.

Vor der Verteilung können Sie einen Zuweisungswunsch äußern. Das Recht, in einer bestimmten Kommune untergebracht zu werden, gibt es aber nur in Fällen, in denen der/die Ehepartner/in bereits in einer Kommune lebt oder wenn minderjährige Kinder zu ihren Eltern (oder umgekehrt) gelangen sollen. Die Familienzusammenführung zwischen Ehepaaren sowie zwischen Eltern und minderjährigen Kindern muss also in jedem Fall ermöglicht werden. Darüber hinaus können auch so genannte „Härtefälle“ berücksichtigt werden, zum Beispiel, wenn ein älterer, kranker Flüchtling den Wunsch äußert, in die Kommune zugewiesen zu werden, in der seine erwachsenen Kinder leben. Auch andere Wünsche können geäußert werden, aber sie werden oft auch nicht erfüllt. Zum Beispiel sind die Chancen, in eine große Stadt (zum Beispiel Hannover) zu gelangen, eher gering, weil deren Quote oft erfüllt ist. Das heißt, wenn eine Stadt oder ein Landkreis bereits seine Anzahl von Flüchtlingen aufgenommen hat, werden keine weiteren Flüchtlinge dorthin geschickt.

In Niedersachsen wird die Verteilung von Flüchtlingen auf die Kommunen zunehmend vermieden: Auf dem Gelände der **ZAAB Oldenburg** und der **ZAAB Braunschweig** sowie in **Bramsche** (bei Osnabrück) gibt es Wohnhäuser in Sammellagern, die nicht von der örtlichen Kommune, sondern vom Land Niedersachsen betrieben werden. Diese Lager haben zum Ziel, die Integration von bestimmten Gruppen von Flüchtlingen in die Gesellschaft von vornherein zu verhindern und sie schnellstmöglich wieder abzuschicken. Vor allem diejenigen Flüchtlinge, die kein Asyl, sondern nur einen Duldungsantrag stellen, laufen Gefahr, in diesen Lagern untergebracht zu werden. Deren Verteilung innerhalb Niedersachsens soll nämlich nach dem Willen der Landesregierung vorrangig in die landeseigenen Sammellager erfolgen. Betroffen sind aber zunehmend auch Flüchtlinge, die einen Asylantrag gestellt haben und nach Ansicht der Behörden schnell wieder abgeschoben werden können.

→ Wenn Sie einen konkreten Zuweisungswunsch haben, wenden Sie sich an das Büro des Sozialdienstes in der ZAAB und geben Sie dabei möglichst gute Gründe an (z.B. enge Verwandte, die Pflege alter oder kranker Angehöriger, das Vorhandensein der Religionsgemeinde an einem

bestimmten Wohnort). Die Mitarbeiter/innen geben Ihren Wunsch an die Verwaltung der ZAAB Braunschweig weiter. Die entscheidet entscheiden auf der Grundlage der rechtlichen Bedingungen, der Art der Gründe und des Quotensystems.

→ Über Ihre Zuweisung erhalten Sie einen schriftlichen Bescheid. Dagegen können Sie vor dem Verwaltungsgericht klagen. Die Erfolgsaussichten sind jedoch in aller Regel gering. Eine Klage verhindert auch nicht, dass Sie erst einmal dort wohnen müssen, wo Sie zugewiesen sind.

Umziehen

Wenn Sie bereits eine Zuweisung in eine bestimmte Kommune haben, ist der Umzug in eine andere Stadt nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich (*Vorl. Nds. VV-AufenthG Punkt 61.1*). Hierfür müssen Sie einen schriftlichen „Umverteilungsantrag“ stellen. Bei Geduldeten richtet sich der Umverteilungsantrag an die Ausländerbehörde Ihrer Kommune, die die Möglichkeit eines Umzugs dann mit der Ausländerbehörde der Zielkommune klärt. Das gilt auch dann, wenn die Zielkommune in einem anderen Bundesland liegt.

Die Chancen auf „Umverteilung“ sind gering: Ein Recht darauf besteht - wie bei der Erstzuweisung - nur bei einer Familienzusammenführung zum/zur Ehepartner/in oder Kindern unter 18 Jahren. Härtefälle sollen beachtet und auch andere Wünsche können berücksichtigt werden. Das Umverteilungsverfahren, insbesondere, wenn es mehrere Bundesländer betrifft (zum Beispiel von Niedersachsen nach Nordrhein-Westfalen, Berlin oder Bayern), soll nach dem Willen der Innenminister nur als Ausnahme möglich sein (obwohl das nicht so im Gesetz steht). Der Umzug in ein anderes Bundesland ist also nur sehr schwer zu erreichen. Oft lehnen auch die Zielkommunen eine Aufnahme von Geduldeten ab, weil Sie die damit verbundenen Sozialhilfekosten nicht tragen wollen. Umzüge werden in der Regel nur dann von der Ausländerbehörde der aufnehmenden Stadt oder des Landkreises gestattet, wenn Ehegatten so gemeinsam untergebracht werden oder minderjährige Kinder zu ihren Eltern kommen können.

→ Geben Sie beim Umverteilungsantrag möglichst gute Gründe an (zum Beispiel das Vorhandensein eines auf Ihre Krankheit spezialisierten Arztes, die Pflege kranker Familienangehöriger, das Vorhandensein einer Religionsgemeinde am Zielort, Linderung von Isolation und psychischer Erkrankung durch einen Umzug zu Angehörigen ...) Krankheiten und Behandlungsmöglichkeiten durch den Umzug müssen Sie durch ein ärztliches Attest nachweisen.

→ Ihre Chancen auf Umzug steigen, wenn Sie in der Zielkommune die konkrete Aussicht auf Arbeit haben oder Ihr Lebensunterhalt dort auf andere Weise gesichert ist.

→ Gegen die Ablehnung eines Umverteilungsantrags können Sie vor dem Verwaltungsgericht klagen. Solche Klagen haben aber nur in wenigen Einzelfällen Aussicht auf Erfolg.

Wohnen

Die Kommune weist Ihnen Wohnraum zu. Von der Politik ist die Unterbringung im Wohnheim oder Sammellager, offiziell „Gemeinschaftsunterkunft“ genannt, die gewünschte Unterbringungsform. Im Einzelfall kann das aber auch anders sein: Wenn gute Gründe vorliegen, können Sie die Zuweisung einer Wohnung beantragen. Nicht alle Kommunen haben große Sammellager. Deshalb haben Sie unter Umständen auch Glück und bekommen gleich eine

Wohnung zugewiesen oder dürfen sich selbst eine Wohnung suchen und anmieten. Einen Anspruch darauf, eine eigene Wohnung zu beziehen, haben Sie aber im Regelfall nicht.

Das Leben im Sammellager kann sehr belastend sein.

- Wenn Sie oder Ihre Kinder unter der Situation im Wohnheim sehr leiden oder **krank** werden (z.B. Allergien entwickeln), können Sie versuchen, mit (fach-)ärztlichen Attesten nachzuweisen, dass Sie eine eigene Wohnung brauchen und beim Sozialamt einen Antrag darauf stellen.
- Wenn Sie Ihr **Einkommen** durch Arbeit selbst verdienen und selber Miete zahlen können, können Sie unter Umständen aus dem Wohnheim ausziehen. Wenn Sie weiter im Wohnheim leben, müssen Sie damit rechnen, dass Sie von Ihrem Arbeitslohn eine hohe Miete für den Wohnheimplatz zahlen müssen.
- Wenn Sie schon länger als vier Jahre Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten haben und unter **§ 2 AsylbLG** fallen (lesen Sie dazu den entsprechenden Abschnitt in *Kapitel 12.4*), sollten Sie ebenfalls die Erlaubnis für einen Umzug in eine Wohnung beantragen. Gegebenenfalls müssen Sie dafür vorher bei der Ausländerbehörde beantragen, dass eine entsprechende Auflage in Ihrer Duldung gestrichen wird (Die Auflage lautet zum Beispiel: „Der Inhaber ist verpflichtet, in der Gemeinschaftsunterkunft ... zu wohnen.“).
- Wenn ein Antrag auf eine Unterbringung in der Wohnung abgelehnt wird, können Sie gegen diese Entscheidung zunächst Widerspruch einlegen. Bleibt dieser erfolglos, besteht die Möglichkeit, bei dem Verwaltungsgericht dagegen zu klagen. Allerdings sind die Erfolgsaussichten gering, wenn Sie nicht tatsächlich in Ihrer Situation besondere Gründe (insbesondere psychische oder physische Beeinträchtigungen) vortragen können, die eine Unterbringung außerhalb einer Gemeinschaftsunterkunft erforderlich machen.

Residenzpflicht

Als Geduldete/r ist Ihr Aufenthaltsrecht in der Regel auf das Land Niedersachsen beschränkt, in manchen Fällen aber auch auf einen kleineren Bereich (*§ 61 Abs. 1 AufenthG; Vorl. Nds. VV-AufenthG Punkt 61.1*). Dies ist in Ihrer Duldung vermerkt: „*Nur gültig für das Land Niedersachsen.*“ Wenn Sie den Ihnen zugewiesenen Aufenthaltsbezirk verlassen wollen, brauchen Sie eine Genehmigung dafür, die Sie bei der Ausländerbehörde beantragen müssen. Für den Fall, dass Sie eine Duldung besitzen und bereits seit vier Jahren gestattet oder geduldet in Deutschland leben und zusätzlich bei Ihnen keine Vorrangprüfung mehr durch die Agentur für Arbeit auf dem Arbeitsmarkt durchgeführt wird, kann diese räumliche Beschränkung geändert oder aufgehoben werden. Sie können sich also auch außerhalb von Niedersachsen aufhalten und dort auch Arbeit suchen (*§ 61 Abs. 1 Satz 3 AufenthG*).

- Für Termine bei **Behörden und Gerichten** brauchen Sie keine Genehmigung. Wenn Sie noch in der ZAAB wohnen, müssen sie diese Termine aber vorher beim Bundesamt und der ZAAB anzeigen.
- Für Termine beim **Rechtsanwaltsbüro, beim Vormund, bei UNHCR oder anderen Flüchtlingshilfsorganisationen oder bei Gerichtsterminen** sollen die Behörden die Erlaubnis erteilen. Ein solcher Antrag darf also in der Regel nicht abgelehnt werden.

→ Ob die Behörde es Ihnen erlaubt, den Landkreis bzw. Niedersachsen für andere Aktivitäten zu verlassen, liegt in den meisten Fällen in ihrem Ermessen. Ein Rechtsanspruch darauf besteht nur, wenn hieran ein dringendes öffentliches Interesse besteht, zwingende Gründe es erfordern oder die Versagung der Erlaubnis eine unbillige Härte bedeuten würde. Erfahrungsgemäß ist es kein Problem, eine Erlaubnis zu bekommen für **Familienangelegenheiten** (Krankenbesuch, Hochzeit, Sterbefall etc.) oder wichtige Arztbesuche. Bei **religiösen Festen** verweigern allerdings manche Behörden die Erlaubnis. Für die Teilnahme an Demonstrationen soll nach den verfassungsrechtlich fragwürdigen Vorgaben des niedersächsischen Innenministeriums die Reiseerlaubnis sogar generell verweigert werden.

→ Sie sollten gegen die Ablehnung einer Reiseerlaubnis zur Teilnahme an einer Demonstration Widerspruch einlegen und notfalls klagen. Es ist nicht hinnehmbar, dass durch eine Verwaltungsvorschrift Grundrechte ausgehebelt werden.

→ Aus anderen Gründen, zum Beispiel, um eine **Arbeit** in einem anderen Landkreis auszuüben, kann die Ausländerbehörde den Aufenthalt in dem anderen Landkreis auch **generell erlauben**. Das wird dann in die Duldung eingetragen.

Für die Ausstellung einer Erlaubnis zum Verlassen des Landes bzw. des Landkreises verlangen manche Ausländerbehörden eine Gebühr von bis zu 30 Euro.

→ Legen Sie der Ausländerbehörde in diesem Fall eine Bescheinigung über Ihr Einkommen oder ihren Sozialleistungsbezug vor und beantragen Sie, dass Ihnen die Gebühr erlassen wird.

Wenn Sie Ihren Aufenthaltsbezirk **ohne Erlaubnis** verlassen, droht Ihnen eine Geldstrafe („Bußgeld“) (§ 98 Abs. 3 *AufenthG*). Wenn Sie mehrmals dabei erwischt werden, sogar eine Gefängnisstrafe (§ 95 Abs. 1 Nr. 7 *AufenthG*). Noch wichtiger ist: Unter Umständen führt eine höhere Geld- oder Gefängnisstrafe dazu, dass Sie Ihre späteren Chancen auf ein humanitäres Aufenthaltsrecht verspielen. Nehmen Sie deshalb eine Strafe wegen Residenzpflichtverletzung nicht auf die leichte Schulter.

→ Zu einem Bußgeldbescheid kann man schriftlich Stellung nehmen. Vielleicht war das Bußgeld gar nicht gerechtfertigt, weil Sie einen Gerichtstermin hatten. Oder Sie hatten schon einen BAMF-Bescheid erhalten und Ihre Aufenthaltsgestattung war dadurch zum Zeitpunkt der „Tat“ bereits ungültig. Oder es handelte sich um einen medizinischen Notfall. Schreiben Sie Ihre Gründe auf und fügen Sie Belege bei (Terminbestätigung, BAMF-Bescheid, ärztliche Bescheinigung). Unter Umständen wird dann auf das Bußgeld verzichtet und das Verfahren eingestellt. Auch wenn es zum Gerichtsverfahren gegen Sie kommt, müssen Sie aufpassen: Wenn der Richter oder die Richterin mehrere kleine Strafen zu einer insgesamt niedrigere Gesamtstrafe zusammenzieht, ist das eigentlich als Abmilderung gedacht. Eine hohe Gesamtstrafe kann sich aber letztendlich schädlicher auf ein künftiges Aufenthaltsrecht auswirken als mehrere kleinere. Lassen Sie sich im Ernstfall noch einmal beraten und gehen Sie, wenn nötig, mit einem Rechtsanwalt oder einer Rechtsanwältin gegen eine Strafe wegen Residenzpflichtverletzung vor! Das geht in manchen Fällen auch im Nachhinein, also wenn das Bußgeldverfahren schon abgeschlossen ist. Der Flüchtlingsrat Niedersachsen kann Ihnen spezialisierte Rechtsanwälte nennen, die sich mit Residenzpflicht-Strafen gut auskennen.

Ausreisezentren

Als Abschreckungsmaßnahme und Strafe für eine mangelnde Kooperation bei der Abschiebung unterhält das Land Niedersachsen seit Jahren so genannte „Ausreisezentren“ in Braunschweig und Oldenburg. Bei diesen Zentren, die eigentlich Abschiebungslager sind, handelt es sich um Lagerkomplexe innerhalb der ZAAB in Braunschweig und Oldenburg mit jeweils 50 Plätzen. Die „Ausreisezentren“ haben Ähnlichkeiten mit dem Lager in Bramsche, in dem Flüchtlinge ebenfalls weitgehend isoliert und zur „freiwilligen“ Ausreise genötigt werden. Während in Bramsche jedoch Flüchtlinge leben, die nach wenigen Wochen im Erstaufnahmelager direkt dorthin verteilt wurden und sich teilweise noch im Asylverfahren befinden, betrifft die Einweisung ins Ausreisezentrum Flüchtlinge, die bereits in einer dezentralen Unterkunft oder Wohnung gewohnt haben und sich teilweise schon jahrelang in Deutschland aufhalten. Die Ausländerbehörden werfen ihnen vor, dass sie ihre Abschiebung durch falsche oder unzureichende Angaben verhindern. Um ihren Widerstand zu brechen, sollen sie durch regelmäßige Verhöre, persönliche Arbeitsverbote und Leistungskürzungen unter Druck gesetzt und davon überzeugt werden, dass sie in Deutschland keine Chance auf ein „normales“ Leben haben. Das Innenministerium erhofft sich davon, dass die betroffenen Flüchtlinge resignieren und ihre Ausreise vorbereiten.

→ Gegen die Einweisung in das Ausreisezentrum können Sie vor Gericht Klage einlegen. Dies sollten Sie unbedingt mit einem Anwalt oder einer Anwältin tun. Da die Klage in der Regel keine aufschiebende Wirkung hat, müssen Sie zusätzlich einen vorläufigen Rechtsschutzantrag stellen.

→ Auch nach einer Einweisung ins Lager können Sie gerichtlich dagegen vorgehen. Erfahrungsgemäß heben die Verwaltungsgerichte die Entscheidung, Sie ins Lager einzuweisen, zumindest dann auf, wenn sich herausgestellt hat, dass die Behörden auch über Monate oder Jahre nicht zu neuen Erkenntnissen gelangt sind und in absehbarer Zeit wohl auch nicht gelangen werden. Unterstützung für Verfahren zur Entlassung aus einem Ausreisezentrum erhalten Sie unter anderem beim Flüchtlingsrat Niedersachsen.

14.3 Arbeit und Ausbildung

Im ersten Jahr in Deutschland ist das Arbeiten für Flüchtlinge mit Duldung ganz verboten. Danach können Sie für eine Berufsausbildung eine Arbeitserlaubnis ohne Arbeitsmarktprüfung erhalten (§ 10 Abs. 2 Nr. 1 BeschVerfV). Ansonsten können Sie - falls Sie bislang kürzer als vier Jahre in Deutschland leben - nur eine „nachrangige“ Arbeitserlaubnis bei der Ausländerbehörde beantragen (§ 10 Abs. 1 BeschVerfV). Diese Arbeitserlaubnis gilt nur für eine ganz bestimmte Tätigkeit in einem bestimmten Betrieb. Sie müssen sich also vorher darum bemühen, einen Arbeitsplatz zu finden, und können dann erst den Antrag auf Arbeitserlaubnis dafür stellen. Die Erlaubnis wird aber nur dann erteilt, wenn für diesen Arbeitsplatz kein/e bevorrechtigte/r Arbeitnehmer/in (das sind zum Beispiel Deutsche, EU-Bürger/innen oder anerkannte Flüchtlinge) zur Verfügung stehen und Sie nicht zu schlechteren Arbeitsbedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer/innen beschäftigt werden.

Manchmal steht in der Duldung der Vermerk: „Erwerbstätigkeit nicht gestattet.“ Das muss nicht heißen, dass Arbeit generell verboten ist. In den meisten Fällen kann trotzdem ein Antrag auf eine nachrangige Arbeitserlaubnis gestellt werden. Nur in bestimmten Fällen verhängen die Behörden auch nach einem Jahr noch ein persönliches Arbeitsverbot (lesen Sie dazu den Punkt „Arbeitsverbot“ weiter unten).

Dies sind die Schritte zur nachrangigen Arbeitserlaubnis:

- Besorgen Sie sich bei der Ausländerbehörde die Formulare „Antrag auf Erlaubnis einer Beschäftigung, die der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit bedarf“ sowie „Stellenbeschreibung“.
- Suchen Sie sich eine Arbeitsstelle.
- Der/die Arbeitgeber/in muss die „Stellenbeschreibung“ ausfüllen und unterschreiben. Er sollte sich damit einverstanden erklären, dass sein Stellenangebot von der Agentur für Arbeit für veröffentlicht wird. Berücksichtigen Sie bei dem Termin für den Arbeitsbeginn, dass das Antragsverfahren einige Wochen dauert.
- Machen Sie sich Kopien für Ihre Unterlagen und geben die Formulare bei der Ausländerbehörde ab. Nehmen Sie dazu auch Ihren Ausweis mit.
- Nun müssen Sie bis zu acht Wochen warten. Die Arbeitsagentur sucht bevorrechtigte Personen für den Arbeitsplatz. Erst wenn die Behörden meinen, dass der Arbeitsplatz nicht an einen bevorrechtigten Arbeitnehmer vermittelt werden kann, erhalten Sie die Arbeitserlaubnis.

Die nachrangige Arbeitserlaubnis ist befristet und kann nach Fristablauf verlängert werden. Beantragen Sie eine Verlängerung also rechtzeitig! Haben Sie länger als zwölf Monate dieselbe Arbeitsstelle, dann kann die Erlaubnis verlängert werden, ohne dass die Ausländerbehörde wieder prüft, ob es bevorrechtigte Arbeitnehmer/innen gibt (§ 6 *BeschVerfV*).

Arbeitserlaubnis ohne Vorrangprüfung

In besonderen Fällen kann eine Arbeitserlaubnis erteilt werden, ohne dass die Arbeitsagentur prüft, ob es bevorrechtigte Arbeitnehmer/innen gibt. Dabei bleibt die Arbeitsgenehmigung aber an die beantragte Tätigkeit und den/die Arbeitgeber/in gebunden. Auf die Vorrangprüfung wird verzichtet, wenn

- Sie im Betrieb Ihres / Ihrer Ehepartner/in, unverheirateten Lebenspartner/in oder sonstigen Verwandten ersten Grades arbeiten wollen und mit diesen zusammen in einem Haushalt leben (§ 3 *BeschVerfV*);
- ein Härtefall vorliegt (Härtefallarbeitsgenehmigung, § 7 *BeschVerfV*).

Ob eine Härtefallarbeitsgenehmigung erteilt wird, hängt von den besonderen Umständen des Einzelfalls ab. Ein Härtefall kann zum Beispiel festgestellt werden, wenn eine Person nur eingeschränkt arbeiten kann, wenn wegen einer Behinderung die Chancen auf einen Arbeitsplatz ohnehin bereits eingeschränkt sind oder wenn trotz des ungesicherten Aufenthaltsstatus ausnahmsweise bereits feststeht, dass der Antragsteller (zum Beispiel wegen eines deutschen Ehepartners) voraussichtlich auf Dauer in Deutschland bleiben wird. Traumatisierten Personen wird die Arbeitserlaubnis ohne Vorrangprüfung erteilt, wenn die Beschäftigung von dem behandelnden Arzt/Psychotherapeuten als wichtiger Teil der Therapie bezeichnet wird.

→ Prüfen Sie, ob in Ihrem Fall konkrete Gründe für eine Härtefallarbeitsgenehmigung vorliegen. Versuchen Sie gegebenenfalls mit Hilfe einer Beratungsstelle, den Anspruch auf eine Härtefallarbeitsgenehmigung durchzusetzen.

Unbeschränkte Arbeitserlaubnis ohne Vorrangprüfung und ohne Lohnprüfung

Wenn Sie bereits seit vier Jahren oder länger mit einer Duldung, einer Aufenthaltsgestattung oder Aufenthaltserlaubnis in Deutschland leben (die Zeiten mit verschiedenen Papieren werden

zusammengerechnet), haben Sie Anspruch auf eine unbeschränkte Arbeitserlaubnis (§ 10 Abs. 2 Nr. 2 BeschVerfV) - es sei denn, Sie unterliegen einem Arbeitsverbot (s.u.). Falls die Ausländerbehörde Ihnen nach vierjährigem Aufenthalt nicht automatisch diese unbeschränkte Zustimmung zur Beschäftigung in Ihre Duldung stempelt, sollten Sie diese dort beantragen. Nach den Durchführungsanweisungen der Bundesagentur für Arbeit muss die Agentur für Arbeit zwar weiterhin meistens beteiligt werden. Sie muss aber einer unbeschränkten Arbeitserlaubnis zustimmen, wenn Sie vier Jahre hier leben. Falls die Arbeitserlaubnis dennoch nicht erteilt wird sollten Sie

- Widerspruch bei der Ausländerbehörde innerhalb von vier Wochen einlegen, wenn Ihr Antrag nur mündlich abgelehnt worden ist, haben Sie sogar ein Jahr Zeit.
- Gleichzeitig einen Eilantrag beim Verwaltungsgericht einreichen, da sonst Ihre freie Stelle an andere Personen vergeben würde.
- Sich von einer guten Beratungsstelle oder einem guten Rechtsanwalt beraten lassen.

Die unbeschränkte Arbeitserlaubnis darf nicht auf einen bestimmten Betrieb, eine bestimmte Tätigkeit oder einen bestimmten Arbeitszeitumfang beschränkt werden (§ 10 Abs. 2 Satz 2 in Verbindung mit § 13 BeschVerfV). Das bedeutet, Sie können nun jederzeit und ohne einen neuen Antrag stellen zu müssen, Ihre Arbeit wechseln.

Falls Sie eine Arbeitserlaubnis ohne Vorrangprüfung erhalten können, kann die Ausländerbehörde von der Residenzpflicht, die normalerweise auf das Bundesland Niedersachsen beschränkt werden muss, abweichen: Sie dürfen auch in einem anderen Bundesland oder in einem anderen Landkreis arbeiten, bzw. sich dort Arbeit suchen (§ 61 Abs. 1 Satz 1 AufenthG). Allerdings dürfen Sie dort nicht ohne weiteres wohnen.

Ausbildung

Um mit Duldung eine betriebliche Ausbildung beginnen zu können, brauchen Sie eine Arbeitsgenehmigung. Dafür gelten im Prinzip dieselben Regelungen wie bei der Aufnahme einer Arbeit. Allerdings können Sie seit Januar 2009 die Ausbildungserlaubnis ohne Vorrang- und Lohnprüfung bereits nach dem ersten Jahr des Aufenthalts und nicht erst nach dem vierten Jahr erhalten. Nichtbetriebliche, das heißt schulische Ausbildungen können Sie sowieso ohne Arbeitserlaubnis absolvieren. Fach- und Berufsfachschulen vermitteln in Vollzeitunterricht die für den Beruf erforderlichen Kenntnisse. Schulische Ausbildungen werden u.a. in folgenden Bereichen angeboten:

- Fremdsprachen
- Gestaltung
- Informationstechnik
- Sozial- und Gesundheitswesen
- Technik
- Wirtschaft

Eine berufliche Vorbildung ist für den Besuch einer Berufsfachschule nicht erforderlich, zum Teil werden jedoch Praktika in den jeweiligen Tätigkeitsfeldern erwartet. Mindestens ein Hauptschulabschluss ist erforderlich, meistens sogar ein Realschulabschluss. Oft gibt es mehr Bewerber/innen als Ausbildungsplätze und es kommt zu einem Auswahlverfahren. Auswahlkriterien können bestimmte Schulnoten, der Notendurchschnitt oder auch die Art der

schulischen Vorbildung und die Wartezeit sein. Auch Eignungsprüfungen und Vorstellungsgespräche sind üblich. Schulische Ausbildungen kosten oft Gebühren. Ausbildungsstellen ohne Gebühren gibt es zum Beispiel für Erzieher/innen, Heilerziehungspfleger/innen oder Hebammen, Medizinisch-technische/r Assistenten/innen.

→ Erkundigen Sie sich bei der für Sie zuständigen Arbeitsagentur nach kostenlosen schulischen Ausbildungsangeboten oder schauen Sie im Internet nach unter <http://infobub.arbeitsagentur.de/kurs/index.jsp>.

Seit dem 1. Januar 2009 haben Sie auch einen Anspruch auf **Berufsausbildungsbeihilfe (BAB)**, die die Arbeitsagentur in bestimmten Fällen zusätzlich zum Azubi-Gehalt zahlt, wenn Sie sich bereits seit vier Jahren in Deutschland aufhalten. Die Zeiten, in denen Sie eine Aufenthaltsgestattung oder eine Aufenthaltserlaubnis besessen haben, zählen dabei mit (§§ 63 Abs. 2a SGB III).

Arbeitsgelegenheiten

Nach § 5 *AsylbLG* können Sie verpflichtet werden, „gemeinnützige Arbeit“ zu leisten. Oft sind dies Putz- oder Aufräumarbeiten im Wohnheim, aber auch andere Arbeiten sind möglich, zum Beispiel Laubharken im städtischen Park. Für diese Arbeit erhalten Sie zusätzlich zu Ihren Sozialleistungen 1,05 Euro pro Stunde. Regulär angestellt werden Sie allerdings nicht. Wenn Sie sich weigern, die angebotene Arbeit auszuführen, oder ohne Entschuldigung fehlen, kann das Sozialamt Ihre Sozialleistungen kürzen. Gekürzt werden darf im Regelfall nur ein Teil des Barbetrags der Person, die die Arbeit verweigert. Die Sozialleistungen für Kinder dürfen also wegen verweigerter gemeinnütziger Arbeit nicht gekürzt werden.

→ Wenn es wichtige Gründe dafür gibt, dass Sie eine gemeinnützige Arbeit nicht ausführen können oder wollen (z.B. Krankheit, fehlende gesundheitliche Eignung für die konkrete Tätigkeit, fehlende Betreuungsmöglichkeit für die Kinder oder anderes), teilen Sie das dem Sozialamt so schnell wie möglich mit. Wenn Sie krank sind, sollten Sie ein Attest vorlegen, aus dem Ihre Arbeitsunfähigkeit hervorgeht. Wenn Ihre Sozialleistungen gekürzt wurden, muss die Kürzung wieder aufgehoben werden, sobald Sie ihre Arbeitsbereitschaft zeigen. Sollten Ihre Sozialleistungen zu Unrecht oder zu stark gekürzt werden oder auch andere Familienangehörige betreffen, wenden Sie sich an einen Rechtsanwalt, eine Rechtsanwältin oder eine Beratungsstelle.

→ Das Sozialamt muss Ihnen mit der Zuweisung der Arbeitsstelle schriftlich Informationen über den Arbeitsort, die Arbeitszeiten sowie eine Beschreibung der konkreten Tätigkeit mitteilen.

→ Die Tätigkeit muss „gemeinnützig“ und „zusätzlich“ sein. Durch die Tätigkeit dürfen also keine regulären Arbeitskräfte eingespart werden, und sie darf nicht dem Profit einer privaten Person oder Firma dienen.

→ Wenn Sie Leistungen nach § 2 *AsylbLG* erhalten, ist die Möglichkeit der „gemeinnützigen Arbeit“ gesetzlich nicht eindeutig geregelt. Manche Sozialämter bieten auch in diesen Fällen „gemeinnützige Arbeit“ an.

Arbeitsverbot

Eine Arbeitsaufnahme kann Geduldeten auch ganz verweigert werden (§ 11 BeschVerfV). Zwei Begründungen werden von den Ausländerbehörden zur Rechtfertigung eines allgemeinen Arbeitsverbots genannt:

1. Die Ausländerbehörde behauptet, Sie seien nach Deutschland geflohen, um Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu beziehen. Diese Begründung ist oft falsch: Selbst wenn auch materielle Not ein Motiv für die Einreise war, so darf das Arbeitsverbot nur ausgesprochen werden, wenn der Bezug von sozialen Leistungen entscheidend für die Einreise nach Deutschland war. Haben andere Gründe (zum Beispiel die Flucht vor dem Krieg) eine wesentliche Rolle gespielt, darf mit dieser Begründung kein Arbeitsverbot verhängt werden. Wenn Sie vor Ihrer Duldung einen Asylantrag gestellt haben, kann dieser Fall in der Regel auf Sie nicht zutreffen. Denn dann haben Sie ja im Asylverfahren schon deutlich gemacht, dass Sie hier Schutz suchen und aus welchen Gründen.
2. Die Ausländerbehörde behauptet, Sie würden durch Ihr Verhalten eine Abschiebung verhindern. Dies geschieht zum Beispiel, wenn Sie sich weigern, ein Formblatt zur Beantragung eines Passes auszufüllen, wenn Sie die Botschaft Ihres Herkunftsstaates nicht besuchen wollen oder falsche Angaben zu Ihrer Identität machen. Die Ausländerbehörde muss Ihnen mitgeteilt haben, welche konkreten Handlungen sie von Ihnen erwartet. Diese Mitwirkungshandlungen müssen verhältnismäßig und zumutbar sein.

Ein Arbeitsverbot ist nur solange zulässig, wie Ihr Verhalten eine Abschiebung verhindert. Es spielt also keine Rolle, ob Sie früher einmal die Abschiebung verhindert haben, entscheidend ist die aktuelle Situation. Auch muss die Abschiebung allein an Ihrem Verhalten scheitern. Wenn auch aus anderen Gründen eine Abschiebung nicht möglich ist, zum Beispiel weil der Herkunftsstaat grundsätzlich keine Heimreisedokumente ausstellt, weil dies wegen des Schutzes von Ehe und Familie nach der deutschen Verfassung gar nicht erlaubt wäre oder weil Sie wegen einer schweren Krankheit im Moment nicht abgeschoben werden können, darf kein generelles Arbeitsverbot erteilt werden. Rechtswidrig ist das Arbeitsverbot auch dann, wenn Sie sich weigern, in Ihr Herkunftsland „freiwillig“ auszureisen, ansonsten aber Ihre Pflichten erfüllen.

→ Wenn die Ausländerbehörde Ihnen eine Arbeitserlaubnis verweigert, bestehen Sie auf einer schriftlichen Begründung. Wenn Ihnen mit einer der obigen Begründungen ein generelles Arbeitsverbot erteilt wurde, wenden Sie sich an Ihren Rechtsanwalt oder Ihre Anwältin oder eine Beratungsstelle, um zu klären, ob das Arbeitsverbot rechtmäßig ist, und gegebenenfalls weitere Schritte zu unternehmen.

14.4 Soziale Sicherung

Ihre Rechte auf soziale und medizinische Versorgung sind im Asylbewerberleistungsgesetz geregelt. Danach erhalten Sie, mindestens für die ersten vier Jahre, sehr viel geringere Sozialleistungen als die meisten Deutschen und selbst diese geringen Leistungen erhalten Sie vorwiegend als „Sachleistungen“, in der Regel in Gutscheinen. Welche Leistungen Sie genau erhalten, hängt davon ab, ob Sie unter

- §§ 3-7 AsylbLG
- § 2 AsylbLG
- oder unter § 1a AsylbLG fallen.

Etwas anderes gilt, wenn Sie sozialversicherungspflichtig gearbeitet haben und arbeitslos sind. Dann bekommen Sie unter bestimmten Bedingungen für eine kurze Zeit Arbeitslosengeld I.

Einen darauf folgenden Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben Sie nicht (§ 7 SGB II).

Die vier Möglichkeiten werden im Folgenden erklärt.

Absicherung bei Arbeitslosigkeit (ALG I)

Wenn Sie Ihre Arbeit verloren haben, haben Sie unter Umständen einen Anspruch auf Arbeitslosengeld I (ALG I) erworben. Das gilt, wenn Sie

- innerhalb der letzten zwei Jahre mindestens zwölf Monate sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren,
- sich darum bemühen, wieder Arbeit zu erhalten,
- den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung stehen.

→ Um ALG I zu erhalten, müssen Sie sich bei der Arbeitsagentur Arbeit suchend melden. Dafür haben Sie, wenn Sie von Ihrer Kündigung bzw. dem Ende Ihrer Arbeitsverhältnisses erfahren, nur drei Tage Zeit (§ 122 SGB III). Melden Sie sich später, müssen Sie damit rechnen, dass Ihnen die Leistungen für die ersten sieben Tage gestrichen werden (§ 128 Nr. 3 SGB III). ALG I wird nicht rückwirkend gezahlt, sondern frühestens ab dem Tag Ihrer Meldung als Arbeit suchend.

Das ALG I beträgt 67% Ihres Nettolohns, wenn Sie Kinder haben, und 60% ohne Kinder. Die Dauer des ALG I beträgt zwischen sechs und zwölf Monaten und ist davon abhängig, wie lange Sie innerhalb der letzten zwei Jahre gearbeitet haben (§ 127 SGB III). Personen ab 50 Jahre können künftig bis zu bis zu 15 Monate, Personen ab 55 Jahre bis zu 18 Monate und Personen ab 58 Jahre bis zu 24 Monate lang ALG I erhalten, wenn Sie Beschäftigungszeiten bis zu vier Jahren vorweisen können. Liegt Ihr Anspruch auf ALG I niedriger als ihre Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, wären, wird dies ergänzend gezahlt.

Nach Ablauf der Bezugszeit von ALG I erhalten Sie nicht, wie die meisten anderen Arbeitslosen, ALG II, sondern nur Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

→ Um (nach dem Ende von ALG I oder währenddessen) Sozialleistungen nach AsylbLG zu erhalten, müssen Sie rechtzeitig einen Antrag beim Sozialamt stellen.

Sozialleistungen nach §§ 3-7 AsylbLG

Im Normalfall erhalten Sie mindestens für vier Jahre die Grundleistungen nach §§ 3-7 AsylbLG. Danach erhalten Sie in Niedersachsen

- eine Unterkunft,
- Gutscheine für Lebensmittel, Kleidung, Hygieneartikel und alles sonst Notwendige insgesamt in folgender Höhe: 184,07 Euro monatlich für Alleinstehende bzw. den Haushaltsvorstand; 158,50 Euro für Haushaltsangehörige ab 7 Jahren, 112,48 Euro für Kinder bis 6 Jahren, im Wohnheim werden hiervon Beträge zwischen 20 und 35 Euro für Haushaltswaren (zum Beispiel Glühbirnen, Besen, Staubsauger) und Energiekosten abgezogen,

- einen zusätzlichen Bargeldbetrag von 40,90 Euro/Monat (für Personen ab 14 Jahre) und 20,45 Euro (für Kinder bis 13 Jahre).

Diese Leistungen teilen sich in Niedersachsen wie folgt auf:

	Einzelpersonen/ Haushalts- vorstand	Haushalts- angehörige ab 14 Jahren	Haushalts- angehörige 7-13 Jahre	Haushalts- angehörige 0- 6 Jahre
Ernährung	125,27 €	104,81 €	104,81 €	71,58 €
Hygiene	10,23 €	7,67 €	7,67 €	5,11 €
Bekleidung	15,34 €	15,34 €	15,34 €	15,34 €
Gebrauchs- und Verbrauchsgüter des Haushaltes:	33,23 €	30,68 €	30,68 €	20,45 €
<i>davon</i> Haushaltsenergie	25,56 €	20,45 €	20,45 €	12,78 €
Grundbetraginsgesamt	184,07 €	158,50 €	158,50 €	112,48 €
+ Barbetrag („Taschengeld“)	40,90 €	40,90 €	20,45 €	20,45 €
Leistung insgesamt:	224,97 €	199,40 €	178,95 €	132,93 €

Ernährung

Eine gesunde Ernährung muss Ihnen möglich sein. Auch sollen religiöse und durch Schwangerschaft oder Krankheit bedingte besondere Ernährungsgewohnheiten bei der Versorgung beachtet werden. Wenn Ihnen das nicht möglich ist, stellen Sie einen schriftlichen „Antrag auf besondere Ernährung nach § 6 AsylbLG“ bei Ihrem Sozialamt. Begründen Sie Ihren Antrag (z.B. Schwangerschaft, Diabetes, Neurodermitis usw.).

Bekleidungsgeld

Das monatliche Bekleidungsgeld in Höhe von 15,34 € wird von den Sozialämtern meist halbjährlich in Form von Gutscheinen ausgegeben. Das Bekleidungsgeld steht Ihnen in jedem Fall zu, auch wenn Sie noch genügend Kleidung haben.

Ge- und Verbrauchsgüter des Haushaltes

Der Betrag für Ge- und Verbrauchsgüter des Haushaltes kann Ihnen von Ihren Leistungen abgezogen werden, wenn Sie in einer Gemeinschaftsunterkunft leben. Das geht allerdings nur, wenn das Wohnheim Ihnen kostenlos u.a. folgende Dinge zur Verfügung stellt: Möbel (Bett, Stuhl, Tisch, Schrank usw.), Bettdecke und Bettwäsche, Handtücher, Küchenausstattung (Herd, Kochtöpfe, Geschirr usw.), Waschmaschine und Waschmittel, WC-Papier, Putz- und Reinigungsmittel, Heizung, Haushaltsenergie (Warmwasser, Kochen, Strom).

→ Im Wohnheim sind viele Dinge oft nicht vorhanden oder defekte Gegenstände werden nicht ersetzt. Verlangen Sie die Bereitstellung der Dinge, die Sie brauchen, und beschweren Sie sich, wenn nötig, beim Sozialamt. Manchmal ist es sinnvoll, einen schriftlichen Antrag zu verfassen. Wenn das nicht hilft, können Sie einen schriftlichen „Widerspruch“ an das Sozialamt schreiben. Dabei kann Sie eine Beratungsstelle unterstützen.

Wenn Sie in einer Wohnung wohnen, müssen Sie Strom und Gas, Putz- und Reinigungsmittel in der Regel selbst bezahlen. Dann sind Kürzungen bei den Ge- und Verbrauchsgütern unzulässig.

Gutscheinpraxis

In Niedersachsen erhalten Sie Leistungen für Lebensmittel und andere Dinge des täglichen Bedarfs in Form von Gutscheinen ausgezahlt. Damit sind Sie in Ihrem Alltag stark eingeschränkt. Politische Proteste und Aktionen dagegen haben in anderen Bundesländern dazu geführt, dass Bargeld ausgezahlt wird. Die Niedersächsische Landesregierung bleibt in diesem Punkt aber hart und verlangt von den Kommunen, kein Bargeld zu gewähren. In manchen Bundesländern ist es auch noch schlimmer, dort erhalten Flüchtlinge Essen und Hygieneartikel in Paketen zugeteilt.

→ In vielen Kommunen Niedersachsens gibt es politische Initiativen, die zumindest einen kleinen Teil Ihrer Gutscheine in Bargeld umtauschen und selber damit einkaufen gehen. Erkundigen Sie sich beim Flüchtlingsrat Niedersachsen, ob es einen Umtausch in Ihrer Stadt gibt.

→ Sie haben nur eine sehr geringe Chance, beim Sozialamt Bargeld für sich durchzusetzen. Das wäre zum Beispiel denkbar, wenn Sie gehbehindert oder krank sind und der Weg zum nächsten Laden, der Gutscheine akzeptiert, zu weit weg ist.

→ Wenn Sie sich mit den Gutscheinen diskriminiert fühlen oder in bestimmten Geschäften unfair behandelt werden (zum Beispiel gar kein Wechselgeld erhalten, was illegal wäre!), können Sie das auch öffentlich machen. Gehen Sie zur örtlichen Presse und besuchen Sie die Parteien. Schreiben Sie an das Niedersächsische Innenministerium und schildern Sie Ihre Erfahrungen. Schließen Sie sich einer Initiative an oder gründen Sie mit anderen Flüchtlingen und Unterstützern eine Initiative, um gegen die Gutscheine zu kämpfen. Sprechen Sie die örtliche Presse an und versuchen Sie so, unfaire Geschäfte zu einer anderen Praxis zu bewegen.

Höhere Leistungen nach § 2 AsylbLG - keine Gutscheine mehr

Wenn Sie vier Jahre Leistungen nach dem AsylbLG bezogen haben, werden Ihre Leistungen nach § 2 *AsylbLG* möglicherweise auf das Niveau der Sozialhilfe für Deutsche erhöht. Für die Vierjahresfrist zählen nur die Zeiten der tatsächlichen Inanspruchnahme von AsylbLG-Hilfe, egal ob mit Aufenthaltsgestattung oder Duldung.

Für die Vierjahresfrist zählen die Zeiten, in denen Sie tatsächlich Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Anspruch genommen haben. Wenn Sie sich also zum Beispiel ein Jahr lang durch Arbeit selbst finanzieren, zählt dieses Jahr nicht mit, und die Bezugszeit verlängert sich um ein Jahr.

Ob für die Berechnung der Bezugszeiten andere Sozialleistungen angerechnet werden (Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe), ist umstritten. Nach Ansicht des niedersächsischen Innenministeriums zählen diese Zeiten für die Vierjahresfrist nicht mit (*Erlass vom 4.9.2007*). Auch das Bundessozialgericht hat im Jahr 2008 entschieden, dass zumindest Leistungen nach § 2 *AsylbLG* nicht auf die Vierjahresfrist angerechnet werden. Wenn bei Ihnen für die Berechnung der Vierjahresfrist der Bezug anderer Sozialleistungen nach Ansicht des Sozialamtes nicht angerechnet werden soll, wenden Sie sich bitte an eine Beratungsstelle.

Für geduldete Flüchtlinge gibt es außerdem eine entscheidende Bedingung: Nur wer die Dauer seines Aufenthalts nicht „rechtsmissbräuchlich“ selbst beeinflusst hat, kann Leistungen nach § 2 AsylbLG erhalten. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn Sie durch falsche Namens- oder Herkunftsangaben oder die Weigerung, bei der Passbeschaffung mitzuwirken, eine ansonsten mögliche Abschiebung verhindert haben. Allein die Tatsache, dass Sie nicht freiwillig ausreisen, reicht in der Regel nicht aus, um Ihnen Leistungen nach § 2 AsylbLG zu verweigern - insbesondere dann nicht, wenn Ihnen eine Ausreise nicht zuzumuten wäre. Die Frage, ob Sie selbst Ihren Aufenthalt vorsätzlich verlängert haben ist, muss vom Sozialamt geprüft werden. Das Sozialamt darf sich dabei nicht einfach auf die Einschätzung der Ausländerbehörde berufen, sondern muss selbst alle Argumente abwägen.

Die höheren Leistungen werden oft zu Unrecht verweigert! Sollte das Sozialamt Ihnen nach vierjährigem Leistungsbezug weiterhin nur Gutscheine nach § 3 AsylbLG gewähren, holen Sie sich rechtliche Hilfe! Legen Sie Widerspruch gegen Ihren Bescheid ein und wenden Sie sich gegebenenfalls auch mit einer Klage und einem Eilantrag an das Sozialgericht.

→ Sie können auch versuchen, zu Unrecht verweigte Leistungen nach § 2 AsylbLG lange Zeit später nachzufordern (§ 44 SGB X). Denn eigentlich muss das Sozialamt automatisch die höheren Leistungen gewähren, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind.

Die Leistungen nach § 2 AsylbLG orientieren sich an der „Sozialhilfe“ nach dem Zwölften Sozialgesetzbuch (SGB XII). In Niedersachsen gelten seit Juli 2008 folgende Leistungen nach § 2 AsylbLG:

Regelsatz (Seit Juli 08)	Alleinstehende/ Alleinerziehende	Volljährige Partner	Haushaltsangehörige 0 bis 13 Jahre	Haushaltsangehörige ab 14 Jahre
in %	100 %	90 %	60 %	80 %
in €	351 €	316 €	211 €	281 €

Zusätzlich übernimmt das Sozialamt die Kosten für Unterkunft und Heizung: Bezahlt wird die „angemessene“ Miete für eine Wohnung, jedoch nicht die Kosten für Haushaltsenergie (Strom für Licht, Warmwasser, Kochen).

- Erkundigen Sie sich bei einer Beratungsstelle oder beim Mieterverein, bis zu welcher Höhe das Sozialamt die Miete für eine Wohnung für Sie (und Ihre Familie) übernehmen muss.

Wenn Sie weiterhin in einer Gemeinschaftsunterkunft leben, werden die Regelsätze wegen der dort kostenlos bereitgestellten Ge- und Verbrauchsgüter des Haushalts oder auch Hygieneartikeln um die entsprechenden Teilbeträge gekürzt (s. *Tabelle* oben).

In bestimmten Lebenslagen erhöhen sich die Regelsätze um einen **Mehrbedarfszuschlag**:

- bei Alleinerziehenden mit einem oder mehreren Kindern,

- bei Schwangeren ab der 13. Woche,
- bei Kranken, die sich in besonderer Weise kostenaufwändig ernähren müssen (z.B. Krebserkrankung, HIV, schwere chronische Magen- oder Darmerkrankung; Leber- oder Nierenerkrankung),
- bei dauerhaft erwerbsunfähigen, anerkannten Schwerbehinderten mit Ausweis G).

Zusätzlich kann man auf Antrag einmalige Beihilfen erhalten, so für Erstaussstattungen bei Schwangerschaft und Geburt (Kleidung, Kinderwagen, Kinderbett usw.), Erstaussstattungen an Möbeln und Hausrat (wenn erstmals eine Wohnung bezogen wird, bzw. die beantragten Gegenstände bisher nicht vorhanden waren), sowie für mehrtägige Klassenfahrten der Schule.

Anstelle der bisher vom Sozialamt gewährten Krankenscheine erhalten Sie auf Kosten des Sozialamts eine Krankenversichertenkarte (Chipkarte) von einer gesetzlichen Krankenkasse Ihrer Wahl (§ 264 SGB V). Sie haben damit einen uneingeschränkten Anspruch auf Krankenbehandlung wie deutsche Versicherte.

Die Leistungen nach § 2 AsylbLG sollten Sie nicht mehr in Gutscheinen, sondern in Bargeld erhalten. Wenn Sie in einer Wohnung leben, haben Sie auf jeden Fall Anspruch auf Bargeld. Solange Sie noch im Wohnheim leben, kann das Sozialamt argumentieren, dass weiter nur Gutscheine gezahlt werden, zum Beispiel, um Konflikte im Wohnheim zu vermeiden, weil einige Bewohner über Bargeld, andere aber nur über Gutscheine verfügen.

→ Tipp: Sobald Sie Leistungen nach § 2 AsylbLG erhalten, sollten Sie erstens die Erlaubnis für den Umzug in eine Wohnung (siehe dazu den Abschnitt „Wohnen“ in Kapitel 12.2) und zweitens die Auszahlung in Bargeld beantragen und gegebenenfalls auch gerichtlich durchzusetzen versuchen. Lassen Sie sich von einer Beratungsstelle unterstützen.

Anspruchseinschränkung nach § 1a AsylbLG

Nach § 1a AsylbLG können für Geduldete die ohnehin geringen Leistungen nach dem AsylbLG noch weiter bis auf das „unabweisbar Gebotene“ eingeschränkt werden. Dies bedeutet in Niedersachsen in der Regel eine Streichung des Bargeldbetrags (bei Erwachsenen 40,90 Euro).

Wenn Sie vom Sozialamt nach § 1a AsylbLG eingestuft werden, müssen Sie oft auch damit rechnen, dass Sie ein Arbeitsverbot von der Ausländerbehörde erhalten (Lesen Sie dazu im Kapitel Arbeit den Abschnitt „Arbeitsverbot“ in Kapitel 12.3). In manchen Fällen geht mit der Einstufung nach § 1a AsylbLG auch einher, dass Sie gezwungen werden, in ein so genanntes Ausreisezentrum (in Braunschweig) umzuziehen. Dort will man Sie durch möglichst unangenehme Lebensbedingungen (permanente Befragungen, Arbeitsverbot, strikte Residenzpflicht und anderes) zwingen, an Ihrer Abschiebung mitzuwirken (Lesen Sie dazu auch im Kapitel 12.2 den Abschnitt „Ausreisezentren“).

Im Gesetz sind zwei mögliche Gründe genannt, nach denen eine Kürzung nach § 1a AsylbLG erfolgt:

- Jemand ist vor allem deshalb nach Deutschland eingereist, um Sozialleistungen zu beziehen.
- Die Abschiebung ist wegen des Verhaltens des Flüchtlings unmöglich.

Wenn Sie vor Ihrer Duldung einen Asylantrag gestellt haben, kann der erste Fall in der Regel auf Sie nicht zutreffen. Denn dann haben Sie ja im Asylverfahren schon deutlich gemacht, dass Sie hier

Schutz suchen und aus welchen Gründen. Wenn Sie jedoch eingereist sind und nur eine Duldung beantragt haben, kann es sein, dass Ihnen das Sozialamt unterstellt, vor allem wegen der Sozialleistungen gekommen zu sein.

→ In diesem Fall ist es wichtig, den Behörden frühzeitig klarzumachen, dass Sie zum Beispiel Schutz vor dem Krieg suchen und keinesfalls wegen der Sozialleistungen hierher gekommen sind. Notfalls müssen Sie Widerspruch erheben und gegebenenfalls eine Klage und einen Eilantrag vor Gericht einlegen.

Der zweite Fall ist weit häufiger: Oft wird geduldeten Flüchtlingen vorgeworfen, dass sie nicht genug tun, um ihre Abschiebung zu ermöglichen, oder ihre Abschiebung durch das Wegwerfen ihres Passes oder die Angabe falscher Personaldaten bewusst verhindert haben. Dazu zählt vor allem die Passbeschaffung, die Angabe aller persönlichen Daten, eventuell Botschaftsbesuche und anderes. Wenn Sie solche Handlungen nicht unternehmen, obwohl die Ausländerbehörde Sie dazu auffordert, müssen Sie mit einer Kürzung Ihrer Leistungen rechnen. Auch wenn Sie sich schon einmal bei einem Abschiebungstermin versteckt haben oder sich bei einem Abschiebungsversuch körperlich gewehrt haben, wird dies vermutlich eine Kürzung Ihrer Leistungen nach § 1a AsylbLG nach sich ziehen.

Eine Kürzung ist aber rechtswidrig,

- wenn Sie sich lediglich weigern, freiwillig auszureisen, Ihre Mitwirkungspflichten bei der Passbeschaffung aber erfüllen,
- wenn Sie Ihre Mitwirkungspflichten bei der Passbeschaffung zwar früher verletzt haben, inzwischen aber alle erforderlichen Dinge tun,
- wenn Sie derzeit ohnehin nicht abgeschoben werden könnten, zum Beispiel wegen Krankheit oder Schwangerschaft oder weil gerade ein Abschiebungsstopp für Ihr Herkunftsland verhängt wurde.

→ Wenn Ihre Leistungen nach § 1a AsylbLG gekürzt werden, sollten Sie in jedem Fall prüfen, ob dies rechtmäßig ist. Die Behörde muss eine Kürzung schriftlich begründen, wenn Sie das verlangen. Sie haben dann einen Monat Zeit, Widerspruch gegen die Kürzung einzulegen und gegebenenfalls eine Klage und einen Eilantrag an das Gericht zu schicken. Sie können aber auch gegen einen mündlichen Bescheid Widerspruch erheben und Rechtsmittel einlegen. Lassen Sie sich dabei von einer Beratungsstelle und/oder einem Anwaltsbüro helfen.

→ Beachten Sie auch, für welches Mitglied Ihrer Familie die Kürzungen vollzogen werden. Wenn zum Beispiel nur ein Elternteil die Mitwirkung an der Passbeschaffung verweigert, ist eine Kürzung für die Kinder und den/die Partner/in rechtswidrig. Auch in diesem Fall sollten Sie sich rechtlich wehren.

14.5 Medizinische Versorgung

Im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) gibt es zwei Paragraphen, die die Krankenversorgung regeln: § 4 AsylbLG und § 6 AsylbLG. Darin steht:

- Medizinische Versorgung, (zahn-)ärztliche Hilfe und sonstige erforderlichen Leistungen müssen bei allen akuten oder akut behandlungsbedürftigen Erkrankungen gewährt werden.

- Medizinische Versorgung, (zahn-)ärztliche Hilfe und sonstige erforderlichen Leistungen müssen bei allen mit Schmerzen verbundenen Erkrankungen gewährt werden.
- Eine Versorgung mit Zahnersatz erfolgt nur, wenn dies „unaufschiebbar“ (das heißt jetzt unmittelbar notwendig) ist.
- Bei Schwangerschaft und Geburt erhalten Frauen alle auch für Deutsche üblichen medizinischen Leistungen bei Arzt und Krankenhaus, sämtliche Vorsorgeuntersuchungen für Mutter und Kind, Hebammenhilfe, Medikamente und Heilmittel.
- „Sonstige“ medizinische Leistungen müssen gewährt werden, wenn dies „zur Sicherung der Gesundheit unerlässlich“ ist.

Die Regelungen zur medizinischen Versorgung machen in der Praxis oft Schwierigkeiten. Manche Ärzte tun nicht alles, was nötig wäre. Damit der Arzt Sie behandelt, müssen Sie in der Regel einen Krankenschein vorlegen. Manche Sozialämter lehnen Anträge ab oder schicken Flüchtlinge, die um einen Krankenschein bitten, wieder weg, weil sie meinen, dass die Krankheit nicht akut, sondern chronisch sei. Probleme gibt es vor allem mit Heil- und Hilfsmitteln wie Brillen, Hörgeräten, Prothesen, Rollstühlen, aber auch Medikamenten und Operationen.

Nach unserer Rechtsauffassung werden die Paragraphen der Krankheitsversorgung in der Praxis zu eng und von vielen Ärzten zu ängstlich ausgelegt. Es gibt viele, teilweise auch von Gerichten bestätigte Argumente, die für eine Behandlung in den meisten Fällen sprechen. Hierzu einige Hinweise:

- Die meisten chronischen Krankheiten sind auch gleichzeitig schmerzhaft, viele können sich akut verschlechtern, wenn keine Behandlung erfolgt (z.B. Diabetes oder eine Gehbehinderung). Deshalb sind solche dauerhaften Krankheiten auch vom Arzt zu behandeln.
- Ein Zahnersatz ist „unaufschiebbar“, wenn Folgeschäden drohen. Das heißt, wenn ohne Behandlung weitere Zähne verloren gehen können oder wenn eine Magenerkrankung droht, weil Sie nicht mehr richtig kauen können.
- Die Verweigerung von Krankenscheinen durch das Sozialamt ist rechtswidrig, weil der/die Sozialamtsmitarbeiter/in gar nicht beurteilen kann, ob eine akute Erkrankung vorliegt und was zur Sicherung der Gesundheit „unerlässlich“ ist. Die Diagnose durch einen Arzt muss in jedem Fall möglich sein.
- Viele „sonstige“ Leistungen können für die Gesundheit unerlässlich sein: Zum Beispiel Mehrkosten für besondere Ernährung bei Schwangerschaft oder bestimmten Krankheiten, Versorgung und Pflege von Behinderten und Pflegebedürftigen; Psychotherapie (zum Beispiel nach Kriegserfahrungen, Folter oder Vergewaltigung); Reha-Maßnahmen nach Schlaganfall oder Unfall; Fahrtkosten, wenn sonst keine Möglichkeit besteht, zum Arzt oder Krankenhaus zu gelangen und anderes.
- Um bestimmte Leistungen zu erhalten, tragen Sie beim Sozialamt gute Gründe vor (dass Sie Schmerzen haben, dass die Krankheit jetzt akut ist, dass Ihre Erkrankung sich verschlimmert, wenn nicht behandelt wird; warum eine bestimmte Leistung für die Gesundheit unerlässlich ist).
- In bestimmten Fällen kann ein Attest oder Gutachten helfen, einen Anspruch beim Sozialamt durchzusetzen: Zum Beispiel wenn die Schule oder eine Logopädin bescheinigt, dass ein Kind ein Hörgerät braucht, um in seiner sprachlichen und geistigen Entwicklung nicht geschädigt zu werden. Oder wenn ein Arzt bescheinigt, dass eine Brille notwendig ist, weil jemand sonst im Straßenverkehr erheblich gefährdet ist.

→ Wenn Ihnen ärztliche Hilfe, Heil- oder Hilfsmittel verweigert werden, können Sie beim Sozialamt dagegen Widerspruch einlegen. Dann muss die Entscheidung noch einmal überprüft werden. Dafür haben Sie einen Monat, bei nur mündlicher Ablehnung ein Jahr Zeit, um einen Widerspruch einzulegen. Eine Beratungsstelle hilft Ihnen, einen schriftlichen Widerspruch zu verfassen. Wenn der Widerspruch zurückgewiesen wird, können Sie sich an das Sozialgericht wenden und eine Klage einlegen. Eine gute Beratungsstelle weiß, wie die einzelnen Gerichte zu bestimmten medizinischen Leistungen entscheiden und ob eine Klage sinnvoll ist. In dringenden Fällen oder wenn das Sozialamt eine Entscheidung zu lange verschleppt, kann das Gericht auch sofort (gleichzeitig mit dem Widerspruch) eingeschaltet werden und muss innerhalb von wenigen Tagen vorläufig entscheiden. Dafür müssen Sie zusätzlich einen „Eilantrag“ an das Gericht stellen und begründen, warum eine Entscheidung sofort notwendig ist (zum Beispiel weil Ihnen schwere Schäden drohen, wenn eine Krankheit nicht sofort behandelt wird).

→ Wenn Sie sich Sorgen wegen einer Erkrankung machen oder Schmerzen haben, aber eine Behandlung abgelehnt wird, können Sie auch in das nächste Krankenhaus gehen. Dort muss man Sie zumindest untersuchen und eine Diagnose stellen.

→ Wenn Sie medizinische Leistungen erhalten werden, darf von Ihnen kein Geld für „Zuzahlungen“ (zum Beispiel als „Praxisgebühr“ oder „Zuzahlung“ für ein Medikament) verlangt werden. Weisen Sie die Arztpraxis, die Apotheke oder das Krankenhaus darauf hin, dass das Sozialamt alle Kosten zu 100% übernimmt. Verlangen Sie bereits geleistete Zuzahlungen wieder zurück! Wird die Rückzahlung verweigert, wäre das Betrug, weil der Arzt/die Apotheke/das Krankenhaus zu seinem Vorteil doppelt abkassiert: von Ihnen die Zuzahlung und vom Sozialamt noch einmal 100 % der Kosten.

Bessere medizinische Versorgung nach vier Jahren

Wenn Sie schon vier Jahre Leistungen nach dem AsylbLG erhalten haben, können Sie unter bestimmten Voraussetzungen Leistungen nach § 2 *AsylbLG* beanspruchen (siehe *Kapitel 12.4*). Dies wirkt sich auch auf die Krankenversorgung aus.

Nach § 2 *AsylbLG* erhalten Sie die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung im gleichen Umfang wie Deutsche. Sie gelten zwar streng genommen nicht als Krankenversicherte, erhalten aber eine Versicherungskarte und bekommen alle Leistungen, auf die auch deutsche Versicherte einen Anspruch haben, von der von Ihnen gewählten gesetzlichen Krankenkasse. Die Kasse holt sich das Geld anschließend vom Sozialamt zurück. Leistungen der Pflegeversicherung erhalten Sie allerdings nicht über die Krankenkasse. Diese können Sie gegebenenfalls beim Sozialamt beantragen.

→ Wenn Sie mit einer Entscheidung der Krankenkasse nicht einverstanden sind, legen Sie schriftlich „Widerspruch“ ein! Der Widerspruch richtet sich dann direkt an die Krankenkasse (nicht mehr ans Sozialamt). Außerdem können Sie eine Klage und gegebenenfalls einen Eilantrag an das Sozialgericht schicken.

→ Wenn die Krankenkasse gesetzlich nicht zahlen muss, können Sie bestimmte laufend benötigte Dinge beim Sozialamt als „vom Regelfall abweichenden Lebensunterhaltsbedarf“ beantragen (§ 28 *Abs. 1 SGB XII*).

Sie sind nach dem Gesetz zu bestimmten Zuzahlungen verpflichtet. Dazu gehören die Praxisgebühr beim Zahnarzt und Arzt (je 10 Euro im Quartal) und eine Beteiligung an Medikamenten (pro Medikament bis zu 10 Euro in der Apotheke) und anderen Leistungen (zum Beispiel bei Krankenhausaufenthalten oder für spezielle, nicht von der Kasse getragene Vorsorgeuntersuchungen in der Schwangerschaft und anderes). Für Kinder und Jugendliche fallen keine Zuzahlungen an.

Für Empfänger von Leistungen nach § 2 AsylbLG gilt die Höchstgrenze von 2% des Regelsatzes. Das heißt: 2% von 12×351 Euro = 84,24 Euro pro Jahr. Der Betrag gilt nicht pro Person, sondern für alle Mitglieder der Familie zusammen. Für chronisch Kranke gilt unter bestimmten Bedingungen eine Grenze von 1% = 42,12 Euro pro Jahr.

- Um Mehrfachzahlungen der Praxisgebühr zu vermeiden, lassen Sie sich eine Quittung ausstellen. Wenn Sie in einem Quartal zu verschiedenen Ärzten gehen, besorgen Sie sich eine Überweisung des Arztes, bei dem Sie bereits die Gebühr für das laufende Quartal entrichtet haben. Dann müssen Sie nicht erneut zahlen.
- Sammeln Sie alle Zuzahlungsquittungen Ihrer Familie. Wenn der Betrag von 84,24 Euro erreicht ist, muss die Krankenkasse Ihnen bescheinigen, dass Sie für den Rest des Jahres von weiteren Zuzahlungen befreit sind und Ihnen bereits zu viel gezahlte Beträge zurückzahlen. Stellen Sie dazu einen Antrag und fügen Sie die Quittungen bei.

Krankenversicherung für Arbeitnehmer

Wenn Sie eine gemeinnützige Arbeit ausüben oder als Arbeitnehmer weniger als 400 Euro im Monat verdienen, sind Sie nicht sozialversicherungspflichtig und es ändert sich an Ihrer Krankenversorgung nichts.

Wenn Sie als Arbeitnehmer eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (für mehr als 400 Euro im Monat) ausüben, werden Ihnen vom Lohn prozentuale Zahlungen in die Sozialversicherungen (Kranken-, Renten-, Pflegeversicherung u.a.) abgezogen. Sie werden reguläres Mitglied einer Krankenkasse. Sie erhalten eine Versicherungskarte und alle gesetzlichen Krankenkassenleistungen. Das gilt auch für den Fall, dass Sie wegen geringen Einkommens noch ergänzende Sozialleistungen nach AsylbLG erhalten. Wenn Sie Ihre Arbeit verlieren, endet auch ihre Mitgliedschaft in der Krankenkasse. Sie sollten dies der Krankenkasse und dem Sozialamt sofort mitteilen. Sie erhalten dann wieder Leistungen zur medizinischen Versorgung wie in den vorigen Abschnitten beschrieben. Unter bestimmten Voraussetzungen kommt aber auch eine Krankenversicherung als „freiwillige Weiterversicherung“ (§ 9 SGB V, § 32 SGB XII) oder über das Arbeitsamt (bei Anspruch auf Arbeitslosengeld I) in Frage.

Als Mitglied einer Krankenkasse gilt alles das, was im vorherigen Abschnitt („Bessere medizinische Versorgung nach drei Jahren“) beschrieben ist. Sie sind gesetzlich zu Zuzahlungen verpflichtet. Die Höchstgrenze für Ihre ganze Familie liegt bei 2% Ihres Bruttojahreseinkommens. Abgezogen werden Freibeträge für Ihre/n Ehepartner/in (4.536 Euro) und Kinder (je 3.864 Euro).

Beispiel: Sie sind verheiratet, haben zwei Kinder und ein Jahresbruttoeinkommen von 20.000 Euro. Abzüglich der Freibeträge sind das $20.000 - 4.536 - 2 \times 3.864 = 7.736$ Euro. In diesem Fall beträgt die Belastungsgrenze also 2% von 7.736 Euro = 154,72 Euro. Diese Belastungsgrenze gilt nicht pro Person, sondern für alle Mitglieder der Familie zusammen. Für chronisch Kranke gilt unter bestimmten, allerdings strengen Bedingungen, die Hälfte - nur 1%.

Verdienen Sie so wenig, dass Sie noch ergänzende Leistungen nach § 2 AsylbLG erhalten, gilt die Höchstgrenze von 2% des jährlichen Regelsatzes des Haushaltsvorstands. Das heißt: 2% von 12 x 351 Euro = 84,24 Euro pro Jahr bzw. 42,12 Euro pro Jahr für chronisch Kranke.

→ Um Ihre Kosten so gering wie möglich zu halten, beachten Sie die im vorhergehenden Abschnitt („Bessere medizinische Versorgung nach drei Jahren“) gegebenen Hinweise und Ratschläge zu Widerspruch und Klage, Praxisgebühren und Erreichen der Belastungsgrenze.

Wenn Sie sozialversicherungspflichtig arbeiten und ergänzende Leistungen nicht nach § 2 AsylbLG, sondern nur §§ 3-7 AsylbLG beziehen (siehe Kapitel 7.4), ergibt sich ein Problem: Durch eine gesetzliche Regelungslücke liegt die Belastungsgrenze bei 2% der Einkünfte und Sozialleistungen der ganzen Familie.

→ Beantragen Sie die nicht von der Krankenkasse übernommenen Leistungen nach § 4 und § 6 AsylbLG und legen Sie notfalls Widerspruch beim Sozialamt, Klage und Eilantrag beim Sozialgericht ein.

14.6 Familienleistungen, Kinder- und Jugendhilfe

Kindergeld

Flüchtlinge mit Duldung sind vom Kindergeld in der Regel gesetzlich ausgeschlossen. Es gibt aber aufgrund von internationalen Abkommen Ausnahmen. Sie erhalten für Ihre Familie auch mit Duldung Kindergeld, wenn Sie

- aus der Türkei, Algerien, Tunesien oder Marokko kommen und eine Arbeit haben, über die Sie in eine Sozialversicherung (Arbeitslosen-, Kranken-, Renten- oder Unfallversicherung) einzahlen; dies ist auch der Fall, wenn Sie eine geringfügige Beschäftigung (400-Euro-Job) haben, für die Unfallversicherungspflicht besteht,
- aus der Türkei kommen, nicht arbeiten, aber mindestens sechs Monate in Deutschland leben,
- aus Kosovo, Serbien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina oder Mazedonien kommen und eine arbeitslosenversicherungspflichtige Arbeit haben, wenn Sie keine Arbeit mehr haben, gilt auch der Bezug von Kranken- oder Arbeitslosengeld I.

→ Familienkassen lehnen Anträge, die sich auf diese Abkommen beziehen, zunächst regelmäßig ab! Legen Sie dagegen mit Hilfe einer Beratungsstelle unbedingt Einspruch und, wenn nötig, Klage beim Finanzgericht ein. Die Einsprüche haben fast immer Erfolg!

→ Wenn Sie Sozialleistungen nach dem AsylbLG beziehen, wird das Kindergeld mit den Sozialleistungen verrechnet. Das heißt, am Ende haben Sie wahrscheinlich gar nicht mehr Geld. Trotzdem ist es in den obigen Fällen sinnvoll, den Kindergeldantrag zu stellen. Denn der Bezug von Kindergeld gilt nicht als Sozialleistung, und Sie haben so leichter die Möglichkeit, Ihr Leben selbst zu finanzieren und erfüllen damit unter Umständen eine wichtige Voraussetzung für eine Aufenthaltserlaubnis. Sie beantragen das Kindergeld bei der Familienkasse der Agentur für Arbeit (Arbeitsamt).

→ Kindergeld kann auch rückwirkend für die letzten vier Kalenderjahre beansprucht werden. Das kann viel Geld sein. Dieses Geld wird allerdings ebenfalls möglicherweise (teilweise) einbehalten, um erhaltene Sozialleistungen nach AsylbLG zurückzuzahlen.

Kinderzuschlag

Sie haben leider nicht die Möglichkeit, zusätzlich zum Kindergeld einen Kinderzuschlag zu erhalten (§ 6a BKGG). Voraussetzung für die Gewährung ist nicht nur, dass Sie kindergeldberechtigt sind, sondern auch, dass mit dem Kindergeldzuschlag ein Anspruch auf Leistungen nach SGB II vermieden wird. Da Sie gesetzlich von Leistungen nach SGB II ausgeschlossen sind, können Sie diese Voraussetzung nicht erfüllen.

Elterngeld

Elterngeld gibt es für Kinder, die ab 1.1.2007 geboren werden. Bei der Gesetzesverabschiedung hat die Regierung festgelegt, dass Personen mit Duldung kein Elterngeld erhalten können. Ausnahmen gelten jedoch für erwerbstätige Menschen aus Algerien, Marokko, Tunesien und der Türkei: Für sie besteht auch mit einer Duldung ein Anspruch auf Elterngeld, wenn sie sozialversicherungspflichtig arbeiten oder wenn sie eine geringfügige Beschäftigung (400-Euro-Job) ausüben, über die sie unfallversichert sind.

Falls Sie unter die Ausnahmeregelung fallen, sollten Sie Folgendes wissen: Beim Elterngeld ersetzt der Staat einem Elternteil 67 Prozent des durch die Geburt und Kinderbetreuung wegfallenden Arbeitseinkommens, maximal 1.800 Euro im Monat. Wenn der das Kind betreuende Elternteil vor der Geburt nicht gearbeitet hat, beträgt das Elterngeld 300 Euro im Monat. Während des Bezugs von Elterngeld darf der Antragsteller gar nicht oder nicht mehr als 30 Stunden in der Woche arbeiten. Voraussetzung ist außerdem, dass der Antragsteller in einem Haushalt mit dem Kind lebt und das Kind tatsächlich betreut. Auch der nicht verheiratete Vater kann unter dieser Voraussetzung Erziehungsgeld beanspruchen. Der Mindestbetrag von 300 Euro wird nicht auf andere Sozialleistungen angerechnet. Elterngeld wird an den das Kind betreuenden Elternteil für maximal 12 Monate gezahlt. Wenn auch der andere Elternteil zwei Monate oder länger für die Betreuung zuständig ist, wird das Elterngeld um zwei Monate auf maximal 14 Monate verlängert.

→ Elterngeld beantragen Sie, wenn für Sie die Ausnahmeregelungen gelten, beim Jugendamt oder der Elterngeldstelle Ihrer Stadt- oder Kreisverwaltung. Das Formular, eine Liste der zuständigen Stellen in Niedersachsen und weitere Informationen gibt es im Internet unter http://www.ms.niedersachsen.de/master/C29974090_N8150_L20_D0_I674.

Unterhaltsvorschuss

Auch der Unterhaltsvorschuss wird Flüchtlingen mit Duldung per Gesetz verweigert. Hierbei handelt es sich um einen staatlichen Zuschuss, der einem alleinerziehenden Elternteil für bis zu sechs Jahren gezahlt wird, wenn der andere Elternteil (in der Regel der Vater) seiner Verpflichtung, für das Kind Unterhalt zu zahlen, nicht nachkommt. Der Unterhaltsvorschuss beträgt 117 € monatlich für Kinder unter 6 Jahren und 158 € monatlich für ältere Kinder unter 12 Jahren.

14.7 Deutschkurs, Kindergarten, Schule, Ausbildung, Studium

Deutschkurs

Einen Anspruch darauf, einen Deutschkurs zu besuchen, haben Sie nicht. Eventuell können Sie versuchen, einen der freien Plätze in den staatlich organisierten „Integrationskursen“ für anerkannte Flüchtlinge über das BAMF zu bekommen (lesen Sie dazu im *Kapitel 10.7* den Abschnitt „Deutschkurse“ für Personen mit Aufenthaltserlaubnis). Ihre Chancen darauf sind mit Duldung allerdings denkbar gering, weil Ihr Aufenthaltsrecht nicht als dauerhaft eingestuft wird. Es gibt aber in den Städten auch einige Deutschkurse, die unabhängig vom staatlichen Angebot existieren. Diese Kurse müssen Sie in der Regel selbst bezahlen, bei manchen Trägern sind die Kosten für Sozialleistungsempfänger aber deutlich gesenkt.

→ Fragen Sie bei ihrer örtlichen Volkshochschule oder den Beratungsstellen für Migranten und Migrantinnen, Aussiedler und Aussiedlerinnen oder Flüchtlinge nach, wo es Deutschkurse gibt.

Kindergarten

Sobald ein Kind drei Jahre alt ist, hat es in Deutschland einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz (§ 24 SGB VIII). Bei geringem Einkommen sind die Kosten dafür ganz oder teilweise vom Jugendamt zu tragen (§ 90 Abs. 2 und 3 SGB VIII). Das gilt auch für Flüchtlinge mit Duldung.

→ Melden Sie Ihr Kind frühzeitig für einen Kindergartenplatz an. Dort wird ihr Kind eine erheblich bessere Förderung in der deutschen Sprache erhalten und so besser auf einen Schulbesuch vorbereitet werden als im Wohnheim. Wenden Sie sich bei Problemen mit dem Kindergartenplatz an eine Beratungsstelle.

Schule

Alle in Niedersachsen lebenden Kinder haben das Recht und die Pflicht, eine Schule zu besuchen und regelmäßig am Unterricht teilzunehmen (§ 63 NSchG). Das gilt auch für Flüchtlinge mit Duldung. Die Schulpflicht beginnt für Kinder, die bis zum 30. Juni eines Jahres sechs Jahre alt geworden sind, mit dem nächsten beginnenden Schuljahr (§ 64 NSchG). Das Einschulungsalter ist aber auch abhängig von der körperlichen und geistigen Entwicklung Ihres Kindes. Unter Umständen kann der Schuleintritt Ihres Kindes ein Jahr zurückgestellt werden. Deshalb werden alle Kinder vor dem Schuleintritt vom Amtsarzt untersucht. Bei fehlenden Deutschkenntnissen können die Kinder verpflichtet werden, vor Schuleintritt an besonderen Sprachfördermaßnahmen teilzunehmen (§ 54 a NSchG). Schon eingeschulte Schülerinnen und Schüler mit schlechten Deutschkenntnissen sollen besonderen Deutschunterricht erhalten. Die Schulpflicht endet in der Regel nach 12 Jahren des Schulbesuchs.

→ Fragen Sie gegebenenfalls im Kindergarten oder in der Schule nach, ob es Fördermöglichkeiten für Ihr Kind gibt. In vielen Schulen wird auch muttersprachlicher Unterricht, Hausaufgabenhilfe und anderes angeboten.

→ Wenn mit dem Schulbesuch besondere Kosten verbunden sind, zum Beispiel für den Fahrtweg, für Klassenfahrten oder sonstiges, können Sie das Geld dafür als „sonstige Leistung“ nach § 6 AsylbLG beantragen. Damit soll den besonderen Bedürfnissen von Kindern Rechnung

getragen werden. Erhalten Sie Leistungen nach § 2 AsylbLG, können Sie lediglich für mehrtägige Klassenfahrten Zuschüsse nach § 31 SGB XII erhalten. In jedem Fall ist ein gut begründeter, auf Ihren Fall zugeschnittener Antrag erforderlich. Bei einer Ablehnung haben Sie die Möglichkeit, Widerspruch zu erheben und Klage beim Sozialgericht einzulegen. Lassen Sie sich gegebenenfalls von einer Beratungsstelle unterstützen.

Studium

Formal gibt es für die Aufnahme eines Studiums keine aufenthaltsrechtlichen Einschränkungen, studieren wäre also theoretisch auch mit Duldung in Niedersachsen möglich, sofern Ihre Duldung nicht mit der Nebenbestimmung „Studium nicht gestattet“ versehen ist. Eine solche Auflage ist erlaubt, wird aber unseres Wissens in Niedersachsen in der Regel nicht gemacht. In der Praxis gibt es allerdings eine Reihe von Hindernissen und Schwierigkeiten, so dass ein Studium in den meisten Fällen wohl praktisch unmöglich ist.

Das niedersächsische Hochschulgesetz setzt den allgemeinen Rahmen für ein Studium: Dort ist beispielsweise geregelt, dass die für ein Studium erforderlichen deutschen Sprachkenntnisse vorhanden sein müssen. Die Studienordnungen der Hochschulen sehen detailliertere und durchaus auch unterschiedliche Regelungen zu den Studienvoraussetzungen vor. In der Praxis reicht einigen Universitäten und Fachhochschulen die Vorlage einer Duldung nicht, stattdessen verlangen sie eine Aufenthaltserlaubnis. Es kommt auf den Versuch an!

Sofern die Universität oder (Fach-)Hochschule, an der Sie studieren wollen, außerhalb des Ihnen zugewiesenen Aufenthaltsbereichs liegt, benötigen Sie für den Aufenthalt am Studienort eine Genehmigung der Ausländerbehörde (lesen Sie dazu den Abschnitt *Residenzpflicht* in *Kapitel 12.2*). Die Erlaubnis dafür zu bekommen, dürfte schwierig werden. Eine Erlaubnis zum Umzug in den Studienort zu erhalten, ist praktisch ausgeschlossen.

Das größte Problem dürfte für Sie die **Finanzierung** eines Studiums sein. Als Student/in haben Sie das Recht und auch die Pflicht, in eine gesetzliche Krankenversicherung einzutreten. Die Übernahme von Krankheitskosten durch das Sozialamt reicht als Nachweis einer Krankenversicherung nicht aus. Studierende bis zum 14. Semester, maximal bis zum 30. Lebensjahr, können sich über die gesetzliche Krankenversicherung für etwa 56 Euro pro Monat versichern. Studierende über 30 Jahre werden von der gesetzlichen Krankenversicherung nicht aufgenommen und müssen eine private Krankenversicherung abschließen. Hinzu kommen die Studiengebühren, die in Niedersachsen 500 Euro pro Semester betragen, die Kosten für ein Semesterticket sowie weitere Gebühren (ca. 100 bis 150 Euro im Semester).

Wenn Sie Leistungen nach §§ 3-7 AsylbLG in Anspruch nehmen (lesen Sie dazu *Kapitel 12.4*), dürfen Sie gleichzeitig studieren. Denn anders als bei Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II oder XII gibt es im AsylbLG kein ausdrückliches Verbot zu studieren. Schwieriger ist die Aufnahme eines Studiums, wenn Sie Leistungen nach § 2 AsylbLG gemäß den Bestimmungen des SGB XII beziehen (lesen Sie hierzu ebenfalls *Kapitel 12.4*). Das Sozialgesetzbuch verbietet den Bezug von Sozialleistungen zum Zweck der Finanzierung eines Studiums. Wenn Sie dem Sozialamt verschweigen, dass Sie studieren, und die Behörde dies später erfährt, wird die Sozialhilfe wieder zurückgefordert. Sie können allerdings versuchen, Sozialleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts als Darlehen oder als Beihilfe über die Härtefallregelung des § 22 Abs. 1 Satz 2 SGB XII zu beantragen - z. B. dann, wenn Sie bereits kurz vor Abschluss Ihres Studiums stehen. Wenn Sie studieren wollen, ohne Sozialleistungen zu beziehen, brauchen Sie also

eine Arbeitsgenehmigung und eine Arbeit, mit der Sie sich vollständig selbst finanzieren können, oder andere Finanzierungsquellen.

Flüchtlinge mit Duldung haben seit dem 1. Januar 2009 grundsätzlich einen Anspruch auf Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (**BAföG**), wenn sie sich seit vier Jahren in Deutschland aufhalten. Die Zeiten, in denen Sie eine Aufenthaltsgestattung oder Aufenthaltserlaubnis besessen haben, zählen dabei mit (§ 8 Abs. 2a BAföG).

Wenn Sie noch keine vier Jahre in Deutschland leben, haben Sie nur dann einen Anspruch auf BAföG, wenn Sie selbst vor Beginn der Ausbildung fünf Jahre in Deutschland erwerbstätig waren oder ein Elternteil hier während der letzten sechs Jahre drei Jahre gearbeitet hat, haben Sie Anspruch auf BAföG-Leistungen. Auch wenn einer Ihrer Elternteile mindestens sechs Monate hier gearbeitet hat und aus einem wichtigen Grund (Krankheit, Kindererziehung, nicht aber Arbeitsverbot) nicht mehr arbeiten konnte, können Sie unter Umständen BAföG-Förderung erhalten.

Unter Umständen können leistungsfähige Verwandte die Kosten des Studiums aufbringen. Schließlich sollten Sie prüfen, ob **Stiftungen** für die (Teil-) Finanzierung in Frage kommen. Viele Stiftungen fördern Studierende mit besonders guten Leistungen, aber auch gesellschaftliches Engagement und materielle Bedürftigkeit können Kriterien für die Stipendienvergabe sein. Im Internet finden Sie unter <http://www.bildungserver.de/zeigen.html?seite=427> eine Übersicht und weiterführende Links.

Das Diakonische Werk der evangelischen Kirche hat ein spezielles Flüchtlings-Stipendienprogramm, das eine Finanzierung des Studiums für Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus ermöglicht. Es gilt allerdings nur für Flüchtlinge aus Staaten außerhalb Europas. Gefördert werden sollen Verfolgte, die in ihrem Herkunftsland eine Ausbildung nicht aufnehmen konnten oder abbrechen mussten. Sie sollten nicht älter als 35 Jahre sein und bei Antragstellung in der Regel nicht länger als 3 Jahre in Deutschland leben. Bedingung ist ferner, dass Sie die Absicht haben, nach Beendigung des Studiums in Ihr Heimatland zurückzukehren. Tun Sie das nicht, müssen Sie das Stipendium später gegebenenfalls zurückzahlen.

→ Wenden Sie sich an die Evangelische Studentengemeinde oder das Diakonische Werk in Ihrer Stadt. Diese Stellen werden mit Ihnen gemeinsam eine Bewerbung für das Stipendienprogramm verfassen. Dabei ist es wichtig zu erläutern, dass Sie aufgrund Ihrer aufenthaltsrechtlichen Situation nur schwer oder gar keinen Zugang zu anderen Finanzierungsquellen (Arbeitsgenehmigung, BAföG etc.) haben. Ein Merkblatt mit den Kriterien für die Förderung können Sie auch beim Flüchtlingsrat Niedersachsen erhalten. Wenn Sie den Ansprechpartner vor Ort nicht kennen, können Sie sich an die zuständige Mitarbeiterin des Diakonischen Werkes in Stuttgart wenden:

Frau Sylvia Karlev
Telefon 0711-2159-506
Fax 0711-2159-8 506
Email s.karlev@brot-fuer-die-welt.de.

Die formale Zugangsvoraussetzung für den Besuch einer Universität oder Fachhochschule ist die allgemeine **Hochschulreife** / Abitur (bei einer Universität) oder die **Fachhochschulreife** / Fachabitur (bei einer Fachhochschule) oder eine als gleichwertig anerkannte Schulausbildung im Herkunftsland. Wenn Ihre Schulausbildung nicht als (Fach-)hochschulreife anerkannt ist, können Sie über das erfolgreiche Ablegen der „Feststellungsprüfung“ zur Studieneignung die

Zugangsberechtigung erwerben. Dafür müssen Sie in der Regel bei der Hochschule einen einjährigen Vorbereitungskurs („Studienkolleg“) absolvieren.

Bei Kunst- und Musikhochschulen können Sie unter Umständen auch ohne Abitur studieren, wenn Sie besondere künstlerische Fähigkeiten haben. In manchen anderen Studiengängen genügt auch ein Nachweis über bestimmte berufliche Vorbildungen (zum Beispiel Meisterprüfung).

→ Ob Ihre Hochschulzugangsberechtigung der deutschen gleichwertig ist, können Sie in der Datenbank der Kultusminister-Konferenz www.anabin.de abfragen.

Zweite Studienvoraussetzung ist der Nachweis von **deutschen Sprachkenntnissen**: Dazu müssen Sie in der Regel die „Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang ausländischer Studienberechtigter (DSH)“ ablegen. Bestimmte andere Nachweise (Goethe-Sprachdiplom, Test Deutsch als Fremdsprache für ausländische Studienbewerber „TestDaF“ und andere) werden ersatzweise anerkannt.

→ Genauere Informationen zu Studienzulassung erhalten Sie beim Deutschen Akademischen Austauschdienst DAAD (www.daad.de) oder bei den akademischen Auslandsämtern / Studentensekretariaten der Universitäten und Fachhochschulen. Die Adressen aller deutschen Hochschulen sowie Infos zu den angebotenen Studienfächern und Abschlüssen finden Sie unter <http://www.studienwahl.de>.

15. Hinweise für andere Flüchtlingsgruppen

15.1 Flüchtlinge mit Fiktionsbescheinigung

Eine so genannte Fiktionsbescheinigung wird Personen ausgestellt, die sich in Deutschland aufhalten und die Erteilung oder Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis beantragt haben, über den die Ausländerbehörde nicht gleich entscheiden kann oder will (§ 81 *AufenthG*). Hierbei wird zwischen Staatsbürgern, die ohne Visum einreisen dürfen (Positivstaater) und Personen, die für die Einreise ein Visum benötigen (Negativstaater) unterschieden. § 81 Abs. 3 *AufenthG* regelt für die visumsfrei einreisenden Positivstaater, dass sie eine Erlaubnisfiktion erhalten, wenn sie rechtzeitig einen Aufenthaltstitel beantragt haben. Falls der Antrag verspätet, also nach Ablauf von drei Monaten gestellt wird, gilt der Aufenthalt als geduldet.

Negativstaater dagegen müssen ihren Antrag auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis oder Erteilung einer Niederlassungserlaubnis rechtzeitig vor Ablauf des bestehenden Aufenthaltstitels stellen. Kann die Ausländerbehörde nicht sofort entscheiden erhält man auch eine Fiktionsbescheinigung nach § 81 Abs. 4 *AufenthG*. Damit wird Fortbestehen des bisherigen Aufenthaltstitels dokumentiert. Das bedeutet, dass Sie alle Rechte und Pflichten des alten Aufenthaltstitels behalten und die Zeit der Fiktionsbescheinigung auch bei der Aufenthaltsverfestigung oder einer Einbürgerung angerechnet wird.

Wenn Sie es allerdings versäumt haben, einen Antrag auf Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis rechtzeitig vor Ablauf der Frist zu verlängern, erhalten Sie bis zur Neuentscheidung über Ihren Antrag nur eine Duldung.

→ Stellen Sie immer rechtzeitig vor Ablauf Ihrer Aufenthaltserlaubnis oder Ihres Visums einen Verlängerungsantrag. Lassen Sie sich nicht bei der Ausländerbehörde abwimmeln. Lassen Sie sich den Eingang Ihres Antrags quittieren.

Rechtlich gilt eine Fiktionsbescheinigung so viel wie die Aufenthaltserlaubnis, die Sie vorher besessen haben. Dennoch kann die Ausstellung einer Fiktionsbescheinigung ein Alarmzeichen sein: Die Behörden nutzen dieses Instrument auch, wenn sie zum Beispiel nach dem Widerruf des Flüchtlingsstatus eine Ablehnung des Antrags auf die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis in Erwägung ziehen.

15.2 Flüchtlinge im „Dublin-Verfahren“

Wenn Flüchtlinge trotz aller Widrigkeiten die Grenze in die EU überwunden haben, haben sie - allenfalls - das Recht auf ein einziges Asylverfahren. Das Land, in dem sie das Verfahren durchführen, dürfen sie nicht frei wählen. Welches Land zuständig ist, hängt von vielen Faktoren ab, die in der so genannten *Dublin II-Verordnung* aufgezählt werden. Zuständig ist (in der hier dargestellten Reihenfolge) der Staat,

1. in dem sich ein Familienangehöriger eines unbegleiteten Minderjährigen rechtmäßig aufhält, sofern dies im Interesse des Minderjährigen liegt (Art. 6),

2. in dem sich ein Familienangehöriger als Flüchtling oder als Asylsuchender, über dessen Asylantrag noch keine erste Sachentscheidung getroffen wurde, aufhält (Art. 7 und 8),
3. der einen Aufenthaltstitel oder ein Visum ausgestellt hat (Art. 9),
4. in dessen Territorium der/die Asylsuchende illegal eingereist ist (Art. 10),
5. der dem Drittstaatenangehörigen die Einreise in sein Territorium ohne Visum erlaubt hat (Art. 11),
6. in dem der Asylantrag in einem internationalen Transitbereich eines Flughafens gestellt wurde (Art. 12),
7. in dem der erste Asylantrag gestellt wurde, wenn keines der vorstehenden Kriterien erfüllt ist (Art. 13),
8. der für den größten Teil asylsuchender Familienmitglieder oder für den Asylantrag des Ältesten von ihnen zuständig ist, wenn die Anwendung der genannten Kriterien die Trennung der Familie zur Folge haben würde (Art. 14).

Gegen einen Bescheid, der Ihnen in Anwendung der Dublin II-Verordnung das Recht abspricht, ein Asylverfahren in Deutschland durchzuführen, haben Sie kaum Rechtsmittel. Achtung! Sie müssen mit einer umgehenden Abschiebung bzw. Zurückschiebung in einen anderen Staat rechnen, der nach der Verordnung für die Durchführung des Verfahrens zuständig ist. Fast ein Viertel aller in Deutschland um Asyl nachsuchenden Flüchtlinge erhält mittlerweile einen solchen Bescheid.

Wenn Sie aufgrund Ihres Fluchtwegs oder eines ausgestellten Visums befürchten müssen, einen Dublin II-Bescheid zu erhalten, sollten Sie sich umgehend an einen Anwalt oder eine Anwältin wenden! Genaueres zum Ablauf des Dublin II-Verfahrens können Sie in *Kapitel 4.1*.

Solange Sie sich im „Dublin-Verfahren“ befinden, haben Sie eine

- Aufenthaltsgestattung (siehe *Kapitel 7*) oder eine
- Duldung (siehe *Kapitel 12*).

15.3 Flüchtlinge in Abschiebungshaft

In Abschiebungshaft werden in der Regel Menschen festgehalten, von denen die Ausländerbehörde meint, dass Sie sich einer Abschiebung zu entziehen versuchen. § 62 Abs. 4 *AufenthG* ermächtigt die Ausländerbehörde, Personen ohne vorherige richterliche Anordnung festhalten und vorläufig in Gewahrsam nehmen, wenn

1. der dringende Verdacht für das Vorliegen der Voraussetzungen für die Abschiebungshaft bestehen,
2. die richterliche Entscheidung über die Anordnung der Abschiebungshaft nicht vorher eingeholt werden kann und
3. der begründete Verdacht vorliegt, dass sich der Ausländer der Anordnung der Sicherungshaft entziehen will.

Im Normalfall wird die Abschiebungshaft vorher vom Richter am Amtsgericht angeordnet.

Das Gericht ordnet die Haft zunächst für einige Wochen bis zu drei Monaten an. Danach muss das Gericht neu entscheiden. Nach jeder Haftanordnung und -verlängerung hat ein Abschiebungshäftling die Möglichkeit einer Haftbeschwerde.

→ Lesen Sie unbedingt die allgemeinen Hinweise im Abschnitt *Abschiebungshaft* in *Kapitel 6.3*. Eine Rechtsanwältin oder ein Rechtsanwalt kann Sie genauer über die gesetzlichen Haftgründe informieren.

→ Gegen den Haftbeschluss des Amtsgericht können Sie innerhalb von zwei Wochen Beschwerde beim Landgericht einlegen. Da die Amtsgerichte häufig nicht sorgfältig prüfen, ob die Voraussetzungen der Abschiebungshaft vorliegen, ist es in der Regel sinnvoll, das zu tun. Haben Sie keine Unterstützung durch eine Anwältin oder einen Anwalt, können auch Sie selbst, Ehepartner/in, Eltern, Vormund oder eine Vertrauensperson (Gefängnispfarrer/in, Besucher/in, Verwandte/r) eine Haftbeschwerde einreichen. Stimmt das Landgericht dem Amtsgericht zu, können Sie dagegen innerhalb von zwei Wochen Beschwerde beim Oberlandesgericht einlegen. Am besten lassen Sie sich von einem Rechtsanwalt oder einer Rechtsanwältin vertreten. Darüber hinaus können Sie zu jeder Zeit einen Haftprüfungsantrag beim Amtsgericht stellen.

Gegen die Anordnung von Sicherungshaft spricht,

- dass keiner der gesetzlichen Haftgründe vorliegt,
- dass die Abschiebung nicht innerhalb von drei Monaten organisiert werden kann (zum Beispiel weil noch Papiere fehlen, die erfahrungsgemäß nicht so schnell besorgt werden können),
- dass ein Flüchtling aufgrund einer Erkrankung nicht haftfähig ist.

Ein Asylantrag führt nicht automatisch zur Haftentlassung.

Die Hafthöchstdauer beträgt sechs Monate. Danach kann die Haft noch einmal um höchstens zwölf Monate verlängert werden, aber unter sehr engen Voraussetzungen. Die Verlängerung ist nur zulässig, wenn Sie Ihre Abschiebung verhindern. Als „Beugehaft“ darf die Haft aber nicht genutzt werden, das heißt: Abschiebungshaft darf nicht verhängt werden, um Sie zur Mitwirkung an Ihrer Abschiebung (Passantrag etc.) zu zwingen. Wenn die Ausländerbehörde keine Chance hat, noch Abschiebungspapiere zu beschaffen, müssen Sie aus der Haft entlassen werden. Nach 18 Monaten Höchstdauer muss ein Häftling auf jeden Fall freigelassen werden.

→ Neben der Beschwerde kann man aus der Haft heraus auch jederzeit die Aufhebung der Haft beantragen. Mit diesem Antrag muss sich das Amtsgericht befassen. Ein solcher Antrag ist dann sinnvoll, wenn sich neue Tatsachen oder Perspektiven ergeben haben, zum Beispiel eine Erkrankung oder eine Änderung im laufenden Asylverfahren oder eine Eheschließung.

In der Haftanstalt werden Sie gegen Ihren Willen festgehalten. Andererseits sind Sie kein/e Strafgefangene/r: Gesetzlich geht es nur darum, Ihre Abschiebung zu sichern. Die Behörden dürfen Ihnen deshalb nur dann Beschränkungen auferlegen, wenn es die Sicherheit und Ordnung in der Haft erfordern. Die Bediensteten sollen Ihre Würde achten, Ihr Ehrgefühl schonen und Sie menschlich behandeln. Die niedersächsischen Regelungen im Einzelnen:

Es soll Ihnen großzügig erlaubt werden, sich innerhalb der Haftanstalt zu bewegen und im Freien aufzuhalten. Ihnen sollen Sport- und Freizeitangebote gemacht werden.

- Zur Aufnahme einer Arbeit in der Haft sind Sie nicht verpflichtet, sie soll Ihnen aber nach Möglichkeit angeboten werden.
- Bei einer mehr als vierwöchigen Haftdauer sollen Sie auf Wunsch an beruflichen oder schulischen Förderungsmaßnahmen teilnehmen können.
- Mindestens einmal in der Woche soll Ihnen der Besuch von nahestehenden Personen erlaubt werden. Angehörige von Hilfsorganisationen und Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sollen auch außerhalb der üblichen Besuchszeiten Eintritt erhalten.
- Die Ausübung von Religion und die Betreuung durch einen Seelsorger sollen ermöglicht werden.
- Die Möglichkeit zu telefonieren, Briefe zu schreiben und Pakete zu erhalten, sollen großzügig gehandhabt werden. Auch sollen Sie die Möglichkeit erhalten, Zeitungen zu beziehen.
- Auf Ihre Ernährungsgewohnheiten, kulturelle und religiöse Speisegebote soll bei der Verpflegung Rücksicht genommen werden. Sie dürfen auch Nahrungs- und Körperpflegemittel auf eigene Kosten erwerben, wenn Sie nicht gesundheitsgefährdend sind. Die Bediensteten sollen Ihnen beim Kauf behilflich sein.

Diese Regelungen machen die Abschiebungshaft nicht wieder gut. Sie sollten Sie dennoch kennen, um die Zeit in der Haft einigermaßen erträglich gestalten zu können.

Wenn Sie nicht über Geld verfügen, steht Ihnen in Abschiebungshaft ein kleiner Bargeldbetrag zu. Er beträgt 70% des üblichen Bargeldbetrags nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, also 28,63 Euro monatlich.

- Wenn Sie Probleme in der Haft haben oder Unterstützung brauchen, wenden Sie sich an den Flüchtlingsrat Niedersachsen, Telefon 05121/15605.

15.4 Illegalisierte

*Mit dem Begriff „Illegalisierte“ sind hier nicht Geduldete gemeint, sondern Menschen, die sich ohne behördliche Registrierung in Deutschland aufhalten und/oder sich vor dem Zugriff der Polizei durch „Untertauchen“ entzogen haben. **Sozialleistungen** nach dem Asylbewerberleistungsgesetz können Sie in der Praxis nicht in Anspruch nehmen, da ein Behördenkontakt mit einer Festnahme und Inhaftierung verbunden wäre oder - wenn Sie als Bürger/in Ihres Herkunftslandes visumsfrei einreisen durften - eine behördliche Registrierung und Überwachung zur Folge hätte. Die Behörden (Sozialamt, Arbeitsagentur, Ausländerbehörde) tauschen Ihre Daten untereinander aus. Wenn Sie Sozialleistungen beim Sozialamt beantragen, benachrichtigt das Amt die Ausländerbehörde oder die Polizei.*

In einem **medizinischen Notfall** ist jeder Arzt und jedes Krankenhaus verpflichtet, Ihnen zu helfen. In manchen Städten gibt es Initiativen, die Sie an Ärzte oder Ärztinnen vermitteln können, die Illegalisierte kostenlos behandeln.

→ Erkundigen Sie sich bei einer Beratungsstelle oder dem Flüchtlingsrat Niedersachsen nach solchen Initiativen.

Im Krankenhaus brauchen Sie eine Abschiebung in der Regel nicht zu befürchten, solange Sie aufgrund Ihrer Erkrankung nicht reisefähig sind. Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, dass die Ausländerbehörde Sie unter Umständen schon im Krankenhaus festzunehmen versucht, wenn die Ärzte Sie wieder für „transportfähig“ halten. In Ausnahmefällen ist es auch schon vorgekommen, dass die Ausländerbehörde Menschen aus öffentlichen Krankenhäusern hat abholen lassen, um sie in einem Haftkrankenhaus unterzubringen und von dort aus später abzuschieben. In solchen Fällen ist es entscheidend, ob der behandelnde Arzt im Krankenhaus einer solchen „Überführung“ zustimmt.

→ Es kann deshalb für Sie hilfreich sein, Ihrer Ärztin oder Ihrem Arzt im Krankenhaus frühzeitig von Ihrer Situation zu berichten und ihr/sein Verständnis zu wecken für Ihre Angst vor Haft oder Abschiebung.

Ein Besuch einer staatlichen **Schule** oder eines staatlichen **Kindergartens** ist ebenfalls riskant, da auch diese Einrichtungen zur Meldung an die Ausländerbehörde verpflichtet sind. In der Praxis kommt es dennoch zuweilen vor, dass Kinder ohne behördliche Registrierung in Schule oder Kindergarten betreut und unterrichtet werden, weil niemand genau nachfragt. Für nichtstaatliche Organisationen und Privatpersonen (zum Beispiel Deutschlehrer/innen an Volkshochschulen) gibt es keine Verpflichtung zur Denunziation.

Eine **Legalisierung** Ihres Aufenthalts ist sehr schwierig. Generell gibt es keine Bleiberechts- oder Legalisierungsregelung für Personen ohne Status. Ein Aufenthaltsrecht können Sie zum Beispiel bekommen, wenn Sie einen/eine Deutsche/n heiraten oder Vater/Mutter eines deutschen Kindes sind, um dessen Erziehung Sie sich kümmern. Auch eine Heirat mit einer Person mit Aufenthaltsrecht und/oder eine Vaterschaft/Mutterschaft zu einem ausländischen Kind kann in bestimmten Fällen ein Aufenthaltsrecht für Sie nach sich ziehen. Allerdings müssen Sie in der Regel zunächst ausreisen und bei der deutschen Botschaft im Ausland ein Visum zum Zweck der Familienzusammenführung beantragen.

Im Falle einer Schwangerschaft können Sie erst dann eine Duldung erhalten, wenn Sie sich bereits in der Mutterschutzzeit befinden (ab sechs Wochen vor der Geburt) oder wenn eine ärztlich attestierte Risikoschwangerschaft vorliegt, aufgrund derer Sie reiseunfähig sind. Welche Voraussetzungen genau zu erfüllen sind und welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen, um, wird Ihnen im jeweiligen Einzelfall am Besten ein Anwalt, eine Anwältin oder eine Beratungsstelle erläutern können. Dort erfahren Sie auch, was Sie tun müssen, um in Deutschland standesamtlich zu heiraten, obwohl kein Aufenthaltsrecht (mehr) besteht.

→ Besprechen Sie sich auf jeden Fall mit einem Rechtsanwalt oder einer Rechtsanwältin, bevor Sie sich bei den Behörden (wieder) melden.

Wenn Sie glauben, in Ihrem Herkunftsland verfolgt oder gefährdet zu sein, können Sie einen Asylantrag stellen, um eine Aufenthaltsgestattung zu bekommen. Wenn Sie allerdings festgenommen wurden und einen Asylantrag erst aus der Haft heraus stellen, führt der Asylantrag nicht automatisch zu einer Haftentlassung (§ 14 Abs. 3 AsylVfG).

→ Lesen Sie zum Asylverfahren *Kapitel 1 bis 3* dieses Leitfadens

15.5 Aufenthaltsgewährung nach § 23 II AufenthG

Nach § 23 Abs. 2 *AufenthG* werden Menschen aufgrund „besonders gelagerter Interessen der Bundesrepublik Deutschland“ offiziell aufgenommen. Dabei handelt es sich vor allem um Jüdinnen und Juden aus Osteuropa, in Einzelfällen auch um andere Flüchtlingsgruppen. Die Regelung wird aber zum Beispiel auch auf Spione angewandt, die aufgenommen werden, weil der Boden in der Heimat ihnen „zu heiß“ geworden ist. Wenn Sie zu diesen Gruppen gehören, haben Sie die Erlaubnis zur Einreise nach Deutschland und ein entsprechendes Visum schon im Heimatland erhalten. Hier bekommen Sie eine Aufenthaltserlaubnis oder eine Niederlassungserlaubnis, mit der Ihnen der Aufenthalt in Deutschland auf befristete oder im Fall der Niederlassungserlaubnis auf **unbefristete Zeit** gestattet wird und Sie weit gehende soziale Rechte erhalten:

- *Mit einer Niederlassungserlaubnis erhalten* Sie erhalten von Beginn an eine unbeschränkte Arbeitserlaubnis, mit der Sie sich auch selbstständig machen können (§ 9 Abs. 1 *AufenthG*). Für die Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 2 Satz 5 *AufenthG* gilt das Gleiche.
- Ihre soziale Sicherung ist wie bei Deutschen geregelt: Im Fall von Arbeitslosigkeit erhalten Sie Arbeitslosengeld I nach dem SGB III oder Arbeitslosengeld II nach dem SGB II. Wenn Sie 65 Jahre oder älter sind, oder dauerhaft nicht in der Lage sind zu arbeiten, erhalten Sie nach dem Vierten Kapitel des SGB XII die so genannte „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“. Sind Sie nur vorübergehend krank (länger als sechs Monate, jedoch nicht auf Dauer) und stehen dem Arbeitsmarkt nicht als Arbeitssuchender zur Verfügung, erhalten Sie soziale Leistungen nach dem dritten Kapitel des SGB XII. Lesen Sie zu den einzelnen Regelungen die *Kapitel 8.4* und *8.5*.
- Sie können sich eine Wohnung suchen und grundsätzlich in Deutschland frei bewegen, allerdings sind Ihre Wohnortwahl und Umzugsmöglichkeiten eingeschränkt: In Ihre Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis kann eine wohnsitzbeschränkende Auflage eingetragen werden (§ 23 Abs. 2 *AufenthG*; Nr. 12.2 *Vorl. Nds. VV-AufenthG*). Genaueres dazu lesen Sie bitte in *Kapitel 9.2* den Abschnitt „*Wohnsitzauflage*“.
- Sowohl mit Ihrer Aufenthaltserlaubnis als auch mit Ihrer Niederlassungserlaubnis haben Sie im Bedarfsfall Anspruch auf Kindergeld, Kinderzuschlag, Elterngeld und Unterhaltsvorschuss (§ 1 Abs. 3 *BKGG*, § 62 Abs. 2 *EStG*; § 6a *BKGG*; § 1 Abs. 7 *BEEG*; § 1 Abs. 2a *UhVorschG*). Lesen Sie dazu *Kapitel 8.6*.
- Sie haben einen Anspruch auf Teilnahme an einem staatlich organisierten Deutschkurs (§ 44 *AufenthG*). Genaueres dazu lesen Sie bitte in *Kapitel 8.7* den Abschnitt „*Deutschkurs*“ nach.
- Wenn Sie studieren wollen, haben Sie unter bestimmten Bedingungen Anspruch auf finanzielle Unterstützung durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz: Ohne weitere Bedingungen haben Sie den Anspruch nur mit einer Niederlassungserlaubnis (§ 8 *BAföG*). Lesen Sie dazu bitte *Kapitel 8.6*, Abschnitt „*Studium*“.

Erst mit Erteilung der Niederlassungserlaubnis kann Ihr Aufenthalt in Deutschland als gesichert gelten. Probleme kann es aber dann immer noch geben, wenn Sie in erheblichen Maß straffällig werden (insbesondere auch bei Drogen oder Gewaltdelikten) (§ 10 ff. *StAG*).

Nach acht, unter besonderen Bedingungen schon nach sieben oder sechs Jahren, können Sie sich einbürgern lassen. Dafür müssen Sie Ihre derzeitige Staatsangehörigkeit nicht aufgeben: Die Einbürgerungsbedingungen können Sie in *Kapitel 8.1* im Abschnitt „*Einbürgerung*“ nachlesen.

→ Vordrucke, Merkblätter und Informationen zum Antragsverfahren und Aufenthalt jüdischer Flüchtlinge gibt es auf der [Homepage des BAMF](#). Dort ist insbesondere die Broschüre „Willkommen in Deutschland“ zu finden, die Ihnen grundlegende Informationen vermittelt.

Ihre Angehörigen erhalten, wenn Sie nicht ebenfalls persönlich als Jüdinnen oder Juden aufgenommen wurden, nur eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 *AufenthG*. Sie haben damit weniger Rechte als Sie, die im folgenden *Kapitel 13.6* beschrieben sind.

15.6 Flüchtlinge mit Aufenthaltserlaubnis nach § 23 I *AufenthG* in anderen Fällen

Eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 *AufenthG* wird in unterschiedlichen Fällen erteilt: Auf die Möglichkeit einer Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete sind wir bereits ausführlich eingegangen. Wenn Sie eine Bleiberechtsregelung in Anspruch genommen haben oder nehmen wollen, lesen Sie dazu bitte *Kapitel 11*. Daneben kommt § 23 Abs. 1 *AufenthG* hauptsächlich in zwei Fällen zur Anwendung: Bei (Bürger-) Kriegsflüchtlingen und bei Angehörigen von jüdischen Flüchtlingen mit Niederlassungserlaubnis.

Angehörige von jüdischen Flüchtlingen

Nahe Familienangehörige von jüdischen Flüchtlingen werden gemeinsam mit diesen von der Bundesrepublik Deutschland offiziell aufgenommen. Die jüdischen Nachfahren von Deutschen bzw. Opfer des Nationalsozialismus erhalten selbst eine Niederlassungserlaubnis nach § 23 Abs. 2 *AufenthG* (siehe dazu *Kapitel 13.5*). Als Angehörige/r erhalten Sie eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 *AufenthG*, die zunächst auf ein Jahr befristet ist und dann jeweils um zwei Jahre verlängert wird.

Ihr Aufenthaltsrecht in Deutschland kann als sicher gelten, so lange Sie mit dem Familienmitglied, das über die Niederlassungserlaubnis verfügt, zusammenleben. Im Fall einer Trennung oder Scheidung kann dieses Aufenthaltsrecht in Gefahr geraten. Aufenthaltsrechtliche Probleme kann es auch dann geben, wenn Sie in erheblichen Maß straffällig werden (insbesondere auch bei Drogendelikten).

→ Lassen Sie sich bei drohenden Schwierigkeiten mit dem Aufenthaltsrecht von einem Anwalt oder einer Anwältin beraten.

→ Beachten Sie die Möglichkeiten zum Erhalt einer Niederlassungserlaubnis (siehe dazu im *Kapitel 9.1* den Abschnitt „*Aufenthaltssicherung*“.) Damit erhalten Sie ein eigenes, unbefristetes Aufenthaltsrecht.

Ihre sozialen Rechte im Überblick:

→ Sie erhalten zunächst nur eine nachrangige Arbeitserlaubnis mit eingeschränkten Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten. Nach dreijährigem Aufenthalt in Deutschland können Sie eine unbeschränkte Arbeitserlaubnis erhalten.

→ Ihre soziale Sicherung ist wie bei Ihrem Angehörigen mit Niederlassungserlaubnis geregelt: Im Fall von Arbeitslosigkeit erhalten Sie Arbeitslosengeld I nach dem SGB III oder Arbeitslosengeld II nach dem SGB II. Bei geringem Einkommen erhalten Sie gegebenenfalls den Kinderzuschlag. Wenn Sie 65 Jahre oder älter sind, oder dauerhaft nicht in der Lage sind zu arbeiten, erhalten Sie nach dem Vierten Kapitel des SGB XII die so genannte „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“. Sind Sie nur vorübergehend krank (länger als sechs Monate, jedoch nicht auf Dauer) und stehen dem Arbeitsmarkt nicht als Arbeitssuchender zur Verfügung, erhalten Sie soziale Leistungen nach dem dritten Kapitel des SGB XII. Lesen Sie zu den einzelnen Regelungen die *Kapitel 8.4* und *8.5*.

→ Ihr Recht auf eine Wohnung und die Beschränkung des Wohnortes (Wohnsitzauflage) richtet sich nach dem Recht Ihres Angehörigen mit Niederlassungserlaubnis. Sie dürfen sich theoretisch auch eine eigene Wohnung suchen, sollten aber beachten, dass bei Trennung oder Scheidung Ihr Aufenthaltsrecht gefährdet sein kann. § 22 Abs. 2a SGB Abs. 2, § 20 Abs. 2a SGB II Arbeitslose junge Menschen unter 25 Jahren, die aus der Wohnung der Eltern ausziehen, erhalten unter Umständen keine soziale Unterstützung für die Wohnung und nur 80 Prozent des Arbeitslosengeldes II.

→ Sie haben mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG als Angehörige einen Anspruch auf Kindergeld, Elterngeld und Unterhaltsvorschuss, wenn Sie die allgemeinen Voraussetzungen dafür erfüllen (§ 1 Abs. 3 BKGG, § 62 Abs. 2 EStG; § 6a BKGG; § 1 Abs. 7 BEEG; § 1 Abs. 2a UhVorschG).

→ Sie haben keinen Anspruch auf Teilnahme an einem staatlich organisierten Deutschkurs, können sich allerdings um einen freien Platz bewerben (5 IntV). Klappt das nicht, sollten Sie sich nach örtlichen Trägern erkundigen, die Kurse für alle Personengruppen durchführen. Genaueres dazu lesen Sie bitte in Kapitel 9.7 im Abschnitt „Deutschkurs“ nach.

→ Es steht Ihnen grundsätzlich frei zu studieren. Grundsätzlich können Sie auch Ausbildungsförderung nach dem BAföG erhalten. Lesen Sie dazu bitte Kapitel 9.7, Überschrift „Studium“.

(Bürger-) Kriegsflüchtlinge nach § 23 Abs. 1 AufenthG

In seltenen Fällen beschließt die Politik, dass eine bestimmte Anzahl von Flüchtlingen, die sich noch im Heimatland in einer akuten Kriegssituation befinden, als Kriegs- oder Bürgerkriegsflüchtlinge von der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen werden. Sie fliehen also nicht auf eigene Faust, sondern werden von der Bundesrepublik ausgeflogen und reisen offiziell ein. Die Aufnahme als Bürgerkriegsflüchtling gilt nur für eine begrenzte Zeit. Wenn Sie diesen Status haben, ist es für Sie äußerst schwierig, ein Daueraufenthaltsrecht zu erreichen. Denn eine dauerhafte Aufnahme ist politisch nicht gewollt, und eine Ausreise wird wahrscheinlich von den deutschen Behörden erzwungen, sobald der Krieg nach Auffassung der Innenminister zu Ende ist. Es ist daher unwahrscheinlich, dass Sie den Status als Bürgerkriegsflüchtling sieben Jahre behalten und dann eine Niederlassungserlaubnis bekommen. Ihre Rechte und Pflichten und den Status ihrer Familienangehörigen regelt die niedersächsische Landesregierung in Absprache mit den anderen Bundesländern in einer speziellen Anordnung.

→ Besorgen Sie sich diese Anordnung oder lassen Sie sich von einer Beratungsstelle über deren Inhalt informieren. Daraus können Sie entnehmen, welche der in diesem Leitfaden beschriebenen aufenthaltsrechtlichen und sozialen Regelungen auf Sie zutreffen.

→ Es ist wahrscheinlich, dass Sie nach dieser Anordnung behandelt werden wie Menschen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 24 *AufenthG* - lesen Sie in diesem Fall bitte *Kapitel 13.7. § 24 AufenthG* ist im Prinzip für denselben Fall gedacht - Aufnahme von (Bürger-)Kriegsflüchtlingen - basiert aber auf einer Verabredung der europäischen Länder. Theoretisch kann die Anordnung nach § 23 *Abs. 1 AufenthG* aber auch Regelungen treffen, die sich von § 24 *AufenthG* unterscheiden.

15.7 Flüchtlinge mit vorübergehendem Schutz (§ 24 *AufenthG*)

Wenn Sie eine Aufenthaltserlaubnis nach § 24 *AufenthG* besitzen, sind Sie nach einer Verabredung der europäischen Länder in einer Massenfluchtsituation als (Bürger-)Kriegsflüchtling aufgenommen worden. Diese Aufnahme ist zeitlich befristet. Die Dauer Ihres „vorübergehenden Schutzes“ ist abhängig von der Entscheidung des Europäischen Rats: Sie beträgt zunächst ein Jahr, verlängert sich unter Umständen zweimal um jeweils sechs Monate, und kann schließlich noch einmal um bis zu einem Jahr verlängert werden. Nach diesen Etappen richtet sich auch die Gültigkeit Ihrer Aufenthaltserlaubnis. Insgesamt beträgt die vorgesehene Schutzdauer also höchstens drei Jahre. Danach geht die Entscheidung über eine weitere Aufenthaltsgewährung in die Zuständigkeit Deutschlands über. Wahrscheinlich ist, dass Sie nach Ablauf der von der EU beschlossenen Schutzdauer von der Ausländerbehörde zur Ausreise genötigt oder abgeschoben werden.

Mit einer nur dreijährigen Aufenthaltsdauer in Deutschland können Sie die Voraussetzungen für eine Aufenthaltssicherung (Niederlassungserlaubnis) nicht erfüllen. In Einzelfällen ist es möglich, dass Ihre Aufenthaltserlaubnis nach § 25 *Abs. 4 Satz 2 AufenthG* verlängert wird, weil individuelle, außergewöhnliche Härtegründe vorliegen. Denkbar ist theoretisch auch die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach einem anderen Paragraphen, etwa aufgrund einer Bleiberechtsregelung oder nach einem Härtefallverfahren.

→ Sobald Ihre Aufenthaltserlaubnis nicht mehr verlängert wird und Sie zur Ausreise aufgefordert werden, sollten Sie eine Beratungsstelle oder einen Rechtsanwalt oder eine Rechtsanwältin aufsuchen und Ihre Perspektiven klären.

Ihre sozialen Rechte sind - kurzgefasst - wie folgt geregelt:

- Es ist davon auszugehen, dass Sie nur eine nachrangige Arbeitserlaubnis erhalten können - es sei denn, im Fall Ihrer speziellen Personengruppe hat die Politik ausnahmsweise etwas anderes beschlossen (§ 24 *Abs. 4 AufenthG*). Ist dies nicht der Fall, können Sie Genaueres zu Ihren Arbeitsmöglichkeiten in *Kapitel 7.3* nachlesen. Auch eine Ausbildung können Sie unter den in *Kapitel 7.3* beschriebenen Bedingungen machen. Dabei ist vielleicht die nichtbetriebliche Ausbildung für Sie interessant - dass Sie für eine betriebliche Ausbildung eine Arbeitserlaubnis erhalten, ist angesichts der Kurzfristigkeit Ihrer Aufenthaltserlaubnis unwahrscheinlich. Die Ausübung einer selbständigen Tätigkeit darf zwar nach dem Gesetz nicht ausgeschlossen werden. Es ist allerdings sehr unwahrscheinlich, dass Sie die Erlaubnis dazu erhalten.
- Ihre soziale Absicherung ist im **Asylbewerberleistungsgesetz** geregelt. Danach erhalten Sie deutlich geringere Sozialleistungen als üblich. Ausführliches dazu steht in den *Kapiteln 7.4* und *7.5*. Die dort beschriebenen Regelungen zur medizinischen Versorgung (und besonderen Bedarf) treffen grundsätzlich auch auf Sie zu, allerdings mit einer kleinen Besserstellung: Als unbegleitete Minderjährige oder wenn Sie Folter, Vergewaltigung oder

sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt erlitten haben, „soll“ Ihnen „die erforderliche medizinische oder sonstige Hilfe gewährt werden.“

- Ihnen wird ein bestimmter **Wohnort** in Deutschland vorgeschrieben, wo Sie wohnen und sich gewöhnlich aufhalten müssen (Residenzpflicht, § 24 Abs. 2 *AufenthG*). Einen Widerspruch gegen die Zuweisungsentscheidung, zum Beispiel, weil Sie zu Verwandten ziehen wollen, können Sie nicht einlegen (§ 24 Abs. 4 *AufenthG*). Die Klage vor Gericht ist möglich, verhindert aber nicht, dass Sie sich zunächst an dem vorgeschriebenen Ort aufhalten müssen.
- Wenn Ihre Familie in einem anderen Staat lebt, können Sie bei der Ausländerbehörde einen Antrag auf **Wohnsitzverlegung** in einen anderen EU-Staat stellen (§ 42 *AufenthV*). Wenn der andere Staat zustimmt, erhalten Sie die Erlaubnis zum Umzug. Ihre **Familienangehörigen** dürfen nach Deutschland kommen (§ 43 *AufenthV*), wenn
 - das Zusammenleben als Familie durch die Flucht unterbrochen wurde und
 - das nachzuholende Familienmitglied entweder von einem Europäischen Staat aufgenommen wurde oder sich außerhalb der Europäischen Union befindet und schutzbedürftig ist.

Dabei kommt es nicht darauf an, ob Sie Sozialleistungen beziehen oder nicht. Ihre nachgezogenen Familienangehörigen *AufenthG* erhalten ebenfalls eine Aufenthaltserlaubnis nach § 24 *AufenthG*, ihr Aufenthalt ist also ebenfalls nicht auf Dauer gesichert.

→ Mit Ihrer Aufenthaltserlaubnis erhalten Sie die Familienleistungen wie Kindergeld, Elterngeld und Unterhaltsvorschuss nur dann, wenn Sie bereits drei Jahr in Deutschland leben und zur Zeit jetzt arbeiten, Arbeitslosengeld I oder Krankengeld beziehen oder in Elternzeit sind. Wenn Sie als Bürger/in bestimmter Herkunftsländer (Tunesien, Marokko, Algerien, Türkei, Nachfolgestaaten Jugoslawiens) unter bestimmte Sonderregelungen, haben Sie sogar ohne diese Voraussetzung zu erfüllen eventuell einen Anspruch auf die genannten Leistungen (§ 1 Abs. 3 *BKGG*, § 62 Abs. 2 *EStG*, § 6a *BKGG*, § 1 Abs. 7 *BEEG*, § 1 Abs. 2a *UhVorschG*). Lesen Sie in diesem Fall *Kapitel 10.6*.

→ Es steht Ihnen grundsätzlich frei zu studieren. Auf Ausbildungsförderung nach dem BAföG haben Sie aber keinen Anspruch. Auch auf die Teilnahme an einem der staatlich organisierten Deutschkurse haben Sie keinen Anspruch und sollten sich daher um einen Deutschkurs bemühen, der von nichtstaatlichen Trägern angeboten wird und für alle Personen offen ist. Lesen Sie Genaueres in *Kapitel 7.7*.

15.8 Flüchtlinge mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 IV Satz 2 *AufenthG*

Wenn Sie eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 Satz 2 *AufenthG* erhalten haben, handelt es sich um die Verlängerung einer vorher schon bestehenden Aufenthaltserlaubnis. In Niedersachsen erhielten Flüchtlinge eine solche Aufenthaltserlaubnis bis zum Herbst 2006 als Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis nach einer positiven Entscheidung im Petitionsverfahren. Da mit der Einrichtung einer Härtefallkommission der Petitionsausschuss nicht mehr über Härtefälle entscheidet, gibt es diese Fallkonstellation nicht mehr.

Mit Ausstellung dieser Aufenthaltserlaubnis hat die Ausländerbehörde anerkannt, dass es für Sie aufgrund Ihrer individuellen Situation eine „außergewöhnliche Härte“ bedeutet hätte, Deutschland zu verlassen. Solange die Gründe für die Feststellung einer „außergewöhnlichen Härte“ fortbestehen, können Sie im Regelfall davon ausgehen, dass Ihr Aufenthaltsrecht verlängert wird. Aber Vorsicht: Die gesetzlichen Grundlagen für eine Beendigung ihres Aufenthaltsrechts (vor

allem Sozialhilfebezug und Straffälligkeit) bleiben grundsätzlich bestehen und können zu Problemen führen.

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach §§ 25 Abs. 4 Satz 2 *AufenthG* sind vom Familiennachzug gesetzlich ausgeschlossen (§ 29 Abs. 3 *AufenthG*). Sie haben erst dann eine Chance darauf, ein Familienmitglied legal nach Deutschland nachziehen zu lassen, wenn Sie eine Niederlassungserlaubnis erhalten haben.

Im Regelfall haben Ihr/e Ehepartner/in und ihre Kinder dieselbe Aufenthaltserlaubnis und damit die gleichen Rechte wie Sie. Einen anderen Aufenthaltstitel, möglicherweise auch nur eine Duldung, können Angehörige haben, die nicht als Familienangehörige im engeren Sinne gelten: Volljährige Kinder, vom anderen Elternteil getrennt lebende Mütter oder Väter, Großeltern und andere Verwandte. Ihre Rechte sind dann im Einzelfall zu klären.

Sie haben in der Regel einen nachrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt, d. h., Sie erhalten die Zustimmung zu einer konkreten Beschäftigung nur, wenn die Agentur für Arbeit festgestellt hat, dass für diese Arbeitsstelle keine bevorrechtigten Arbeitnehmer (z. B. Deutsche, EU-Bürger, Auländer mit Niederlassungserlaubnis) zur Verfügung stehen. Wenn Sie bereits drei Jahre mit einer Duldung, Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsgestattung in Deutschland gelebt haben, können Sie allerdings einen unbeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Damit dürfen Sie jede legale Beschäftigung ausüben, ohne nochmals eine Arbeitserlaubnis beantragen zu müssen.

Mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 Satz 2 *AufenthG* haben Sie Anspruch auf Arbeitslosengeld II (Hartz IV) oder, falls Sie nicht erwerbsfähig sind, auf Sozialhilfe oder Grundsicherung nach dem SGB XII (§ 7 Abs. 1 *SGB II*).

Sie haben mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 Satz 2 *AufenthG* einen Anspruch auf Kindergeld, Elterngeld und Unterhaltsvorschuss nur unter bestimmten Voraussetzungen: Sie müssen sich seit mindestens drei Jahren rechtmäßig, gestattet oder geduldet im Bundesgebiet aufhalten und gegenwärtig berechtigt erwerbstätig sein, laufende Geldleistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch beziehen oder Elternzeit in Anspruch nehmen (§ 1 Abs. 3 *BKGG*, § 62 Abs. 2 *EStG*, § 6a *BKGG*, § 1 Abs. 7 *BEEG*, § 1 Abs. 2a *UhVorschG*).